DIE INDUSTRIALISIERUNGSPOLITIK DES NEUEN ÄGYPTEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung
des Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Günter Johne
aus Dresden

Berlin 1962

Druck:

Ernst - Reuter - Gesellschaft
der Förderer und Freunde der Freien Universität e.V.

Dissertations - Druckstelle

Berlin-Dahlem, Garystr. 45, Tel.: 76 52 61, App. 668

DIE INDUSTRIALISIERUNGSPOLITIK DES NEUEN ÄGYPTEN UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

INAUGURAL-DISSERTATION
zur Erlangung
des Grades eines Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bei der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Diplom-Volkswirt Günter Johne
aus Dresden

Berlin 1962

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Dekan: Professor Dr. Dr. Helmut Arndt
Referent: Professor Dr. Karl C. Thalheim
Korreferent: Professor Dr. Andreas Paulsen

Tag der mündlichen Prüfung: 5. 3. 1962

Ägyptische Maßeinheiten

Ein ägyptisches Pfund = Egyptian Pound (LE)
100 Piastres (PT) = 1.000 Millièmes (m/m)
Nach dem offiziellen Zwangskurs 1 LE = 12 DM
Zum freien Kurs auf Auslandsmärkten Mitte 1961 1 LE ca. 8,10 DM
1 Feddan = 4.201 qm

Die Arbeit wurde Ende Juni 1961 abgeschlossen.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546822_0042

Inhalt

	Seite
A. Die Problemstellung	11
B. Das methodologische Rüstzeug: Die Bedeutung von Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlichem Wachstum	13
I. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlichem Wachstum	15
II. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur	19
III. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und wirtschaftlichem Wachstum	22
C. Vorbereitender Teil: Analyse der vorrevolutionären ägyptischen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung	27
I. Die ägyptische Industrialisierung unter dem Einfluß historischer Ordnungen	27
1) Der Auftakt: Das planwirtschaftliche System des Mohammed Ali	27
2) Die Industrialisierung in der liberalen Epoche	30
3) Die Industrialisierung in der protektionistischen Epoche	33
II. Die Strukturelemente der ägyptischen Wirtschaft	35
1) Allgemeines Merkmal: Die Bedeutung der Monokultur (Baumwolle)	35
2) Nach der Verteilung der Wirtschaftszweige: Vorherrschaft des Primärsektors	37
3) Nach der Standortverteilung: Zusammenballung des modernen Sektors	38
4) Nach der Verteilung der Betriebs- und Unternehmungsgrößen: Die Vorherrschaft kleinster Wirtschaftseinheiten	38
5) Spezielle Strukturelemente	40
1) Die Kostenstruktur der ägyptischen Industrie	40
2) Die Struktur von Angebot und Nachfrage	41
3) Marktformen und Wettbewerb	43

Seite

III. Die "soziokulturellen" strukturbestimmenden Faktoren 47

1) Der Einfluß der orientalisch-islamischen Kultur auf die Haltung zum wirtschaftlichen Fortschritt 48

2) Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der islamischen Gesellschaft 50

3) Die Einflüsse der Erziehung und öffentlichen Atmosphäre 51

D. Durchführender Teil: Die Industrialisierungspolitik des neuen Regimes unter Berücksichtigung der Wirtschaftsordnung 55

I. Die Ziele des Regimes, die seine Haltung zur Industrialisierung bestimmen 55

1) Das Ziel der nationalen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit 55

a) Das Unterziel der militärischen Aufrüstung 56

b) Das Unterziel der wirtschaftlichen Autarkie 56

2) Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele: Hebung des Lebensstandards und soziale Gerechtigkeit 57

II. Die Vorstellungen von der zu gestaltenden Wirtschaftsordnung 57

III. Die Industrialisierungpolitik 1952 - 1956: Die Epoche des "Rates zur Entwicklung der nationalen Produktion" 60

1) Die Begründung für die Abgrenzung des ersten Abschnittes 60

a) Die Diagnose der Ausgangssituation 60

b) Die Anfänge staatlicher Verantwortung für die Entwicklung der Industrie 61

2) Die institutionelle Vorbereitung der Industrialisierungspolitik 62

a) Der "Ständige Rat für die Entwicklung der nationalen Produktion" 62

aa) Rechtsnatur und Aufbau des Rates
bb) Die Aufgaben des Rates
cc) Methoden und Rechte des Rates

b) Die ordnungspolitische Natur der industriellen Beteiligungs- und Gründungspolitik des Rates 64

3) Die direkte Investitionspolitik in der Periode des Rates 65

a) Die Industrialisierungssequenz

b) Die Ansätze zur Entwicklung der Schwerindustrie

Seite

c) Die übrige staatliche Investitionstätigkeit

4) Die indirekte Investitions- und Industrialisierungspolitik 67

a) Die Hoffnung auf private Auslandsinvestitionen

b) Die Gesetzgebung zur Förderung in- und ausländischer Inventitionstätigkeit

5) Die Wirkungen der Industrialisierungspolitik in der ersten Periode 74

a) Die Erhöhung der privaten industriellen Investitionen

b) Analyse der ersten Periode

IV. Die Übergangsperiode zu stärker interventionistischer Industrialisierungspolitik (1956 - 1960) 78

1) Die Begründung für die Abgrenzung des zweiten Abschnittes 78

a) Die Verstaatlichung des Suezkanals und ihre Folgen 79

b) Die Entwicklung der Idee der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsordnung 80

2) Die ordnungsrelevanten Maßnahmen im Dienste der Industrialisierungspolitik 82

a) in Bezug auf die Träger von Investitionsplänen 82

aa) Das "Gesetz über die Organisation und Förderung der Industrie"
bb) Umformung der Industrievertretungen
cc) Aufbau des industriellen Public Sectors: Rolle und Funktionen der Economic Development Organisation (EDO)

b) in Bezug auf die Finanzierung: Die Anpassung des Währungs- und Kreditsystems an die Epoche der Wirtschaftspläne 87

c) in Bezug auf die Wirtschaftsplanung: Die Organe der ägyptischen Wirtschaftsplanung 89

3) Der Ablauf der Industrialisierung bis 1960 unter dem Einfluß des ersten Fünfjahrplanes für die Industrie 92

V. Die Fünfjahrpläne als Mittel der Industrialisierungspolitik und die Epoche des "Comprehensive Plan" 94

1) Die globalen Ziele der Pläne 95

a) Das Ziel des ersten Fünfjahrplanes für die Industrie

Seite

b) Die Ziele des "Comprehensive Plan"

2) Die Grundentscheidung über die industrielle Investitionsstruktur 97

3) Vergleich der Planungsmethodologie 99

a) Die kritischen Annahmen des ersten Industrieplanes 100

aa) Das Problem der Ressourcen
bb) Der Investitionsmultiplikator
cc) Der Gebrauch der Incremental-Capital-Output-Ratio (ICOR)

b) Analyse der makroökonomischen Kreislaufgrößen unter dem Regime des "Comprehensive Plan" 103

aa) Der Finanzierungsmechanismus und die Veränderungstendenzen der Ordnungselemente 105
bb) Der Effekt des ersten Planjahres auf die Veränderung des Verhältnisses von öffentlichen und privaten Sektoren 108
cc) Zur Veränderung der Beschäftigungs- und Sozialstruktur 109

4) Industrialisierungspolitik, Gleichgewicht und Wirtschaftsordnung 112

E. Beschließender Teil: Die Analyse der neuen ägyptischen Wirtschaftsordnung 117

I. Die "Mixed Economy" 117

II. Partielle Betrachtung: Die Konstituierung der Ordnung aus ihren Elementen 117

1) Aus der Analyse der Antriebskräfte: Die Träger von Wirtschaftsplänen 117

a) Private Antriebskräfte 117

b) Staatliche Tätigkeit: Der Staat als Planträger 119

aa) Der Staat und die Sparrate
bb) Die staatliche Investitionsinitiative
cc) Der Staat als Konsument

c) Als Exkurs: Probleme der technischen Erziehung in Ägypten: (Zur Politik der Schaffung neuer Antriebskräfte) 123

2) Analyse aus den Eigentumsformen: Die Sektoren der ägyptischen Wirtschaft 134

3) Analyse aus der Gesellschafts- und Staatsordnung 135

III. Gesamtwirtschaftliche Betrachtung: Die Elemente im Ordnungsprozeß 140

Seite

1) Die Bedeutung der marktwirtschaftlichen Grundentscheidung 141

2) Das heutige Preis- und Marktformensystem 142

3) Die konstituierenden Elemente des gemischten Lenkungssystems 143

a) Schaffung von Preissicherheit und -stabilität im elementaren Sinne 143

b) Die Verhinderung der Inflation 144

c) Die Politik der Preissenkungen 147

d) Die Kontrolle der Preiskalkulation bei den Planprojekten 149

e) Die Funktionen des reglementierten Außenverkehrs 151

aa) Die Funktion des schnelleren wirtschaftlichen Wachstums 151
bb) Die Funktion des bilateralen Ausgleichs 152
cc) Die Funktion der größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit 155

4) Probleme der Stabilität und Funktionsfähigkeit der ägyptischen "Mixed Economy" 155

a) Die Stabilität hinsichtlich der Eigentums- und Antriebsformen 156

aa) Vertrauen und staatliche Aktivität 159
bb) Analyse der wenigen Verstaatlichungsakte 159

b) Die Stabilität hinsichtlich der Lenkungsformen 163

aa) Faktoren, die für eine Verdrängungstendenz in Richtung verwaltungswirtschaftlicher Elemente sprechen 163
bb) Faktoren und Tendenzen, die für eine langsame Verdrängungstendenz oder gegen eine solche von marktwirtschaftlichen durch lenkungswirtschaftliche Formen sprechen 163
cc) Das Problem der Effizienz und Funktionsfähigkeit der "Mixed Economy" 167
dd) Faktoren, die für eine Verdrängungstendenz in Richtung marktwirtschaftlicher Formen sprechen 167

F. Zusammenfassende Schlußbetrachtung 169

Anhang zur Analyse der Beschäftigungsstruktur im Rahmen des "Comprehensive Plan" 173

Tabellen 175

Seite

Nachtrag: Die zweite "sozialistische" Revolution in Ägypten 187

Anmerkungen 201

Literaturverzeichnis 239

A. Die Problemstellung

Dem ordnungspolitischen Kurs der Entwicklungsländer wird heute wegen seiner Bedeutung für den west-östlichen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Seit dem zweiten Weltkrieg ging ein immer größerer Kreis bisheriger Rohstoff- und Agrarländer unter der Flagge von Unabhängigkeit und Nationalismus eigener Industrialisierungsabenteuern und Wachstumsanstrengungen entgegen. In fast allen diesen Ländern ließen sich in diesem Zeitraum erhebliche Ordnungswandlungen beobachten, die offenbar in bestimmten Zusammenhängen mit der eingeleiteten Politik des wirtschaftlichen Wachstums stehen. Gemeinsam ist allen diesen Wandlungen der Ausgangspunkt, eine Wirtschaftsordnung grundsätzlich marktwirtschaftlichen Typs.

Aus diesen empirischen Tatbeständen leiten wir die Frage ab, was denn die Ursachen, Prinzipien und Faktoren sind, die solche Zusammenhänge prägen, beeinflussen oder gar bestimmen. Eine solche umfassende Bestandsaufnahme der Ordnungsveränderungen, die sich zunächst das Material aus einzelnen Länderstudien erarbeiten muß, erscheint um so dringlicher, als nur die wenigsten unter der neuen Führungsschichten sich von Anfang an für ein bestimmtes Wirtschaftssystem entschieden haben und sich der Tragweite und Folgen ordnungspolitischer Eingriffe, die aus der Verfolgung von Einzelzielen resultieren, nur wenig bewußt waren.

Die Betrachtungsweise soll dazu beitragen, das Phänomen der Wirtschaftsordnung in die umfassende Problematik der wirtschaftlichen Entwicklung rückständiger Gebiete der Erde zu integrieren. Das Bedürfnis nach solcher Klärung ergibt sich aus dem Stande der nationalökonomischen Forschung selbst, die hinsichtlich des Problems als Ganzem in einem verständlichen "Entwicklungspragmatismus" befangen ist, da zunächst die physischen Hemmnisse, die Theorien der Unterentwicklung und des Wachstums im Vordergrund standen.

Um die Probleme methodisch fruchtbar in den Griff zu bekommen, haben wir den Begriff der Wirtschaftsstruktur in die Beziehungen zwischen Ordnung und Wachstum eingeschaltet. Mittels des Strukturbegriffs läßt sich die Fülle der Gesichtspunkte, das Andersartige fremder Kulturen und verschiedener Verhaltensweisen erfassen und in der konkreten Konstellation von Strukturelementen und strukturbestimmenden Faktoren können die Ursachen bisheriger Statik (der Unterentwicklung) und die Ansätze, Möglichkeiten und Bedingungen für dynamisches Wachstum dargestellt werden. Die Übertragbarkeit von Ordnungen scheint vor allem ein strukturelles Problem zu sein.

Am Beispiel Ägyptens, das sich seit der Militärrevolte von 1952 anschickt, seinen schmalen industriellen Kristallisationskern energisch zu erweitern, sollen die ordnungsrelevanten Konturen des Überganges zu beschleunigtem Wachstum durch Industrialisierung an einem Einzel-

fall analysiert werden.

Diese Aufgabe umfaßt das Ganze der Entwicklung und verbietet eine Begrenzung auf den Industriesektor im engeren Sinne, wenn auch von der Industrialisierung als von dem Schwergewicht des Wachstumsimpulses ausgegangen wird. Der Begriff der Industrialisierung beleuchtet jedoch am treffendsten den gewünschten Fortschritt in Richtung auf die Nachahmung und Absorption wesentlicher Elemente der modernen westlichen Zivilisation.

Der notwendig weit gespannte Rahmen der Untersuchung untersagt eine zu weitgehende Vertiefung in die vielfältigen und verschlungenen Einzelprobleme der Industrialisierung, da ihre historisch-systematische Analyse nur den überschaubaren Gesamtzusammenhang für die übergeordnete Ordnungsproblematik herstellen soll und die Arbeit daher keinen Anspruch erhebt, ein fachgerechtes Kompendium der Industrialisierungsprobleme Ägyptens zu sein.

Der im Jahre 1958 erfolgte Zusammenschluß Ägyptens und Syriens zur Vereinigten Arabischen Republik hat das volkswirtschaftliche Eigenleben ihrer beiden Landesteile noch nicht wesentlich beeinflußt, so daß die Beschränkung auf Ägypten gerechtfertigt ist.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Herrn Professor Dr. Karl C. Thalheim und Herrn Professor Dr. Andreas Paulsen meinen Dank aussprechen.

Berlin, im März 1962

B. Das methodologische Rüstzeug: Die Bedeutung von Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlichem Wachstum

Der Zwiespalt zwischen Theorie und Geschichte wurde in der Nationalökonomie von Eucken wesentlich in der Theorie der Wirtschaftsordnung überbrückt. Die Zahl der reinen Ordnungsformen und ihrer Kombinationen ist logisch und empirisch begrenzt. Die Beschäftigung mit einem Entwicklungsland lehrt jedoch, daß die morphologische Betrachtungsweise ergänzungsbedürftig ist. So kann sie die bedeutsamen Niveauunterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand nicht sichtbar machen. Sie könnte diesem Umstand gerecht werden, wenn sie sich an eine allgemeine Erfassung der in einer konkreten Ordnung verwirklichten Märkte bindet. Wirtschaftliches Wachstum vollzieht sich durch steigende Arbeitsteilung und Spezialisation aller Produktionsfaktoren, welche das System der Märkte kategorien-, art- und klassenmäßig immer mehr verfeinern und verzweigen.

In dieser Orientierung liegt aber die notwendige Verbindung der Ordnungsanalyse mit der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsstrukturanalyse überhaupt, zeigt sich jene Integration von wirtschaftlicher und sozialer Theorie, ohne welche eine fruchtbare Untersuchung und Vergleiche unmöglich sind.

Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsstruktur und wirtschaftliches Wachstum stehen also in Beziehungen mannigfaltiger Art. In dem Übergang von der Wirtschaftsordnung zum Wirtschaftssystem zeigt sich diese immanente Einheit recht deutlich. Der Idee der Wettbewerbsordnung liegt nicht nur die Vorstellung zugrunde, optimales wirtschaftliches Wachstum werde bei möglichst vollkommenen Märkten erzielt, die durch ihren Ordnungs-, den Preismechanismus die rationellste Verwendung der knappen Produktionsfaktoren ermöglichen. Sie geht zugleich von einem idealtypischen Modell der Wettbewerbsordnung (speziell in der Röpkeschen Sicht) aus, das eine Wirtschaftsstruktur voraussetzt, in welcher die Elemente sich gleichgewichtig zueinander verhalten, die kleineren und mittleren Betriebsgrößen überwiegen und durch eine Sozialstruktur, in welcher "Maß und Mitte" dominiert, durch eine Gesellschaftsordnung, in der analog den wirtschaftlichen auch die anderen sozialen Beziehungen von dem Prinzip der demokratischen Freiheit getragen werden.

Diese Verflochtenheit tritt mehr oder weniger explizit bei allen theoretischen Arbeiten hervor, die sich durch ihre Thematik anscheinend nur einem der drei Phänomene zuwenden und die beiden übrigen mehr oder weniger gelungen assimilieren.

Von der Wirtschaftsordnung waren wir soeben ausgegangen. Sie ist ein Hauptproblem des nationalökonomischen Doktrinengebäudes. Im klassischen Modell, das eine bestimmte Gesellschaftsgesinnung und -Verfassung voraussetzte, dienen die analytischen Werkzeuge, die zur Beantwortung der Frage nach den Ursachen des Volksreichtums entwickelt

werden, dem Nachweis der Möglichkeit einer "Wirtschaftsordnung in Freiheit" (1). Wir wissen, daß die Politik des "Laissez faire" und der "Nachtwächterrolle" des Staates mit der Wirtschafts- und Sozialstruktur, die dem Ideal der vollkommenen Konkurrenz sehr ähnelte, in Einklang stand. Die statischen Mittel der Analyse, die im Nachweis eines theoretisch statischen und langfristigen Gleichgewichts gipfelten, haben ihre Kritiker z. T. dazu veranlaßt, die dynamische Bedeutung dieses Systems zu unterschätzen, das ebenfalls eine Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, des langfristigen Wachstums darstellte (2). Das Problem der Ordnung der Wirtschaft war bei den Klassikern identisch mit der Möglichkeit des Wachstums, allein die strukturelle Seite wurde vernachlässigt und "ceteris paribus" vorausgesetzt.

Die nachklassische Theorie beschäftigte sich einmal damit, den theoretischen Apparat auszubauen (Marginalanalyse), ihn der wirtschaftlichen Wirklichkeit anzupassen (Marktformenlehre), sich mit Schäden und Krisen lang- und kurzfristiger Art zu befassen (Konjunkturtheorien und -politik, Keynes). Dabei geriet das Gesamtproblem der Ordnung in den Hintergrund zugunsten des Akzentes auf den Problemen des Wachstums und der Vollbeschäftigung. Seit sich neue Seiten der Entwicklung zeigten, z. B. Massenproduktion und großbetriebliche Formen überhandnahmen, Zusammenschlüsse, Monopole und die Rolle des Staates immer bedeutsamer wurden, sich die Mentalität vom Wagnis und der Risikobereitschaft zur Sicherheit und zur Dauerrente zu neigen begann, war die Theorie der Wirtschaftsordnung für diesen Umschwung nicht gerüstet. Nicht zufällig beginnt die Epoche des Interventionismus, der Experimente, und neue Systeme wie der sowjetische Zentralismus und die etatistischen Formen des Faschismus entstehen.

Um die Marktwirtschaft zu retten, mußten die Zusammenhänge der Theorie und der veränderten Sozial- und Gesellschaftsstruktur ordnungspolitisch neu interpretiert werden. Allmählich wurde erkannt, daß die Ordnung der Wirtschaft sich nicht mehr von selbst herstellt, sondern eine Aufgabe ist, die systematisches wirtschaftspolitisches Handeln verlangt. Die Wirtschaftspolitik als Wissenschaft entstand. Von v. Mises, Küng, Jöhr bis zu Böhm und Eucken wurde man sich der Einheit von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik wieder bewußt und damit auch ordnungsbewußter. Die konstituierenden Prinzipien der Euckenschen Wettbewerbsordnung gehen weit über den klassischen Ordnungsrahmen hinaus.

Erst in diesem Reifezustand wird die Apologie der marktwirtschaftlichen Ordnung überzeugend und evident, in welchem Maße sie von dem Stand der kulturellen Gesamtentwicklung geprägt wird.

Karl C. Thalheim hat in seiner Strukturlehre (3) ein methodisch sehr fruchtbares Instrument geschaffen, die Zusammenhänge von Struktur, wirtschaftlichem Wachstum und Wirtschaftsordnung in ihrer Verflochtenheit darzustellen und die Probleme zu klären. Es schälen sich für uns folgende bedeutsame Vorzüge heraus:

1) Die Arbeitsbegriffe Thalheims - die Strukturelemente und strukturbestimmenden Faktoren - betonen die innere Verbundenheit des Phänomens.

2) Die Polarität von Strukturelementen und strukturbestimmenden Faktoren ermöglicht, Bewegungsvorgänge, die einzelnen aktiven und reaktiven Einflüsse und Wirkungen systematisch zu erkennen, und zwar innerhalb der beiden Kategorien wie auch zwischen ihnen.

3) Die Polarität der beiden Hauptkategorien erlaubt die statische und dynamische Betrachtung. So wird im Falle des Entwicklungslandes die konkrete Wirtschaftsordnung zunächst als ein Strukturelement angesehen, das von anderen Elementen und den strukturbestimmenden Faktoren geprägt und beeinflußt wird. Die Untersuchung der ägyptischen Industrialisierungspolitik wird evtl. ergeben, ob wir die neue Wirtschaftsordnung als formendes Wirtschaftssystem ansehen können und es zu den strukturbestimmenden Faktoren zählen müssen.

Im folgenden werden die für unsere Untersuchung relevanten Zusammenhänge im einzelnen erörtert.

I. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlichem Wachstum

1) Die Wirkungen wirtschaftlichen Wachstums auf die Wirtschaftsstruktur

Der Wachstumsprozess kann in strukturellen Kategorien beschrieben werden, denn er bewirkt Änderungen in den Strukturelementen und strukturbestimmenden Faktoren.

In der Neuzeit nahmen solche Prozesse an Schnelligkeit und Häufigkeit zu. Am Beispiel zahlreicher Länder und Gebiete vor allem im Einflußbereich der europäischen Kultur können die Ergebnisse eines gewaltigen und interdependenten sozialen, wirtschaftlichen und technischen Umschichtungsvorgangs studiert und Gesetzmäßigkeiten festgestellt werden. Auslösender Anstoß dieser Vorgänge war die permanente Revolution in den Methoden der materiellen Bedarfsdeckung, welche die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit ständig steigerte und dem Unternehmungsgeist, dem Erwerbsstreben des abendländischen Menschen ungeahnte Bahnen eröffnete. Denn die Ursache dieser Prozesse ist kein blinder Mechanismus. Die Revolution der Bedarfsdeckung und -entstehung, mit einem Wort "Industrialisierung" genannt, betrifft nicht nur die Veränderung der äußeren Beziehungen der wirtschaftenden Menschen zueinander, wie wir sie etwa in den Veränderungen der Wirtschaftszweige, der Beschäftigung, der wirtschaftlichen Organisationsformen und Institutionen erfassen. Sie wirkt auch auf die Haltungen der Menschen, wenn sie grundsätzlich für einen Wechsel der Dinge aufnahmebereit sind.

Die Beschreibungen einzelner oder umfassenderer Seiten des Strukturwandels sind Legion. Ihre Probleme fielen mitten in die Erkenntnisziele der Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, denen in jüngster Zeit die Aufgabe gestellt wurde, die Analyse der spontanen Industrialisierung für Zwecke der Wirtschaftspolitik fruchtbar zu machen. Wie muß das Operationsrezept für ein induziertes Wachstum der "unindustrialisierten" und meist unterentwickelten Länder aussehen? (4)

Nachhaltenden Einfluß übte die Darstellung Colin Clarks aus, die dieser von der inneren Dynamik des industriellen Entwicklungsprozesses gab (5). Ihre Konturen sind für das, was sich an wirtschaftlichem Wachstum und Strukturänderung in den Entwicklungsländern zeigt, noch heute richtungsweisend. Er hatte den Weg verfolgt, der die Bewegungen der primären, sekundären und tertiären Sektoren bestimmt. Industrialisierung ist die Geschichte des Rückganges der in der Landwirtschaft Beschäftigten, durch deren steigende Arbeitsergebnisse immer mehr Menschen freigesetzt werden, um "industrielle" Güter und Dienstleistungen zu erzeugen.

Dagegen herrschen über Sequenzen und Formen, in welchen sich heute wirtschaftliches Wachstum und als Folge die Strukturwandlung im einzelnen und im konkreten Fall vollziehen sollten, noch keine Einigkeit. Die Forderung nach einem Wachstum, das sich in strukturellem Gleichgewicht vollzieht, geht an den Möglichkeiten der armen Länder vorbei. Auf der Suche nach einer Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung beurteilt Hirschman die Theorien des "balanced growth" pessimistisch:

> ..."The theory fails as a theory of development. Development presumably means the process of change of one type of economy into some other more advanced type (sichtbar in einem Strukturwandel, Anmerkung des Verfassers). But such a procedure is given up as hopeless by the balanced growth theory which finds it difficult to visualize how the "underdevelopment equilibrium" can be broken into at any one point" (6)

Denn das würde schließlich bedeuten, daß eine

> "entirely new, self-contained modern industrial economy must be superimposed on the stagnant and equally self-contained traditional sector". (7)

Das Problem besteht darin, einen Wachstumsprozess auf Gesellschaften zu übertragen, in denen der Wunsch nach seinen Ergebnissen weit mehr als die Fähigkeiten, Haltungen und Anlagen, ihn zu führen, verbreitet sind. Aber auch in den heute fortgeschrittenen Ländern gingen die großen Umwälzungen zunächst von Elitegruppen aus. Ursprung und einzig unabdingbare Voraussetzung gesellschaftlicher (und wirtschaftlicher) Entwicklung ist, darüber herrscht heute in der Wissenschaft fast Einmütigkeit, die Bereitschaft und der Wunsch für den Wechsel, ein soziokulturelles Charakteristikum (8), das zu den strukturbestimmenden Faktoren gerechnet werden muß.

In den meisten Entwicklungsländern hatten bisher industrielle Wachstumsstöße lediglich Strukturbrüche erzeugt. Um die europäisch bestimmte Wirtschaftsexklave lebte die alte Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsweise weiter. Der Funke war zu schwach, die Wandlung für die dynamischen Stadien des Wachstums zu schaffen, den "take-off into sustained growth". Sollen sich die Strukturbrüche heute nicht zur politischen und sozialen Katastrophe ausweiten, muß an die Stelle des stagnierenden Wachstums die Wachstums- und Industrialisierungspolitik auf

Grund der Kenntnis der Zusammenhänge treten. Denn diese muß Strukturpolitik im umfassenden Sinne sein. Formen, Arten und Umfang z. B. von Industrieplänen, ihr Maß oder ihre Maßlosigkeit, können die strukturelle Entwicklung günstig oder schädlich beeinflussen. Die wertenden Adjektive setzen die Orientierung an einer optimalen Struktur- und Entwicklungssequenz voraus. Wenn überhaupt, so lassen sich diese von normativen Gesichtspunkten stark bestimmten Probleme im konkreten Fall lösen, dessen Ziel- und Wertesystem als Prämisse akzeptiert wird. Innerhalb eines Spielraumes sieht man die Abweichungen von dem Gang der Dinge nach der Wachstumstheorie hohen Abstraktionsgrades, die nach den Erfahrungen und Bedingungen des technisch-wirtschaftlichen Zivilisationszeitalters entstanden ist.

Die Uneinigkeit über das Wie des Wachstums hat ihre bedeutendste Ursache in den Meinungsverschiedenheiten darüber, was den Individuen und dem Staat in Zeit und Raum an Anstrengungen zugemutet und was von ihnen erwartet werden kann. Der Vorzug der "Latecomer" als Nachahmer birgt Gefahren. Sie handeln oft wie Studenten, die meinen, mehrere Semester zusammenraffen zu können, ohne das Pensum zu verdauen, obwohl ohnehin eine stark verkürzte Ausbildungszeit angesetzt wurde. Am Beispiel der kommunistischen Experimente können wir einiges über die strukturellen Wirkungen eines radikal forcierten wirtschaftlichen Wachstums erfahren. Der Wachstumsweg verbindet sich also mit dem Problem der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

2) Die Wirkungen der Struktur auf das Wirtschaftswachstum

Sehen wir von dem Grenzfall der primitiven Gesellschaften ab, können wir von der Voraussetzung ausgehen, daß in allen armen Ländern wirtschaftliches Wachstum für wünschenswert gehalten wird. Von der jeweiligen Strukturkonstellation als konkretem Ausdruck ihrer Rückständigkeit und Armut gehen die unmittelbar stärksten Wirkungen auf wirtschaftliches Wachstum, seine Formen und sein Tempo aus. Ihrer Natur nach erscheinen diese Wirkungen jedoch zunächst nur als Antriebe für Elitegruppen, welche schnelleres Wachstum hervorbringen wollen und dabei heute von den Vergleichen zu fortgeschrittenen Ländern ausgehen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß die relativ rückständigsten Strukturen zwar zu stärksten Anstrengungen und zur Eile auffordern, jedoch faktisch am wenigsten gerüstet sind. Insofern wirkt die Struktur auf die Gestaltung der Wachstumspolitik limitierend.

Die strukturelle Bestandsaufnahme muß sich u. a. den soziokulturellen Eigenschaften zuwenden, die das Ungleichgewicht erklären, in welchem die Wachstumsphase ansetzt. In Ländern wie Ägypten, in denen durch Kontakt mit Industriestaaten schon moderne Wirtschaftsformen und eine nicht unbedeutende Schicht von Beamten, Akademikern, Managern und Lehrern bereits existiert, hat dieses Ungleichgewicht ja schon einen festen Ausdruck in der dualistischen Wirtschaftsstruktur gefunden.

Vielleicht sind daher die oft großbetrieblichen und kapitalintensiven industriellen Vorhaben im Ansatz durchaus strukturadäquat. Denn technologischer, administrativer und unternehmerischer Fortschritt kann

nicht bei den Gruppen beginnen, die weder Erziehung, Erfahrung noch den Willen dafür haben (9). Die wirtschaftliche Frage ist, wie mit dem soziokulturellen Anfangspotential in kürzester Zeit die größten Wachstumswirkungen erzielt werden können. Und das heißt gleichzeitig, wie am schnellsten die strukturbestimmenden Faktoren und Strukturelemente in die für die Industrialisierung typische Bewegung gebracht werden können.

Diese Bestandsaufnahme führt schon mitten in die umfassende Strukturanalyse hinein, die allein die Fülle der Faktoren und Gesichtspunkte und ihre Bedeutung für die Wachstumspolitik beurteilen kann. Bisher wurde noch nicht der Versuch gemacht, eine solche Politik für die Entwicklungsländer systematisch auf eine Analyse der Strukturkonstellation zu basieren. Manche heißen Eisen, wie die Wahl der Technologie, der Investitionskriterien, der Prioritäten und der Wirtschaftsordnung könnten in diesem Rahmen zwar nicht leichter, aber sicherer behandelt werden. Eine solche Theorie der Strukturtypen scheint am besten geeignet, die Mythen über ein optimales Wachstumsrezept auf die realen Möglichkeiten zu reduzieren. Das optimale Wachstumsmodell existiert in der Wirklichkeit nur unter exemplifizierbaren strukturellen Bedingungen (10).

Die Erarbeitung einer solchen Theorie gehört nicht in unsere Untersuchung. Eine Fallstudie kann jedoch nützliches Material dafür beitragen, wenn sie sich soweit als möglich einer solchen Betrachtungsweise als Hilfsmittel bedient. Einige Hinweise mögen genügen:

a) Fundamentales konstitutives Element ist der ökonomische Entwicklungsstand.

b) Bei gleichen Voraussetzungen nach a) wird die Wirtschaftsordnung als fruchtbares Gliederungsprinzip anzusehen sein. Die Ordnung ist in der Regel als Strukturelement ohne Systemcharakter in den Entwicklungsländern zu behandeln, d. h. sie wird zunächst mehr von den übrigen Faktoren geformt, als daß sie selbst beeinflussend ist.

c) Bei ebenfalls gleichen Voraussetzungen von a) wird die wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Zielsetzung entscheidend sein. Bestimmte Ziele scheinen mit einer bestimmten Wirtschaftsordnung innerlich verbunden. Dabei ist es unerheblich, ob die letzten "metaökonomischen" Zwecke verschiedener konkreter Ziel- und Mittelsysteme sich in manchen Bezügen ähneln (z. B. Ziel des Massenwohlstandes). Die Zwischen- und Unterziele können eine sehr weitreichende Skala umfassen, die durch die jeweilige politische, wirtschaftliche und soziale Situation in ihrer Verbundenheit bestimmt wird. Im Sinne von Talcott Parsons strukturell-funktionaler Analyse sozialer Systeme (11) ginge es um die systematischen Bedürfnisse und Probleme, welche der betreffende Strukturtyp aufweist.

II. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur

1) Die Wirkungen der Wirtschaftsstruktur auf die Wirtschaftsordnung

Die Einschaltung der Struktur in die Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Wirtschaftsordnung hat die Theorie zur Besinnung auf fundamentale "ceteris paribus"-Bedingungen gebracht. Sie brachte den Mythos ins Wanken, es könne ein bestes Wirtschaftssystem geben, das unter allen Umständen die günstigsten Wachstumsergebnisse zeitige, wenn man es nur konsequent durchführe. Die Übertragbarkeit von Ordnungen ist vor allem ein strukturelles Problem. Als geschlossenes System müßte das Rezept einer freien Marktwirtschaft in Indien oder Ägypten ebenso versagen wie die Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft in den USA oder der Bundesrepublik. Zu diesem Schluß gelangt man, wenn alle strukturellen Voraussetzungen, also auch die Werte, Ideale, Eigenschaften und Ziele einer Gesellschaft (strukturbestimmende Faktoren) in die Analyse einbezogen werden.

Man stelle sich einen Augenblick vor, die totale Planwirtschaft sollte den USA von heute aufgezwungen werden. Sie ist der Struktur und der Bevölkerung in den USA ebensowenig angepaßt wie in irgendeinem anderen Land. Nur scheinbar ist eine strukturelle Implikation für die Ordnung konsequent gezogen worden, die Rolle des Staates und seine Verantwortung für den Entwicklungsprozess. Die pragmatisch-strukturelle und die ideologische Motivierung der Staatstätigkeit begegnen sich heute dort, wo es äußerlich um die gleichen Ziele geht. Die nur von technisch-rationalen Kriterien bestimmte Konstruktion der Zentralverwaltungswirtschaft verzichtet auf jede strukturelle Anpassung (12). Es gibt keine an sich eindeutigen Kriterien darüber, was Regierung und private Unternehmer wirtschaftlich tun sollen, welche Bedarfe nur individuell, welche nur kollektiv oder genossenschaftlich gedeckt werden können. Wie Edward S. Mason erwähnt (13), "almost everything that is done by private enterprise in a capitalist society can be and, on occasion, has been done by government (z. B. Rußland). And conversely, almost everything that is customarily done by government can be and has been done by business".

Ebenso wenig gäbe es eine Korrelation zwischen dem Ausmaß der Regierungstätigkeit und der Rate des wirtschaftlichen Wachstums (deutsches "Wirtschaftswunder" und Norwegens Planwirtschaft). Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand kann mit Entwicklung und Stagnation vereinbar sein. Wenn in der westlichen Wirtschaftsgeschichte meist "a fairly strong consensus has existed on what in fact belongs to government and what to business" (14), so unserer Ansicht nach deshalb, weil das marktwirtschaftliche System im Grunde immer auf ihm adäquaten strukturellen Voraussetzungen beruhte und die zunehmende Staatstätigkeit meist objektiv-sachliche Ursachen hatte (z. B. Krisenbekämpfung, soziale Wohlfahrt).

Über die beste Verteilung der Ordnungselemente kann wissenschaftlich also nur innerhalb einer konkreten Strukturkonstellation, Kultur und

Umwelt ausgesagt werden. Für eine Theorie der Strukturtypen könnte also die Wirtschaftsordnung eigentlich nicht konstituierend sein, sondern müßte erst aus ihr erklärt werden. Es stellt sich die Frage, ob und wie sich konkrete Mischungsverhältnisse der Elemente herauskristallisieren lassen, die dem Verlegenheitsbegriff der "Mixed Economy", der jetzt fast auf die Gesamtheit der Entwicklungsländer angewendet wird, mehr Farbe geben. Denn unseren Erfahrungen nach können die Ordnungselemente sich nicht in beliebigen Kombinationen verbinden, ohne daß sich die Qualität des Ordnungssystems verändert, d. h. seine Funktionsfähigkeit und Stabilität in Frage gestellt wird. Thalheim hat daher mit Recht darauf hingewiesen, daß sich der Begriff "mixed" nicht nur auf die Mischung von Kollektiv- und Individualeigentum und auf die Mischung von staatlicher und privater Initiative bezieht, sondern auch auf das Lenkungssystem solcher Volkswirtschaften anzuwenden ist (15). Wie weit kann der wirtschaftliche Automatismus des Marktes durch staatlichen Dirigismus eingeschränkt werden, ohne das Mischsystem zu gefährden?

In diesem Zusammenhang fehlt noch viel Material darüber, wie Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsstand die verschiedenen Arten wirtschaftspolitischer Eingriffe und ihre Wirkungen beeinflussen. Das bekannte Instrumentarium, dessen sich heute die Entwicklungsländer in mannigfaltiger Weise bedienen, bedarf zunächst in konkreten Mischsystemen der Überprüfung. Denn die Wirkungen der Eingriffe wurden bisher an dem theoretischen Konzept einer Marktwirtschaft studiert, die in europäisch-westlichem Milieu wurzelt. Die rationale Verhaltensweise von Wirtschaftssubjekten in einer entwickelten Industriegesellschaft, in welcher die Integration der Märkte und die Mobilität der Produktionsfaktoren sehr hoch sind, entschied letztlich darüber, ob ein Eingriff etwa im Sinne von Thalheims Kategorien systemadäquat oder systeminadäquat oder gar systemzerstörend wirken mußte. Würde beispielsweise der Wirtschaft der Bundesrepublik heute ein gleiches Maß an Eingriffen in Preisbildungsvorgänge zugemutet wie in Ägypten, wäre sicherlich das System seiner Antriebskräfte und Funktionsfähigkeit beraubt, was im Entwicklungsland noch lange nicht der Fall zu sein braucht. Viele Eingriffe bekommen in der strukturellen Lage des Entwicklungslandes grundsätzlich andere Funktionen, sind in andere wirtschaftspolitische Gesamtzusammenhänge einzuordnen und durch sie zu ergänzen.

Die Konstituierung eines Mischsystems, in welchem sich die Eingriffe systemstabilisierend und -erhaltend zusammenfügen, ist jedoch mit der strukturellen Fundierung erst in ihrem Anfangsstadium und bleibt ein schwerwiegendes, von vielen Bedenken belastetes Problem. Wie soll der Bezugspunkt gefunden werden, an welchem das System praktisch orientiert wird? Die meisten Mischsysteme funktionieren in der Praxis mit mehr oder weniger Erfolg, obwohl theoretisch ihre Lebensfähigkeit noch nicht erwiesen ist und mangels einer Theorie der "Mixed Economy" tendenziell die Verwandlung in Richtung auf die reineren Formen vorausgesagt wird.

2) Die Wirkungen der Wirtschaftsordnung auf die Wirtschaftsstruktur

Eine Wirtschaftsordnung, deren Elemente und Institutionen dem Entwicklungsstand des Landes am besten angepaßt sind, müßte die höchstmöglichen Wachstumsgeschwindigkeiten hervorbringen, da in ihr ein Maximum an vorhandenen Antriebskräften wirksam sind. Wir hatten schon betrachtet, wie das Wachstum sich in Strukturveränderungen niederschlägt. Im Endergebnis bringt der Industrialisierungsprozeß in seinem reifen Stadium aus einer Reihe von technisch-wirtschaftlichen Gründen recht ähnliche Wirtschaftsstrukturen hervor, die von der herrschenden Wirtschaftsordnung weitgehend unabhängig zu sein scheinen. Selbst in der Sowjetunion zeigen sich Tendenzen einer Ausrichtung von Produktion und Verteilung nach den Konsumentenbedürfnissen. Sie können sich vor allem deshalb noch nicht stärker durchsetzen, weil die zentrale Planung eine schwerpunktmäßige, nicht aber umfassende wirtschaftliche Entwicklung hervorgebracht hat, d. h. das Land in vielen Beziehungen noch rückständig ist.

Wir wissen noch nicht, ob es schließlich den zwangsläufigen kumulativen Umkehrprozeß von der Zwangswirtschaft zu freieren Formen geben wird (16), der bei einem bestimmten Stand des Wohlstands und der Akkumulation unvermeidlich einsetzt. Bevor dieses Stadium erreicht wird, sind daher die Sequenzen der Strukturveränderungen wesentlicher als die groben, technisch bestimmten Sektorenverschiebungen. Die erwähnte Möglichkeit der kommunistischen Planwirtschaft, langfristig und stärker als in irgendeiner anderen Ordnung die Entwicklung der individuellen Verbrauchsstrukturen zugunsten eines machtpolitisch bestimmten Investitionsmusters zu hemmen, ist von großem Einfluß auf die Veränderung der Struktur. Bei gleicher Ausgangsposition werden sich bei gleicher Wachstumsrate verschiedene strukturelle Wirkungen zeigen, die für bestimmte Wirtschaftsordnungen typisch sind. Die Berücksichtigung der strukturellen Wirkungen einer konkreten Wirtschaftsordnung ist aber um so unentbehrlicher, weil nur sie ein relativ umfassendes Bild von dem Erreichten geben können. Das gilt besonders für die dynamischen strukturbestimmenden Faktoren, die Veränderung der Haltungen und Fähigkeiten der Individuen.

Die Stadien der Industrialisierung und der Veränderung der Wirtschafts- und Sozialstrukturen unter marktwirtschaftlichen Bedingungen sind bekannt (17). Das gleiche gilt für verschiedene Typen der Zentralverwaltungswirtschaft. Dagegen lassen sich wegen der Kürze des Beobachtungszeitraumes erst vorläufige Tendenzen hinsichtlich der Wirkungen der neuentstehenden "Mixed Economies" angeben, die zunächst vom konkreten Einzelfall ausgehen müssen. Die Frage ist z. B., wird die eingeschlagene Industrialisierungspolitik die dualistischen Strukturen überwinden oder sie sogar vertiefen, in welcher Weise wird eine homogene Struktur geschaffen? Gibt es eine für die "Mixed Economy" typische Industrialisierungssequenz?

III. Die Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung und wirtschaftlichem Wachstum

1) Die Wirkungen der Wirtschaftsordnung auf das wirtschaftliche Wachstum

Unsere bisherigen Erörterungen dürften gezeigt haben, daß die Frage nach der wachstumsgünstigsten Wirtschaftsordnung nur innerhalb struktureller Konstellationen sinnvoll wird. Das gilt sowohl für die Ordnungselemente, den Lenkungsmechanismus, die wirtschaftspolitischen Methoden als auch für die Wirkungen auf die Struktur. Tritt man in solche umfassende Untersuchung ein, scheint es nahezu unmöglich, einem Wirtschaftssystem als solchem absolute Vorzüge einzuräumen. Die Frage, ob sich die "Mixed Economy" der Vorzüge mehrerer Systeme zugleich bedienen kann, um schnelles Wachstum zu erzielen, wirft schwerwiegende Fragen auf, die in der Möglichkeit eines funktionsfähigen, stabilen dritten Wirtschaftssystems gipfeln.

Die Zusammenhänge, welche die Wirkungen der Wirtschaftsordnung auf das wirtschaftliche Wachstum betreffen, lassen sich nach Karl C. Thalheim an fünf strategisch wichtigen Gesichtspunkten studieren (18):

1) Über welche Antriebskräfte verfügt ein bestimmtes Wirtschaftssystem, um wirtschaftliches Wachstum herbeizuführen?

2) Wie verhalten sich die für ein Wirtschaftssystem maßgeblichen Ziele zur Förderung des Wirtschaftswachstums, und wer bestimmt diese Ziele?

3) Wie vollzieht sich in einem bestimmten Wirtschaftssystem die Finanzierung des Wirtschaftswachstums, und wie wird die Höhe der Investitionsquote durch das Wirtschaftssystem beeinflußt?

4) Wie werden Tempo und Art des Wirtschaftswachstums durch die Funtionsweise eines Wirtschaftssystems beeinflußt?

5) Wie gestalten sich in einem Wirtschaftssystem die Einflüsse, die die weltwirtschaftliche Verflechtung einer Volkswirtschaft auf das Wirtschaftswachstum hat?

Thalheim kommt zu dem Schluß, daß jede der drei von ihm unter obigen Aspekten untersuchten Wirtschaftssysteme - die Marktwirtschaft, die "Mixed Economy" und die zentrale Planwirtschaft - in Bezug auf das Wirtschaftswachstum sowohl positive als auch negative Seiten hat und ein exakter Vergleich der Wirkungen nahezu unmöglich erscheint. Auffällig ist der Unsicherheitsspielraum der Aussagen über die "Mixed Economy", die sich nicht in ein widerspruchsloses System fügen. Die Grundproblematik liegt darin, daß die einzelnen strukturell fundierten Maßnahmen der Ordnungsgestaltung zwar günstige Wachstumsergebnisse bringen sollten, es jedoch unsicher ist, ob ihre bloße Addition zu einer Summe die gleichen Wirkungen zeigt. Kann der Einbruch des Staates in alle Phasen des Wirtschaftsablaufes und der Prozessordnung, der oft revolutionär und schockartig, außerdem viel stärker, vielseitiger und massierter erfolgt als es in nichtzwangswirtschaftlichen Ländern bisher

der Fall gewesen war, die Lebensfähigkeit und Entfaltungskraft des ihn ergänzenden privaten Elements nicht nur nicht hemmen, sondern fördern, wie es dem Architekturplan der "Mixed Economy" entspricht? Und zwar solange, bis die Gesellschaft einen Reifegrad erreicht hat, bei welchem sich der Staat aus vielen Rollen wieder allmählich zurückziehen kann.

Begeben wir uns nochmals an den Ausgangspunkt der "Mixed Economy", das starke Anwachsen der Staatsinitiative. Es scheint so, daß nicht die Antriebskräfte entscheidend sind, die in einem System wirken können, sondern die Wahl des Systems, in welchem sie strukturell gesehen maximiert werden können. Sowohl das marktwirtschaftliche System, in welchem individuelles "Erfolgsstreben und Konkurrenz" vorherrschend sind, wie auch die zentrale Planwirtschaft, in welcher so gut wie ausschließlich der Staatswille Antriebskraft des Wachstums ist, zeigen Beispiele für hohe Raten wirtschaftlichen Wachstums. Das Adjektiv "entscheidend" bedeutet, daß niemals nur eine Antriebskraft unter völligem Ausschluß der anderen wirksam war. Obwohl daher alle realisierten Wirtschaftsordnungen streng genommen in Bezug auf die Antriebskraft Mischordnungen waren, unterscheiden sie sich von der "Mixed Economy" wesentlich. Zwar war der Anteil des Staates an der wirtschaftlichen Entwicklung der heute hochindustrialisierten Länder mit marktwirtschaftlicher Ordnung oft höher als man bisher angenommen hatte, jedoch konnten in allen Fällen die individuelle Initiative und die ihr gemäßen Ordnungsprinzipien als bestimmend und systemtragend angesehen werden (19).

So gesehen scheint in den Entwicklungsländern zum ersten Male ein wirklich neues System einer Mischordnung versucht zu werden. Das Zusammenwirken beider Antriebskräfte ist in einem weitgehend unbestimmten Mischungsverhältnis strukturell notwendig. Das System soll dadurch langfristig Stabilität erhalten, daß es sich nicht zu den Lenkungsbedingungen hinziehen läßt, die bei der relativen Vorherrschaft der einen oder anderen Antriebskraft die ihr gemäßesten sind. Denn träte eine solche Tendenz auf, wäre die wachstumsoptimale Wirkung des Systems gefährdet.

Die Frage ist, ob Stabilität in einer solchen ordnungsmäßigen Unbestimmtheitsrelation möglich wird und ob die Länder sich nicht früher oder später zumindest tendentiell an eine Grundform bewußt anlehnen müssen. Diese Entscheidung wird erst verlangt, wenn der notwendige Abbau marktwirtschaftlicher Freiheiten zugunsten der erstrebten Wachstumsordnung die Grenze erreicht hat, an welcher der Umschlag in den Bereich des Gegenpols unvermeidlich wird. Was sich an ordnungsverändernden Eingriffen bis zur Erreichung der Grenze vollzieht, spielt sich noch immer auf dem Grund der marktwirtschaftlichen Ordnung ab, auch wenn diese im dynamischen Sinne noch gar nicht wirksam war.

Vom Standpunkt der "Mixed Economy" handelt es sich dabei um den Aufbau eines neuen positiven Wirtschaftssystems, vom Standpunkt der reineren Formen um Zersetzungserscheinungen, die sich nicht halten

können. Denn Wirtschaftssysteme werden nicht eingeführt wie eine neue Produktionsmethode, welche die alte gänzlich ausschließt, sondern wachsen in einem längeren Zeitabschnitt. Das Problem der "Mixed Economy" besteht darin, wie sie Stabilität erreichen kann, obwohl für ihren Aufbau und aus ihrer Situation heraus zwangsläufig eine längere Periode ordnungsmäßiger Unsicherheit, des Experimentierens und Tasten die Folge sein wird.

Das notwendige Ausmaß der Staatsinitiative und -eingriffe kann, da noch keine Erfahrungen bestehen und die langfristige Reaktion auf die Wirtschaftssubjekte noch abgewartet werden muß, nicht sofort und mit Sicherheit bestimmt werden. Vom Staat werden aber sicher sehr nützliche und stabilitätsfördernde Garantien verlangt, an die er sich, auch wenn er nur von pragmatischen und nicht von ideologischen Erwägungen ausgeht, in dieser Periode nur selten wird halten können. Das Bedauern Osman Okyars darüber, daß "the central problems of the control of state industry, of principles for guiding its operations and of the relations between the.. Government enterprises and private enterprises have not been attacked" (20) ist Ausdruck dieser Situation. Sicher braucht "a mixed economy just as well as a private enterprise economy or a socialist economy a more or less definite and constant set of rules so that the various players in the game will know what they are doing and why" (21) Der türkische Nationalökonom fordert etwas, was bestenfalls das Ergebnis einer längeren Erfahrungsperiode sein kann.

Wichtiger als die Spielregeln erscheint das Vertrauen der Beteiligten in die Fähigkeit und Aufrichtigkeit der entscheidenen Gremien, einen soichen Zustand anzustreben. Spielregeln, die immer wieder verletzt werden, wirken sich ungünstiger auf das Wachstum aus als das offene Zugeständnis, im gegebenen Falle werden sich doch noch Eingriffe notwendig erweisen. Die Beziehung der Staats- zur Wirtschaftsordnung unterliegt jedoch in der Hinsicht ähnlicher unbestimmbarer Zuordnung. Immerhin gilt die grobe Faustregel, daß sie im allgemeinen zwischen reiner Demokratie und absoluter Diktatur liegen wird. Der Umbau der Wirtschaftsordnung und die Ausrichtung der Anstrengungen auf wirtschaftliches Wachstum in den Mischformen erfordern ein starkes Maß staatlicher Autorität und eine stabile Regierung.

2) Die Wirkungen des wirtschaftlichen Wachstums auf die Wirtschaftsordnung

Zum Schluß sei das Problem der "Mixed Economy" nochmals unter der umgekehrten Beziehung betrachtet. Die strukturelle Fundierung der Ordnungselemente erlebt ihre Bewährungsprobe unter dem Druck, den die Ziele des wirtschaftlichen Wachstums auf sie ausüben. Die Periode ordnungsmäßigen Experimentierens, welche die meisten Entwicklungsländer durchmachen, zeigt, daß zunächst praktisch-pragmatische Erwägungen die Ordnungsveränderung mehr als ideologisch-systematische Gesichtspunkte beeinflußten. Selbst in Ländern, in denen die Einleitung nationaler Industriebestrebungen mit der Machtergreifung revolutionärer Gruppen zusammenfiel, diente die Bezeichnung

ihrer Politik als sozialistisch oder nationalistisch oft nur zur Etikettierung der Wende, des Neuen, zur Werbung für den Fortschritt, ohne einen doktrinärtraditionellen Inhalt zu implizieren. Andere Führer wie Nehru, die sich von vornherein von einem "socialistic pattern of society" leiten ließen, besaßen ebenfalls Realismus genug, dem Begriff eine den speziellen Umständen und Schwierigkeiten angepaßte Färbung zu geben, so daß ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen weitgehend mit denen anderer Länder identisch waren, die ohne ideologische Ausrichtung auskommen wollten (z. B. Pakistan).

Der pragmatische Anteil an der Rate der Ordnungsveränderung als Folge der Wachstumsanstrengungen ist in der Regel sehr hoch. Der Zustand der unterentwickelten Länder läßt begrenzte Alternativen zu, die Investitionen und Wachstumsrate zu erhöhen. Die Finanzierung des wirtschaftlichen Wachstums, die Anspannung der Ressourcen führen z. B. fast unvermeidlich zu dem chronischen Zustand der inflationsgefährdeten Wirtschaft mit weicher Währung, in direkter Abhängigkeit von der postulierten Wachstumsrate. Hierzu zählen mannigfaltige Eingriffe in die Mechanismen des Außenverkehrs, Devisenzwangswirtschaft und Kontingentierung der Importe im Interesse der Einfuhrumlenkung von Luxus- zu Investitionsgütern, Preiskontrollen und Investitionslenkung.

Auch die Höhe der staatlichen Wirtschaftstätigkeit wird davon beeinflußt, die notwendige Ausdehnungsrate des public sectors. Das Minimum würde durch die Grundsätze angegeben, daß der Staat in Projekten investiert, die für die private Initiative unattraktiv sind, weil sie keinen Profit bringen oder angesichts der herrschenden Unternehmermentalität nicht unternommen werden oder wegen ihrer Größenordnung von ihnen nicht betrieben werden können. Darüber hinaus kann die Ausdehnung von der Notwendigkeit bestimmt sein, allseitig zu investieren, weil die private Unternehmertätigkeit überhaupt zu geringfügig bleibt. Schlimmer ist es, wenn die staatliche Investitions- und Lenkungstätigkeit vorhandene oder willige private Initiative abschreckt oder drosselt, und dadurch ihre Ausdehnungsrate steigt. Zu den nicht notwendigen Wirkungen würde die Verstaatlichung zählen, wenn sie vorhandene und erwünschte private Initiative beseitigt (Verstaatlichung von Industriebetrieben im Gegensatz zu Banken, Handelsbetrieben). Ordnungspolitisch schwer zu qualifizieren sind Nationalisierungen ausländischer Unternehmungen, soweit ihnen keine Verstaatlichung folgt (Übernahme durch Einheimische). Soweit man eine Politik der Abschreckung ausländischer Kapitalbeteiligung betreibt, wird der Druck auf Ordnungsveränderung noch stärker. Andererseits haben sich inzwischen manche ordnungsneutrale Ersatzlösungen für ausländische Beteiligung und Hilfe entwickelt. (22)

Nicht nur die postulierte Wachstumsrate, sondern auch ihre Zusammensetzung, die Investitionsstruktur, üben eine starke Wirkung aus. Die Tendenz zu mehr lenkungswirtschaftlichen Formen müßte desto stärker sein, je mehr das Investitionsmuster von komplizierten kapitalintensiven, schwerindustriellen Projekten beherrscht wird, deren lange Reifezeit und hohe Kapitalansprüche den Endkonsum besonders belasten.

Schließlich kann das Wachstumsmuster nach dem Grad seiner Abweichung von dem durch komparative Kostenvorteile im internationalen Austausch empfohlenen Verhalten eingeordnet und danach die Stärke des lenkungswirtschaftlichen Einflusses gemessen werden. Nur wenige Entwicklungsländer haben Aussichten, ihre Wachstumsrate durch den Absatz konkurrenzfähiger industrieller Produkte auf dem Weltmarkt schnell zu heben, und sehen sich zu langfristigen Erziehungsschutzmaßnahmen veranlaßt, die sehr schnell marktkonträren Charakter annehmen. Vor allem größere Volkswirtschaften, die mit Rohstoffen und Bodenschätzen reich ausgestattet sind, geben sich der Hoffnung hin, neue industrielle Zentren schaffen zu können, die hauptsächlich am Binnenmarkt orientiert sind. Kleinere Länder hängen von vornherein viel stärker von der internationalen Integration ihrer Industrialisierung ab. Grundsätzlich geht von der ersteren Sequenz ein stärkerer Druck auf zwangswirtschaftliche Formen als bei der zweiten Gruppe von Ländern aus, zumal die Chance, große regionale "Gemeinsame Märkte" im afroasiatischen Raum zu schaffen, noch sehr gering ist.

Der Bevorzugung der Kapitalgüter- vor der Konsumgüter- und Rohstoffproduktion sind meist enge Grenzen gesetzt. Selbst die größeren Entwicklungsländer, ärmer als die SU zu Beginn der großen Fünfjahrpläne um 1930 (23), können erst die Grundlagen für einen differenzierteren Industrieprozess legen, so daß in Wirklichkeit die meisten Nichtkonsumgüter aus Rohstoffen und Zwischenprodukten bestehen, für welche schon Bedarf vorhanden war oder als öffentlicher Bedarf für die großen Infrastrukturaufgaben entsteht. Oft sind die Investitionsgüter erzeugenden Paradeprojekte (das Walzwerk, die Autofabrik) von symbolischer Bedeutung. Es liegt noch keine langfristige Bevorzugung der Kapitalgüterindustrien vor, durch welche die Integrierung eines komplizierten, umfangreichen Produktionsapparates zu Lasten der Endkonsumsteigerung langfristig hinausgeschoben werden soll, sondern der Streit geht um die Wahl der Technologie, der Produktionsmethoden, der Betriebsgröße etc..

So zwangsläufig manche der erörterten Beziehungen aussehen mögen, die meisten von ihnen lassen in Bezug auf die Wirtschaftsordnung Alternativen offen. Schließlich muß man sich an die Binsenwahrheit von der Bestimmtheit allen ökonomischen Geschehens durch menschliches Handeln erinnern, dem das Moment der Entscheidungsfreiheit innewohnt. Man kann nur den Rahmen abstecken, in welchem sich auch ein Wettbewerb der Ordnungen in den Entwicklungsländern abspielen wird, so zwingend und determiniert manche Analyse sein mag.

C. Vorbereitender Teil: Analyse der vorrevolutionären ägyptischen Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsordnung

I. Die ägyptische Industrialisierung unter dem Einfluß historischer Ordnungen

1) Der Auftakt: Das planwirtschaftliche System des Mohammed Ali

Die Landung Napoleons in Ägypten 1798 erweckte das Land aus seinem jahrhundertelangen Dornröschenschlaf und versetzte der alten politischen und ökonomischen Ordnung den Todesstoß. Die Neuzeit hält ihren Einzug in das Niltal. Die folgende Epoche strahlt für unsere Zusammenhänge eine faszinierende Aktualität aus.

Wie heute wird das Streben nach nationaler Stärke und Unabhängigkeit zur wichtigen Triebfeder aller Wirtschaftspolitik. Mohammed Ali, ein ehemaliger Offizier aus dem ottomanischen Mameluckenheer, war in den Wirren der Verhältnisse zur Macht gelangt und gründete, vom Sultan wohl oder übel bestätigt, eine eigene ägyptische Dynastie, die erst mit dem Sturz König Faruks 1952 endete. Um seinen Plan, sich bei den Großmächten Ansehen und Prestige zu verschaffen, zu verwirklichen, mutete er dem Land eine fast unglaubliche Bürde an Anstrengungen zu, militärische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu erzielen.

Da er jedoch bald einsah, daß die Menschen weder fähig noch willens waren, mit einem Schlage ihre eingewurzelten Lebensweisen über Bord zu werfen, verfiel der Souverän, "von außergewöhnlichen Umständen und verhängnisvollen Notwendigkeiten der gegenwärtigen Lage getrieben" (24), auf die Gewaltlösung.

Um jeden Widerstand gegen seine Ziele von vornherein zu brechen, ging er, von einer Gruppe französischer St. Simonisten beraten, unverzüglich daran, ein zentralisiertes Wirtschaftssystem zu schaffen, dessen einziges pläneschmiedendes Subjekt der Herrscher selbst wurde.

Auf dem Lande brach er die Macht der mameluckischen Feudalherren, indem er sich die nominelle Eigentümerschaft des ganzen Bodens sicherte, ihn in kleinen Parzellen an Bauern gab, die in seinem Namen in ein Register eingetragen wurden. Die Bauern produzierten nach strengen Anbauvorschriften und zu niedrigen "Ablieferungspreisen".

Seine Industrialisierungspolitik begann mit einem Staatsmonopol sowohl für das traditionelle Handwerk als auch für alle aus Europa übernommenen Fabriksysteme.

Der Aufbau des Monopolsystems

Die Verwaltung des Monopols bestimmte, was, wie, wo und für welches Entgelt produziert wurde. Das bestehende korporative Handwerkssystem wurde allmählich aufgelöst. Die Meister verloren ihre Selbständigkeit, ihre Betriebe wurden geschlossen, sie selbst als Arbeiter für Handwerksbetriebe oder Fabriken des Staates rekrutiert. Die neuen Industrien wurden durch Beamte geführt und durch zentrale Ausschüsse gelenkt und überwacht, sie besaßen keinerlei Selbständigkeit (25).

Ausmaß und Durchführung der Industrialisierung

Da es außer europäischen Beratern noch nicht genügend fähige Verwaltungsfachleute gab, mußte Mohammed Ali bald die Hoffnung begraben, die Fabrikindustrie werde ihm ebenso große Monopolgewinne eintragen wie die Landwirtschaft. Nach den ersten Fehlschlägen betonte er die Erziehungsseite der Industrialisierung, ihr nationales und politisches Interesse, dem die Kostengesichtspunkte geopfert werden mußten (26).

Die Militärfabriken standen rangmäßig an erster Stelle. Man importierte Waffen und baute sie nach. In Kairo, wo die meisten Militärfabriken entstanden, gab es sogar eine Gießerei. In Alexandrien legten französische Experten die Grundlage für den Marineschiffsbau.

Die übrigen Wirtschaftszweige betrafen hauptsächlich die Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Das alte System handwerklicher Arbeit wurde soweit als möglich durch Einführung neuer Maschinen aus Europa abgelöst, weil das große Gewinne zu versprechen schien.

Mit dem Monopolsystem fielen dem Staat auch die Aufgaben des Handels zu, worauf die Zahl der Kaufleute und Händler gewaltig sank. Der Binnenhandel lag fast vollständig, der Export zu 19/20, der Import zu 2/5 in der Hand der Regierung. So erlangte sie fast ein Außenhandelsmonopol, das ihn in Konflikt mit der liberalen Doktrin Englands brachte. Lediglich über den Importhandel ausländischer Kaufleute konnte er wegen eines kaiserlichen Gesetzes, das ausländischen Händlern freien Zutritt in alle ottomanischen Länder gestattete, keine vollständige Kontrolle gewinnen.

Die Mehrzahl der Industrien haben ihren Gründer nicht lange überlebt. Sie arbeiteten z. T. so schlecht, daß der Herrscher die Konkurrenz des einheimischen Handwerks fürchtete und sich gedrängt sah, jede private Initiative mit den strengsten administrativen Mitteln zu unterdrücken. Sicher haben auch exogene Faktoren, politische Rivalitäten und die Gegnerschaft der Großmächte, denen dieses Wirtschaftssystem ein Greuel war, zu dem Untergang beigetragen (27). Generationslang hatte die ägyptische industrielle Entwicklung unter den Wirkungen eines psychologischen Schocks zu leiden, welcher der Ansicht den Weg ebnete, daß Ägypten ein Agrarland und für das System der Fabrikproduktion nicht geeignet sei.

Analyse der Epoche

Wir wählen als Ansatz das strukturelle Phänomen des raschen Anstiegs der Bevölkerung, der plötzlich etwa 1820 eingesetzt hatte und innerhalb von 30 Jahren fast ihre Verdoppelung herbeiführte (28). Im Gleichgewicht der Unterentwicklung hielten sich auch in Ägypten hohe Sterbe- und Geburtenraten die Waage (29). Die Politik Mohammed Alis, das höhere Maß an elementarer Sicherheit und staatlicher Ordnung, die mannigfaltigen Kontakte mit Europa minderten die Sterblichkeit. Insbesondere die Maßnahmen zur Verbesserung des Bewässerungssystems haben die Landbevölkerung anschwellen lassen, deren steigende Zahl

ein wichtiger Faktor in den Unternehmungen des Herrschers war. Die Bevölkerungsbewegung der Epoche muß als abhängige, endogene Variable des Wachstumsimpulses angesehen werden.

Das Grundproblem industrieller Entwicklung, die landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit zu steigern und die Landwirtschaft selbst zu einem menschenabgebenden Zweig zu machen, hatte Mohammed Ali instinktiv richtig gesehen und hier Dauererfolge erzielt. Er scheiterte an einer "strukturinadäquaten" Wirtschaftsordnung, welche die wirtschaftlichen Antriebskräfte, Motivationen und Haltungen verminderte, statt sie zu vermehren. In der Landwirtschaft wurde der Nettoüberschuß durch das Ablieferungssystem zu niedrigen Festpreisen erzwungen, der Anreiz zu individueller Leistung und Aufstieg wurde damit gebremst. Formell aus der Leibeigenschaft entbunden, wurde der Bauer ähnlich nivellierenden Einflüssen unterworfen. Die Bewegung des Landes zum besten Wirt, die Bildung eines bäuerlichen Mittelstandes und die Vermehrung der Zahl wirtschaftlich selbständig handelnder Menschen unterblieb (30).

Ebenso nachteilig wirkte sich die Vernichtung des Handels aus, der oft eine Quelle "kapitalistischen" Geistes und der Kapitalakkumulation in der Entwicklungsgeschichte von Industrieländern war, indem er neue Absatzwege und Kaufkraftquellen erschloß, neue Binnenproduktion anregte. Kein Wunder, wenn nach dem Zusammenbruch des Monopolsystems der Handel noch mehr eine Domäne ausländischer Gruppen wurde.

Auch in der Industrie war keine Schicht von Unternehmern entstanden, die das Werk in eigener Verantwortung hätte weiterführen können. Nach Mohammed Alis Tod im Jahre 1848 erloschen die Antriebe für seine Fortsetzung. Ein Vergleich mit der europäischen Entwicklung ist recht interessant.

In Europa war die Auflösung der handwerklichen Gildensysteme zwar ebenfalls eine Folge von Wachstumsimpulsen, wie sie z. B. vom Fernhandel und Verlegersystem ausgingen. Das Handwerk hatte jedoch Zeit, sich auf die kapitalistische Produktionsweise umzustellen und aus ihm wuchs selbst eine Schicht von fähigen Unternehmern. Mohammed Ali versperrte der ägyptischen Meisterklasse diesen Weg, indem er sie zu unselbständigen Arbeitern degradierte. Die Aufhebung des Gildenzwanges war ihrer wachstumsfördernden Funktion beraubt. Das Wirtschaftssystem erzeugte Disproportionen zwischen strukturbestimmen-Faktoren (Wirtschaftsgesinnung, Haltung etc.) und Strukturelementen, die auf das weitere Wachstum hemmend wirkten. So beschränkte sich die Erziehungspolitik Mohammed Alis darauf, Spezialisten heranzubilden. Die mittlere und untere Bildungsstufe war nicht Grundlage, sondern Ergänzung der höheren Erziehung. In der Bürokratie tat sich eine weite Kluft auf zwischen ausführenden Beamten, Angestellten und wenigen gutbezahlten Günstlingen, deren dispositive Rechte von dem mißtrauischen Herrscher ständig eingeengt wurden.

Die Einseitigkeit, mit welcher die zwangswirtschaftliche Methode Wachstumserfolge erzielen sollte, förderte einen Teil gerade jener

soziokulturellen Eigenschaften, welche der jahrhundertelangen Stagnation der Gesellschaft zu Grunde lagen.

2) Die Industrialisierung in der liberalen Epoche

Mit dem durch das Ausland erzwungenen Abbau der Schutzzölle und des Monopolsystems wurde das ordnungspolitische Steuer herumgerissen. Die Nachfolger Mohammed Alis, weit weniger profilierte und fähige Persönlichkeiten, beschränkten die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates auf den Eisenbahnbau, die Bewässerung und den Suezkanal, für welche langfristigen Projekte die inneren Finanzierungsquellen jedoch völlig unzureichend waren. Mißwirtschaft, Korruption und Unfähigkeit der Verwaltung wurden jahrzehntelang durch die Aufnahme größerer ausländischer Anleihen verdeckt, bis die Großmächte unter der Führung Englands im Namen ihrer Gläubiger mit Gewalt intervenierten und den bankrotten Staat übernahmen (1882). Unter diesen Umständen begann die liberale Ära Ägyptens.

Die wirtschaftspolitische Tätigkeit der Engländer konzentrierte sich auf die Besserung des Staatswesens, von welcher die geforderte Rückzahlung der ägyptischen Schulden vor allem abhing. Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung lag dem liberalen Geist der Zeit fern.

Der rigorose freihändlerische Reinigungsprozeß fegte die Ansätze der Industrialisierung schnell wieder weg, das Land fiel auf seine Agrargrundlage zurück. Die kostspielige Infrastruktur, die Ägypten bald zum fortgeschrittensten Land im Nahen und Mittleren Osten machte, wurde wenig beansprucht und diente nur der Integration der ägyptischen Baumwollwirtschaft in den Weltmarkt, die während und nach den nordamerikanischen Bürgerkriegen einen beträchtlichen Aufschwung erfuhr. Die Versäumnisse Mohammed Alis, inländische Kapitalbildung und Unternehmungsgeist zu fördern, rächten sich jetzt. Bezeichnenderweise war denn auch unter der Ägide Lord Cromers von Industrialisierungspolitik nicht mehr die Rede.

Unbestritten verdienstvoll waren die Bemühungen, eine geordnete Verwaltung und fähige Beamtenschaft zu schaffen, denn noch immer lebten in Ägypten Herrscher und Beherrschte nach dem Prinzip der Willkür, des Zufalls, der Bestechungen und Privilegien (31). Da man aber gleichzeitig alle erzieherischen Eingriffe und Bemühungen auf wirtschaftlichem Gebiet scheute, die Wirtschaft sich selbst überließ, schuf man ein verhängnisvolles soziales Ungleichgewicht. Der Beruf des Beamten erhielt eine magnetische Anziehungskraft. Der gebildete Ägypter wurde von einem Leitbild in den Bann geschlagen, für das er erstaunliche Opfer zu bringen bereit war, denn es bot ein ausreichendes Ventil für Menschen, denen Unternehmungsgeist und Selbständigkeit noch fremd waren.

Der Umschlag ins liberale Extrem, so realistisch er im Hinblick auf statische Chancen zu sein schien, wurde zu einem Faktor, welcher die strukturbedingte Wandlung eines Landes hemmte, dessen Bevölkerungszahl auf beschränkter Bodenfläche ihr Optimum erreicht

hatte (32). Auf Jahrzehnte an dem Problem des Schuldentransfers (33) und eines ausgeglichenen Staatshaushalts orientiert, auf liberale Zoll- und Handelspolitik verpflichtet, konnte allerdings die ägyptische Wirtschaftspolitik nur schwer an eine Förderung der Industrialisierung gehen.

In diesem Klima hatten nur ausländisches Kapital und Unternehmertum aussichtsreiche Chancen, aus denen es natürlich, dem Zug der Kapitalwanderungen jener Zeit folgend, die gewinnbringendsten auswählte. Der Grundstein für die englisch-französische Vorherrschaft im Bank- und Finanzwesen war schon in der Anleiheära gelegt worden und wurde noch durch die Finanzierung des Baumwollgeschäfts verstärkt. Griechen, Levantiner und Syrier fanden im Handel ein bevorzugtes Tätigkeitsfeld. Doch dabei blieb es nicht. Auch auf Gebieten, die für die industrielle Entwicklung unmittelbar vorbereitende Bedeutung haben, wie es bei Verkehrsbetrieben, Gas- und Wasserwerken, rohstoffgewinnenden Unternehmen der Fall ist, betätigten sich Ausländer. Finanzstarke Gruppen unter ihnen taten den Sprung in die verarbeitende Industrie, wo sie bei Produkten wie Zucker, Bier, Zement, Zigaretten eine Monopolstellung hatten (34). Schließlich ermutigten die Profite aus dem Baumwollhandel zu Investitionen in Baumwollentkörnungs- und später Spinn- und Webfabriken.

Offensichtlich haben die mannigfaltigen ausländischen Vorbilder als Demonstrationseffekte industrieller Fertigungsweise und kapitalistischer Geschäftsgebahren das Entstehen einer einheimischen Unternehmerschicht gleichermaßen gefördert wie gehemmt. Nationale Kritiker (35) vergessen nur zu oft die erzieherischen, anregenden Wirkungen. Sicher stand aber auch der unerfahrene potentielle ägyptische Unternehmer vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, wollte er gegen die überlegene Konkurrenz bestehen. Allmählich wird der Begriff der dualistischen Wirtschaftsstruktur (36) auf Ägypten anwendbar.

Bezeichnenderweise machen reiche Ägypter als industrielle Pioniere zum ersten Mal während und nach dem ersten Weltkrieg von sich reden, als geringere ausländische Konkurrenz dem Land manche Zufallsprofite beschert. Unter ihnen Talat Harb, dem die Gründung der berühmten Misrbank zu danken ist, die bei der Gründung der ersten größeren ägyptischen Industrieunternehmungen Pate gestanden hat und sich das Verdienst erwarb, die ägyptische Bourgeoisie an die Wertpapierinvestition herangeführt zu haben (37).

Indessen haben all diese Impulse nicht vermocht, einen kumulativen Wachstumsprozeß hervorzubringen. Im Grunde wuchs nur der moderne, exklavenhafte Sektor der Wirtschaft. Das Wachstum der Industrie war mit der Expansion weniger großer Gesellschaften identisch. Die Struktur des entstehenden modernen Sektors spiegelt nicht nur die Folgen des geringen einheimischen Unternehmerangebots wider. Sie zeigt vor allem, daß die stärkste dynamische Kraft, der Wettbewerb, nicht zur Entfaltung kommt und damit die Rechtfertigung für die Ordnungsform stark gemindert ist.

In den mechanisierten modernen Betrieben überwiegt die Form des Monopols und der kartellartigen Einschränkungen des Wettbewerbs (38). Einmal hinderte die Knappheit des Kapitals die Vermehrung von Betrieben der gleichen Branche. Dann aber wurden auch die ägyptischen Pioniere von den Vorzügen der "large-scale" Industrie beeindruckt und geleitet. So kam es, daß gleich zu Beginn die Organisation und Finanzierung der Betriebe in Aktiengesellschaften überwog (39). Damit wird auch das geringe Angebot an Unternehmerfähigkeit bestimmend für die Wahl überoptimaler Betriebsgrößen. Der hohe Grad an vertikaler und horizontaler Integration weist in die gleiche Richtung: es konnte sich keine Arbeitsteilung unter einer größeren Anzahl von Unternehmern entwickeln. Diese Integration wurde u. a. durch die Leichtigkeit gefördert, mit der einmal etablierte Firmen Kapital für neue Projekte finden und Profite erzielen konnten (40).

Diese Industriestruktur vermehrte ihrerseits den Katalog der Hindernisse für das Wachstum vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen, die die Kluft zwischen der Rückständigkeit der Zwergbetriebe und der Kapitalüberlegenheit des modernen Exklavensektors hätten mildern können. Das mittlere Unternehmen war auf dem Kapitalmarkt ohne Chancen. Das geringe, der industriellen Investition zugeneigte Inlandskapital floß in die risikosicheren, gefestigten Kapitalgesellschaften, die sich weitgehend selbst finanzieren konnten, bezw. die besten Möglichkeiten hatten, kurz- und langfristige Bankredite zu erhalten. Es bildete sich ein Mechanismus, der die Disproportionalitäten der Wirtschaftsstruktur ständig vergrößerte (41).

Fassen wir die Ergebnisse der Epoche zusammen. Von der liberalen Ordnung her gesehen sind die Strukturvorgänge Ergebnis, Verkörperung der Wirtschaftsgesinnung des Landes. Die Ungleichgewichte des Wachstums erhalten ihre spezielle Gestalt von dem einzigen komparativen Vorteil des Landes auf dem Weltmarkt, der Baumwollmonokultur. Produktion, Einkommen und Kapitalbildung der Volkswirtschaft werden von ihr entscheidend bestimmt. Ihre Lage verbessert oder verschlechtert sich im Rhythmus weltwirtschaftlicher Konjunkturbewegungen, ohne daraus wesentliche Antriebe für die Industrialisierung größeren Stils zu gewinnen, welche die anschwellende Bevölkerung hätte aufnehmen können. Die Monokulturwirtschaft kommerzialisierte das Land auf sehr niedrigem Niveau und in dem zu ihr passenden Gewand: Handel- und Bankwesen, public utilities und Infrastruktur, einige Ansätze zur Rohstoffverarbeitung. In dem erst nach 1900 allmählich im Ansatz entstehenden Industriesektor überwiegt das ausländische Element.

Die Wirtschaftsordnung war in einem doppelten interdependenten Sinne strukturinadäquat. Einmal, weil sie einen spontan handelnden Menschentyp voraussetzt, der die Neigung hat, Kapital zu akkumulieren, um mit Hilfe industrieller Fertigung (Neuerer-Typ) Gewinn zu erzielen. Die wenigen, aber erfolgreichen ägyptischen Industriebetriebe der Zeit weisen hin auf die Priorität der Antriebskräfte, nicht der sogenannten sachlichen, technischen und institutionellen Voraussetzun-

gen. Ägyptische Techniker, Ingenieure, Direktoren bewährten sich in ihren Berufen, wenn sie sich darin üben konnten. Fellachen wurden mit Erfolg an industrielle Arbeit gewöhnt.

Aus dem gleichen Grund war die Wirtschaftsordnung ungeeignet, die Entfaltung der Antriebskräfte anzuspornen und zu belohnen. Der Widerspruch, von der Ordnung ein Ergebnis zu erwarten, das zum Teil (als Anlage bestimmter Eigenschaften) als Bedingung ihrer Strukturadäquatheit schon vorausgesetzt wird, ist nur scheinbar, wie ein Vergleich mit der europäischen Industrialisierungsgeschichte zeigt.

In Europa setzte sich die liberale Ordnung unter dem Druck vielfältiger geistiger, wirtschaftlicher Kräfte durch, die in einem Menschentyp lebendig waren, der aus eigenem Antrieb die statisch-ständische Ordnung des Mittelalters allmählich auflöste. Die liberale Ordnung war strukturadäquat für diesen Typ. Gleichzeitig bot die neue Ordnung mannigfaltige Anreize zur Mehrung von Produktion und Verbrauch. Sie blieb auch strukturadäquat, indem sie die vorhandenen Anlagen, Kräfte nun ihrerseits auf das stärkste förderte und "entwickeln" half.

3) Die Industrialisierung in der "protektionistischen" Epoche

Die zwanziger Jahre verstärkten den Drang nach stärkerer wirtschaftlicher Entwicklung. Das Wachstum der Bevölkerung und die Weltwirtschaftskrise, die einen tiefen Fall der Baumwollpreise brachte, legten überzeugend die Nachteile und Risiken der monokulturellen Integration in die Weltwirtschaft dar. Unter diesen Umständen wurden die Rufe nach staatlicher Förderung der Industrie und Abkehr vom Freihandelsprinzip lauter (42). Gelegenheit zur Änderung seiner Handelspolitik bot sich Ägypten erst mit dem Ablauf eines Vertrages im Februar 1930, der dem Land die Zollautonomie vorenthalten hatte. G.E. Said (43) sah in dem neuen Zolltarif einen Wendepunkt in der Wirtschaftsgeschichte Ägyptens:

> "Thus since 1930 the economic state policy towards industry shifted to a positive state obligation to assure protection and full employment. The tarif as means of control made the government intervene on a wide scale. This tendency war reinforced by the wave of restriction abroad, even by Great Britain".

Zu einer Zeit, als das Gebäude der Weltwirtschaft in mehrere Teile auseinanderbrach, unternahm die ägyptische Regierung einen relativ bescheidenen Schritt. Der bisherige Zoll von 8 % ad valorem, der auf alle Importe ohne Differenzierung nach Warenkategorien gelegt worden war, trug der fiskalisch bestimmten Tradition der Staatshaushaltspolitik entsprechend ausschließlich den Charakter eines Finanzzolles (44).

Die 1930 eingeführten Schutzzölle bedeuten keine Aufhebung des Wettbewerbs, sondern nur eine Preisdifferenzierung zugunsten der inländischen Lieferer, d. h. der zu fördernden ägyptischen Industrie. Kurzum, das marktwirtschaftliche Prinzip bleibt unberührt. Der public sector war noch unbedeutend, denn außer Eisenbahn, Post und Telegraph waren alle Verkehrsunternehmen in Privathänden. Es gab nur

drei öffentliche Industriebetriebe, die Raffinerie von Suez, das "Journal Official" und die Gefängnisfabriken. Aus den öffentlichen Unternehmen erhielt der Staat z. B. im Finanzjahr 1932/33 8,1 Mill. LE bei einer Gesamteinnahme von 37,4 Mill. LE (45).

Die Tauglichkeit der neuen Politik läßt sich durch die Behandlung von zwei Fragen beurteilen:

1) War das Tarifsystem nach Technik, Ansatz und Höhe des Zolls tatsächlich Industrialisierungspolitik?

2) Wie hat sich die ägyptische Industrie weiter entwickelt?

Zu 1) Die Zollpolitik ging von dem maßvollen Grundsatz aus, daß Ägypten sich nach seinen Gegebenheiten auf längere Zeit vorwiegend auf die Resourcen seiner landwirtschaftlichen Basis stützen müsse (46). Man rechnete mit der Erweiterung der Konsumgüterproduktion, für welche schon Kostenvorteile bestehen oder in kürzerer Frist hinzu wachsen können. Erst Anfang der vierziger Jahre wird, durch die Kriegskonjunktur angeregt, schüchtern auf die Ausbeutungsmöglichkeiten mineralischer Rohstoffe und von Energiequellen hingewiesen, u. a. schon auf die Stahlerzeugung größeren Stils (47).

Die liberale, übersichtliche, langfristige Dispositionen fördernde Form des Zolls, der gleiche Bedingungen für alle Länder festlegt, wurde von den Zeitgenossen bereits scharf verurteilt (48). Da er nur das unumgängliche Minimum für einen wirksamen Schutz repräsentiere, sei er in seiner Form der Meistbegünstigung eine völlig untaugliche Ausgangsgrundlage für unausbleibliche bilaterale Verhandlungen und gegenseitige Zugeständnisse.

Der Tarif stellte eine Kombination von Wert- und spezifischem Zoll dar. Er war in der Weise gestaffelt, daß niedrige Sätze auf Rohmaterialien, höhere für Halbfabrikate und Werkzeuge, noch höhere auf Luxusgütern und die höchsten auf Importgütern lagen, die mit der lokalen Industrie konkurrieren.

Das Unbehagen an der Bewertung der Zollpolitik ergibt sich daraus, daß ihre alleinige Anwendung als Mittel der Industriepolitik größere potentielle Unternehmergruppen voraussetzt, die nur unter ihrem Schutz zum Zuge kommen. Da das in Ägypten nicht der Fall war, hatte der Tarif eher die Bedeutung eines Ruhekissens für die vorhandene Industrie, auf deren Drängen denn auch 1939 die Zollsätze um 50 % und später um 100 % erhöht wurden (49). Wegen ihres Methodenmonismus von vornherein unzulänglich, konnte sich die Zollpolitik nur durch zeitliche Unbegrenztheit, was dem Sinn des Erziehungsschutzes widerspricht, und durch ständige Erhöhung der Sätze am Leben erhalten.

Zu 2) Die Wirkungen des Zollschutzes auf die Industrialisierung.

Die Stagnation des per capita Einkommens als globaler Maßstab (50), welche die gesamte Periode hindurch anhält, verdeckt die partiellen Trends. Immerhin verhinderte die industrielle Entwicklung den Rückgang des Durchschnittseinkommens, obwohl die Einkommensverteilung

sich gleichzeitig ständig verschlechterte. Das ist auf den langsamen Anstieg der Agrarproduktion bei ständig steigendem Arbeitskräftepotential und konstanter Bodenfläche zurückzuführen. Die zunehmende Einkommenskonzentration besonders in der Landwirtschaft (Pachtsystem) bewirkte jedoch nicht wie in den parallelen Entwicklungsstufen von heutigen Industrieländern zunehmendes Sparen für produktive Investitionen (noch immer Anlage des Vermögens in Grund und Boden sowie Häusern).

Die Beschäftigtenzahl in der Industrie ging von 1927, dem Datum des letzten Zensus vor Einführung des Schutzzolles, bis 1937 leicht zurück (von 483 000 auf 478 000) (51), um 1945 auf 630 000 zu steigen, was z. T. aus der Vernichtung handwerklicher Erwerbszweige erklärt werden kann. Infolge relativ rascher Ausdehnung einer kleinen Anzahl größerer Betriebe nahm nach Angaben von Gamal Eldin die Industrie seit 1944 nur 5 % des Zuwachses an Arbeitskräften auf, eine alarmierend geringe Zahl angesichts einer geschätzten Arbeitslosenziffer von mehr als 5 Millionen (von 23 Millionen Einwohnern (52)). 1950 hatte die Industrie einen konstant bleibenden Anteil von knapp 10 % am Volkseinkommen erreicht. Die Entwicklung des ägyptischen Außenhandels spiegelte diesen Prozeß in steigenden Importen an Kapitalgütern und Rohmaterialien sowie einem merklichen Rückgang in der Einfuhr von Artikeln wider, die lokal hergestellt werden (53) (hauptsächlich einige Nahrungsmittel, Lederschuhe, Textilien, Zement, Seife). Export industrieller Artikel fällt dagegen nicht ins Gewicht (54). Wiederum brachte die Kriegskonjunktur (Bedarf der alliierten Truppen) einen vorübergehenden Aufschwung der lokalen Industrie. Eine Reihe neugegründeter Betriebe konnte sich jedoch nicht lange am Leben halten (55).

II. Die Strukturelemente der ägyptischen Wirtschaft

1) Allgemeines Merkmal: Die Bedeutung der Monokultur (Baumwolle)

Der vorangegangene Exkurs gab bereits einen Einblick in wichtige Faktoren, welche die Entstehung der heutigen ägyptischen Wirtschaftsstruktur beeinflußt haben. Im folgenden wollen wir uns auf die Vertiefung weniger wichtiger Aspekte beschränken. Diese Beschränkung wird um so leichter, als es an einschlägiger allgemeiner wirtschaftlicher Literatur über Ägypten nicht fehlt (56).

Die Bedeutung der Baumwolle für die ägyptische Wirtschaft

Ägypten steht in dem Ruf einer sogenannten Monokulturwirtschaft. Die Stellung der Baumwolle beruht aber nicht auf einem hohen Anteil an der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion, sondern auf ihrer Rolle als Devisenbringer und Bargeldquelle für den Bauern, da infolge der niedrigen Produktivität ein großer Teil der Nahrungs- und Futtermittel im Eigenverbrauch verwendet wird (57). Wegen ihrer Eigenschaft als Hauptexportartikel (durchschnittlich 80 %) kommt die Baumwolle in einen Bereich sehr elastischer Nachfrage- und Angebotskonstellationen, die durch die Weite des Weltmarktes bestimmt werden.

Die spezifische Abhängigkeit der Importkapazität vom Baumwollexport, der die Rigidität und Unelastizität fehlt, welche den Hang zum Import in anderen Ländern auszeichnet, wird sehr häufig auf ordnungspolitische, nicht aber strukturelle, den wirtschaftlichen Fortschritt hemmende Ursachen zurückgeführt, insofern die Monokultur durch die Integrierung des Landes in die herrschende liberale internationale Währungs- und Wirtschaftsordnung konserviert werde (58).

Die Symptome dieses Mechanismus sind folgende. Die Baumwolltransaktionen wirkten auf den Geldumlauf und die Großhandelspreise, denn sie ermöglichten Ägypten den größten Teil seiner Goldeinfuhren zur Währungsdeckung. Die starke Stellung Englands im ägyptischen Außenhandel machte das englische Goldpfund (Sterling) fast zur einzigen in Ägypten gehandelten ausländischen Währung. Die Veränderung der Goldbestände hing also von dem steigenden oder sinkenden Wert der Baumwolle ab, und zwar auch für die Periode, die Ägypten den eigentlichen Sterlingstandard brachte. Die Geldausgabe spiegelt die jährlichen Schwankungen des Wertes der Baumwolle wider, die so beherrschend für die Schwankungen von Preisniveau und Volkseinkommen wurde.

Der Fall eines Dominationseffektes im Sinne von Perroux scheint gegeben (59). Die Proportionen, in denen die Baumwolle die ägyptische Wirtschaftsstruktur prägt, führe zur Unterordnung des Wirtschaftslebens unter die Verhältnisse Englands, das Hauptnachfrager nach Baumwolle und Hauptlieferant ist. England beeinflusse im eigentlichen Sinne Geldausgaben, Volkseinkommen, Außenhandel und inneres Preisniveau. Dagegen werde die britische Wirtschaft mit ihren größeren Dimensionen der Globalgrößen (Sparen, Investieren, Verbrauch etc.) nicht von Ägypten beeinflußt, da diese Größen im wesentlichen durch autonome Ursachen innerhalb der britischen Wirtschaft bestimmt werden. Infolge dieser Faktoren und der weitgestreuten Industriestruktur Englands im Gegensatz zu dem Agrarland erreichte England eine übermäßige Verhandlungsstärke. Eine Störung des internationalen Kräftegleichgewichtes trete ein (60), da sich eine ausgleichende Wirkung, wie sie den Verkehr vieler Länder auf dem Weltmarkt kennzeichne, nicht einstellen könne, insofern die ägyptische Tauschsituation durch die Dringlichkeit (Volumen) ihres Angebotes und die Elastizität der britischen Nachfrage stark sensibel und beeinflußbar ist und das Ungleichgewicht der Tauschkraft sich gegen Ägypten wende.

Unser struktureller Zugang zum Ordnungsproblem vermag allerdings der liberalen Ordnung nicht eine solche phänomenale Zauberkraft zur Erhaltung und Festigung der monokulturellen Struktur Ägyptens zuzubilligen.

Ägypten war ein vorwiegendes Agrarland, bevor historische und politische Gründe es in den Bannkreis Englands zogen. Auch nach dem Austritt des Landes aus dem Sterlingblock 1947 konnte eine autonome Währungs- und Baumwollpolitik die Grundübel der einseitigen Struktur nicht beseitigen (61). Tatsächlich dominierte auch England im ägyptischen Außenhandel nur vorübergehend (62), jedoch brachte auch die

weitere Streuung der Außenhandelspartner keine Änderung der Grundsituation. Im 20. Jahrhundert war England weder das einzige überlegene Industrieland noch der wesentlichste Baumwollnachfrager noch der wichtigste Produzent. Zunächst hatte die starke englische Nachfrage das Land reicher, nicht ärmer und damit auch chancenreicher gemacht. Ursache war nicht die Abhängigkeit vom Pfund Sterling, sondern die Unelastizität der einheimischen Produktion, die fehlende Neigung zum Sparen, Investieren, zum Unternehmertum. Diese strukturelle Grundsituation spiegelt der Mechanismus nur wider. Mit der Baumwolle war die Herausforderung (challenge) zur industriellen Betätigung nach Ägypten gekommen, ohne mehr "response" als den Hang zum industriellen Konsum zu erzeugen.

Eine Reihe heutiger Industriestaaten hatte unter Freihandelsbedingungen zunächst die Entwicklung mit komparativen Vorteilen in der Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion begonnen (z. B. Exporte Zentraleuropas nach England), bevor die industrielle Produktion vorteilhafter wurde und die Zusammensetzung des Außenhandels sich änderte (63).

Nach J.M. Letiche gibt es "neither a priori reasoning nor empirical evidence that warrant Myrdal's generalisation that the normal result of unhampered trade between two countries, of which one is industrialised and the other underdeveloped, is the initiation of a cumulative process toward impoverishment and stagnation of the latter" (64). "In terms of absolute levels of real national product and real product per capital, most - though probably nor all - of the participants gained" (65).

Die liberale Wirtschafts- und Währungsordnung war für Ägyptens wirtschaftliche Entwicklung wegen ihrer Strukturinadäquatheit hemmend, nicht wegen eines ihr immanenten Ausbeutungs- und Dominationsmechanismus gegenüber Ländern mit niedriger Produktivität. In der Tat haben auch Protektionismus, Währungsautonomie und stärkere Abkehr vom Freihandel den kumulativen Prozeß nicht in Gang gebracht.

2) Nach der Verteilung der Wirtschaftszweige: Vorherrschaft des Primärsektors

Wer nach Kairo oder der Suezkanalzone die ägyptische Provinz aufsucht, fühlt sich in ihren ärmlichen, übervölkerten Dörfern und Städten auf einen anderen Planeten versetzt. Der Begriff der dualistischen Wirtschaft nimmt Farbe und Gestalt an, denn Vorherrschaft des flachen Landes heißt, daß die Masse der Bevölkerung in primitiver Weise von der Landwirtschaft lebt. Fast 80 % der Arbeitskräfte leben in Dörfern sowie Klein- und Provinzstädten, die mit ihnen wegen ihres gleich niedrigen Niveaus eine soziale und wirtschaftliche Einheit bilden (66).

56 % der als beschäftigt angegebenen Arbeitskräfte sind in der Primärproduktion tätig, die nur etwa 1/3 des Sozialproduktes hervorbringt. Der relativ hohe Anteil des tertiären Sektors (33 %) erklärt sich aus den zahllosen Klein- und Kleinsthändlern, Hausierern, Zwischen- und Straßenhändlern. Nur 10 % der Erwerbstätigen arbeiten in der Indu-

strie, die auch etwa den gleichen Prozentsatz des Volkseinkommens auf sich vereinigt (67).

3) Nach der Standortverteilung: Zusammenballung des modernen Sektors in wenigen Großstädten

Gegenüber dieser globalen Verteilung zeigt die Berufsgliederung in den beiden Großstädten und der Kanalzone (moderner Sektor) die Ergebnisse der wirtschaftlichen Wandlungen in der Neuzeit. Hier liegt bereits eine industriewirtschaftliche Verteilung vor: Die Sekundärindustrie nimmt 25 %, der tertiäre Zweig über 40 % der Erwerbstätigen auf. Der Prozentsatz der unselbständigen Arbeiter oder Angestellten ist in den Großstädten am höchsten, die Gruppe der selbständigen Arbeiter oder Unternehmer sinkt mit der wachsenden Urbanisierung (68).

Das Wachstum der Großstädte scheint die Möglichkeit einer kumulativen autonomen Entwicklung zu bestätigen. Hier siedelte sich an, was in Ägypten Rang, Ansehen, Vermögen hatte. Regierungsstellen, Versicherungen und Banken, Rechtsanwälte, Presseleute und Ausländer fanden nur hier die Annehmlichkeiten der modernen Zivilisation. Wer in Ägypten sich emporarbeitete, strebte nach einer Existenz in Kairo oder Alexandrien. Gehäufter Reichtum, aber auch alle Formen der Armut wohnten dicht beisammen.

Über die Einkommenskonzentration an diesen Stellen, die Unternehmern und Händlern den besten Markt boten, gibt es keine Statistiken. 1951 lebten 9 % der Bevölkerung in Kairo, das 45 % aller Betriebe mit über 5 Beschäftigten und auch etwa 45 % der Arbeitskräfte beherbergte (69), d. h. Maschinenkraft, Facharbeiter und Kapital waren hier konzentriert, wo es auch die günstigsten Finanzierungsmöglichkeiten gab. Für Industriebetriebe gab es außerhalb dieses Raumes keine günstigeren Standorte, deren kostenreduzierende Vorteile die Transportkosten zu den großen Hauptmärkten hätte überwiegen können. Der Mangel an ausbeutungsfähigen Rohmateriallagern schloß die Entstehung einer rohstofforientierten Industrie bisher aus (70). Das Aufblühen der bevorzugten Standorte war sogar von einem Rückgang, Verfall der wirtschaftlichen Aktivität der Provinz begleitet. Von dem Vorgang zeugt z. B. der Industriezensus von 1948 und 1951 (71), der auch das Handwerk, d. h. die kleinen und Kleinstbetriebe umfaßt. Während die Provinz einen absoluten Rückgang der Betriebe aller Größenklassen zu verzeichnen hat, nehmen in den Großstädten und der Kanalzone die Betriebe aller Größenklassen zu. Während in den Provinzen die Zahl der gewerblichen Arbeitskräfte zurückgeht, steigt sie hier um 75 000. Davon entfallen allein auf Kairo 56 000. Die marginale Wachstumsrate wirtschaftlicher Aktivität zeigt eine zunehmende standortmäßige Konzentration.

4) Nach der Verteilung der Betriebs- und Unternehmungsgrößen: Die Vorherrschaft kleinster Wirtschaftseinheiten

Sie ist ein die gesamte ägyptische Wirtschaft und ihre Armut kennzeichnender Charakterzug.

a) In der Landwirtschaft

Die Lorenzkurve der Landverteilung bietet eine eindrucksvolle Ungleichmäßigkeit. 72 % der Landeigentümer (2, 03 Mill. von 2, 83 Mill.) besitzen 1 Feddan und weniger (durchschnittlich 0, 4 Feddan) (72), das sind nur 13 % des in Privatbesitz befindlichen Ackerlandes (73). Die durchschnittliche Farmgröße der Gruppe liegt etwas darüber, da viele Landeigentümer teilweise oder ganz von der Verpachtung leben. Das jährliche Familieneinkommen einer Kleinstfarm, in welcher je ein Feddan Erntefläche auf eigenem und gepachtetem Boden bewirtschaftet werden, haben wir nach Angaben über Kosten- und Ertragsrechnungen (74) im Baumwoll- und Sommergemüseanbau mit 40, 9 LE errechnet, d. h. das jährliche pro Kopf-Einkommen beträgt etwa 8 LE (80 DM).

An der Spitze der Pyramide stehen nur 2100 Landeigentümer in der Klasse über 200 Feddan (vor der Bodenreform) mit 19, 4 % der Bodenfläche. In dieser Gruppe beträgt das jährliche Familieneinkommen, nach der gleichen Grundlage errechnet, 22 120 LE (durchschnittliche Besitzgröße 553 Feddan) (75).

Der bäuerliche Mittelstand umfaßt die Gruppen zwischen 5 und 50 Feddan (zusammen etwa 150 000 Eigentümer = 5, 3 %, die über 30, 2 % der Bodenfläche verfügen. Über 94 % der Farmer Ägyptens leben also in armen und ärmsten Verhältnissen (Klassen bis 5 Feddan).

b) In der Industrie

Im Durchschnitt aller Industrien verteilen sich die Betriebsgrößen wie folgt (Anzahl der Beschäftigten als Maßstab): (76)

1 - 9		10 - 49		50 - 499		500 -		Gesamt	
Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
16 287	83, 4	2 847	14, 6	318	1, 6	75	0, 4	19 527	100

Die hohe Zahl der handwerklichen Kleinstbetriebe ist hier nicht enthalten, denn sie würde, wie bei Gritly sichtbar (77), eine unrichtige Tendenz der ägyptischen industriellen Entwicklung zum Zwergbetrieb anzeigen. Der dort verzeichnete Anstieg der Kleinstbetriebe kann höchstens als Steigerung der Massenarmut bezeichnet werden. Denn fügt man das eingesetzte Kapital als Maßstab der Größenverteilung, ergibt sich z. B. 1937 ein Prozentsatz von 26 % für Betriebe ohne Kapital! Von den Betrieben mit Kapital hatten 81, 4 % weniger als 50 LE Kapital (78).

Unter den eigentlichen Industriebetrieben gibt es nur 318 mit 50 - 500 Beschäftigten und nur 75 mit mehr als 500. In der Textilbranche, dem bisherigen Hauptfeld der ägyptischen modernen mechanischen Industrie, machen 29 Großbetriebe mit über 500 Arbeitern nur 0, 6 % der Gesamtbetriebszahl aus. Aus ihrer höheren Kapitalintensität ergibt sich ein natürlicher Trend zu steigendem Ausstoß der Arbeiter, der in den Betrieben mit über 500 Beschäftigten mehr als doppelt so hoch ist als bei den Betrieben bis zu 50 Beschäftigten (79). Den eindruckvollsten

Hinweis auf die exklavenartige Natur der ägyptischen Großbetriebe liefert ihr Anteil am gesamten Nettoergebnis der Industrie. Die wenigen Betriebe mit über 500 Beschäftigten erzeugen 59 % der industriellen Nettoproduktion.

c) Im tertiären Sektor

Wir begnügen uns mit einer globalen Angabe. Nach dem Commercial Census von 1947 werden von 151 000 Betrieben rund 107 000 nur vom Inhaber geführt, so daß die Gesamtzahl der Beschäftigten mit 140 000 noch unter der Zahl der registrierten Geschäfte liegt. In Bezug auf das eingesetzte Kapital zeigt sich die Vorherrschaft des Kleinstbetriebes und die Kapitalkonzentration in wenigen Großhandels- und Bankbetrieben am deutlichsten (80).

5) Einige spezielle Strukturelemente der ägyptischen Wirtschaft

1) Die Kostenstruktur der ägyptischen Industrie

Untersuchungen und Vergleiche typischer Faktoreinsätze = Kostenrelationen und ihre Zusammenfassung zur Kostenstruktur führen zu recht nützlichen Fragen des "Woher" und "Wohin", der bestehenden und möglichen komparativen Kostenvorteile oder negativ der permanenten oder temporären Kostennachteile einer Volkswirtschaft. Auffälligster Zug ist die Relation der Rohmaterialkosten zu den Gesamtkosten, die im Durchschnitt ausgewählter ägyptischer Industrien knapp 80 % betragen (81). In Kanada betrugen die Werte (1953) 52 %, in Argentinien (1946) 50 %, in Südafrika (1950) 50 % (82). Die Gründe dieser nachteiligen Verteuerung der Produktionskosten, typisch für ein "unterentwikkeltes" Land, liegen auf der Hand:

In erster Linie handelt es sich um hohe Transportkosten. Seit die Erforschung der Rohstoffquellen des Landes stärker in Angriff genommen wird, hat sich erwiesen, daß in seinem Boden mehr ungenützte Reichtümer schlummern als bisher angenommen (83). Unrationelle Abbaumethoden (schlechte Ausrüstung und niedrige Arbeitsleistung in Wüstengebieten), lange Transportwege, die große Verkehrsinvestitionen erfordern, etc. werden nur sehr langfristig an Gewicht einbüßen (84). Zu den kurzfristiger zu beseitigenden Ursachen gehören Unkenntnis über die wirtschaftliche Verwendung des Materials, Verschwendung, Verstöße gegen das Prinzip der Substitutionselastizität im Gebrauch von Rohmaterialien (85).

Eine zweite Disproportionalität der Kostenrelationen betrifft den hohen Anteil der Verwaltungskosten an den Arbeitskosten (86), der nur zum Teil als Knappheitslohn erklärt werden kann. Vettern- und Günstlingswirtschaft waren und sind in Ägypten ein verbreitetes Mittel der Personalauswahl. Das ägyptische Gesellschaftsrecht suchte den größten Exzessen, z. B. der Anhäufung von Direktoren- und Aufsichtsratsposten in einer Person Einhalt zu gebieten (87). Im Grunde ist die Relation ein Ausdruck des Mangels an Unternehmerfähigkeiten und -persönlichkeiten, deren Grundzüge auch durch den öffentlichen Betrieb nicht kurzfristig beseitigt werden können. Harbinson fand, bei ägyptischen öffentlichen Betrieben überwiege die Bevorzugung, die Anerkennung

formaler Diplome und die Überfülle an Personal (88).

Die Regel, daß niedrige Löhne einen Kostenvorteil darstellen, kann auf Ägypten nur mit großer Vorsicht angewendet werden. Die erwartete geringe durchschnittliche Leistungsfähigkeit des ägyptischen Arbeiters sollte sich trotz niedriger Löhne in relativ höheren Lohnkosten ausdrücken. Die erstaunlich niedrigen Relationen in der modernen ägyptischen Industrie (89) deuten jedoch daraufhin, daß der Mangel an ausgebildeten Facharbeitern, Meistern, an Aufsichtspersonal die Unternehmer zur Wahl kapitalintensiver Produktionsumwege veranlaßt. Wenn auch der kostenreduzierende Gesichtspunkt des Einzelunternehmens verständlich ist, verursacht er gesamtwirtschaftlich eine Situation, in welcher die Absorption des überreichlich vorhandenen Produktionsfaktors Arbeit sich gefährlich verlangsamt. Zollschutz und Wettbewerbsbeschränkungen erleichtern, wie wir sahen, die bequeme Akkumulation des knappen Kapitals in wenigen Betrieben. Die Lehre, welche dieser niedrige Lohnkostenanteil suggeriert, hat die Bedeutung eines Eckpfeilers für die kommende Industrialisierung: der Aufwertung und Erziehung des menschlichen Elements in der Produktion müssen mehr Anstrengungen gewidmet werden.

Zum Anteil der Kosten für Unterhaltung, Abschreibung und Zinsen, der in verschiedenen ägyptischen Industrien sehr schwankt (90), lassen sich keine eindeutigen Aussagen machen. Hohe Unterhaltungskosten besonders in der Textil-, Zucker- und Zementindustrie (91) werden auf übermäßigen Gebrauch veralteter technischer Ausrüstung zurückgeführt. Oft verwendet man Maschinen in Ägypten bis zu ihrem völligen Verschleiß. Häufig liegen jedoch dann die Abschreibungskosten niedriger (92). Auf der anderen Seite können niedrige Kosten dieser Art gerade auf mangelnde Pflege und Vernachlässigung der notwendigen Unterhaltungsarbeiten deuten und vorzeitige Vernichtung der Anlagen herbeiführen, eine in Ägypten sehr häufige Erscheinung. Auch die Abschreibungskosten können nur im Einzelfall beurteilt werden, da sie von mannigfaltigen Faktoren abhängen: - Kapitalausstattung, Produktionsverfahren, Unterhaltung etc. -, die zur Erkenntnis ihrer Grundtendenz (zu hohe oder niedrige Relation) eliminiert werden müssen.

Schließlich ist noch auf die in Ägypten häufig aufgeblähten allgemeinen Kosten (general expenses) hinzuweisen (93), die vor allem durch rationale Betriebsführung und Kontrolle gesenkt werden könnten, also ebenfalls stark beeinflußbar sind.

2) Die Struktur von Angebot und Nachfrage

Die bisher behandelten Strukturelemente bestimmen insgesamt die Zusammensetzung und den Fluß der Kreislaufgrößen: Die Rückständigkeit der Wirtschaftseinheiten, ihr daher niedriges Einkommen, die niedrige Nachfrage auf allen Märkten mit Ausnahme des modernen Sektors schließen einen statischen Kreislauf, den alle Faktoren gleichrangig bestimmen.

a) Die Konsumgütermärkte

Der Dualismus ist gekennzeichnet durch die Kluft zwischen den Schichten, die von der modernen Entwicklung profitierten (94), und der Masse der armen Bevölkerung. Für letztere gibt es nur den kurzfristigen Wirtschaftsplan. Neben dem Eigenverbrauch fragt der Fellache nur wenig erzeugte Artikel der einfachsten und gebräuchlichsten Art nach, rohes Tuch, Zucker, Kerosin.

Dennoch addieren sich wegen der großen Zahl der Fellachen und unteren Schichten die kleinen Einzelposten zur Massennachfrage, die gewinnbringende Produktion vor allem in der Textilindustrie ermöglichte (95). In den 17 Millionen auf dem Lande verbirgt sich unter bekannten Voraussetzungen ein großer potentieller Markt. Das industrielle inländische Güterangebot spiegelt diese Situation in der Vorherrschaft der Konsumgüterproduktion wider. Die Textilindustrie erzeugt 48,5 % der Nettoindustrieproduktion und beschäftigt 42 % (96) der Industriearbeiter. Ihr folgt die Nahrungsmittelindustrie mit den Werten von 11 % und 16 % (97).

Beide Industrien zusammen machen 60 % der gesamten Industrieproduktion aus. Das einfache Verbrauchsmuster wird in den geringen Anteilen der übrigen Konsumgüterzweige bestätigt, die nicht für den allernotwendigsten Bedarf produzieren: Getränkeindustrie 1,3 % der Nettoproduktion, Tabakindustrie 3,2 %, Bekleidung 1 %, Möbel 1,2 %, Papier 1,6 %, Lederindustrie 0,6 %, Druckereiindustrie 1,8 % (98). Im wesentlichen bietet die ägyptische Wirtschaft also Konsumgüter an.

Dagegen hat die Nachfragestruktur der Oberschicht noch nicht wesentlich zur Erzeugung eines adäquaten inländischen Güterangebots beitragen können.

Der Orientale lebt in der Illusion, mit der Nachahmung der modernen europäischen Lebensweise habe er sich die westliche Zivilisation bereits dienst- und beherrschbar gemacht.

Von diesem Hintergrund wird die Nachfrage der Oberschicht bestimmt. Sie verteilt sich auf ein sehr weitgestreutes, vielseitiges ausländisches Angebot. Soweit die Einzelmengen importierter Luxusgüter gering waren, ihre Herstellung eine komplizierte Produktionstechnik und Ausrüstung, langjährige Erfahrung erfordert, soweit sich die Güter unter dem Druck von Konkurrenz, Mode und Bedürfnissen rasch änderten, aber auch soweit sie nur in großen Serien (Autos) wirtschaftlich produziert werden können, boten sie einheimischen Produzenten geringe Wettbewerbschancen. Aber auch in viel günstiger gelegenen Fällen schlug der Demonstrationseffekt nur wenig in inländische Produktion um.

Der wohlhabende Konsument hält ausländische Artikel für besser, weil sie aus dem Ausland kommen. Ihr Besitz trägt ihm Ansehen ein. Der einheimische Handel wirbt ungeschickt und defensiv (99) für ägyptische Produkte.

Die verfeinerte Nachfrage wirkte sich lediglich im Ausbau der Distributionszweige aus. Der Handel ballt sich an den bevorzugten Standorten stärker als die Industrie.

b) Die Kapitalgüter- und Rohstoffmärkte

Die Nachfrage nach Investitionsgütern, Maschinen, Werkzeugen für den modernen Sektor konnte nur durch Importe befriedigt werden. Selbst die Nachfrage nach Roh- und Grundstoffen fand nur geringen Widerhall bei einheimischen Unternehmern. Abgesehen von der Baumwollentkörnung und Pressen (4,6 % des Nettoproduktionswertes der Sekundärindustrie) entfielen auf Bergbau und Rohstoffgewinnung nur 1,13 %, auf Petroleumderivate 0,08 %, auf Papier 1,6 % der Industrieproduktion. An Zwischenprodukten entfielen auf die Chemie 7,23 %, nichtmetallische Mineralprodukte 4,08 %, die Grundmetallindustrie 0,78 % und auf Metallprodukte 3,64 % der Industrieproduktion (100).

c) Die Kapitalmärkte

Die Knappheit des Angebotes des investierbaren Kapitals war in erster Linie eine Funktion der wirtschaftlichen Verhaltensweise der in Frage kommenden Gruppen. Schätzungen über Stärke und Zusammensetzung des Stromes der bereits mobilisierten privaten Kapitalressourcen zeigen die potentiellen Quellen für die Industriefinanzierung. Von der Kapitalanlage in Grund und Boden zeugen die ständig steigenden Bodenpreise. Nach einer Schätzung von Billerbeck (101) hat der Wert des Bodens jährlich um 108 Mill. LE zugenommen. Einen seit dem Ende des zweiten Weltkrieges anhaltenden Boom erfuhr die Anlage in Neubauten, besonders in Appartementhäusern (jährlich etwa 48 Mill. LE Bauinvestitionen). Zu der seit alters her in allen ägyptischen Ständen verwurzelten Gewohnheit, Vermögen durch Gold- und Geldhorte zu bilden, heißt es in einem amerikanischen Gutachten, in den Jahren von 1938 - 1952 sei etwa ein Drittel der von Einzelpersonen nichtkonsumierten Einkommensteile dieser Verwendung zugeführt worden (102). Dementsprechend waren das private Sparvolumen und sein jährlicher Zuwachs bei Banken, Versicherungen, Sparkassen sehr niedrig (103). Schließlich wurden die den Banken und speziellen Kreditanstalten zur Verfügung stehenden Kapitalien mit Ausnahme der Misrbank und der 1949 gegründeten Industriebank so gut wie überhaupt nicht für industrielle Finanzierungszwecke verwendet. Die jährlichen industriellen Investitionen haben nicht mehr als 5 Mill. LE betragen (104). Auf den Börsen von Kairo und Alexandrien wurden vor allem Aktien und Staatspapiere gehandelt (moderner Sektor), ein Markt für Schuldverschreibungen war so gut wie unbekannt (105).

3) Marktformen und Wettbewerb

Die geringe Wirkung der Marktwirtschaft auf die Erweckung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte läßt es geraten sein, die Formen der wirtschaftlichen Beziehungen der Individuen und des Staates untereinander in erster Linie aus den strukturbestimmenden Faktoren zu verstehen. Da es einleuchtet, daß die Beseitigung von Monopolen und Oligopolen in Ägypten kein spontanes schnelleres Wachstum hervorrufen

kann, kommt der formalen Marktformenanalyse nur beschränkter Aussagewert zu.

Der traditionelle Sektor bot nach Betriebsgrößen-, Eigentums- und Produktionsverteilung das getreue Abbild einer vom Prinzip der vollkommenen Konkurrenz beherrschten Wirtschaft. Farmer, Handwerker und Händler mußten ihre Preise als gegeben betrachten, und es war wenig Kapital erforderlich, um auf diesen offenen Märkten als Anbieter auftreten zu können. Die formale Analyse kommt zu einem recht erstaunlichen Ergebnis: das Idealmodell der Klassiker verwirklicht sich am vollkommensten in einer stagnierenden unterentwickelten Volkswirtschaft. Welche verhängnisvollen Folgerungen daraus gezogen werden können, zeigt eine Bemerkung Br. Suvirantas (106), "that the road to perfect competion would be one leading to an atomistic society where the economic community would have become split into extremely small business entities of the type of "iterant peanut stand". Der Tadel ist an die falsche Adresse gerichtet. Das dynamische Element fehlt nicht in den Ordnungsprinzipien, sondern in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte. Ob technologischer Fortschritt und Massenproduktion überwiegend nur in Formen der unvollkommenen Konkurrenz möglich ist, hängt von der Weite und Tiefe des Marktes, der kaufkräftigen Nachfrage ab.

Die Art und Weise, wie die primitive Marktwirtschaft funktioniert, zeigt, daß es zumindest in Ägypten abwegig ist, die Stagnation aus unwirtschaftlichen, irrationalen Reaktionsweisen zu erklären. Der Einzelne sucht mit gegebenen Mitteln den höchstmöglichen Erfolg zu erzielen, jedoch begrenzen Erziehung, Horizont, Gewohnheit und Umgebung seine Fähigkeiten und den Spielraum für die Mobilisierung neuer Mittel. Der Fellache würde mehr Baumwolle anbauen, wenn es keine Anbaubeschränkungen gäbe, und der Grundbesitzer handelte subjektiv wirtschaftlich, wenn er sein Vermögen in Landkäufe steckte, die risikoloseste, eine Dauerrente einbringende Investition. Schließlich sind die händlerischen Fähigkeiten des Orientalen sprichwörtlich.

Kurzum, das in fortgeschrittenen Ländern dynamisch wirkende Kriterium des freien Zutritts neuer Anbieter und Nachfrager zu den Märkten bewirkte nur eine begrenzte Mobilität der Faktoren, ohne die primitive Struktur der Märkte qualitativ (neue Kombinationen) verändern zu können.

Unter diesen gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen scheint den seit Anfang des Jahrhunderts entstehenden Industriebetrieben eine natürliche Tendenz zum Monopol, zur Rigidität der Märkte beschieden. Wenn Bauer Monopole zutreffend als die Abwesenheit von Alternativen oder ihre starke Beschränkung definiert (107), scheint für die ägyptische Wirtschaftsentwicklung der erste Teil der Definition, die Abwesenheit der Alternativen, ein das Monopol in erster Linie konstituierendes Moment zu sein.

Monopol und Oligopol in der ägyptischen Industrie

Wettbewerbsbedingungen im formalen Sinne herrschen in der Landwirtschaft, im Handwerk, der Kleinindustrie und im Handel, wo selbst im Großhandel restriktive Tendenzen schwer durchsetzbar sind. Was die Industrie anbelangt, so ist der Natur der Sache nach vor allem die Bauindustrie dem Wettbewerb unterworfen, dann Teile der chemischen Industrie (Düngemittel, Glas, Seife).

Die Zuckerindustrie

Eine Aktiengesellschaft betrieb die Rohrzuckerfabrikation und Raffination in 5 Fabriken, jedoch war das Monopol durch bewußten Zusammenschluß und Rationalisierung - Schließung einer Reihe kleinerer Fabriken - zustandegekommen (108). Sie zeichnete sich durch typisch unwirtschaftliche monopolistische Praktiken aus:

> Verschlechterung der Finanzstärke durch aufgeblasene Kapitalstruktur, z. B. wegen der Extrakosten für tote Fabriken, die man zum Zwecke der Stillegung aufgekauft hatte, schlechte Verwaltung etc. (109). Durch ihre Verhandlungsstärke sicherte die Gesellschaft sich große Eisenbahnfrachtreduktionen und erkämpfte eine "barrage formidable de tarifs douaniers" (110). Preisdiskriminierungen wurden in verschiedener Form betrieben, nach dem Handelsstatus des Käufers (was Gritly wegen des monopolistischen Handels nicht berechtigt findet, da dieser kein Risiko bringt), nach der Verwendung und in geographischer Hinsicht.

Auf dem Inlandsmarkt schwankte der Zuckerpreis zwischen 21 - 22 LE per Tonne, während die Gesellschaft die beste Qualität im Ausland für 9 LE verkaufte. Preisbindung im Inland wurde durch schwarze Listen rigoros erzwungen und der Einkaufspreis für den Rohzucker um 10 % herabgedrückt. Dennoch betragen die Kosten für Rohzucker 70 - 75 % der gesamten Kosten (111).

Getränkeindustrie

Bis 1949 war die Alkoholproduktion Monopol der Firma P. Cozzi. Dann nahm der (einzige größere) ägyptische Industriemagnat Ahmed Abboud die Produktion auf und drängte die alte Firma aus dem Markt, indem er ihr die Melasselieferungen verweigerte. Diese Abhängigkeit von der Zuckerindustrie, welche Melasse herstellt, schuf den Fall eines bilateralen Monopols (112).

Um die Jahrhundertwende gab es einige selbständige Betriebe, bis 1909 der erste Zusammenschluß erfolgte (113). 1922 wurde die Firma selbst von einer anderen übernommen und schließlich mit der letzten verbleibenden Konkurrenzfirma ein Verkaufsabkommen abgeschlossen. 1939 wurden die letzten beiden größten Brauereien fusioniert. Eine gemeinsame Malzfabrik entstand und ein gemeinsames Produkt "Stella" überschwemmte den Markt. Die monopolistischen Gewinne lockten einen Außenseiter an (Nile Brewery), der jedoch bald den Kampf aufgeben mußte (114).

Ägyptischen Konzessionären für Coca Cola und Pepsi Cola gelang es, den in heißen Ländern so bedeutsamen Markt für Erfrischungsgetränke in ein Angebotsoligopol zu verwandeln, da infolge des ihnen möglichen Reklameaufwandes und ihrer überlegenen Fertigungsmethoden die Anbieter der alten Getränkesorten nicht mehr Schritt halten konnten. Andere mußten sich der Führerschaft der beiden Colaproduzenten anpassen. Eine andere Gesellschaft besaß außerdem die Mehrheit in lokalen Flaschenfüllgesellschaften (115).

Zigarettenindustrie

Der vorwiegende Wettbewerbscharakter wurde in den letzten Jahrzehnten durch einen allmählichen Konzentrationsprozeß verwandelt. Die Salonica Zigarettenfabrik erwarb 6 kleinere Firmen. 1927 fand eine weitere Fusion statt, nach welcher die führenden Gesellschaften nur den good will verwendeten (116). Heute bevorzugen die großen Produzenten den oligopolistischen Nichtpreiswettbewerb. Eine Reihe kleinerer Firmen, die Qualitätszigaretten für den Export herstellten, sind zu Grunde gegangen.

Von besonderem Interesse ist die Entwicklung in den von der Baumwolle lebenden klassischen ägyptischen Industrien.

a) Baumwollentkörnung

Diese Industrie steht noch heute unter Wettbewerbsbedingungen, die auch durch Fusion und Konzernbildungen nicht ausgeschaltet werden konnten, weil die kleineren Fabriken zahlreich und geographisch gut gestreut sind. Die kleineren Betriebe mit überalterter Ausrüstung hatten geringe fixe Kosten und konnten in Depressionszeiten die Preise leicht senken. Ihre Zahl machte die Einrichtung einer Kartellmaschinerie zu einer komplizierten und kostspieligen Angelegenheit.

b) Baumwollpressen

Der oligopolistische Wettbewerb einiger Firmengruppen, die sämtlich in Alexandrien gelegen waren, endete 1926 nach einer Reihe von Zusammenschlüssen in einem Abkommen der letzten vier Gesellschaften über Quoten, Rabatte etc. (Marktanteil über 90 %) (117).

c) Die Spinn- und Webindustrie

Das Wachstum dieser Industrie ist identisch mit dem Wachstum einiger großer Konzerne, die schließlich die Vorherrschaft erlangten, so daß trotz zahlreicher kleinerer Betriebe (besonders in der Webindustrie) eine oligopolistische Situation entstand. 1941 produzierten 3 Spinnereien über 80 % des Garns, 4 Webfabriken 50 % des gesamten Baumwolltuches. Dennoch kam es 1934 zu einem Verkaufskartell der zwei führenden Gesellschaften. Auch die Misrbank hatte Anteil an restriktiven Praktiken (118).

Beispiele für Monopole, die nicht auf Konzentrations- oder Verdrängungstendenzen beruhen, bieten die Rayon- und Glasindustrie. Auf dem Gebiet der Fenster- und Lampenglasproduktion sowie für Glasplatten und Flaschenglas ist der bekannte ägyptische Unternehmer Jassin in Kairo Alleinhersteller (119). Ähnlich liegt die Situation in der Zement- und Düngemittelindustrie:

Die Aussicht auf Zollerhebung regte zur Errichtung zweier ultramoderner Zementfabriken bei Kairo an. Diese großen Kapazitäten entstanden zu Beginn der Depression (Anfang der dreißiger Jahre), eingeschränkter öffentlicher Bauarbeiten, was zu Preiskämpfen führte. 1931 beendete ein Kartell den Wettbewerb. Die Preise stiegen, und 1947 zogen monopolistische Gewinne einen neuen Produzenten an (120). Gegen 1950 entstand in Suez die größte Düngemittelfabrik des Mittleren Ostens, die eine Monopolstellung genießt (121).

Es zeigt sich kein einheitliches Ergebnis. Das echte, Pioniercharakter tragende "Entwicklungs"monopol findet sich selten (z. B. Düngemittelfabrik in Suez). Eine typische, wenn auch nicht beherrschende Erscheinung ist das Monopol auf Grund der Zusammenhänge zwischen technischer Kapazität und Marktenge, wenn die Entstehung einer neuen Industrie mit der Gründung eines Betriebes identisch ist (Jute, Glas etc.). In den größeren Industriezweigen herrschte in der Regel zunächst noch Wettbewerb zwischen kleineren oder auch wenig größeren Betrieben. Verbreiteter als erwartet ist daher der Zug, vorhandene Produzenten auszuschalten, Produktion und Preise durch wettbewerbsbeschränkende Maßnahmen, Fusionierungen etc. zu beeinflussen. Die Tendenz zum Oligopol, der nur wenige Zweige widerstehen konnten, ist am charakteristischsten. Seltene Außenseiter fügten sich bald oder gingen zu Grunde.

III. Die "soziokulturellen" strukturbestimmenden Faktoren

Vorbemerkung:

In ihrem Bemühen, die entscheidenden Ursachen wirtschaftlicher Rückständigkeit in den heutigen Entwicklungsländern zu erforschen, wendet sich die Wissenschaft immer mehr gewissen soziokulturellen Faktoren zu, wie schon an anderer Stelle (122) betont wurde. Francis L.K. Hsu hat diese ihre Schlüsselrolle recht gelungen begründet, wenn er schreibt:

"The present problems of underdeveloped areas are certainly primarily economic in form if not in source. That is, social-cultural attitudes have resulted in little or no material development" (123).

Angesichts der Wichtigkeit, welche diese Ursachen der Unterentwicklung für unser Thema besitzen, wollen wir im folgenden einige Faktoren dieser Art aus der Fülle der strukturbestimmenden Faktoren herausgreifen.

Der einmalige Aufstieg Europas kann nicht allein aus der Abschaffung von Landbesitzsystemen, feudalen Privilegien, Zunftmonopolen und Zinsverboten erklärt werden. Europa befand sich ebenfalls bis Ende des 15. Jahrhunderts im Banne einer stationären Wirtschaftsordnung, die von Seraphim treffend in seiner "ständisch-korporativ-gebundenen Grundgestalt" (124) erfaßt wurde. Der Siegeszug neuer Lebensauffassungen erhielt seinen Schwung durch eine geistige Bewegung, die als

die Epoche der Wiedergeburt (Renaissance) in die europäische Kulturgeschichte einging. Sie ließ den Menschen sich als Herrn über eine gestaltungsfähige Welt sehen, machte ihn wissensdurstig und zweifelnd, wagend und profithungrig, als die Bedeutung des Kapitals und seiner Schlüsselrolle für die Befriedigung sprunghaft anwachsender Bedürfnisse bewußter wurde. Die Geschichte des Fortschreitens aus dem Geiste der Wissenschaft, der Vernunft und des Utilitarismus zeugt von einem Menschentyp, dem ein schier unerschöpflicher Tatendrang eigen ist, dem gegenüber die stationären "Hindernisse" der feudal-ständischen Welt keine Überlebenschance hatten.

1) Der Einfluß der orientalisch-islamischen Kultur auf die Haltung zum wirtschaftlichen Fortschritt

Über 90 % der Ägypter bekennen sich zur Religion des Islam. Faßt man den Gesellschaftsbegriff als eine historische Erscheinungsform des sozialen Lebens auf, kann Ägypten für die Zeit vor der Berührung mit der westlichen Welt als ein Teil dessen betrachtet werden, was Gibb (125) mit der Begründung als "Islamische Gesellschaft" bezeichnet, daß die Charakterzüge der untersuchten sozialen Organisation in der einen oder anderen Art mit der Religion des Islam verbunden sind. Die Frage Gibbs, in welcher Art dann die islamische Religion, von ihrer kirchlichen und legalen Seite abgesehen, ihren besonderen Stempel auf die Gesellschaft als Ganzes gedrückt hat, deutet auf wesentliche Unterschiede zum Christentum.

Der Islam war in seinem Ursprungsland unmittelbar ein gesellschaftsbildender Faktor, der die lose umherschweifenden Beduinenstämme der arabischen Halbinsel einem Ordnungskodex unterwarf, der alle Seiten ihres Lebens betraf:

> "If the creed of Mohammed had never travelled beyond Bedouin nomads, the Quran might have fulfilled its functions. But it was soon found to be inadequate. Muslims wanted an entire domestic and social system, which should have for its basis the words and practices of the prophet" (126).

Das Christentum hatte in seinem Ausbreitungsraum bereits eine hoch entwickelte Gesellschaft vorgefunden (z. B. das römische Weltreich), die von vielen säkularen Quellen gespeist wurde. Ungleich Mohammed hatte Christus keinerlei politische Ambitionen. Die spätere staatsbildende Rolle der römischen Kirche schloß nicht aus, daß Erziehung, Erbe und Tradition die Europäer daran gewöhnt haben, die organisierte Religion und den Staat getrennt zu erleben, was im Islam unbekannt ist (127).

Die Identität von weltlichen und religiösen Angelegenheiten im Islam bürdete seinen Apologeten von Anfang an die Mühe auf, den ganzen entwicklungsbedingten Bestand an sozialen und kulturellen Verhaltensnormen, die säkulare Seite des Koran für alle Zeiten für vorbildlich und richtunggebend zu sanktionieren. In dieser theologischen Logik liegt aber der geistige Kern für den lähmenden Stillstand der islamischen Gesellschaftslehre.

Bezeichnenderweise sind die islamischen Theologen in erster Linie Juristen, da der Koran die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen nicht nur an göttliches Gebot bindet, sondern sie zugleich sachlich bestimmt. Die Geschichte der islamischen Theologie ist aufs engste mit der Geschichte der großen islamischen Rechtsschulen verbunden. Ein Einblick in die Denk- und Arbeitsweise der islamischen Orthodoxie deckt den Weg des Unterganges schöpferischer Initiative, selbständigen Wirkens und Handelns auf, die angesichts des umfassenden Einflusses der Religion sich in der gesamten Gesellschaft verbreiteten.

Die Quellen des islamischen Systems sind neben dem Koran die sogenannten Traditionen (Hadithe), autorisierte Interpretationen des Korans, überlieferte Aussprüche Mohammeds etc., die in ihrer Gesamtheit eine schwer überschaubare kasuistische Sammlung von sozialen, wirtschaftlichen und moralischen Verhaltensregeln darstellen (128). Die anschwellende Hadithliteratur ist auf das entscheidende Prinzip zurückzuführen, daß Gesetz, Brauch und Glaube auf der Praxis des Propheten und seiner Gefährten beruhen müsse, also jede geringfügige Änderung einer Praxis belegt werden mußte. Wegen der großen Anzahl von Fälschungen ging man an eine Art wissenschaftlicher Sichtung des Quellenmaterials, die typisch für den islamischen Geist ist.

Die Echtheit einer Quelle ist belegt, wenn sie durch eine Kette vertrauenswürdiger Überlieferungen (Isnad) und durch den Gegenstand der Tradition auf den Propheten zurückgeführt werden kann. Beschäftigung mit dem Inhalt, kritische Textanalyse, Überlegungen über die sachliche Berechtigung eines Brauches in veränderten Umständen lagen fern. Die Rechtsprinzipien der "Ijma" und der Analogie (129), von denen Bolus sagt (130), sie seien die potentiellen Elemente der Entwicklung, konnten sich gegen das unbeugsame heilige Recht nicht durchsetzen. Das System entstand nicht aus Deduktion aus den Quellen, sondern hatte von Anfang den Charakter einer Apologie des "status quo nunc." Die Tür für Fortschritt und Entwicklung war geschlossen.

Wie diese Einstellung dem gesamten kulturellen Leben ihren Stempel aufdrückte, soll nur an einem Beispiel, dem Zustand der islamischen Literatur gezeigt werden, da die Literatur ein getreues Spiegelbild der Gesellschaft, ihrer Ambitionen und der sie formenden Kräfte ist.

So führt Gustav E. Grunebaum (131) die geringe literarische Gestaltungskraft auf theologische Erwägungen zurück, die schöpferische Fähigkeiten sehr gering einschätzten.

Daß Erfindungsgabe in solch schlechtem Ansehen stand, als Zweck der Literatur nicht in Frage kam, wurde durch die "restriction of divine inspiration to the prophetic office and the denial of authority of nature" verstärkt (132). Literatur sollte erfreuen und Weisheit bringen. Ursache des Mißtrauens gegenüber Phantasie und Schöpferkraft ist der Glaube an die Tradition, die Mittel und Gegenstand des Ausdrucks bestimmte. "Originalität" zeigte sich in der Verfeinerung und

Modifizierung des vorgegebenen Musters. Ein Werk wurde nach seiner formalen und faktischen Richtigkeit beurteilt, wobei man unter faktisch die Kenntnis des vorhandenen Wissens, der Tradition verstand.

Die hemmende Wirkung der islamischen Kultur auf den gesellschaftlich-wirtschaftlichen Fortschritt zeigt sich also weniger in einzelnen Geboten oder Lehren, die z. B. einen besonderen "homo economicus islamicus" oder einen "Wirtschaftsgeist des Orientalen" geformt hätten. Denn diese kasuistische Gebundenheit ist im Laufe des letzten Jahrhunderts in Ägypten allmählich aufgegeben worden.

Das Wirtschaftsleben wird nicht mehr durch religiöses Recht bedrängt. Ausschlaggebend ist der tatsächliche Einfluß auf den Menschentyp: nicht experimentierend, wagend, zweifelnd, forschend, ständig nach Neuem aus in jener Unruhe, die die Quelle aller Veränderungen ist (133).

2) Die Wirtschafts- und Sozialstruktur der islamischen Gesellschaft

Die Enge des islamischen Gesellschaftsbildes, der Anspruch auf totale Beherrschung des menschlichen Lebens in einer überholten Form, ihre Fortschrittsfeindlichkeit fügten sich zu einer Standesordnung, in welcher Funktionen und Platz ihrer Glieder im wesentlichen durch die Geburt bestimmt wurde und die Familie allmächtig die Tätigkeiten der vielen Angehörigen regelte und überwachte:

> "In these circumstances initiative was not so much stifled as not existent, since every consideration combined to persuade each member that in the maintenance of the established order lay his own best interests and nothing ever came to his observation or knowledge which might induce a belief that a better order could exist" (134).

Das in islamischer Zeit entstandene Gilden- und Korporationsgefüge erinnert in Einzelheiten an das europäische Mittelalter, ohne die qualitative Ausprägung z. B. seiner Stadtwirtschaften zu erreichen. Meist sind es nur verzweigte Familiensysteme, keine eigenständigen höheren Organisationsformen. Der niedrige Grad der Arbeitsteilung, der von der Enge vieler lokaler, nur lose verbundener Märkte herrührt, bedurfte keiner größeren Wirtschaftsorganismen, in denen neue Berufe und Funktionen aufkommen konnten. Es gab nur gleichrangige elementare Einheiten. Schäden an dieser Struktur konnten sie nicht zerstören, sondern nur ihre numerische Stärke reduzieren (135).

Auch die Regierung und die an ihr beteiligten Kreise - Soldaten, Beamte etc. - waren dieser Struktur nicht eigentlich verbunden. Es fehlte die komplexe umfassende politische Organisation. Herrscher und Bevölkerung können als zwei koexistierende Gruppen angesehen werden, deren Beziehungen meist oberflächlich waren. Welche politischen Wechsel auch eintreten mochten, das Verhältnis zwischen Landlord und Bauer, Beamter und Handwerker blieb im ganzen unverändert, wobei die Zwischenstellung der Bürokratie die Masse vor einer Intervention der militärischen Machthaber schützte (136). Da der Islam jedem Brauch im Bereich von Regierenden und Regierten eine ihn verewigende Sanktion

erteilte, die Achtung vor der Tradition eine integrierende moralische Kraft war, der sich, soweit es in ihrem Interesse lag, auch die Herrscher beugten, konnte auch von Regierungsseite kein Impuls für Änderungen des Systems ausgehen. Der Staat hatte keine von der Religion unabhängigen Ziele, es sei denn die Bewahrung und Erhaltung seiner Macht.

Das Vermächtnis, das der Islam in Gestalt dieser Gesellschaft der Neuzeit hinterlassen hatte, die für Ägypten mit der Landung der Franzosen 1798 begann, hat Gibb in einer Weise zusammengefaßt, die fast alle für uns wichtigen Aspekte berührt (137):

> "The system is hostile to change and consequently stifling of initiative. If we may judge by the analogous situation in intellectual life, originality was not wholly nonexistent but it was suppressed in the supposed interests of the group or it was ignored. We shall never know, whether some Arab Jacquard devised an improved loom or some Turkish Watt discovered the power of steam, but we can confidently assert that, if any such invention hat occured, it would have been entirely without result. The whole social organism was one characteristic of and only possible in a stationary or retrograde civilisation and herein lay its essential weakness.
>
> After so many centuries of immobility the processes of agriculture, industry, exchange and learning had become little more than automatic and had resulted in a species of atrophy that rendered those engaged in them all but incapable of changing their methods or outlook into the slightest degree.
>
> It was this incapacity rather than unwillingness, to learn that above all characterised Moslem society. Its sterilized brain could not effectually conceive any idea that lay outside the narrow range of experience and tradition, nor could it meet any situation which deviated from the path traced by routine. So long as the Ottoman provinces (zu denen Ägypten gehörte, Anmerkung des Verfassers) lived in a closed intellectual economic and social order, the system continued to serve its purpose, though with steadily diminishing returns".

3) Die Einflüsse der Erziehung und öffentlichen Atmosphäre

Wenn Schule und Gesellschaft sich im Idealfall gegenseitig durchdringen, verwandeln und bedingen, kann in einer Reform der Erziehungsgrundsätze, -methoden und -einrichtungen einer der gedeihlichsten Ansätze für eine dauerhafte, sich kumulierende Wandlung liegen. Die Wandlung der Familie, noch heute der Hort der beharrenden Kräfte in Ägypten, kann mit Aussicht auf Erfolg nur in den Erziehungsstätten beginnen, die außerhalb ihres Einflusses liegen.

Das heutige ägyptische Erziehungswesen wurde im wesentlichen von drei Haupteinflüssen geprägt.

Geist und Methoden der Alazhararerziehung

Die stärksten Spuren hat die religiöse Erziehung hinterlassen, für die in den langen Jahrhunderten der islamischen Zeit die Alazharuniversität von Kairo das Monopol ausübte. Diese ehrwürdige Stätte, die nicht Priester, sondern Prediger, Lehrer und Rechtsgelehrte hervorbrachte, beschränkte sich auf eine rein religiöse und linguistische Ausbildung. Der Gegenstand verlangte unbedingte Anerkennung der Autorität für die Erhaltung der theokratischen Gesellschaft. Nie zweifelte man an der Gültigkeit des Wissens, dessen abstrakter und metaphysischer Inhalt lediglich formalen Wert besaß. Diskussionen fanden allein über Worte und Begriffe statt. Auch der gelehrteste Professor führte nur die Kommentare früherer Autoritäten ein. In Hockstellung, den Oberkörper hin- und herbewegend, lernte der Schüler auswendig: Koranverse, Traditionen, Kommentare.

Nur ein Bruchteil der Bevölkerung wurde durch diese Ausbildung erfaßt. Für die Mehrzahl gab es, von den Koranschulen abgesehen, nur

> "the on the job training on the field and in the workshop learning was by doing and it was all vocationally oriented. The exellent occupational education they received was completely divorced from any general education, with the result that it turned out illiterate tools" (138).

In einer Studie über das ägyptische Erziehungswesen heißt es, daß die europäische Scholastik immerhin Männer wie Bacon, Dante, Petrarca, Wycliffe, Huss und Copernicus hervorbrachte, den Geist der Neugierde und Forschungsdrang lebendig hielt, was es an der Alazharuniversität nie gegeben hat (139). Menschen, die dieser autoritären Erziehung unterworfen werden, sind unfähig, an irgendeinen Wechsel der Dinge zu denken.

Französische Erziehungseinflüsse

Zur Zeit Mohammed Alis (1810 - 1848) boten sich die ersten Chancen für die Überwindung des theologischen Schulsystems. Bisher vernachlässigte Fächer, Naturwissenschaften, Medizin, Technik etc. halten ihren Einzug in für weltliche Zwecke errichtete Fachschulen und Institute (140). Schüler und Studenten waren der Begegnung mit den Elementen rationaler Wissenschaften nicht gewachsen. Die routinemäßige Memorisation machte vor dem neuen Stoff nicht halt, nur lernte man an Stelle von Korantexten mathematische Formeln, physikalische Theoreme und Geschichtsdaten auswendig. Diese Gegenstände verlangen ganz andere Wege der Aneignung. Mag diese Methode pädagogisch für das erste Kindes- und Jugendalter viel für sich haben, weil sie einen unentbehrlichen Wissensfundus sicher verankert, ist sie für das Alter, in dem sich die geistigen Kräfte regen und selbständig werden sollen, nicht mehr am Platze. Aber auch die Betonung eines ausgebreiteten faktischen Wissensbestandes, wie es das als Vorbild dienende französische Schulsystem noch heute kennt und in rigorosen Prüfungen kontrolliert, wirkt sich nur in einem Volke günstig aus, dessen geistige Lebendigkeit, Originalität und Phantasie mit der Zuchtrute fundierter

Kenntnisse zu seinem Vorteil kanalisiert und geordnet wird (141). In diesem Zustand befand sich die ägyptische Kultur und Erziehung gewiß nicht.

Mit dem Bildungsgut wurde auch die französische Form und Praxis der zentralistischen Organisation der Erziehung eingeführt. Auf diese Weise verbanden und kumulierten sich die Nachteile beider Systeme: Autorität und blinder Gehorsam, mechanischer Ablauf der Erziehungsarbeit, standardisierte Uniformität und gedankenloses Auswendiglernen wurden gestärkt (142).

Britische Erziehungseinflüsse

Von allen Zielen, die Lord Cromer auf dem Erziehungsgebiet verwirklichen wollte, hatte nur eins überragenden Erfolg, die Schaffung einer fähigen Beamtenschaft, die junge Ägypter ermutigte, ein Zeugnis der Oberschule und Universität zu erwerben. Diese Idee einer Union zwischen Regierungsposten und Erziehungszeugnissen

> "took the country by storm, appealed strongly to the practical minded Egyptian, and captured the entire educational programm" (143).

Mag diese Politik für die Tagesprobleme nützlich und zunächst ein Antrieb für bessere Bildung überhaupt gewesen sein (144), kam sie der Mentalität des Ägypters nach einem sicheren Platz ohne Verantwortung und selbständiges Handeln, unter dem Schutz von Autorität und Macht sehr entgegen. Nach Russelt Galt ist das Ergebnis eine der seltsamsten Anomalien in der komparativen Erziehung:

> "That is, with French arms completely removed from Egypt, and after fifty years of political and military domination by England, with the educational policy in the hand of the British, Egyptian education became more rigid, more bureaucratic, and more centralised than it had ever been before" (145).

Schließlich ist der Einfluß dieser Erziehung auf die Haltung zu wirtschaftlichem Fortschritt in einem Gutachten unmittelbar angeschnitten:

> "Probably in no country in the world is the status of the government employee so high in popular estimation . What least of all appears to be desired generally is that a boy at the conclusion of an advanced course of education should have to go out into the world and make his own way by individual force in the spheres of unsheltered industry and commerce" (146).

D. Durchführender Teil: Die Industrialisierungspolitik des neuen Regimes unter Berücksichtigung der Wirtschaftsordnung

I) Die Ziele des Regimes, die seine Haltung zur Industrialisierung bestimmen

In den vorangegangenen Abschnitten wurde dargetan, warum und in welcher Weise es in Ägypten an unerläßlichen Voraussetzungen für spontanen wirtschaftlichen Fortschritt gebrach. Von allen das Entwicklungstempo begrenzenden Faktoren schien uns die Dürftigkeit an Menschen mit Unternehmereigenschaften im weitesten Sinne des Wortes am gewichtigsten. Ohne sie dämmerte das Land weiter in einer Vermischtheit von halb feudalen, halb modernen Zuständen dahin.

Im Sommer 1952 ereignete sich in Ägypten ein politischer Umsturz, seiner Form nach ein wohl organisierter Staatsstreich, der einer Gruppe junger Offiziere die Macht lieferte, eine bis heute andauernde Periode tiefgreifender sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandlungen anzustreben und zu erzwingen.

Wenn auch Ägypten seine staatliche Unabhängigkeit schon erhalten hatte, werden die Ideen der machtergreifenden Elite von dem antikolonialistischen Komplex der Epoche geprägt. Sich als Befreiungsbewegung von inneren und äußeren schädlichen Einflüssen empfindend, sahen sie im Nationalismus die stärkste Triebfeder für die Erneuerung der Gesellschaft, das erfolgversprechendste Mittel, die Kräfte für die soziale und wirtschaftliche Integration des ganzen Volkes zu wecken (147).

1) Das Ziel der nationalen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit

Die ägyptischen Führer verschmolzen das Ziel der ägyptischen Unabhängigkeit mit dem arabischen Nationalismus überhaupt, als dessen Avantgarde sie sich betrachten und der dem Lande eine Reihe zusätzlicher Aufgaben und Anstrengungen aufbürden sollte. Der aufblühende nationale Gedanke verwandelte sich in eine Art Sendungsbewußtsein, aus einer

> "Empfindung und allgemeinen dunklen Gefühlen in eine ihrer Ziele bewußte Bewegung, die eine Orientierung für die Lösung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme suchte" (148).

Furcht vor neuer ausländischer Einflußnahme, vor Übervorteilung durch ungleiche Verträge und Abkommen sind das Hauptmotiv für das starke auch wirtschaftliche Unabhängigkeitsstreben.

War Nasser noch bis zur Gründung des Bagdadpaktes (1955) gegenüber den Engländern kompromißbereit (Entgegenkommen im Kanalräumungsvertrag 1954), trieben ihn Mißtrauen gegenüber einer Reihe politischer und wirtschaftlicher Bedingungen, von denen Hilfe und Anleihen (z. B. Assuandamm) abhängig gemacht wurden, zum Neutralismus. Diese Erfahrungen leiteten die oft mißverstandenen Beziehungen mit Staaten des Ostblocks ein, die schließlich den wirtschaftlichen und politischen Neutralismus als schwierigen Balanceakt, als außenpolitisches Mittel zur

Bewahrung der Unabhängigkeit und zur "erpresserischen" Maximierung der Wirtschaftshilfe konstituierten. Dabei war das Präludium dieser neuen Politik, die Waffenkäufe aus der Tschechoslowakei, für den Nationalisten und Antikommunisten Nasser ein schwerer Entschluß. Seit Amerikaner und Weltbank ihre Anleiheangebote zur Finanzierung des Hochstaudammes zurückzogen, der für das neue Regime das Symbol einer neuen Epoche wurde, stellt sich das Ziel der nationalen Unabhängigkeit in stärkster politischer und wirtschaftlicher Verflochtenheit. Alle nationalen Ziele schienen, das war die Konsequenz, nicht ohne eigene militärische Stärke realisierbar:

a) Das Unterziel der militärischen Aufrüstung

mußte in die Wirtschafts- und Industrialisierungspolitik integriert werden. In den ersten Jahren nach dem Juliaufstand galt für Ägypten noch nicht die historische Regel, daß Militärherrschaft zwangsläufig vermehrte Aufrüstung und Betonung des Militärischen in der Gesellschaft bedeutet. Die Gruppe der freien Offiziere, Söhne von Fellachen und Kleinbürgern, fühlte sich nicht, wie sonst üblich, den konservativen, beharrenden Kreisen zugehörig (149). Das verlangte vor allem Bewährung in zivilen Aufgaben. Zunächst dachte man nur an eine maßvolle Modernisierung und Reform der Streitkräfte, deren Schwäche in den Schützengräben des Palästina-Krieges 1948 offenkundig geworden war.

Die Wende zu einer neuen Militärpolitik, die eine Koordinierung des politisch-wirtschaftlichen und militärischen Aufbaus erforderte, erhielt ihren besonderen Akzent durch die Führungsrolle, in die sich Ägypten in der arabisch-israelischen Auseinandersetzung berufen fühlte, die eine Verschärfung des allgemeinen politischen Klimas verursachte (150). Die Militärausgaben stiegen, als der Kleinkrieg an der langen Grenze die ägyptische Armee in waffenmäßiger Unterlegenheit fand. Als aber während der Suezkrise Ägypten in wenigen Stunden große Teile seiner Armee unter den Schlägen der israelischen Streitkräfte untergehen sah, erhielt der forcierte Aufbau aller Waffengattungen eine öffentlich zugegebene und akzeptierte Priorität, die von nun an als quantitativ und qualitativ unbekannte Komponente in die Wirtschaftsrechnungen des Staates einzusetzen ist (Geheimhaltung). Andererseits werden die militärischen und außenpolitischen Ambitionen, wie zu den Zeiten Mohammed Alis, ein Ansporn zu vermehrten wirtschaftlichen Anstrengungen überhaupt.

b) Das Unterziel der wirtschaftlichen Autarkie

In dieser Situation erhielt das Schlagwort von der Abhängigkeit eine besondere wirtschaftliche Nuance. Industrialisierung, so hieß es, bringe erst die wirkliche Selbständigkeit, indem sie das Land von dem wirtschaftlichen Diktat ausländischer Mächte (Suezblockade) in dem Maße befreie, in dem es bisher eingeführte Produkte selbst herzustellen vermag. Fern aller ökonomischen Rechtfertigungen oder Kritiken wird die Wahl des Industrialisierungsmusters vornehmlich von der Befriedigung und Stärkung des eigenen Selbstbewußtseins, des nationalen Prestiges und Stolzes her gesehen. Ein neues politisches Gravitationsfeld hängt zumindest von einem eigenen (schwer) industriellen Wirtschafts-

zentrum ab, so lautet der Gedankengang.

2) Die wirtschaftlichen und sozialen Ziele: Hebung des Lebensstandards und soziale Gerechtigkeit

Die bisherigen Ziele steckten einen für eine Reihe von Entwicklungsländern typischen Rahmen ab. Das nationalrevolutionäre Muster ist als Gemeinschaftsimpuls zur Auslösung neuer Aktivität fast als unvermeidlich anzusehen (151) und nur im einzelnen Fall kann entschieden werden, in welchem Maße und welcher Ausprägung es das eigentlich wirtschaftliche Ziel beeinträchtigt. Das ägyptische Regime sieht denn auch in der Verbesserung der Lebenshaltung der armen Bevölkerung, in der Erreichung wirtschaftlichen Fortschritts ebenfalls die Bedingung für den Erfolg in den übrigen Ambitionen.

II) Die Vorstellungen von der zu gestaltenden Wirtschaftsordnung

Der Entschluß einer Elite, die Industrialisierung zu einem Gegenstand der staatlichen Politik zu erklären, bedeutet die Änderung eines strukturbestimmenden Faktors (soziokultureller Art). Sollten sich daraus auch Wirkungen auf die bestehende Wirtschaftsordnung ergeben, muß gefragt werden, ob bereits eine ordnungspolitische Entscheidung zugunsten eines bestimmten Systems erkennbar ist.

Ordnungsdenken im Hinblick auf ein folgerichtig sich aufbauendes Tun nach einer Doktrin oder Theorie gibt es nur in beschränktem Sinne. Daher kann an dieser Stelle nur der grundsätzliche Standort umrissen werden.

Als einige Jahre nach der Machtübernahme eine Art ordnungspolitisches Leitbild "Die kooperative, sozialistische, demokratische Ordnung" geprägt wurde, waren dem Autor, d. h. dem Präsidenten Nasser, wirtschaftliche Implikationen im Sinne eines konkreten Systems noch fremd (152). Es hatte sich gezeigt, daß die Erneuerung der Gesellschaft allein unter dem Gewand des arabischen Nationalismus, den man zu einer gesellschaftlichen Doktrin erweitern wollte, unzureichend war. Die ideologischen Elemente, die paradoxerweise der europäischen Erfahrungswelt entnommen sind, dienten zunächst nur als zugkräftiges Bekenntnis zu Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit überhaupt, als Waffe in der innen- und außenpolitischen Auseinandersetzung, dann zur grundsätzlichen Distanzierung von den für ägyptische Verhältnisse als schädlich und fremd empfundenen Ordnungen des Kapitalismus und Kommunismus.

Das sozialistische Element

Sozialismus soll zunächst besagen, daß das Zusammenleben der Menschen auf einem ethischen Kode beruhen müsse, der sich gegen die egoistische Gesellschaft der Vergangenheit wendet. Die Revolution von 1952 ist ein Aufstand des Gewissens und des verletzten Gerechtigkeitsgefühls. Sie soll, und damit erinnert sie an den Utilitarismus, "das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl" anstreben:

> "The object of our society is to create a community where the efforts of all can be the most effectively employed on behalf of all" (153).

Die Idee der Gleichberechtigung im ägyptischen Sozialismus bedeutet jedoch kein "egalitäres Utopia", denn der Mensch sei zwar gleich geboren und mit gleichen Rechten ausgestattet, besitze jedoch nicht gleiche Talente und Eigenschaften. Daraus können Unterschiede des Standes und der Einkommen resultieren, und der Klassenkampf wird abgelehnt:

> "We do not believe in the existence of aggressive horizontal or vertical divisions in human society" (154).

Der ägyptische Sozialismus ist antimaterialistisch und will sich damit von der materialistischen Welt des kapitalistischen Westens und des kommunistischen Ostens distanzieren.

Diese Einstellung bedinge eine Neufassung des Kapitalbegriffs, der als "human capital" jeden materiellen und geistigen Faktor umfaßt "whereby an individual or a community can achieve material and spiritual progress"(155). Geld, Arbeit, Erziehung, Freiheit und Kapital nehmen innerhalb des Begriffs gewisse Wertbeziehungen zueinander an, ohne daß einer von ihnen dominieren darf. In einem Interview verteidigte der Verfasser des soeben zitierten Artikels (156) diese Definition damit, daß im früheren Ägypten wegen der Haltung der Kapitalbesitzer selten eine Verbindung von unentbehrlichem Geldkapital mit Talent, Initiative, Ideen zustandekam. Ägypten kannte nur den wuchernden Pascha- oder Krämertyp, der niemals echte unternehmerische Chancen kreditierte. Es gelte aber, die Verbindung von schlummernden Talenten und Initiative mit Kapital erst einmal herzustellen, die in Europa und Amerika selbstverständlich sei.

Sozialismus bedeute nicht Zwang, sondern sei als Befreiung von äußeren und inneren Freiheitsbeschränkungen aufzufassen. Nach außen dominiere die Befreiung von ausländischen Einflüssen, nach innen die Befreiung von Furcht, Entbehrung, Erniedrigung und Ausbeutung. In dieser Hinsicht kann die ägyptische "sozialistische" Ordnung negativ umschrieben werden, in der Wendung gegen ein geschichtlich erlebtes System. Daß die Zuflucht zum Sozialismusbegriff zunächst willkürlich war, zeigt sich noch in der "Philosophie der Revolution" Nassers, in der er sich zu ähnlichen Zielen und Werten bekannte, ohne das Wort Sozialismus zu erwähnen. Er sprach vielmehr von der "sozialen Revolution", einem unzweideutigeren Wandlungskonzept. Drei ordnungspolitische Ziele stehen negativ im Vordergrund:

1) Die Beseitigung der Einflüsse des Feudalismus

Der Agrarfeudalismus mit seinen verschiedenen Formen der Abhängigkeit, wie sie sich in exorbitanten Pachtsätzen und dem Kreditmonopol der großen Landbesitzer zeigte, war in erster Linie gemeint. Jedoch sollte auch deren Interessengemeinschaft mit dem Staat und der richterlichen Gewalt zerbrochen werden, die viele Möglichkeiten bot, sich monopolistische Stellungen zu schaffen: Druck und Abhängigkeit (Verschuldung), Beeinflussung von Beamten, Gesetzgebung und Kreditinstitutionen.

Die überfällige Entmachtung der Geld- und Paschaaristokratie durch eine maßvolle, auf dem Grundsatz der Entschädigung beruhende Bodenreform, Regelung der Pacht- und Arbeitskontrakte, Beschränkung des Landbesitzes auf maximal 200 Feddan ist weit vom herkömmlichen sozialistischen Geist entfernt. Sie war, indem sie wenigstens die Konzentration des Reichtums auf wenige Familien beseitigte, ein im Vergleich zur Landnot bescheidener Schritt. Geld- und Kapitalbesitz, selbst dieser Gruppen, wurden nicht angetastet, und noch immer leben viele reiche Ägypter vom Landbesitz und der Verpachtung. Der Grundsatz der Unantastbarkeit des Privateigentums ist in der ägyptischen Verfassung im übrigen gewährt (157). Ziel der Reformen ist nicht irgendeine Kollektivierung der Landwirtschaft, sondern die Schaffung ausgeglichenerer Besitzverhältnisse.

Diese Reformen können als Rahmenbedingungen auch für eine funktionsfähige Marktwirtschaft akzeptiert werden.

2) Die Wendung gegen monopolistische Wirtschaftsformen

Angesichts der monopolistischen Struktur des modernen Sektors scheint sich eine Parallele zur Wettbewerbspolitik in Industriestaaten zu ergeben. Nur im Negativen herrscht hierüber jedoch bei den Verantwortlichen Klarheit (158). Unter Ablehnung von Monopolgewinnen wird nicht die theoretische Monopolsituation verstanden, sondern nur die Absicht, die Früchte des wirtschaftlichen Fortschritts nicht in den Händen weniger Einzelner zu konzentrieren, obwohl beide Gesichtspunkte oft, aber nicht immer identisch sind.

Zu den Monopolisten rechnen nach dem ägyptischen Sprachschatz vor allem ausländische Kapitalisten, die bisher, unter dem Schutz von Privilegien und nicht an der Wohlfahrt des Landes interessiert, ihre Gewinne frei ins Ausland transferieren konnten.

3) Die Beseitigung des politischen Einflusses mächtiger Gruppen

Die Entmachtung inländischer "ausbeuterischer" Gruppen hatte mit der Bodenreform ihren einzigen Höhepunkt. Wirtschaft und Industrie blieben in ihrem Eigentum und ihrer Tätigkeit im wesentlichen in den Grenzen der Planungs- und Steuerpolitik ungeschoren. Enteignung gab es bisher nur in Sonderfällen und gegen Entschädigung. Dagegen hat man rigoros den politischen Einfluß aller Gruppen, die das alte Regime stützten, beseitigt: den der parlamentarischen Parteien, die von wenigen Berufspolitikern beherrscht waren, der Aristokraten, Paschas, Advokaten und Journalisten konservativer Gesinnung. Die ältere Generation der Politiker war klug genug, sich rasch und unauffällig ins Privatleben zurückzuziehen und keinen Widerstand zu leisten.

Die Umrisse der neuen positiven "sozialistischen" Ordnung

Inzwischen haben die professionellen Ökonomen begonnen, das neue System zu begründen. Da sie alle mit den Methoden westlicher Wirtschaftswissenschaft vertraut sind, die an den ägyptischen Hochschulen gelehrt wird, war es leicht, eine allgemeine Etikette zu finden: Die gelenkte kapitalistische Wirtschaft. Sie gingen dabei von der allgemein anerkannten Erkenntnis aus, daß in den meisten Entwicklungsländern auf lange Frist dem Staat eine führende und überragende Rolle bei einer gelenkten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zufallen muß. In den Formen der staatlichen Aktivität, der Verteilung der Bereiche zwischen öffentlichen und privaten Trägern nahm man eine Haltung des Experimentierens ein, ohne grundsätzliche Entscheidungen, wie sie etwa im indischen Sozialismus bekannt sind, zu fällen. Je nach Lage der eigenen Verhältnisse, nicht nach einer abstrakten Doktrin sollte ein funktionsfähiges System allmählich entstehen:

> "We believe in private ownership, but not in exploitation. We do not have anything like what you call an economic doctrine. I don't like to enunciate any doctrine that might lead people to create propaganda against it. Such a doctrine will, nevertheless, develop" (159).

Es bleibt nichts anderes übrig, als den Begründungen und allmählichen Wandlungen der Ordnungsvorstellungen und Maßnahmen zur Gestaltung der Wirtschaftsordnung im einzelnen im Zusammenhang mit der Industrialisierungspolitik zu folgen.

III) Die Industrialisierungspolitik 1952 - 1956: Die Epoche des "Rates zur Entwicklung der nationalen Produktion"

1) Die Begründung für die Abgrenzung des ersten Abschnittes

Im Sinne unserer Methodik werden wir den Weg der Ordnungsveränderung als Folge des Wachstumsimpulses in abgrenzbaren Abschnitten zu verfolgen suchen.

Die Periode 1952 - 1956, die als die "liberale Epoche" der Industrialisierungspolitik bezeichnet werden kann, bietet ein anschauliches Beispiel für beträchtlichen Entscheidungsspielraum, für die Offenheit des Geschehens in Entwicklungsländern, auch wenn sich heute aus größerer zeitlicher Distanz die Ereignisse in einen anscheinend unvermeidlichen Trend einordnen lassen.

a) Die Diagnose der Ausgangssituation

Ohne mit einer Doktrin belastet zu sein und vollauf in Anspruch genommen, die Bremsklötze der korrupten Paschamonarchie beiseitezuräumen, sah das Regime in den Unternehmern und Wirtschaftskreisen seine natürlichen Verbündeten. Von der Agrarreform hieß es gar, sie könnte eine ähnliche Bedeutung erlangen wie einst Robert Peels Aufhebung der Kornzölle für England oder die Reform Stein-Hardenbergs für Preußen (160). Außerdem hoffte man auf stärkere Abwanderung von Kapital in die Industrie, da nun seine Anlagemöglichkeiten in Grund und Boden beschränkt worden waren.

Soziale Herkunft und Ideenhorizont (161) ließen die Offiziere innenpolitisch eine Politik der Mitte einschlagen. Ein Linkscoup, der Streik in der Textilfabrik von Kafr El Dawar (August 1952) endete mit zwei Todesurteilen, worauf die Kommunisten ihre Unterstützung des Regimes zurückzogen. Andererseits wurden Oppositionsversuche der Rechten scharf bekämpft und Aly Maher, der letzte Premier, sowie die alten Parteien fielen nach und nach in Mißkredit (162). Die nationalistische Philosophie General Naguibs (163) und des frühen Nasser war noch sehr puritanisch, gemäßigt, hauptsächlich nach innen gerichtet und ohne aggressive Töne, an echter Verständigung und Aussöhnung mit England sowie an enger Zusammenarbeit mit dem Westen überhaupt interessiert (164). Auch gegenüber Israel wurde das Regime Nasser erst allmählich auf die unversöhnliche Bahn gedrängt. Anfangs überwog bei den meisten Offizieren sogar eine gewisse Bewunderung der Leistungen einer entschlossenen, aktiven Bevölkerung.

b) Die Anfänge staatlicher Verantwortung für die Entwicklung der Industrie

In dieser Atmosphäre hatte die Industrialisierungspolitik einen hoffnungsvollen Start. In wirtschaftlichen Dingen noch völlig unerfahren, überließ die Führung im wesentlichen die Planung und Ausführung wirtschaftlicher Vorhaben den Fachleuten in Wirtschaft und Verwaltung. Die ersten Jahre standen wirtschaftspolitisch unter dem Zeichen erster Hilfe, von konservativen Notprogrammen und Subventionen, mit denen der Wirtschaftskrise begegnet werden sollte, die den Sturz des Farouk-regimes beschleunigt hatte.

Der Entschluß, den Staat in die Förderung der Industrialisierung vielseitig einzuschalten, war für Ägypten recht umwälzend. Von dem System Mohammed Alis abgesehen, hatte der Staat in Ägypten niemals eine nennenswerte oder gar führende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung gespielt (165). In den Schubläden der Ministerien hatten zahlreiche Pläne zur Wirtschaftsförderung geschlummert, ohne jemals ausgeführt zu werden. Bei der Formulierung der neuen Aufgaben setzte sich jene Elite von Fachökonomen und Intellektuellen durch, die ihre wissenschaftliche Ausbildung in den Bahnen westlicher Nationalökonomie erhalten hatte. Man erinnerte sich der mannigfaltigen Interventionen und Rollen des Staates in den klassischen Industrieländern (166).

Die wirtschaftliche Staatstätigkeit mußte in Ägypten erst konstituiert werden.

Die Fundierung der Staatstätigkeit spielte sich im Bereich der marktwirtschaftlichen Ordnung ab, sie war in erster Linie pragmatisch orientiert. Man dachte nur in marktmäßigen Termini, die für die Verantwortlichen etwas Natürliches, nicht Dogmatisch-Ideologisches verkörperten (167).

2) Die institutionelle Vorbereitung der Industrialisierungspolitik

a) Der "Ständige Rat für die Entwicklung der nationalen Produktion"

Der "Ständige Rat für die Entwicklung der nationalen Produktion" wurde noch im Revolutionsjahr (168) als erstes Instrument der wirtschaftlichen Staatstätigkeit gegründet. Auffällig an der allgemeinen Zielsetzung ist der Gebrauch der Begriffe "Politik des wirtschaftlichen Wachstums und vollständiger Plan" (169). Sie bedeuten jedoch nicht, was sie vermuten lassen, ein sehr fortgeschrittenes Stadium der Wirtschaftsplanung, sondern sollen nur die realistische Einstellung der Verantwortlichen bezeichnen, sich nicht auf die Förderung der Industrie zu beschränken.

Die Stellung der Industrialisierung

Die Notlage der Landwirtschaft und ihre Unfähigkeit, den wachsenden Nahrungsmittelbedarf zu decken (170), andererseits ihre Rolle als Hauptdevisenbringer ließ den "Rat" die "agrarische Expansion als ein Ziel an sich betrachten" (171). Neben der Bodenreform sah man in der Erziehung der noch zu 80 % aus Analphabeten bestehenden Masse das wichtigste Mittel für die Erreichung eines geistigen und wirtschaftlichen Wandels (172). Gleichzeitig sieht der Rat die Agrarpolitik als Voraussetzung für eine weitere Industrialisierung an (173). Die Vorstellungen von den Arten der Staatsaktivität in einer marktwirtschaftlichen Ordnung haben in Ägypten dazu beigetragen, sich nicht Hals über Kopf in ein gefährliches Industrialisierungsabenteuer zu stürzen. Das wird an Methoden, Umfang und Rahmen der Industrialisierungspolitik dieser Periode sichtbar.

aa) Rechtsnatur und Aufbau des Rates

Der Rat wird als öffentliche Körperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit geschaffen (174), die, direkt dem Premierminister unterstehend, weitgehend von zeitraubender Verwaltungsroutine befreit ist. Zwar sind in ihm die zuständigen Minister und Militärs vertreten, jedoch stehen dem eigentlichen Fachstab Männer der Praxis voran: so z. B. Nationalökonomen, Ingenieure, leitende Persönlichkeiten ägyptischer Firmen, Unternehmer, Vertreter von Banken und der Industrieföderationen. Das gleiche gilt für die Detailarbeit in den Spezialausschüssen (Landwirtschaft, Industrie, Petroleum etc.), denen bekannte Forschungsinstitute (Nationales Forschungsinstitut, Ägyptisches Wüsteninstitut etc.) koordinierte Hilfe leisten müssen. Die Tätigkeit des Rates soll sich nicht auf die Industrie beschränken.

bb) Die Aufgaben des Rates

Artikel 2 des Gesetzes 213 breitet einen umfangreichen Katalog aus: Studium wirtschaftlicher Projekte, die dem Wachstum der nationalen Produktion dienen: auf dem Gebiet der Industrie, Landwirtschaft und des Handels und in komplementären Bereichen (Landgewinnung, Verkehr etc.).

Dann die Förderung der bestehenden und die Gründung neuer Industrien

und die Stärkung der Industrialisierungsbewegung in der Weise, daß die Industrie zur Hauptquelle des Erwerbs wird. Ordnung der inneren Märkte, Studium der Exportmärkte, Untersuchung der Finanzierungsprobleme industrieller Projekte. Schließlich soll die Steuer- und Zollordnung mit den Erfordernissen des wirtschaftlichen Wachstums in Einklang gebracht werden (Gesetzgebung).

Nach einem Jahr soll die Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für 3 Jahre beendet sein, dem dann weitere Pläne folgen sollen. Die vorgeschriebenen Prioritätsgesichtspunkte sind für die Einleitungsphase bezeichnend: am dringendsten gebraucht, am leichtesten auszuführen und am produktivsten. Hier ging es z. B. um dringend erforderliche kurzfristige Angebotsvermehrung von Weizen, Petroleum, Zucker und Düngemitteln. In die Programme gingen nur Projekte der öffentlichen Hand ein.

cc) Methoden und Rechte des Rates

Von der Presse des Auslandes wurde dem Rat oft eine alarmierende Klassifizierung zuteil: Eine zentrale Planungsbehörde mit weitgesteckten Vollmachten, die eine Schlüsselstellung in der Wirtschaft haben würde, war er nicht. Ordnungspolitisch zerfällt seine Arbeit in zwei Gebiete: das Studium von gesetzgeberischen Förderungsmöglichkeiten, deren Früchte in Zusammenarbeit mit den übrigen Regierungsgremien auf dem Wege von Gesetzen etc. in die Tat umgesetzt wurden. Bei diesen fast ausschließlich marktkonformen Maßnahmen ging es dem Rat überhaupt nicht um eine beherrschende Stellung. Die Skala gesetzgeberischer wirtschaftspolitischer Mittel zur Ermutigung, Förderung, Erleichterung industrieller Initiative war bisher nur bescheiden benutzt oder noch unvollkommen auf dieses Ziel ausgerichtet. Zum anderen handelte es sich um die Regelung und beschleunigte Durchführung öffentlicher zusätzlicher wirtschaftlicher Initiative. Die Rechte des Rates brachten keine Neuordnung z. B. des industriellen Investitionsaktes. Die Prozedurfragen regelten lediglich Studium, Vorbereitung und Ausführung öffentlicher Investitionsakte, bezw. die Möglichkeit, nichtöffentliche Projekte in Gang zu bringen.

Dabei entscheidet der Rat selbst über die Art der Durchführung seiner Projekte, die in allen Fällen dem Ministerrat vorgelegt und von ihm genehmigt werden müssen (175).

Für die Ausführung gibt es folgende Möglichkeiten:

1) Der Rat kann sie der Regierung übertragen (in Rechtsformen des öffentlichen Sektors).

2) Er kann sie selbst ausführen. Die Überlastung des Rates mit solchen Aufgaben führte später zur Errichtung von Sonderkörperschaften.

3) Er kann Wirtschaftsbetriebe und Fabriken zu Experimentierzwecken errichten, sie selbst oder mit Hilfe anderer Körperschaften oder Einzelpersonen verwalten.

4) Er kann die Gründung von Gesellschaften fördern, sie zur Ausführung von Projekten anregen, indem er ihnen technische und wirtschaftliche Hilfe leistet. Diese Projekte wären dann dem Privatsektor zuzurechnen.

Außerdem werden dem Rat einige Sonderrechte gewährt, die im Interesse seiner Tätigkeit liegen:

1) Ihm wird ein Sonderbudget im Staatshaushalt eingeräumt, das eine Zusammenfassung der Ausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung darstellt, die dem Staat zuzuordnen sind.

2) Er kann Anleihen von in- und ausländischen Banken und Institutionen aufnehmen sowie von der Regierung garantierte Wertpapiere in Ägypten oder im Ausland herausgeben.

3) Alle in Frage kommenden Institutionen haben dem Rat von ihm gewünschte Informationen zu unterbreiten.

b) Die ordnungspolitische Natur der industriellen Beteiligungs- und Gründungspolitik des Rates

Die Entwicklungsbudgets des Rates von 1953 - 1955 zeigen einen erstaunlich niedrigen Anteil industrieller Projekte im engeren Sinne. Die meisten Ausgaben entfielen auf landwirtschaftliche und allgemeine Social Overhead Capital (SOC) - Projekte. Wenn das auch zum Teil auf die allgemeine Krise, den Rückgang der Nahrungsmittelerzeugung und das Abflauen des Koreabooms zurückzuführen ist, liegt der Hauptgrund in der Absicht, die Industrie vorwiegend indirekt zu fördern und Industriebetriebe nur selten nach den Regeln des Staatsbetriebes zu führen und sie dem öffentlichen Sektor zuzurechnen (176). Das sich anbahnende Verfahren der industriellen Gründungen (177) bot einen recht praktischen, die öffentliche Hand wenig belastenden Mechanismus, staatliche Industrieförderung und Marktwirtschaft zu vereinbaren.

Man knüpfte an die in Ägyptens modernem Industriesektor bereits verwurzelte und für ihn typische Form der Aktiengesellschaft an. Neben der Sammlung verstreuter Kapitalien zur Zusammenarbeit in größeren Betrieben, der Chance, das knappe Angebot an Unternehmern und Technikern zu mildern, bietet sich die Möglichkeit, selbst ungleiche Partner wie private und öffentliche Institutionen in Mischformen zu verbinden und den Einfluß des Staates durch eine Unterwerfung unter das Privatrecht zu neutralisieren. Außerdem wurde die öffentliche industrielle Beteiligung der leistungsschwachen, bürokratischen Arbeitsweise entzogen. Als Katalysator konnte der Rat neue Kombinationen der Faktoren zustandebringen, ohne später für das Gedeihen des Betriebes noch verantwortlich zu sein, da dieser sich unabhängig betätigen, d. h. am Markte orientieren mußte. Die Phase der Gründung muß von der späteren Phase der Betriebszeit getrennt werden (178).

Nur wenn der Rat Projekte der Regierung übertrug, war endgültig eine Erweiterung des öffentlichen Sektors gemeint. Dieser sollte nach den Vorstellungen über die Staatstätigkeit vor allem die Betriebe ohne Ge-

winnabsicht (z. B. Anstalten und Körperschaften für gemeinnützige Zwecke, Landgewinnungsunternehmen, Energiebetriebe etc.) umfassen.

In der späteren Phase der Betriebszeit wird der Regierungseinfluß durch aktienrechtliche Verfahrensweise gesichert. Modifikationen des Aktienrechts, die der Regierung Sonderrechte in der Verwaltung geben, gab es - noch - nicht. Die Beteiligungen des Rates lagen meist unter der Sperrminorität. Durch Verkauf und Kauf von Aktien kann der Rat eine recht elastische Förderungs- und Stabilisierungspolitik betreiben (179).

3) Die direkte Investitionspolitik in der Periode des Rates

a) Die Industrialisierungssequenz

Im Lichte der Rationale, die Industrialisierung vorwiegend durch Verbesserung des Investitionsklimas, der Erziehung und Infrastruktur zu fördern, wäre der Vorwurf, man habe eine einseitige Bevorzugung schwerindustrieller Paradeobjekte vor, voreilig und absurd. Auch hier war das Ausland mit harter Kritik zur Hand (180), obwohl es sich nicht um die Errichtung von Schwerindustrien oder einen komplizierten Apparat für die Erzeugung von Investitionsgütern handelte.

Diese Lage lenkte die Aufmerksamkeit auf die Zweige der Grund- und Rohstoffgewinnung, da wegen der geringen industriellen Exportmöglichkeiten und der hohen Rohstoffkosten die weitere Entwicklung verarbeitender Industriezweige von dem kostengünstigen Angebot inländischer Rohstoffe abhing (181). Spätere Exportchancen werden entscheidend von den Kosten abhängen, man wollte daher nicht den Fehler vieler Entwicklungsländer begehen, den Wettbewerbsrückstand zu anderen Ländern noch dadurch zu vergrößern, daß man Industrieanlagen aufbaute, für welche die Rohstoffe vorwiegend aus dem Ausland eingeführt werden mußten (182). Sequenzenmäßig würde noch lange der Ausbau der Konsumgüterzweige und der verarbeitenden Industrien im Vordergrund stehen.

b) Die Ansätze zur Entwicklung der Schwerindustrie

Die wirtschaftlichen Grundlagen für das Eisen- und Stahlwerk

a) Im Hinblick auf den Bedarf

Der jährliche Durchschnittsverbrauch an einfachen Eisenerzeugnissen, Blechen, Röhren etc. betrug etwa 310 000 To, davon wurden 270 000 To für 12 Mili. LE eingeführt. Der Rest wurde bereits in kleineren Werken produziert. Diese hohe Einfuhrabhängigkeit hat sich insofern schädlich ausgewirkt, als die Höhe des Verbrauchs sich den starken Preisschwankungen des Weltmarktes anpassen mußte (183). In der bisherigen Wirtschaft war die Bauindustrie mit über 80 % der größte Verbraucher, gefolgt von der Eisenbahn mit etwa 10 %. Der geringe, auf den landwirtschaftlichen und industriellen Sektor entfallende Rest kennzeichnet die Schwäche der ägyptischen Industrie.

Mengenmäßig war die Voraussetzung für ein Stahlwerk mittlerer Kapazität gegeben. Man orientierte sich an gegebenem Bedarf, nicht an

Schätzungen der Bedarfsentwicklung, die auf den Fortgang der Industrialisierung spekulierten, obwohl natürlich ein schnell steigender Bedarf angenommen wurde.

b) Von der Rohstoff- und Kostenseite

Die beträchtlichen Eisenerzvorkommen bei Assuan (184) sowie Funde in anderen Wüstengebieten des Landes gaben den Ausschlag. Obwohl das Erz fast über 950 km auf dem Schienenweg zur Verhüttung in das südöstlich von Kairo gelegene Werk herantransportiert werden muß, wird dessen Standort als günstig (185) angesehen. So muß z. B. noch der Koks (jährlich 310 000 To) eingeführt werden (Nähe der Häfen). Über die Transport- und Gewinnungskosten der ebenfalls im Lande reichlich vorhandenen Lager an Kalkstein (Verbrauch der Fabrik 243 000 To jährlich), Dolomit (12 000 To), Rohmangan und Silikaten gibt es keine Unterlagen.

c) Von der Seite der Devisenersparnis

Dieser Gesichtspunkt sagt nichts über die Wirtschaftlichkeit des Projekts, gehört jedoch zu den ständig strapazierten Hauptargumenten für die Errichtung des Werkes. Nach Abzug der Ausgaben für Koks etc. sollen jährlich 7,5 Mill. LE netto erspart werden. Dieser Nutzen kompensiere den hohen Kapitaleinsatz und den niedrigen direkten Beschäftigungseffekt (etwa 3 000 Arbeiter) des Werkes.

Die Gründung der Gesellschaft

Unter fünf Angeboten zur Errichtung des Werkes erhielt die deutsche Firma Demag - AG den Auftrag. Am 11. 2. 1954 wurde der Vertrag zwischen der Regierung - vertreten durch den Nationalen Produktionsrat - und der Demag geschlossen.

Die Firma wurde als ägyptische Aktiengesellschaft mit einem Anfangskapital von 7 Mill LE gegründet. Der Regierungsanteil beträgt 40 % (Regierung + Rat), die Demag hält 20 % der Aktien als Gegenwert der eingebrachten Materialien und Ausrüstung. Der Rest entfällt auf Großbanken und Versicherungsgesellschaften und 10 % auf öffentliche Zeichnung. Im Laufe der Jahre fanden noch eine Reihe von Kapitalerhöhungen statt (Stand 1960: 19 Mill. LE).

Das Regierungsengagement beruht auf der berchtigten Annahme, daß ägyptisches Privatkapital weder langfristiges Kapital in der Größenordnung hätte aufbringen können, noch dafür Risikobereitschaft und Initiative gezeigt hätte. Der geringe Anteil der allgemeinen Zeichnung ist typisch für die Zurückhaltung des Publikums gegenüber derartigen Experimenten, so daß sich Banken und Versicherungen engagieren müssen. Um so beachtlicher war der Entschluß, ein solches Unternehmen nicht als Staatsbetrieb aufzuziehen, sondern ihm eine privatrechtliche Form zu verleihen und die Papiere an der Börse bewerten zu lassen (bisher stagnierende Kurswerte!).

c) Die übrige staatliche Investitionstätigkeit

Der Rat brachte die Errichtung einer Waggonbaufabrik in Gang. Der Kauf von Waggons in verschiedenen Ländern hatte bereits zu komplizierten Ersatzteil- und Reparaturproblemen geführt. Auch diese Firma wurde als Aktiengesellschaft mit 22 % belgischem Kapital (und technischer Hilfe) gegründet. Der Rat ist nur mit 15 % beteiligt. Die Produktion begann 1955 mit 4 Waggons täglich.

Auch die 1953 gegründete Elektrokabelgesellschaft wird als Beispiel für erwünschte Zusammenarbeit ägyptischen und ausländischen Kapitals angeführt (zwei französische Firmen beteiligten sich mit 49 %). Die Produktion begann bereits Ende 1954.

Staatliche Initiative und Beteiligung rief eine neue Düngemittelindustrie (186) ins Leben. Als Paradeobjekt gilt das moderne, von Deutschen errichtete Werk in Assuan mit einer Kapazität von 370 000 To jährlich, das mit der Fertigstellung der Elektrokraftstation am alten Assuan-Staudamm (1959/60) zu produzieren begann. Das nötige Gesamtkapital wurde auf 22 Mill. LE (187) geschätzt (davon zwei Drittel in Devisen).

In der Papier-, Elektrobatterien- und Gummifabrikation beschränkte sich der Rat auf verschiedene Förderungshilfen (Zollschutz, Entsendung von Experten nach Europa, Einfuhrerleichterungen), ohne sich direkt zu beteiligen. Für die geplante Errichtung einer größeren Papierfabrik (188) wurden erst die Angebote ausländischer Firmen eingeholt.

In den Konsumgüterindustrien, wo besonders die Nahrungsmittelzweige mit dem Ende des Kriegsbooms wegen der geringen örtlichen Nachfrage schwere Rückschläge zu verzeichnen hatten, begnügte sich der Rat mit steuerlichen u. ä. Förderungsmaßnahmen.

4) Die indirekte Investitions- und Industrialisierungpolitik

Sieht man von dem selbstverständlichen Engagement des Staates in den Infrastrukturprojekten ab, bleiben nur wenige größere Beteiligungen in industriellen Großprojekten übrig, die jedoch nicht zum "Public Sector" geschlagen wurden. Der Schwerpunkt der Industrieförderung in engerem Sinne liegt bei der Schaffung eines günstigen Investitionsklimas für in- und ausländisches Privatkapital.

a) Die Hoffnung auf private Auslandsinvestitionen

Aus der Absicht, so viel wie möglich Kapital und Erfahrung aus westlichen Industrieländern zur Mitarbeit zu gewinnen, wurden Folgerungen gezogen, die von Verständnis für jene mannigfaltigen Bedenken und Befürchtungen zeugen, die private Wirtschaftskreise vor Investitionen in Entwicklungsländern oft zurückschrecken lassen. Was im Interesse der heiklen Aufgabe (189) von der Regierung getan wurde, Ägypten für ausländisches Investitionskapital attraktiv zu machen, gehört zu den maßvollsten und hoffnungsvollsten Kapiteln eines nationalistisch gestimmten Aufbruchs in einem Entwicklungsland. In der Kritik an den ausländischen Finanz- und Handelsmonopolen taktierte die

Regierung daher bald sehr vorsichtig und gedämpft, obwohl sie natürlich nicht jede, sondern vor allem die industrielle ausländische Beteiligung wünschte. Folgende Gesichtspunkte verhalfen der "liberalen" Politik zum Sieg:

1) Als kleines Land bleibt Ägypten auf die steigende Verflechtung mit dem Ausland angewiesen (Außenhandel). Nationalisierungen würden nicht nur die Geschäftsinteressen schädigen, sondern auch den privaten Kapitalzustrom in den traditionellen Formen zum Versiegen bringen, der zu dieser Zeit noch als wichtigste Möglichkeit ausländischer Beteiligung betrachtet wurde.

2) Die verantwortlichen Wirtschaftspolitiker, in der westlichen Wirtschaftswissenschaft erzogen, glaubten an die Wirksamkeit marktwirtschaftlicher Methoden, unter den bereits beschriebenen reformatorischen Voraussetzungen. Hierzu rechnete man ein günstiges Klima für ausländische Beteiligung. So gab Handelsminister Badawi der Überzeugung Ausdruck (190), daß nur eine liberale Handels- und Industriepolitik den Interessen des Landes dienen und es zu einer wirtschaftlichen unabhängigen Nation machen könne. Er erklärte:

> "Wir brauchen ausländisches Kapital, ausländische Investierungen, wir brauchen die technische Unterstützung des Auslandes und wir können das alles nicht erhalten, solange wir dieses Problem mit einer Politik der Furcht, der Feindseligkeit, des Fremdenhasses und einer übertriebenen Vorsicht umgeben. In der ganzen Welt gibt es Länder und Kapitalisten, die bereit sind, uns zu helfen, vorausgesetzt wir geben ihnen die Gewißheit, daß sie nicht einem politischen Druck und plötzlichen Kurswechseln unterworfen sein werden. Garantien für eine stetige Politik sind die Antwort."

3) Auch hinsichtlich der Mitwirkung und Hilfe internationaler Organisationen und Regierungen blickte man in erster Linie auf den Westen (191).

b) Die Gesetzgebung zur Förderung in- und ausländischer Investitionstätigkeit

In der Präambel zu dieser Gesetzgebung wird das allgemeine Ziel zugrunde gelegt: Wenn Privatunternehmen einen großen Teil des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses übernehmen sollen, muß die Regierung "auf dem Wege einer vernünftigen Gesetzgebung die gesunde Atmosphäre schaffen, welche Hindernisse und Schwierigkeiten beseitigt, die der Mobilisierung der Ressourcen entgegenstehen, und welche die Initiative herbeiführt, die das Privatkapitel, sei es groß oder klein, ägyptischer oder ausländischer Herkunft, auf die Investitionsgebiete treibt, die mit den Zielen der Regierung übereinstimmen"(192). Deutlicher kann der Grundsatz einer mit marktwirtschaftlichen Mitteln betriebenen Industrialisierungspolitik nicht formuliert werden.

Änderungen des Gesetzes Nr. 13 von 1947

Dieses Gesetz hatte seinerzeit generell eine ägyptische Kapitalmehrheit von 51 % in allen Aktiengesellschaften vorgeschrieben und war insofern ein wirtschaftlich schädliches Zugeständnis an nationalistische

Ressentiments (193). Die unmittelbar nach dem Umsturz vorgenommene Änderung (194) forderte nur einen ägyptischen Mindestanteil von 49 % des Gesamtkapitals (auch bei Kapitalerhöhungen), jedoch kann auf Grund eines Ministerbeschlusses der ausländische Anteil auch höher sein, wenn der vorgeschriebene ägyptische Anteil in Monatsfrist nach Beginn der allgemeinen Zeichnung nicht erfüllt wird.

Die selektive Absicht der Genehmigungspflicht zeigt sich in dem Interesse an Beteiligungen in Sektoren, wo "mit hohen Kosten zu rechnen ist, die besondere Erfahrung verlangen und Risikoelemente enthalten" (195). Zwar werden hinsichtlich der neuen 49 %-Klausel keine einschränkenden Kataloge aufgeführt, jedoch gewährt ein anderes Gesetz (196) ausländischem Kapital eine Reihe Privilegien nur dann, wenn es in Projekten des wirtschaftlichen Wachstums investiert wird. Hierzu zählen nach Ansicht des Gesetzgebers Industrie, Landwirtschaft, Bergbau, Krafterzeugung, Transport und Tourismus, nicht aber Banken, Versicherungen und Handel.

Hinsichtlich der entscheidend wichtigen Transferierungsrechte zeigt sich der Gesetzgeber recht ängstlich:

Gewinne, welche 10 % des investierten Grundkapitals nicht überschreiten, können frei transferiert werden. Liegen sie darüber, können sie in den Grenzen der Devisenerträge dieser Investition transferiert werden. Ein Retransfer des Kapitals darf erst nach 5 Jahren erfolgen und dann das Fünffache des registrierten Wertes nicht übersteigen.

Förderung der Industrialisierung durch Steuer- und Zollpolitik

Will der Gesetzgeber zur privaten Investition, zur Sparkapitalbildung ermuntern, muß er die Staatseinnahmen herabsetzen, um den Unternehmer durch Kostensenkungen, den Sparer durch höhere Erträge (Steuererleichterung) oder durch höheres Einkommen (Zollsenkungen für den Konsumenten) zu der erwünschten Handlung zu veranlassen. Andererseits muß der Staat mannigfaltige Investitionsaufgaben übernehmen, zu deren Finanzierung er die Staatseinnahmen und -ausgaben als Prozentsatz des Volkseinkommens grundsätzlich erhöhen muß. In dieser Lage besteht die Gefahr, daß die Effekte beider Ziele sich gegenseitig ungünstig beeinflussen.

Die Verfeinerung des ägyptischen Steuersystems müßte dem Steuerzahler höhere Lasten in einem früheren Stadium als in den alten Industrieländern auferlegen, in denen im Zeitpunkt raschen Anstiegs der Staatsaufgaben die größten Opfer für die Industrialisierung bereits gebracht waren, der Hang zur Investition und zum produktiven Sparen so verwurzelt war, daß er durch diese tendenziell steigenden öffentlichen Einnahmen nicht mehr geschwächt wurde. Zwar hatte das alte ägyptische Steuersystem wie in westlichen Staaten zur Einkommensumverteilung von den Armen zu den Reichen beigetragen, ohne wie dort den Fluß der industriellen Investitionen und Ersparnisse zu beschleunigen (197).

Das alte ägyptische Steuersystem (198) beruhte auf zwei direkten Objektsteuern, die auf dem Ackerboden und den Grundstücken lagen und beispielsweise 1910 5/10 der Staatseinnahmen brachten. Der Rest waren Eigeneinnahmen des Staates aus Post, Eisenbahn etc. Die Steuerpolitik kannte nur finanzielle Ziele (Steuerneutralität). Enger Umfang und geringe Zahl der Steuern machten das System starr, die Einnahmen änderten sich wegen der kaum merklichen Steigerung des Bodenangebots und der langen Schätzungsfristen nur unendlich langsam. Besonders die ausländischen Privilegien (bis 1937) haben den langsamen Fortgang der Steuerentwicklung verursacht.

Die Ungerechtigkeiten der Steuerverteilung lagen einmal in ihrer Einseitigkeit. Es gab weder Vermögens-, Erbschaftssteuern noch Mobiliensteuern überhaupt, keine Einkommensteuer. Industrie, Handel und Gewerbe waren ebenfalls völlig unbesteuert. Ausländer zahlten fast nichts. Der Grundbesitzer konnte die Steuer meist auf seine Pächter überwälzen. Es gab weder Steuerfreigrenzen, Freibeträge noch waren die Steuern progressiv gestaltet. Die allmählich anwachsenden indirekten Steuern belasteten die armen Schichten ebenfalls mehr wegen ihrer relativ höheren Konsumausgaben.

Man hätte annehmen müssen, das Fehlen einer industriellen Besteuerung würde die Industrie fördern. In der langen Zeit der Steuerbefreiung war jedoch der Fortschritt der Industrie mäßig und langsam. Der vermögende Ägypter investierte im Handel, Dienstleistungsgewerbe etc., die ebenfalls keine Steuern zahlten. Obwohl die Landwirtschaft direkt und am stärksten besteuert wurde, blieb sie bevorzugtes Investitionsfeld. Erst der Zollschutz hatte seit 1930 einige neue Industrien entstehen lassen.

Aus diesen Erfahrungen konnte man lernen, daß die Steuer je nach den Umständen nur ein Faktor unter anderen (politischen, sozialen, kulturellen etc.) ist, die in Ägypten die Richtung des Kapitals bestimmen. Sicher stand der ägyptische Kapitalgeber industriellen Investitionen grundsätzlich skeptisch gegenüber, und bevor diese eingewurzelte Abneigung nicht überwunden war, würden auch Steuerbefreiungen nicht entscheidend wirken. Daraus schloß man umgekehrt, daß auch die Ausbildung neuer Steuern für jene, die sich schon bisher industriell betätigten oder daran dachten, nicht von besonders hemmender Wirkung zu sein brauchte.

Die neue Steuerpolitik nach der Revolution mußte daher einmal den eingeleiteten Ausbau eines modernen, in der Marktwirtschaft üblichen Steuersystems fortsetzen, auch wenn die Industrie das zum Teil als belastenden Eingriff betrachten würde (199), andererseits eine gezielte Förderung mit steuerlichen Mitteln betreiben.

Die erste Periode der ägyptischen "marktwirtschaftlichen" Industrialisierungspolitik setzt daher im wesentlichen die 1930 - 1937 begonnene Wandlung der Ziele und Methoden des Steuer- und Zollsystems fort.

Dabei standen bis 1952 die finanzpolitischen Ziele, vor allem die Schaffung der Mittel für steigende Staatsausgaben im Vordergrund. Diesen Zielen und der Absicht, die soziale Gerechtigkeit zu heben, dienten die erstmalig 1939 eingeführten Vermögenssteuern, die Kapital- und die Industrie-, Handels- und Arbeitsgewinnsteuern. Die direkte Einkommensteuer wurde sogar erst 1949 eingeführt.

Erst seit 1952 weist der Staat der Steuerpolitik stärkere wirtschaftliche Aufgaben zu: Die Entwicklung der Volkswirtschaft, die Lenkung der Kapitalien in die Industrie etc.. Nur diese Maßnahmen im engeren Sinne wollen wir kurz skizzieren. Nach dem bisher Erörterten wird es verständlich, wenn Steuerbefreiungen und -senkungen nur selektiv auf Gebieten gegeben werden, welche die Industrialisierung fördern (z. B. Gesetz 430/1953). Die Vergünstigungen erhalten den Charakter einer Starthilfe durch strenge zeitliche Begrenzung. Sie sind bei Betriebsneugründungen doppelt so hoch wie im Falle von Kapitalerhöhungen. Andererseits dienten die Bodenreform, Senkung der Pachtsätze, die Erhöhung der Steuern für den privaten Luxuswohnungsbau ebenfalls dem Ziel, das Kapital in die Industrie zu lenken.

Mit der Zollpolitik hatte Ägypten seit 1930 relativ bescheidene Erfolge erzielt. Die Tendenz zur Verewigung des Zollschutzes, mangelnde Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Betriebe, die Kostenstruktur der Industrie (Rohstoffproblem) waren Faktoren, die der Zollpolitik enge Grenzen setzten. Die Grundsätze der Zollordnung blieben im wesentlichen dieselben.

Förderung durch Ausgestaltung des Gesellschaftsrechtes

Die überragende Rolle der Kapitalgesellschaften in der Geschichte der modernen ägyptischen Industrie erklärt die Bedeutung des gesetzgeberischen Klimas für die Erleichterung von Neugründungen auf diesem Gebiete.

Bisher gab es in Ägypten die Aktiengesellschaft und die Kommanditgesellschaft auf Aktienbasis, die sich im wesentlichen an die französische Rechtskonstruktion anlehnten.

Erst mit dem Gesetz 26/54 wurde die seit Jahrzehnten geforderte G.m.b.H. (200) in Ägypten in Anlehnung an angelsächsische Vorbilder eingeführt. Der Gesetzgeber (201) weist auf die wichtige Rolle dieser Gesellschaftsform beim Wachstum der Investitionen in westlichen Ländern und hofft auf ihre Anziehungskraft besonders auf kleinere und mittlere Ersparnisse und Unternehmer (202).

Die Reformen des Aktienrechtes sollten ein Gleichgewicht halten zwischen dem Prinzip, die Handlungsfreiheit der Unternehmen zu sichern, und dem Prinzip, die Rechte der Sparer zu schützen und sie zur Investition zu ermuntern (203).

Im einzelnen werden die Prozeduren für die Gründung beschleunigt, die Fristen für die Behandlung der Anträge verkürzt sowie die Überprüfungsformen. Zu diesem Zweck wurde zusätzlich ein Register im

Industrie- und Handelsministerium eröffnet, das bei Nachweis der sachlichen und formellen Voraussetzungen die Gründung zu genehmigen hatte.

Eine Reihe Bestimmungen dienten dem Schutz des Sparers. Der Mindestnennwert der Aktien wurde von 4 auf 2 LE herabgesetzt. Um Verschleierungen in der Bewertung zu verhindern, mußten bestimmte Verfahren bei der Bildung von Sachwertaktien eingehalten werden. (z. B. Art. 9 ff.). Eine wichtige Neuerung betraf die Möglichkeit, das Grundkapital vor vollständiger Einzahlung zu erhöhen, wenn die Gründungsstatuten das festlegen. Die Reservebildung wurde gesetzlich geregelt (mindestens 5 % vom Nettogewinn, Art. 14). Die Ausgabe von Obligationen bedurfte eines Beschlusses der Hauptversammlung, und in diesem Fall mußte das gesamte Grundkapital eingezahlt werden. Die Wertsumme der Obligationen durfte das ausgewiesene Kapital nicht übersteigen. (Jedoch waren die speziellen Kreditanstalten und Finanzierungsinstitute von dieser Bestimmung ausgenommen.)

Seit langem hatte der Verwaltungsrat im Kreuzfeuer der Kritik gestanden. Wenige einflußreiche Persönlichkeiten, um deren Protektion und Gunst sich die Gesellschaften bemühten, gelangten in den Besitz zahlreicher, mit hohen Tantiemen belohnter Verwaltungsratsposten, obwohl sie fachlich oft völlig inkompetent waren. Früher genügte der Name eines bekannten Paschas, um der Gesellschaft Vertrauen und Kreditwürdigkeit zu sichern. Die Zahl dieser Posten wurde auf 6 beschränkt (204), eine Altersgrenze festgelegt und die Entschädigungsansprüche wurden geregelt. In Gesellschaften für "Public Utilities", die noch in Privathänden sind, müssen die Mitglieder des Verwaltungsrates von dem zuständigen Ministerium bestätigt werden (Gesetz 155/55).

Die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat einer Bank- oder Kreditanstalt wird verboten, wenn sie nicht mit den Interessen einer Mitgliedschaft in einer zweiten Bank harmoniert oder ihr widerspricht. In der Begründung heißt es, es solle nicht nur Betrügereien Einhalt geboten werden, sondern "die freie Konkurrenz vermehrt, die Monopolbildung und folgenschwere Beeinflussung der Finanzinstitute verhindert werden" (205).

Neue Züge der Industriefinanzierung

Nach 1952 verfeinerte sich das Finanzierungsmodell der Investitionen vor allem durch verschiedene Formen öffentlicher Finanzierung (Finanzierung von Entwicklungsprojekten durch Schatzanweisungen etc.) Die Veränderung der Institutionen und Praktiken für die private Kapital- und Kreditbeschaffung war zwangsläufig ein langwieriger Prozeß, dessen Erfolg von dem Verhalten der privaten Wirtschaftssubjekte zur industriellen Investition abhing. Daß die Banken und Versicherungsgesellschaften mit Ausnahme der Misrbank und der Industrial Bank vor allem den nichtindustriellen Bedürfnissen der Volkswirtschaft dienten (206), war eher Symptom dieser Grundhaltung, denn ein entscheidendes Hindernis. Wie wir sahen, ermöglichte die Struktur der Industrie eine hohe

Rate der Selbstfinanzierung der privaten Investitionen, so daß selbst die Obligationen und Bankkredite bei den Aktiengesellschaften keine große Rolle spielten.

Eine wichtige Neuerung betrifft die Beteiligung der großen Versicherungsgesellschaften und Handelsbanken an den gemichtwirtschaftlichen Projekten des "Rates".

Unter den Nichthandelsbanken war die erst 1945 speziell zur Kreditförderung mittlerer Betriebe gegründete Industriebank berufen, den begonnenen Weg fortzusetzen. Da die Regierung 51 % des Aktienkapitals innehatte, konnte die Bank die Risiken einer "Politik der Konsolidation des Vertrauens in die Industrie" am ehesten tragen (207).

Die Arbeitsprinzipen der Bank leiten eine erste Form der Lenkung von Investitionsmitteln des Bankapparates ein, die ihr durch Direktiven des Produktionsrates aufgegeben wurde.

Anleihegewährung und Industrialisierungspolitik

Die Prioritäten der Anleihegewährung werden nach zwei Kategorien aufgestellt: In die erste fallen die bevorzugten Branchen (Kriterium ist der Gummibegriff "in nationalem Interesse") und in die zweite Kategorie der Betriebe, die nur beschränkte Hilfe erhalten sollen.

Der Einfluß der Industriebank resultiert aus ihrer Zusammenarbeit mit anderen Finanzinstituten und der Zentralbank. Diese Zusammenarbeit sieht so aus:

Die Handelsbanken, die über die finanzielle Lage der Geschäftsleute am besten informiert sind, legen der Industriebank ihre Ansicht zu eingereichten Kreditanträgen vor. Diese beurteilt die technischen und wirtschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten der Projekte (208) und das Ausmaß ihrer Übereinstimmung mit der allgemeinen Industrialisierungspolitik. Im Falle ihrer Zustimmung bietet die Industriebank den betreffenden Banken ihre Bürgschaft.

Dieses Verfahren bot eine Reihe von Vorteilen. Die Teilnahme der Handelsbanken an industriellen Anleihen wird durch gesetzliche Zustimmung gesichert und die günstige Plazierung durch Überprüfung der Verwendungsziele bewirkt. Der Geschäftsspielraum der Banken wächst, ohne ihre Resourcen einer übermäßigen Belastung auszusetzen. Die Industriellen profitieren von der Festigung des Vertrauens in ihre Pläne und von Zinsreduktionen, vorausgesetzt, ihr Antrag ist von der Industriebank durch ein Übereinkommen mit der Zentralbank geregelt und diese Regelung "den anderen Banken bindend auferlegt" (209). Auf diese Weise konnten sich die Banken neuen Kreditanträgen nicht ohne weiteres ablehnend gegenüber verhalten.

Die Anleihegewährungspolitik sollte vor allem die übermäßigen Befürchtungen des ägyptischen Publikums vor industriellen Investitionen mildern, sie gehört zu den Versuchen, die privatwirtschaftliche Initiative zu stärken und zu wecken. Grundsätzlich unterlag ja die Gründung und Erweiterung von Industriebetrieben keinen gesetzlichen Beschränkungen.

5) Die Wirkungen der Industrialisierungspolitik in der ersten Periode

In Tabelle 2 sind die wesentlichen Größenverläufe wiedergegeben. Das für 1952 berechnete pro Kopf-Einkommen liegt etwas unter dem Wert von 1937, der erst im nächsten Jahre erreicht wird. Der scharfe Anstieg 1954 geht auf eine methodisch andere Schätzung zurück (210). Von diesem globalen Kriterium her wurde das Ziel eines schnelleren Wachstums noch nicht erreicht. Was sind dann die wesentlichen Änderungen in den volkswirtschaftlichen Kreislaufgrößen?

Ins Auge fallen der relative und absolute Anstieg der Sekundärindustrie und der Staatsausgaben gemessen am Volkseinkommen. Ausgehend von Höhe und Zusammensetzung der Bruttoinvestitionen in der Nachkriegszeit von 1945 - 1952 (211), können wir zu ermitteln suchen, wie sich die Kapitalbildung ausgedehnt und umgestaltet hat.

Die in Tabelle 3 verzeichnete hohe Rate der Kapitalbildung von 13 % überrascht, soll sie doch nach einschlägigen Schätzungen in Entwicklungsländern nur zwischen 5 und 7 % liegen (212). Zu dieser Ansicht neigen auch für Ägypten verschiedene Arbeiten (213). Andere Berechnungen aus dem Jahre 1956, die unter diesem hohen Durchschnitt liegen, machen es wahrscheinlicher, daß die Investitionsrate in der Periode des Rates zum ersten Male einen deutlich steigenden Verlauf aufweist, der erst 1956 den Wert von knapp 12 % erreicht (214).

Tabelle 4 beruht auf methodisch anderer Grundlage. Die dort aufgeführten importierten Kapitalgüter sind kein Maßstab für die industriellen Investitionen im engeren Sinne, andererseits fehlen Angaben über Transport- und Installationskosten für das fixe Kapital. Die Abschreibungen werden auf durchschnittlich 20 Mill. LE (rund 2,5 % des Volkseinkommens berechnet, davon 7 Mill. für die Industrie (215). Das sind schon fast 25 % der Bruttoinvestitionen.

Was immer auch die Schätzungen an Fehlern aufweisen mögen, sie zeigen sehr anschaulich, wie die vorrevolutionäre Kapitalbildung von der traditionellen Anlageform im privaten Häuserbau (60 %) beherrscht war (Tab. 3). Die Angaben über die jährlichen industriellen Investitionen schwanken zwischen 5 und 10 Mill. LE (216). Nach Lewis entfällt in der typischen Investitionsrate eines Industrielandes nur etwa 25 % auf Häuser, 30 % auf Industrie und Landwirtschaft, 10 % auf den Handel und 35 % auf öffentliche Betriebe und Einrichtungen (217). Ungeachtet ihrer absoluten Höhe erklärt also vor allem die Zusammensetzung der Kapitalbildung das frühere langsame, wenig spezialisierte Wachstum der Volkswirtschaft.

Hier hat in der Periode des Rates eine bedeutsame Umschichtung zugunsten einer mehr dynamischen Zusammensetzung eingesetzt. Die privaten Bauinvestitionen (Häuserbau, nicht Industriebauten!) haben relativ gegenüber den direkten industriellen und vor allem den öffentlichen Basisinvestitionen abgenommen. Über Finanzierung, Zusammensetzung und Erhöhung der öffentlichen Investitionen gibt Tabelle 5 Auskunft.

Die laufenden Staatseinnahmen, zwischen 1953 und 1956 fast um 80 Mill. gestiegen, konnten nur einen geringen Teil der zusätzlichen öffentlichen

Investitionen decken, die fast zu 75 % durch Schatzanweisungen finanziert wurden. Ursache ist die starke Steigerung in den laufenden Ausgaben für die Armee (von 40,7 M. 1953/54 auf 85 M. 1955/56) (218), für Erziehung, Landwirtschaft, soziale Dienste etc..

Von dem unvermeidlichen Tribut für die Staatssicherheit abgesehen, stellen die neuen öffentlichen Investitionen, die in den Ausgaben des Sonderbudgets des Rates zusammengefaßt werden, den stärksten autonomen Investitionsimpuls dar. Der über 90 % betragende Anteil der Basisinvestitionen bestätigt die ordnungspolitisch relevante Beschränkung der öffentlichen Hand auf eine vornehmlich indirekte Förderung der Industrialisierung.

a) Die Erhöhung der privaten industriellen Investitionen

Nach Ermittlungen der ägyptischen "Féderation de L'Industrie" haben sich die industriellen Privatinvestitionen wie folgt entwickelt (219):

1954	1955	1956	in Mill. LE
6,9	9,7	25,6	

Bis 1955 erhöhte sich die Produktion fast nur innerhalb der vorhandenen Kapazitäten, und der Absatz stieg durch Lagerabbau.

Kapazitätserweiterungen und Neugründungen bleiben selten. Eine der Hoffnungen der Agrarreform, "that more capital will be available for investors in other fields, especially in industry", blieb aus und "so far it appears that released capital that would have otherwise gone to land ownership has been concentratingon urban building". So wurden 1954 für 20,6, 1955 für 28,5 Mill. LE (220) neue Gebäudelizenzen erteilt, denen ein geringer Zuwachs an industriellem Kapital gegenübersteht.

Erst 1956 bahnt sich ein sprunghafter Aufschwung an. Die gegenüber 1955 um mehr als 15 Mill. LE erhöhten Investitionen verteilen sich auf 17 Gesellschaften (221). Allerdings entfallen von 10 1956 neu gegründeten Industriegesellschaften mit einem Anfangskapital von 22,2 Mill. LE 90 % auf zwei Gesellschaften, bei denen Regierungskapital beteiligt ist: Die Societé anonyme (SE) des Sucreries et des Distilleries mit 12 Mill. LE und die SE pour les Industries Chimique mit 9 Mill LE. Von 12,9 Mill. LE Regierungsanteil stellen jedoch 6,1 Mill. LE Schulden der SE des Sucreries dar, die von der Regierung als Aktien gehalten werden (222).

Die Hauptquelle der privaten Industriefinanzierung bleibt noch immer die Selbstfinanzierung (etwa 70 % im Durchschnitt) (223). Während ausländisches Kapital sich trotz liberaler Gesetzgebungen auffällig zurückhielt, wurden auch die Erwartungen der Wirtschaftsfachleute der Regierung in Bezug auf die private Investitionsneigung enttäuscht.

b) Analyse der ersten Periode

Unter dem Schlagwort der Industrialisierung sucht das neue Regime die Wirtschaft zu beleben. Seine Politik brachte nur scheinbar einen ordnungsmäßigen Kurswechsel. Formen und Methoden verstießen in keiner

Weise gegen irgendwelche marktwirtschaftlichen Prinzipien, wenn man von der Agrarreform absieht, der unter den ägyptischen Verhältnissen eher eine spontane Kräfte entbindende Funktion zukommt. Sich auf marktkonforme Mittel beschränkend, zog man alle Register rein marktwirtschaftlicher Wirtschaftspolitik, entfaltete und verfeinerte die finanz- und prozeßpolitische Tätigkeit der öffentlichen Hand zur Wirtschaftsförderung, die ihrem Ansatz nach den konjunktur- und krisenpolitischen Maßnahmen der Industrieländer gleichen. Man sicherte und festigte die privatwirtschaftlichen Institutionen (Gesetzgebung), brachte sie insoweit auf den neuesten Stand. Der Rat für die Entwicklung der nationalen Produktion, von umfangreichen Studien und ersten Hilfsmaßnahmen, von Infrastrukturprojekten in Anspruch genommen, förderte und gründete wenige Industriebetriebe, die meist nach der Anlaufzeit zum Privatsektor geschlagen wurden.

Der Privatwirtschaft mag diese plötzliche, in Ägypten noch nie gekannte, lebhafte Aktivität des Staates als solche umwälzend und gar beunruhigend erschienen sein, was noch durch eine völlige Fehlbeurteilung in ausländischen Kreisen verstärkt wurde. Man hoffte schon, diese Politik werde die spontane Entfaltung vieler latenter Kräfte bringen.

Leider tragen eine Reihe exogener Faktoren ein gerütteltes Maß an Schuld an dem frühzeitigen Abbruch eines hoffnungsvollen Experimentes, das bei einiger Geduld und stärkerem ausländischem Interesse allmählich mehr Schwung, Vertrauen und Stärke hätte erhalten können:

Die nichtwirtschaftlichen Faktoren

a) Der Kern des Dilemmas bleibt der Umstand, daß die notwendige Schicht erfahrener Unternehmer nur langsam entstehen konnte. Die Erwartungen überschätzten die Wandlungsfähigkeit der ägyptischen Mentalität. Begreiflicherweise neigt die agile, von Selbstbewußtsein und Nationalstolz getriebene revolutionäre Gruppe dazu, der gestürzten Staatsform, den in- und ausländischen Formen der Beherrschung die Hauptschuld an der Stagnation des Landes zuzuschieben. Es war noch zu früh, die gleiche Energie, Tatkraft und Begeisterung, mit welcher sich die Offizierselite an den Schalthebeln der Macht übte, von der Masse der Bevölkerung zu erwarten.

b) Kapitalbesitzende Kreise fürchteten, die Bodenreform werde nur ein erster einleitender Schritt zu weiteren Maßnahmen sein, die aus taktischen Gründen geheim bleiben. Das erklärt sicher einen Teil der Zurückhaltung in den ersten Jahren. Eine autoritäre Regierung hat es schwer, Vertrauen zu schaffen und eingebildete Befürchtungen zu zerstreuen. Ihre Angriffe auf einzelne Gruppenprivilegien tun ein übriges, oppositionelle Kreise in abwartende und passive Haltung zu drängen. Auf eine Gegenrevolution spekulierend, sollen ägyptische Geschäftsleute den "wachsenden Regierungsinterventionismus" ihren ausländischen Partnern in schwärzesten Farben geschildert haben:

"These overtures (die offizielle Politik der Ermutigung in- und ausländischer Privatinvestitionen, Anmerkung des Verfassers) were greeted with such a lack of interest and response that the government could only conclude that business in Egypt was unwilling to play its part. The years following 1954 saw a systematic undermining of every attempt to encourage local private investment in industry. US and European businessmen were discouraged by the local and foreign Egyptian businessmen" (224)

c) Pessimistische Prognosen ausländischer Korrespondenten, die außerdem die ordnungspolitische Linie falsch interpretierten, haben den Fluß ausländischen Kapitals gehemmt. Folgendes Zitat aus dem Jahre 1955 ist dafür typisch:

"Bedenkenlos ist das Regime hinsichtlich von Eingriffen in die Wirtschaft. Der Staat plant, diktiert, dirigiert und kontrolliert, wo er dies zur Erreichung seiner Ziele für notwendig hält" (225).

Das Schicksal der Privatwirtschaft des Landes scheint besiegelt. Die Leichtfertigkeit, mit welcher Nasser kurz darauf wiederholt kommunistischer Neigungen bezichtigt wurde, nur weil er es wagte, aus östlichen Ländern Waffen und Waren zu beziehen, gehört in die gleiche Linie. Er wurde, wenn man so will, in den Interventionismus getrieben, als das freie Kapital aus seinem Land flüchtete.

Gegen die ganz unliberale Verknüpfung politischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte, wie sie sich z. B. in den Verhandlungen um die Finanzierung des Assuanstaudamms offenbarten, entwickelte das Regime fast zwangsläufig und in Notwehr die Waffe des "erpresserischen" Neutralismus, ohne jemals mit östlichen Waren den Kommunismus zu importieren. Der Suezkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen (Blockade, Devisenbeschlagnahme etc.) haben einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen.

War private Investitionsbeteiligung aus dem Ausland von so komplexen Bedingungen abhängig, daß man sie allein nicht erfüllen konnte, mußten für die nächste Zukunft dirigistischere Formen der Kapitalmobilisierung und Wirtschaftspolitik aus ganz pragmatischen Motiven der Notlage naheliegen und prophezeit werden. Es lohnt sich, die Lehre festzuhalten, daß westliche Außenpolitik und westliches Verhalten an dem folgenden Umschwung ihren beträchtlichen Anteil haben.

Die wirtschaftlichen Faktoren

Da das Wirtschaftsgeschehen nicht staatlich gelenkt wird, der Hauptakzent der Industrialisierungspolitik auf indirekten Anreizen liegt, können wir den eingeleiteten Impuls als autonome Investition auffassen, soweit es sich um Staatsausgaben und die gemischtwirtschaftlichen Investitionen handelt. In dem Zusammenhang wird meist untersucht, ob in dem betreffenden Land der sogenannte Keynesfall der Unterbeschäftigung anwendbar ist.

Die schnellsten Wirkungen wären von dem Kaufkrafteffekt zu erwarten, denn alle Investitionsbeträge lassen sich letztlich in Ausgaben für Löhne, Gehälter und Zinsen auflösen und können Nachfrage nach Konsum- oder Kapitalgütern (bezw. Sparen) werden, gleichgültig ob sie aus Neugründungen mit langer oder kurzer Bau- und Anlaufzeit, aus SOC-Projekten etc. stammen oder nicht. Die Wirkung dieser Nachfrage wird durch das Multiplikatorprinzip erfaßt, das logisch in Industrie- und Entwicklungsländern gültig sein muß.

Dieser Investitionsstoß fällt in eine schwer meß- und vergleichbare Situation der Unterbeschäftigung. Im Industrieland sind in einer Depression die Produktionsfaktoren relativ proportional unterbeschäftigt (Rückfall von einer bereits erreichten Aktivitätshöhe). Die ägyptische Unterbeschäftigung ist strukturell bestimmt, d. h. dem Bevölkerungsdruck eröffnen sich nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten, weil die komplementären Betätigungsfaktoren fehlen. Daher hat die Beschäftigungslage nur eine untergeordnete Bedeutung in dem umfassenden Konzept der Entwicklung. Die Wahl der "Unterentwicklung", nicht Unterbeschäftigung als Indikator beruht auf der Wünschbarkeit eines höheren Pro-Kopfeinkommens für die Gesamtbevölkerung (226).

Die Empfänger der Einkommen in Ägypten haben eine hohe Konsumneigung (Bereich unelastischer Nachfrage). Die daher erwartete hohe Multiplikator- und Akzeleratorwirkung kann jedoch nicht einen sich kumulierenden Aufschwung auslösen. Sie wirkt in gewissem Sinne wie in einer vollbeschäftigten Wirtschaft, weil die Erhöhung der kaufkräftigen Nachfrage allein die Entwicklung der Wirtschaft nicht vorantreiben kann. Von den Grundbedürfnissen her konnte die Regierung, die inflationäre Tendenzen vermeiden wollte, durch zusätzliche Lebensmittelimporte, Subventionen etc. das Gleichgewicht erhalten. Da diese Ausgaben jedoch in Ägypten noch den Hauptteil der Konsumgüternachfrage bildeten, d. h. eine substantielle Einkommensteigerung größerer Schichten noch nicht einsetzte, hatte sie ohnehin nur geringe Wirkungen auf die Belebung der industriellen Aktivität. Diese beschränkte sich meist in den gegebenen Kapazitätsgrenzen auf die herkömmlichen Konsumgüterzweige (127). Dann ging natürlich ein großer Teil der inländischen Wirkungen durch die Kapitalgüterimporte und den Umstand verloren, daß der gehobene Bedarf weiterhin aus dem Ausland gedeckt wurde. Der Investitionsstoß hatte zunächst nur einen Kapazitätseffekt, wirkte auf die Erweiterung der Tragfähigkeit der Wirtschaft, was in der kurzen Zeit einfach noch keine spektakulären Ergebnisse zeitigen konnte.

IV. Die Übergangsperiode zu stärker interventionistischer Industrialisierungspolitik (1956 - 1960)

1) Begründung für die Abgrenzung des zweiten Abschnittes

Die zuletzt erörterten ökonomischen und außerökonomischen Tatbestände erhalten im Lichte der Ziele allgemeine und spezielle ordnungsverändernde Funktionen. Rasche Industrialisierung, die Initialzündung für den Übergang zu dynamischem Wachstum würde ohne Umgestaltung

des Ordnungsrahmens unerreichbar sein. Das ist die allgemeine Wirkung der Daten auf die Ordnung. Die speziellen Wirkungen auf die Wahl der angewandten ordnungspolitischen Mittel ergeben sich aus der Auflösung des Globalzieles in seine verschiedenen Einzel- und Unterziele. Ein solcher Wandlungsprozeß gibt den Jahren von 1956 - 1960 ihr Gepräge. Dem Stadium, in welchem die Verantwortlichen aus pragmatisch-sachlichen Antrieben über Aufgaben, Zusammenwirken und Kompetenzen von Planträgern entscheiden, folgt allmählich der Versuch einer systematischen Rechtfertigung, der Aufbau eines Ordnungssystems, von Prinzipien und Regeln.

a) Die Verstaatlichung des Suezkanals und ihre Folgen

Mitte 1956 verstaatlichte Nasser als Antwort auf die brüskierende Zurückziehung des amerikanischen Angebots zur Finanzierung des Assuan-Staudammes den Suezkanal. War diese Tat auch der Verzweiflungsakt eines in die Enge getriebenen Diktators, wurde sie durch die Folgen zu seinen Gunsten mehr als gerechtfertigt. Gab es schon in der westlichen Welt Stimmen, die Nasser das Verstaatlichungsrecht zubilligten, wurden er und sein Regime in der arabischen Welt auf einer Welle nationaler Begeisterung und Zustimmung aufgewertet und mit dem Anstieg des Prestiges Selbstvertrauen und Fähigkeit zu kühnen Entschlüssen gestärkt.

Daß sich Ägypten entgegen meist pessimistischen Voraussagen fähig zeigte, den Kanalbetrieb in eigener Regie mit Erfolg aufrechtzuerhalten, war eine technische und administrative Leistung ersten Ranges. Sie erwies sich indirekt sogar als ordnungspolitisch bedeutsam, insofern die ägyptische Führung daraus Kraft schöpfte, ihrem Verwaltungsapparat die neuen komplizierten Verwaltungsaufgaben im Hinblick auf die geplante Industrialisierung aufzubürden. Dieser Erfolg stärkte das Selbstbewußtsein und gab dem ägyptischen Etatismus spürbaren Auftrieb. In Anbetracht der eingebürgerten Geltung, die der Beruf des Staatsbeamten genoß, schien eine mehr interventionistische Wirtschaftsordnung von ihren rein administrativen Aufgaben her die geringsten Kopfzerbrechen zu bereiten.

Der im Herbst 1956 ausbrechende Krieg um die Suezfolgen, der dem Land rascher als üblich Devisenknappheit und ihre Folgen bescherte, bot den Anlaß, eine umfassende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik zu beginnen.

Ägyptisierung, nicht Verstaatlichung des Banken- und Versicherungswesens

Im Vordergrund stand der revolutionäre Akt, die Finanzierungsinstitutionen, die früher angeblich in der Hauptsache fremden Interessen dienten, wegen ihrer Schlüsselrolle für die Industrialisierung in ägyptische, nicht unbedingt staatliche Hände zu überführen. Nach der Sequestrierung des französisch-britischen Eigentums verfügte ein Gesetz (228), daß alle Banken, Versicherungen und Handelsvertretungen (229) nur in der Rechtsform ägyptischer Aktiengesellschaften geführt werden können und nur ägyptische Staatsbürger Aktionäre sein dürfen. Für die Um-

wandlung erhielten die Banken eine Frist von einem Jahr, Versicherungen und Handelsvertretungen allerdings fünf Jahre Zeit. Die sequestrierten Banken und Kapitalanteile gelangten in die Hände des Staates. Im allgemeinen werden die Unternehmen also als Privatbetriebe weitergeführt. Der Ägyptisierung kommt nur indirekte ordnungspolitische Bedeutung zu insofern, als ägyptische Banken mit den nationalen Wirtschaftszielen leichter mitgehen, als Ägypter in diesen Zweigen selbst zum Zuge kommen (psychologischer Effekt). Man mutet dem Ausland zu, zwischen der Beseitigung einzelner Betätigungsbereiche für ausländisches Kapital und seiner Ermutigung in anderen Zweigen nichts Abschreckendes zu sehen.

b) Die Entwicklung der Idee der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsordnung

Bald begann der schillernde Begriff der Wirtschaftsplanung seinen Einfluß auszuüben. Seine Anziehungskraft bezog er von der Vorstellung, es sei damit das Mittel gefunden, dem orientalischen Sich-Treiben-Lassen ein Ende zu bereiten.

Unter Planung verstand man weder das System der Individualplanung noch die Lenkung aller wirtschaftlichen Vorgänge durch eine Zentralbehörde (230). Den pragmatischen Ausgangspunkt betonend, schlägt M. Ibrahim eine allgemeine Definition vor, die von bestimmten wirtschafts- und sozialphilosophischen Elementen gelöst ist (231):

> "Wirtschaftsplanung ist die Gesamtheit der Entscheidungen, welche das Wirtschaftsleben zur Verwirklichung bestimmter Ziele in einer bestimmten Periode in Gang halten".

Derartige Besinnung helfe, unvoreingenommen über die Institutionen nachzudenken, die in der gegebenen Entwicklungsstufe die angemessenste Harmonisierung und Ordnung von vielerlei Entscheidungen herbeiführen können. Der Chef des Planungsamtes erinnert daran, daß Planung ein menschlicher Prozeß sei, eine Art Ordnung der Entscheidungen, die notwendig mit der Gesellschaft verbunden ist, in welcher wir leben. Auch bei Völkern, die den Planungsgedanken längst aufgegeben hätten, stellten Institutionen, Apparate und wirtschaftspolitische Maßnahmen Planung dar, welche die Kooperation im Ausmaß der ganzen Gesellschaft betreffen. Die Abneigung gegen den Begriff richte sich gegen eine bestimmte Ideologie, von welcher man in Ägypten nicht ausgehe (232).

Die technischen Formen der Planung und ihre institutionellen Wirkungen ergäben sich aus den jeweiligen Zielen, die von Staat zu Staat verschieden sind. So könne es sich z. B. in Ägypten nicht um monetäre Planung für Vollbeschäftigung handeln, die in manchen Industrieländern etwa durch deficit-spending des Staates für die Erhaltung des Investitionsvolumens erreicht wird, das Vollbeschäftigung verbürgt. Denn in Ägypten müßte der Staat das Vollbeschäftigungsniveau mit aktiveren Mitteln schaffen. Aus der Analogie entstehen andere Methoden (233). Die Planung in Ägypten sei auch keine Kriegsplanung, politische Planung u. ä.. Sie sei aber im gegenwärtigen Stadium in erster Linie

Planung für die Erhöhung des Lebensstandards durch Entwicklung der Produktivkräfte (234).

Der Umfang der Planung, ihre Einzelziele sowie die Wahl der Methoden und Mittel werden nach A. A. Ibrahim (235) von der Entwicklungsstufe des Landes bestimmt. Damit wird zum ersten Mal eine strukturelle Konstituierung der Wirtschaftsordnung unternommen. Der Autor lehnt sich an den von Hicks definierten Unterschied zwischen Entwicklung und Wachstum an. Es wird zugegeben, das scheint ordnungspolitisch von erheblicher Bedeutung, daß in einem fortgeschrittenen (westlichen) Industrieland gelenkte Wirtschaft und umfassende Wirtschaftsplanung überflüssig seien. Die Individuen und Gruppen eines reifen Landes spürten die Gelegenheiten zum wirtschaftlichen Fortschritt von selbst auf, nutzten Ideen und Reichtumsquellen in einer Umgebung, wo jeder ständig von den Erfahrungen anderer lernt, spezialisierten sich aus eigenem Antrieb und Verantwortung. In diesem Klima existiere grundsätzlich kein Bedürfnis nach Lenkung, Druck oder Zwang, die Gesellschaft wachse organisch, ihre Träger haben insgesamt ein "vollständiges Verständnis für die Probleme des Wachstums" (236).

In Ägypten bekomme der Planungsbegriff einen ganz anderen Sinn. Da es hier nur wenig reife Einsicht und entsprechendes Verhalten gibt, erstrecke sich die Planung notwendig auf alle Elemente der Entwicklung, die Begriffe Planung und Entwicklung werden fast identisch. Entwicklung heiße also, langfristige Entscheidungen über die öffentliche Tätigkeit wie auch über das Verhalten von Individuen und Gruppen fassen, die den wirtschaftlichen Fortschritt erzielen werden. In der rückständigen Gesellschaft werde der Planer das wirtschaftliche Verhalten in mannigfacher Weise lenken, beherrschen müssen, der Planungsgedanke führe zwangsläufig auf das Umfassende, das in jeder Entwicklung liegt, er werde wirtschaftliche, soziale, erzieherische Planung betreffen. Der Umfang der Planung ergebe sich aus dieser Grundsituation, er habe allerdings nichts mit dem Begriff einer totalen Planwirtschaft im traditionellen Sinne zu tun, der ideologisch konzipiert ist. Weite Bereiche der Wirtschaftstätigkeit von Individuen könnten frei und spontan erfolgen, soweit sie nicht den Erfordernissen der Planung widersprechen (Mischung von Freiheit und Lenkung). Zwar erfordere die Umschichtung der knappen Mittel und Faktoren häufig Eingriffe, jedoch ergäben sich diese nicht nur aus den gesetzten Zielen, sondern oft einfach aus der Knappheit (z. B. Importbeschränkungen, Kreditlenkung). Die Änderung der Wirtschaftsordnung sei kein Endziel, sondern ein befristetes Mittel, das Stadium der reiferen Industriegesellschaft allmählich zu erreichen (237).

Die Periode von 1956 - 1960 wird von der Tendenz beherrscht, das Stadium des vollständigen "Entwicklungs"-planes vorzubereiten. Das Prinzip der Wirtschaftsplanung "als das ideale Mittel zur Koordinierung der Anstrengungen" wurde in die provisorische Verfassung von 1956 aufgenommen (Art. 7 der Verfassung). Es erfordert die "gelenkte Wirtschaft", insofern die Wirtschaft nach "Plänen" organisiert wird, die die Entwicklung der Produktion und die Erhöhung des Lebensstandards zum Ziele haben (Artikel 7). Artikel 9 bestätigt die Freiheit

privatwirtschaftlicher Tätigkeit in den notwendigen Grenzen. Diese werden durch das Gesetz abgesteckt:

> "The reconciling of public and private economic activity by law in a manner which ensures social aims and public welfare" (Art. 1o).

Zuerst zeigte sich die Wirtschaftsplanung in Einzelprojekten, in ersten Hilfsmaßnahmen (Periode des Rates). Mit der Gründung des nationalen Planungsamtes (238) kristallisiert sich die umfassendere Wirtschaftsplanung offen. Dem Amt wurden vorbereitende Aufgaben zugewiesen, einen "Comprehensive Plan" u. a. auszuarbeiten, der auf sorgfältigem Studium aller realen und monetären Mittel, auf volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung etc. beruht (238).

2) Die ordnungsrelevanten Maßnahmen im Dienste der Industrialisierungspolitik

a) In Bezug auf die Träger von Investitionsplänen

aa) Das "Gesetz über die Organisation und Förderung der Industrie" von 1958 (240)

Artikel 1 beschreibt den Wendepunkt der Wirtschaftspolitik unmißverständlich:

> Es ist verboten, industrielle Unternehmungen zu gründen, zu vergrößern, ihr Produktionsziel oder ihren Standort zu ändern, wenn hierfür keine Lizenz des Industrieministeriums vorliegt. Diese Lizenz wird von einer Kommission beurteilt, deren Zusammensetzung durch den Präsidenten der Republik bestimmt wird.
> In dem Prüfungsverfahren trägt die Kommission den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes, den Möglichkeiten des lokalen Konsums und Exports Rechnung, die Lizenz ist im Rahmen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspläne zu erteilen.

Damit wurde die bisherige liberale Politik aufgegeben, die Entwicklung der Industrie hauptsächlich einer spontanen privaten Gründertätigkeit aus dem Marktmechanismus heraus zu überlassen. Die Grund- und Monopolzweige dürfen sogar nur in gesetzlich festgelegten Grenzen (ministerielle Beschlüsse) ihre Produktion einstellen oder verringern (Artikel 6). Lizenzen werden nur zeitlich befristet erteilt und können evtl. annulliert werden (Artikel 3), wenn der Lizenzträger die Lizenzziele (z. B. Gründung, Vergrößerung oder Veränderung eines Unternehmens) in der vorgeschriebenen Frist oder Nachfrist ohne zwingenden Grund nicht erfüllt oder die autorisierte Produktion innerhalb eines Jahres nicht ausgeführt hat (Artikel 4). Die bereits bestehenden Industriebetriebe müssen einen Antrag auf Eintragung in ein vom Industrieministerium geführtes Register stellen.

Diesen Bedingungen unterliegen nur Betriebe spezifizierter Zweige (die aber fast alle wichtigen Industrien umfassen), wenn ihre gesamten Installationskosten (241) 5000 LE, d. h. etwa 50 000 DM betragen. Der Zahl nach bleiben damit die meisten Firmen, d. h. die kleinen und mittleren Unternehmungen, frei, während die modernen Betriebe, der bisherige Industrialisierungskern vollständig erfaßt sind.

Die Investitionsgesetzgebung wie der Planungs- und Kontrollapparat richten sich auf den modernen Sektor aus, der mit direkter Unterstützung des Staates erweitert werden soll. Ausgerechnet von jenen Teilen der Wirtschaft, die im Vergleich zu den größeren Industriegesellschaften nur sehr langsam vorankamen, erwartete man weiter ein autonomes Wachstum, dem allerdings neue Antriebe in dem Industrialisierungsklima zuflossen. Die Verantwortlichen für die Planung waren von der Überlegenheit des Großbetriebes überzeugt und vernachlässigten die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe. Andererseits muß zugestanden werden, daß der Planungsapparat für eine unmittelbare Betreuung zahlreicher Betriebe dieser Art noch nicht gerüstet war.

Der wesentliche Eingriff betrifft nur die Genehmigungspflicht des Investitionsaktes selbst, den Zutritt oder Abgang vom Markt. Man sah sich hierzu veranlaßt, weil man das bisherige mangelhafte Auftreten neuer Anbieter durch eine größere Zahl neuer Projekte ergänzen wollte. Alle übrigen, marktwirtschaftliches Verhalten konstituierenden Elemente (Eigentumsverfügung, Haftung, Vertragsfreiheit und -bindung etc.) für den Prozeßablauf bleiben unberührt.

Die Förderung sieht so aus, daß die zuständigen Stellen (242) Interessenten auf Wunsch beratend und mit allen Unterlagen, Statistiken, Studien zur Verfügung stehen, welche für die Gründung oder Erweiterung einer bestimmten Industrie von Bedeutung sein können (243). Außerdem haben private Unternehmer das Recht, von ihnen ausgearbeitete Pläne prüfen zu lassen, wenn sie einen Lizenzantrag stellen wollen. Mit der Gewährung der Lizenzen, die nach den Kriterien der offiziellen Industrialisierungspolitik beurteilt werden, übernehmen die Lizenzträger im Rahmen des Gesamtplanes strenge Verpflichtungen (244).

bb) Umformung der Industrievertretungen

Die einflußreiche, 1918 entstandene "Féderation Egyptienne de L'Industrie" hatte bisher der Erreichung von Zollerhöhungen und Steuerermäßigungen ihr Hauptaugenmerk gewidmet. Ihre Neugründung steht unter dem Zeichen, Interessenvertretung und staatliche Ziele zu vereinbaren. Sie bringt neben der obligatorischen Mitgliedschaft für Betriebe mit mehr als 5 000 LE Kapital die Rechtsform einer öffentlichen Körperschaft und gleiche Statuten für alle Einzelkammern, die vom Industrieministerium ausgearbeitet wurden (245). Ein Drittel der Verwaltungsmitglieder wird vom Industrieministerium ernannt, das auch auf die Wahl der übrigen Mitglieder starken Einfluß nehmen kann. Gegen Entscheidungen des Verwaltungsrates hat es praktisch ein absolutes Vetorecht, da diese nur bestätigt werden können, wenn 3/4 aller Mitglieder an ihnen festhalten (Artikel 8). Außerdem ernennt das Ministerium Deligierte bei den Kammern, durch die sie deren gesamte Arbeit kontrollieren, Einsicht in alle Unterlagen nehmen und die Beratung ihr wichtig erscheinender Probleme veranlassen kann.

Die zentrale Kammer unterliegt ähnlichen strengen Bindungen. Ihr ist aufgegeben, der Regierung bei der Aufstellung einer nationalen Industrialisierungspolitik zu helfen und sie über die Auswirkung industrieller Gesetzgebung zu unterrichten (246). Da Gegensätze zur Regie-

rungspolitik nicht mehr auftreten können, haben die Kammern ihre Funktionen als Interessenvertretung weitgehend eingebüßt.

Zu dem Versuch, der ägyptischen Industrie neue dezentralisierte Standorte zu erschließen, sollen die sogenannten "Regionalen Räte für die Industrie" beitragen, die den Planungsbehörden durch ihre Kenntnis der lokalen Verhältnisse entsprechende Vorschläge zu unterbreiten haben. Auch diese Gremien nehmen nur Betriebe mit über 5 000 LE als Mitglieder auf, obwohl gerade in der Provinz die Förderung der Kleinindustrie von besonderer Bedeutung ist.

cc) Aufbau des industriellen Public Sector: Rolle und Funktionen der Economic Development Organisation (EDO)

Anfang 1957 wurde die EDO mit folgenden Zielen ins Leben gerufen (247):

1) Sie trägt zur Entwicklung der Volkswirtschaft durch kommerzielle, industrielle, landwirtschaftliche und finanzielle Tätigkeit bei.

2) (248) Sie kontrolliert und überwacht für die Regierung die staatlichen Produktionsbetriebe und öffentlichen Anteile von Gesellschaften.

3) Sie plant die Investitionspolitik der ihr anvertrauten öffentlichen Fonds.

4) Sie entwirft Pläne, um die Beteiligung öffentlichen wie privaten Kapitals an wirtschaftlicher Tätigkeit zu regeln.

5) Sie betreibt die Förderung von Rohstoffquellen des Landes, die durch das Privatkapital noch nicht genügend ausgenützt wurden, weil entweder das benötigte Kapital oder das Risiko zu hoch ist.

Die Strukturadäquatheit dieser Ziele versteht sich von selbst. Bedenklich scheint, daß damit einer einzigen öffentlichen Körperschaft die Ausführung der öffentlichen Investitionspolitik übertragen wird.

Nach Ansicht der Regierung können Wirtschaftspläne unter "verschiedenen Eigentums- und Kontrollformen" ausgeführt werden (249). Man schlage hier einen Mittelweg ein zwischen der sozialistischen Theorie, welche als Voraussetzung der Wirtschaftsplanung die Überführung der Produktionsmittel und Bodenschätze in öffentliches Eigentum ansieht und der "faschistischen" Theorie, welche sich mit der totalen Kontrolle begnügte. In Ägypten ist man vornehmlich an maximaler Kapitalbildung interessiert, die nur durch öffentliche und private Anstrengungen erreicht werden kann.

Die Kontrolltechnik der EDO beruht auf folgenden Überlegungen. Da in Gesellschaften eine kleine Anzahl von Aktionären durch Sperranteile eine partielle oder totale Kontrolle ausüben kann, andererseits die Masse der kleinen Aktionäre geschäftskundig ist, wird der EDO die Kontrolle über alle Gesellschaften übertragen, an der sie mehr als 25 % des Kapitals besitzt. Diese Technik sei am rationellsten und für den Privatsektor am annehmbarsten, weil die Kontrolle ohne Gewalt und Ungerech-

tigkeit erfolgen könne (250).

Damit wird eine bereits in der Periode des Rates eingeleitete Politik institutionalisiert, wenn auch im Rahmen einer anderen Ordnungslinie (251). Die EDO wurde ermächtigt, aus ihrem Fonds Aktien zu kaufen, zu zeichnen, Anleihen aufzunehmen. Sie kann selbst Gesellschaften aller Art gründen, ihr Kapital in diesen oder anderen Gesellschaften "erhöhen oder herabsetzen". Sie darf jedoch keine erworbenen gesetzlichen Rechte und Garantien verletzen. Sie kann Kreditabkommen mit der Regierung, Banken und sogar ausländischen Regierungen, Institutionen oder Organisationen abschließen, Wertpapiere herausgeben (252). Das Aktienrecht wurde umgestaltet, um drei Einflußstufen der EDO zu schaffen (253):

a) Besitzt die EDO weniger als 5 % der Aktien, ist sie in der Verwaltung nicht vertreten.

b) Hält sie zwischen 5 und 25 % der Anteile, ist sie im Verhältnis ihres Aktienbesitzes vertreten. Sie hat wenigstens einen Vertreter.

c) Hält sie 25 % und mehr der Aktien, ernennt die EDO den Vorsitzenden des Board of directors, den Verwaltungsdirektor und den Generaldirektor durch Präsidentendekret aus je drei Kandidaten, die von dem Board of directors und der EDO ausgewählt wurden.

Außerdem erhält sie das Vetorecht für Beschlüsse des Verwaltungsrates und der Hauptversammlung.

Die ordnungspolitische Behandlung der EDO-Betriebe

Wenn auch durch die EDO der Aufbau des public sectors de facto einen gewaltigen Aufschwung erfährt, wünscht der Gesetzgeber das Kapital der EDO (254) "als Privatkapital zu behandeln" (Artikel 12). Mit dieser Bezeichnung wird die Unterwerfung unter Lenkungsregeln, nicht die Eigentumsform gemeint. Es entstehen zwei Öffentliche Sektoren.

Soweit öffentliches Kapital nach wirtschaftlichen Gewinngrundsätzen arbeiten soll, werden die Körperschaften als private Gesellschaften geführt,

"from their inception managed and operated under the same conditions and legislation as privately-owned companies and according to the rules of market-economy" (255).

Der Grundsatz bezieht sich nicht nur auf die verwalteten Aktienanteile der EDO, sondern auch auf ihr Recht, selbst Aktiengesellschaften ohne andere Gründer zu errichten, die vollständig in ihrem Eigentum stehen (Artikel 6 Ges 20/57).

In diesem Zusammenhang sieht die Politik der EDO vor, die Aktien dieser Gesellschaften so bald als möglich börsenfähig zu machen, um mittleren Einkommensgruppen die Zeichnung zu ermöglichen und ein "Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Aktionären zu schaffen" (256). Zur Festigung und Förderung des Kapitalmarktes (der Börse z. B.) ist der EDO an einem guten Urteil der Börse gelegen, um pri-

vate Investoren anzuziehen und ihr Kapital für eine elastischere Investitionspolitik liquider zu machen.

Inzwischen wurde die Zuordnung dieser öffentlichen Kapitalien zum "Privatsektor" zwar nicht aufgegeben, jedoch wurden die unterscheidenden Merkmale anerkannt. Man spricht daher vom "geplanten Privatsektor" im Gegensatz zum reinen "Freien (ungeplanten) Privatsektor" (257).

Demgegenüber umfaßt der "Public sector" im engeren Sinne die reinen Verwaltungsbetriebe mit und ohne Gewinnabsicht (z. B. Post, Eisenbahn etc.).

Die Betriebe der EDO

Die EDO hat ihr Anfangskapital von 17 Mill. LE, das ihr durch Kauf aus den sequestrierten Auslandsbetrieben zufiel (258), bis Ende 1959 vervierfacht (auf 64, 9 Mill. LE). Obschon sie nur an 57 Gesellschaften beteiligt ist, spielt sie eine gewichtige Rolle in den Hauptzweigen der Wirtschaft.

Am stärksten ist der Einfluß in dem ägyptisierten Banken- und Versicherungswesen. Allein die fünf größten Handelsbanken, an denen sie beteiligt ist (259), repräsentieren 45 % aller Depositen und 48 % aller Anleihen. Weiter kontrolliert sie fast alle spezialisierten Kreditanstalten sowie die großen Versicherungsgesellschaften (68 % der gesamten Aktiva (260).

Die industriellen Investitionen konzentrieren sich auf Zweige, die bisher für das Privatkapital ohne Interesse waren, wie den Bergbau (261), Petroleumförderung, Chemische Industrie, ohne sich darauf zu beschränken (z. B. auch Beteiligungen in der Spinn- und Webindustrie, Zuckerfabriken etc.).

Auch im Innen- und Außenhandel baut die EDO ihre Positionen aus (Misr Foreign Trade Co, General Co for Internal Trade, Handelszentren im Ausland etc.).

Diese weitgespannten Aktivitäten haben intern zu Diskussionen über die Richtung und Grenzen der Ausdehnung der EDO geführt (262). Der von einer Gruppe vertretenen Ansicht, die EDO solle sich auf Zweige beschränken, in denen das Privatkapital nicht investiert, zögert oder nicht investieren kann, d. h. im Sinne einer Politik begrenzter Staatseingriffe solle eine Abgrenzung der Bereiche zwischen privatem und öffentlichem Kapital erreicht werden, wurde eine Politik vielseitiger Tätigkeit im Interesse allgemeinen Wachstums auf allen Gebieten vorgezogen, die wie folgt begründet wird:

1) In Ägypten gibt es wenig Pionierunternehmer. Die EDO muß diesen Typ solange ersetzen, bis eine Schicht von ihnen herangewachsen ist, d. h. sie kann sich nicht auf bestimmte Zweige festlegen.

2) Die Beschränkung ist unnötig, weil die Gesellschaften, an denen die EDO beteiligt ist, keinerlei Privilegien genießen und nach dem Prinzip der Konkurrenz auf der Grundlage von Produktionsqualität

und Kostensenkung arbeiten müssen.

3) Die Wirtschaftslage Ägyptens bedingt, daß in einigen Fällen das Monopol der Konkurrenz vorgezogen werden muß. So wird der Außenhandel im wesentlichen durch das Monopol geordnet, um eine bessere Austauschposition zu erhalten.

b) In Bezug auf die Finanzierung

Im Gefolge des in der Welt seit langem und in den Entwicklungsländern besonders nach dem zweiten Weltkrieg um sich greifenden währungspolitischen Nationalismus waren bereits vor der ägyptischen Revolution die meisten Fesseln gefallen, die den Geldwert durch internationale Mechanismen stabil hielten. Als unaufhaltsam erwies sich der Druck, die Währungsordnung und -politik verschiedenen Herren, vor allem aber den wirtschaftlichen Entwicklungszielen dienstbar zu machen. Daß die manipulierte autonome Währung damit gefährlichen Zugriffen preisgegeben werden würde, bedarf keiner besonderen Überlegung. Allein die Frage, wie der Staat seine Stellung als größter einzelner Borger, die immer größere Ausmaße annimmt, mit einer nichtinflatorischen Währungspolitik vereinbart, an der man in Ägypten festhalten will, zeigt das Dilemma.

Bis 1952 ging der Kampf um die Existenz und die Modalitäten einer autonomen Währungspolitik überhaupt. Die endgültige Umwandlung der Nationalbank in eine Zentralbank im Jahre 1951 war der letzte Schritt (263). Der Widerspruch, daß die Nationalbank als Zentralbank für ihre ausgedehnten normalen Bankgeschäfte gegenüber den anderen Handelsbanken ungerechte Privilegien besaß, wurde allmählich abgebaut (264). Der Kompromiß, die Verwaltung der Nationalbank vollständig in ägyptische Hände übergehen zu lassen und entscheidenden Regierungseinfluß zu dulden (265), bewahrte diese zu dem Zeitpunkt noch vor der Ägyptisierung oder gar Verstaatlichung.

Die dynamischen Aspekte der autonomen Währungspolitik waren noch streng gezügelt. Obwohl der Anteil der durch Gold zu deckenden Notenausgabe von der Regierung bestimmt wird, legte sie sich in der Ausgabe von Schatzanweisungen strenge Beschränkungen auf (266).

Die Anpassung des Währungs- und Kreditsystems an die Epoche der Wirtschaftspläne

Nach der zweiten Reform von Anfang 1957 (267) lag die Kredit- und Zahlungsmittelexpansion gänzlich in den Händen der Regierung. Zahllose andere währungs- und devisenpolitische Einzelmaßnahmen, die bald nur noch von Spezialisten überschaut werden können, müssen ebenfalls als unvermeidliche Folge des riesigen, durch staatliche Initiative entstandenen monetären Bedarfs angesehen werden. Die inflationären Effekte der Finanzierung durch Schatzanweisungen und staatliche "Securities" (meist sind Banken und Versicherung Zwangsabnehmer) werden zum Teil durch den galoppierenden Schwund der Devisenreserven und ausländischen Kredite wettgemacht:

Von Anfang 1956 - Anfang 1960 stiegen die Schatzanweisungen von 71 Mill. LE auf 165 Mill. LE, die Gov. Securities von 26,5 Mill. auf 131 Mill.. Im gleichen Zeitraum fielen die Devisenreserven von 211 Mill. auf 85 Mill. LE. Die Deckungsstruktur der Währung hat sich stark gewandelt (268).

Das Banken- und Kreditgesetz von 1957

Bereits 1955 waren die erwähnten Notendeckungsvorschriften geändert worden. Die Kategorien für allgemeine Notenausgabe und Baumwollfinanzierung (269) wurden verschmolzen und das Ausgabelimit auf 150 (bezw. 200) Mill. LE erhöht. Eine strenge Kontrolle des Kredit- und Zahlungsmittelvolumens wurde dringend notwendig.

Diese Aufgabe delegierte die Regierung im wesentlichen an die Zentralbank. Ihre weitgehenden Vollmachten führten aber zu einer noch strafferen Überwachung der Zentralbank durch die Regierung (270). Grundgedanke ist die Kreditregulierung "im Dienste der wirtschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung mit den allgemeinen Regierungsplänen" (271).

Die Zentralbank konnte, um ihrer Rolle als Regierungsbankier zu genügen, den gesamten allgemeinen und spezialisierten Kredit nicht nur mit den traditionellen bankpolitischen Maßnahmen regulieren (Diskontrate, Offenmarktpolitik, Reservehaltungen etc.), sondern ihn selektiv nach Arten, Volumen, Kosten direkt und genau festlegen (272).

Die geforderte strenge Kanalisierung der Kreditströme brachte eine Neuorganisierung (273) und umfassende staatliche Kontrolle für alle Banken.

Das neue Departement für die Bankenkontrolle kann praktisch den gesamten Geschäftsgang überwachen (formell mit Zustimmung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums), alle Auskünfte einholen, Bücher und Register einsehen. Es nimmt die Bewertung der Aktiva, aller Gläubiger- und Schuldnerraten vor. Für die Übereinstimmung mit dem Gesetz werden zusätzlich regelmäßig Gutachten von Rechnungsprüfern verlangt. Die Vorschriften beziehen sich auf Verbote von bestimmten Geschäften (z. B. Immobiliengeschäfte), erfassen Natur und Proportionen der liquiden Aktiva, der Investitionsarten, der Reserven, der Grenzen für Anleihen und Investitionstypen.

Zwei Stationen schließen den Kreis der staatlichen Eingriffe zur Finanzierungslenkung. Einmal die Kontrolle, die das Prinzip der Wirtschaftspläne überhaupt bietet, d. h. nur staatlich genehmigte Industrieprojekte haben Aussicht auf die Bewilligung von Produktivkrediten (bei Neu- wie Erweiterungsinvestitionen (274). Zum zweiten die umfassende Kontrolle und Lenkung des gesamten Außenverkehrs.

An dieser Stelle mag der Hinweis genügen, daß Ägypten inzwischen mit dem ganzen Arsenal interventionistischer devisen- und handelspolitischer Instrumente experimentiert und alle Waren- und Geldströme nach Art, Zusammensetzung und Volumen die Staatsgrenzen nur mit Genehmigung und nach staatlich festgelegten Bedingungen passieren.

Das unübersichtliche, den wirtschaftlichen Alltag schwer belastende Gestrüpp dieser Materie kann nur durch eine Spezialarbeit gelichtet werden.

c) In Bezug auf die Wirtschaftsplanung:

Die Organe der ägyptischen Wirtschaftsplanung

Bürokratische Tugenden wie Pünktlichkeit, Genauigkeit, Verantwortungsbewußtsein und Fähigkeit zur selbständigen Entscheidung wohnen sicher noch typisch mit ihren Gegenteilen zusammen. Auch Korruption und Bestechlichkeit, denen die neue Regierung entschlossen den Kampf angesagt hat, spielen noch immer eine Rolle. Wenn auch nach strengen Maßstäben sich leicht das Bild einer überdimensionierten, lebensfremden Verwaltung und insbesondere Planungsbürokratie zeichnen ließ, so begünstigten in Ägypten nach einer längeren Periode der Experimente folgende Faktoren einen erstaunlichen Erfolg der praktischen Wirtschaftsplanung:

1) Ägypten hatte bereits seit langem eine funktionierende straffe Zentralregierung. Der Beruf des Staatsbeamten stand, durch besondere Umstände begünstigt, in hohem Ansehen, so daß sich ihm ein großer Teil der Elite des Landes zuwandte. Infolge der geographischen Nähe Europas konnten viele gebildete Ägypter dort Ausbildung und Erfahrung erhalten.

2) Die Furcht vor erneuter Staatsverschuldung gegenüber dem Ausland hatte bereits frühzeitig zu einer straff kontrollierten Ausgaben- und Einnahmenwirtschaft des Staates geführt. Daher waren die Voraussetzungen für die sprunghafte Erhöhung der Staatsausgaben, für ihre sachlich und finanziell ordentliche Durchführung sehr günstig. Die Verwaltungs- und Finanzgesetzgebung und -bürokratie hat einen beachtlichen Standard erreicht.

3) Die geographische Geschlossenheit und einfache Gliederung des Raumes (Nilgebiet), der Bevölkerung, Sprache und Kultur erleichtert die Tätigkeit des Staates (etwa im Gegensatz zu Indien, Indonesien).

4) Dem Militärregime liegen globale organisatorische Aufgaben. Die Prozeduren der Planaufstellung, - Bewilligung und die Formen der Ausführung werden wenig durch Gruppeninteressen, parlamentarische Rechte und Hindernisse beeinträchtigt (275).

5) Die ordnungspolitische Absicht, die Industrialisierung hauptsächlich in privatwirtschaftlichen Formen auch für einen großen Teil des öffentlichen Sektors durchzuführen, begünstigt die Entstehung von starken Gegengewichten zur Planungs- und Ministerialbürokratie, die sich gegen Übergriffe der Planungsorgane zur Wehr zu setzen wissen.

Die Fehler und Mängel der Planung erscheinen in der gegebenen Lage fast unvermeidlich, typisch und sollten daher nicht überbewertet werden.

Etwa bis Mitte 1960 herrschte noch die typische Diskrepanz zwischen "Theorie und Praxis", zwischen einer Fülle von Organen und Institu-

tionen, die von Zeit zu Zeit ihre Bezeichnungen (nicht aber ihre Mitarbeiter) änderten, und ihrer Koordinierung. Der "Comprehensive Plan" trat erst 3 1/2 Jahre nach Annahme des Prinzips der "vollständigen Planung" (276) in Kraft, obwohl die Wirtschaft bereits lange vorher zentralistischen Interventionen unterworfen war.

Mit der Auflösung des "Rates für die Entwicklung der nationalen Produktion" im Januar 1957 schossen in kurzer Zeit Exekutiv- und Planungsorgane wie die Pilze aus dem Boden der Bürokratie, die in der Aufstellung und Durchführung von unkoordinierten Einzelplänen um die Gunst der höchsten Führung wetteiferten. Daraus entwickelten sich eine recht hemmende Antipathie und egoistischer Ämterpartikularismus zwischen den Institutionen, die ihrer Ansicht nach die "praktische" Arbeit leisteten (Ministerien, Fünfjahrplanorganisation, EDO) und den neuartigen, sich ihrer Bedeutung und Funktionen noch unsicheren eigentlichen Planungsorganen, die jahrelang vergeblich um ihre Anerkennung, um die Durchsetzung ihrer Kompetenzen und Ansprüche zu kämpfen hatten. Auch heute haben sie in mancher Hinsicht nur auf dem Papier gesiegt, z. B. hat das Planungsamt selten die Gewähr, ob schließlich von einzelnen Ämtern vorgelegte Pläne nach ihren Vorschriften ausgearbeitet wurden, durchführbar sind oder ob sie nur zur formalen Erfüllung eines Aufgabensolls vorgelegt wurden.

In dieser Situation erlangte das Industrieministerium unter Azis Sidky eine psychologisch wichtige Führung und die Gunst Nassers für seinen Fünfjahrplan für die Industrie, der bereits Anfang 1957 etwas überstürzt in Kraft treten konnte (277). Trotz zahlreicher Mängel und fragwürdiger methodologischer und finanzieller Annahmen erhielt der Plan aus politischen Gründen und mangels brauchbarer Alternativen die höchste Sanktion. Was immer man auch seinen Autoren vorwerfen mag, das Industrieministerium konnte als erstes Amt wertvollste praktische Erfahrungen sammeln und war nach der "trial and error"-Methode vor allen anderen qualifiziert, praktische Industrieplanung zu betreiben.

Ende 1958 wurde A. Bogdadi, eine Persönlichkeit aus der Führungsspitze Nassers, von diesem mit der Koordinierung der Planungsanstrengungen betraut. Er sah bald, wie schwierig es war, "to deal with the petrified forest of Egypts administration" (278) und erst allmählich, insbesondere durch die scharfe Einnahmen- und Ausgabenkontrolle, die der "Comprehensive Plan" bringt, ließ sich aus den im folgenden beschrieben Planungsorganen ein arbeitsfähiger Apparat schaffen (279):

I. The Supreme National Planning Council

Wie schon der Name sagt, handelt es sich um das oberste Organ, das unter dem Vorsitz von Präsident Nasser die Grundlinien der Planungspolitik, die wirtschaftlichen und sozialen Hauptziele festlegt und den organisatorischen Apparat für ihre Durchführung und Überwachung bestimmt. In ihm sind neben den fünf stellvertretenden Präsidenten und dem Planungsminister die meisten Fachminister, der Direktor der Nationalbank und fachliche Berater vertreten.

II. The National Planning Committee

Dieses Komitee ist die ständige Leitungsspitze für die Ausarbeitung der Pläne im einzelnen, ihre Durchführung und Kontrolle. Als Exekutivapparat steht ihm das Planungsministerium zur Seite, das ihm untergeordnet ist. Das Komitee koordiniert die Einzelpläne und behandelt die globalen finanziellen und wirtschaftlichen Probleme des Gesamtplanes. Ständige Mitglieder des Planungskomitees sind die Leiter der meisten mit dem "Comprehensive Plan" befaßten Ministerialabteilungen von Fachministerien, von öffentlichen Wirtschaftsorganisationen (z. B. der Economic Development Organisation) von Banken sowie Vertreter aus Wissenschaft und Technik.

III. Das Planungsministerium

Aus dem ehemaligen Planungsamt ist in mehreren Jahren ein weitgegliederter Apparat entstanden, der sich mit allen Aspekten der Planung befaßt. U. a. entstand eine nationalökonomische Führungsstelle, die allmählich eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeitsorganisation aufgebaut hat, welche sich auch mit Forschungsaufgaben beschäftigt. Z. B. gibt es eine Abteilung für die Statistik des Volkseinkommens und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, eine allgemeine Wirtschaftsabteilung (280), eine Forschungsabteilung und spezielle Branchenabteilungen. Das Planungsamt ist heute die wichtigste Stelle für die Heranbildung einer jungen Schicht moderner Nationalökonomen.

Für das heikle Problem der Planüberwachung und -durchführung existieren folgende organisatorische Regelungen:

Das Planungsministerium errichtete hierfür 1959 ein spezielles Amt. Praktisch hat es mit einer Reihe ihm untergeordneter Organe zusammenzuarbeiten - dem Ministeriellen Planungskomitee, den Planungsbüros in den Ministerien und Public Establishments, den sogenannten "Joint Planning Committees" (281), die für die Hauptzweige des Planes existieren -, die alle einen mehr oder weniger starken Selbständigkeitsdrang entwickelten. Hinzu kam die Überwachung der ausführenden Institutionen selbst (wie Five-Year-Plan-Organisation, Ministerien, Economic Development Organisation, Öffentliche Körperschaften, Privatsektor etc.).

Als administrative, gesetzlich festgelegte Formen der Überwachung dienten:

1) Die Registrierung der Projekte

In Abständen von 6 Monaten müssen die zuständigen Ämter über den Stand der ihnen zugeteilten Projekte berichten. Hier ist allerdings die Versuchung stark, die erreichten Erfolge zu günstig darzustellen und Fehlschläge zu vertuschen.

2) Die Kontrolle über die getätigten Ausgaben im Rahmen des allgemeinen Staatshaushaltes scheint unserer Ansicht nach die wirkungsvollste Form, da die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung erheblich ist. Diese Kontrolle findet statt:

a) Vom finanziellen Aspekt im engeren Sinne. Berichte über die Kosten der einzelnen Projekte, die laufenden Ausgaben im Haushaltsjahr, die Ausgabenentwicklung und -verteilung für die nächste Periode werden verlangt.

b) Vom Aspekt der fortschreitenden Bautätigkeit. Die finanziellen Zuteilungen für jedes Projekt werden im Lichte der verschiedenen Stadien der Bautätigkeit bis zur Fertigstellung festgelegt.

Schließlich kann den Staatsausgaben im Haushalt in funktioneller Hinsicht gefolgt werden: z. B. nach gezahlten Löhnen und Gehältern, Ausgaben für Wartung und Reparaturen, für Käufe von Kapitalgütern etc..

3) Für den Fortschritt im Privatsektor wurden ebenfalls besondere Berichtspflichten festgelegt.

3) Der Ablauf der Industrialisierung bis 1960 unter dem Einfluß des ersten Fünfjahrplanes für die Industrie

Die Periode von 1956 - 1960 sollte den empirischen Beweis für die Überlegenheit einer mehr gelenkten über eine freie Wirtschaft hinsichtlich einer höheren industriellen Wachstumsrate in objektiv feststellbaren Zahlen und Ergebnissen liefern. Der erste Fünfjahrplan für die Industrie (1957 - 1961) als krönender Schlußstein des neuen interventionistischen Rahmens bietet die Möglichkeit, diese Ansprüche in Theorie und Praxis zu überprüfen. Hier wollen wir nur seinen praktischen Auswirkungen nachgehen (282). Die Frage, ob sich hinter dem Schleier an Worten, Ziffern und Plänen eine tatsächliche Förderung der Industrialisierung zeigt, ist um so wichtiger, als der Absicht, dem Fortschritt an Hand des verfügbaren Quellenmaterials nachzugehen, erhebliche Hindernisse entgegenstehen. Die Daten, Angaben über Industrieproduktion, Investitionsgrößen etc., sofern man sie durch Rückvergleiche testet, widersprechen sich in den Statistiken der maßgebenden Institutionen (Industrieministerium, Planungsamt, Federation of Industries etc.) so häufig, daß es nutzlos erscheint, dem Zahlenbild großes Gewicht beizumessen.

Das Geleistete soll nicht geschmälert werden. Niemand, der Ägypten in diesen Jahren auf industriellem Gebiet erlebt hat, wird grundsätzlich einen lebhaften, ausgebreiteten industriellen Aufschwung bestreiten wollen. Sicher war der Plan in dieser Hinsicht nur ein erster, tastender, mit Fehlern behafteter, jedoch grundsätzlich tauglicher Versuch, die Industrialisierung zu beschleunigen.

Die Hindernisse und Realitäten des ägyptischen Alltages reduzierten den Eifer auf das Mögliche. Sie wirkten in gewisser Beziehung sogar inflationshemmend, insofern sie die volle Inangriffnahme aller Planprojekte, die ohne beträchtliches "deficit spending" nicht möglich gewesen wäre, verhinderten.

Der Plan begann unter ungünstigen Umständen. Das Jahr 1957 stand unter dem Zeichen der Suezkrise. Der politische Wandel, das Vordringen östlicher Staaten in Ägypten bescherte weitere Zurückhaltung ausländischen Kapitals. Infolge Devisenknappheit (eingefrorene Gutha-

ben in London), ungeklärter Finanzierungsfragen, kam die Inangriffnahme der neuen größeren Projekte nur schleppend in Gang. Nach Angaben der Federation of Industries fielen die industriellen Privatinvestitionen von 25,6 Mill. 1956 auf 12,4 Mill. LE 1957 (283), obwohl sie im Vergleich zu den Planziffern (der Plan sah fast 80 % Investitionen im Privatsektor vor!) hätten bedeutend höher liegen müssen. Über den Fortschritt in den einzelnen Industrien der Jahre 1957 - 1960 gibt noch das Economic Bulletin der National Bank die relativ zuverlässigste Auskunft (284). Wir wollen auf einen solchen Exkurs verzichten.

1958 konnte die "ökonomische Blockade" endgültig gebrochen werden. Die UdSSR, Westdeutschland und Japan sprangen mit erheblichen Krediten ein. Die Import- und Exportstruktur spiegelt die neue Epoche des wirtschaftspolitischen Neutralismus wider. Rußland setzte sich an die Spitze der ägyptischen Lieferanten und Käufer, auf der Importseite gefolgt von Westdeutschland und Italien, ein Zeichen, daß noch immer westeuropäische Kapitalgüter begehrt sind (285).

In dem folgenden Wettrennen von Ost und West gelang es, eine Anzahl schwieriger Projekte durch technische Hilfsabkommen, Aufträge an Firman etc. in Gang zu bringen (Stahlwerk Heluan, im Bergbau etc.).

Wenn die Frage beantwortet werden soll, welches Bild die ägyptische Industrie heute bietet, so müssen die Erfolge mit bescheidener Hoffnung erfüllen, ohne Vergleiche mit Industrieländern auszuhalten, die, wollte man sie im gegenwärtigen Stadium als Kriterium anlegen, sicher zu pessimistischen Schlußfolgerungen verleiten (286). Das Land ist heute in der Lage, einen beachtlichen Teil seines bisherigen Bedarfes an Rohstoffen, Zwischenprodukten und Konsumgütern im Lande mit industriellen Fertigungsmethoden herzustellen. Anschaulicher als alle Versuche, dem Fortschritt statistisch zu folgen, belegen ihn die auf Grund eigener Marktstudien in den letzten Jahren festgestellten neuen Produkte wie Autoreifen aller Art, die bereits exportiert werden, Akubatterien, Transformatoren, Drähte und Kabel, Backherde, Zeichengeräte u.v.m., die z. T. einen beachtlichen Standard erreicht haben.

Teilerfolge der neuen Industrialisierungswelle liegen im Ausbau der in Ägypten schon heimischen Zweige. Die optimistischen Erwartungen sind nur teilweise bestätigt worden und erhebliche Rückstände in der Planerfüllung und bedeutend höhere als angesetzte Kosten haben die Ungleichgewichte aus dem Ressourcenproblem verschärft. Bei Keith Wheelock (287), der mit Genehmigung und Unterstützung Nassers einen Blick "hinter die Kulissen" tun konnte, wird das typische Problem der unaufhaltsamen progressiven Kostensteigerung an Beispielen ausführlich behandelt.

Der tiefgreifende soziale und wirtschaftliche Wandel, den Ägypten heute erlebt, gerät ständig in die Gefahr einer Fehlbeurteilung, wenn man ihn auf dem Hintergrund der noch immer 80 % der Bevölkerung zählenden armen Masse sieht. Angesichts dieses Erbes, dessen Bewältigung die Energie von Generationen verlangt, ist die beschriebene Kluft zweier

nach verschiedenen Regeln lebenden Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche noch immer in aller Schärfe vorhanden.

Bestenfalls kann sich das Verhältnis beider Gruppen ändern. Eine sich schnell mehrende Mittelschicht von Technikern, Ingenieuren, Meistern und Facharbeitern, Lehrern, Managern und Geschäftsleuten bildet allmählich ein solideres Fundament für die Gesellschaft.

Diese Mittelschicht gibt im wirtschaftlichen und sozialen Leben Ägyptens den Ton an.

In der Industrie entsteht eine neue Führungsschicht. Leider stützt sie sich nicht auf eine zuverlässige und breite Basis mittlerer und unterer technischer und administrativer Ränge, deren geringer Enthusiasmus, Erfahrung und Zahl die verwundbare Stelle der ägyptischen Industrie ist. Die kritischen, die industrielle Struktur revolutionierenden Industriegruppen werden noch immer im wesentlichen mit ausländischer Hilfe und Erfahrung betrieben. Manche Versuche, die eigene Regie zu vervollständigen, wie beim Stahlwerk Heluan, sind bisher im wesentlichen gescheitert. Die soliden Dauererfolge wurden in den Industrien erzielt, deren Betrieb nicht zu hohe Anforderungen stellt. In ausgezeichnetem wirtschaftlichen und technischen Zustand befinden sich heute große Teile der Textil-, der Nahrungsmittel-, der chemischen und pharmazeutischen Industrie, der Baustoffzweige.

Besonders die private Bauindustrie hat ihre sehr vielseitige Leistungs- und Expansionsfähigkeit bewiesen. So vergibt selbst die Regierung fast alle wichtigen Bauarbeiten für Verkehr, Industrie und andere Infrastrukturprojekte an private Baufirmen. Wenn man bedenkt, daß die Hälfte aller Investitionstätigkeit aus Bauarbeiten besteht, ist die organisatorische Leistung dieser noch immer sehr arbeitsintensiven Industrie, ein Heer von einfachen Arbeitern ständig zu erstaunlich produktiver Arbeit anzuhalten, von nicht zu unterschätzendem Gewinn für die gesamte Industrie überhaupt. Für den ägyptischen Fellachen und die arme Bevölkerung ist noch immer die Bauarbeit das wichtigste Eingangstor auf dem Wege des Berufswandels.

V. Die Fünfjahrpläne als Mittel der Industrialisierungspolitik und die Epoche des "Comprehensive Plan"

Der zuletzt beschriebene Umbau der Wirtschaftsordnung bereitete eine geplante Industrialisierung vor. Als jüngstes Ergebnis liegt der Erste Fünfjahrplan für die Industrie (1957 - 1961) in Theorie und Praxis vor, der dann Mitte 1960 mit dem sogenannten "Allgemeinen Wirtschaftlichen und Sozialen Wachstumsplan" verschmolzen wurde. Natur, Umfang und Fortschritt der Planung soll vergleichend erfaßt werden.

Der generelle Charakter der Planung zeigt keine wesentlichen Unterschiede. In beiden Planungsstufen übernimmt der Staat wichtige unternehmerische Funktionen im weitesten Sinne. Im ersten Plan, der sich auf die Industrie beschränkt, orientiert er sich an Industriegründungen, für welche sich das Privatkapital bisher nicht oder nur wenig interessierte oder welche es nicht allein finanzieren oder führen konnte. Die

öffentliche Hand studiert, überprüft und arbeitet Projekte aus, die sie entweder selbst ausführt (öffentlicher Sektor) oder Privaten überläßt und für deren Finanzierung sie global Sorge trägt (Devisen). Die Höhe der Investitionen und ihre Verteilung machen, indem sie die gesamte industrielle Expansion verkörpern, die gesetzlichen Regelungen von Investitionsakten, Finanzierungsfragen etc. notwendig.

Diese Art der "Entwicklungsplanung" hat mit Planwirtschaft im Sinne eines auf zentraler Lenkung beruhenden Wirtschaftssystems nichts zu tun. Sie betrifft nicht die Lenkung aller Wirtschaftsprozesse, des Kreislaufgeschehens, sondern bezweckt die Schaffung zusätzlicher "Initiative". Die bestehende Industrie wird nicht reglementiert. An Betrieben, die ihre Produktion begonnen haben, verliert der Planer sein Interesse, sie verlassen den Bereich der Planung.

Bei den Fünfjahrplänen bieten die realen und monetären Daten aus dem Wirtschaftsgeschehen (Preise, Arbeitskräfte etc.) die Grundlage für eine einzelwirtschaftliche, am Markt orientierte Projektplanung, auch wenn die Daten des freien Marktes längst nicht mehr das wichtigste Kriterium sind.

Die grundsätzliche Übereinstimmung des ordnungspolitischen Rahmens zeigt sich in den wichtigsten Merkmalen des Mitte 1960 in Kraft getretenen, langjährig vorbereiteten sogenannten "Comprehensive Plans":

a) Er bedeutet nicht mehr als die Zusammenfassung aller sektoralen Entwicklungsvorhaben in einem Gesamtplan. Das Kennzeichen "comprehensive" bezieht sich dabei vor allem auf die Erweiterung der wirtschaftlichen Kapazität des Landes durch den vertieften Ausbau der sogenannten Infrastruktur im weitesten Sinne (Erziehung, Bewässerung, Verkehr, soziale Dienste etc.), ohne welche der Sprung ins Industriezeitalter nicht stattfinden kann. Nichts zu tun hat aber die Benennung als "comprehensive" mit dem Umfang des staatlichen Eingreifens in alle Phasen des Wirtschaftsablaufes.

b) Ihn charakterisiert eine beträchtliche Aufstockung der Investitionsrate.

c) Die Einbeziehung nicht unmittelbar produktiver Vorhaben und die erhöhte Investitionsrate bedeuten zwangsläufig einen wesentlich gesteigerten Anteil des Staates an den Gesamtausgaben.

Damit bleibt auch der "Comprehensive Plan" ein Durchlaufplan und erfordert von sich aus keine Änderung des Lenkungssystems.

1) Die globalen Ziele der Pläne

a) Das Ziel des ersten Fünfjahrplanes für die Industrie

Der Plan soll die Erreichung des langfristigen Zieles einleiten, das Volkseinkommen in 20 Jahren (Basis = 1956) fast zu verdreifachen (von 900 Mill. LE auf 2.470 Mill. LE 1976 (288)), um im gleichen Zeitraum das Einkommen pro Kopf der Bevölkerung zu verdoppeln. Der Industrieplan trägt die Hauptlast des Wachstumszieles, da er fast ausschließlich Investitionen mit Kapazitätseffekt, die zur Ertragserzielung

bestimmt sind, enthält. Der Anteil der Industrie am Sozialprodukt, 1956 gleich 11 % und 100 Mill. LE Wertschöpfung, soll 1961 auf 19 % gleich 184 Mill. LE angewachsen sein, wenn das Volkseinkommen von 900 Mill. LE 1956 auf 1.000 Mill. LE 1961 gestiegen ist. Nach dieser Berechnung ist die erste Fünfjahresetappe noch weit von einer Beschleunigung des Wachstums entfernt. Eine jährliche Steigerung von nur 2,2 % des Volkseinkommens, zu 4/5 auf die Industrie fallend, scheint eine Untertreibung und würde eine Ausschaltung anderer Wachstumskräfte zeigen, was in dieser Periode jedoch keinesfalls stattfand. Der Fehler lag, wie der Verfasser durch Rückfragen erfuhr, darin, daß man ein Wachstum der Restwirtschaft von wie bisher 2 % p.a. erwartete, also von insgesamt über 4 % jährlich, es jedoch nicht in die Plankalkulation eingesetzt hatte.

b) Die Ziele des "Comprehensive Plan"

Mit dem neuen Plan fiel man hinsichtlich der Zielsetzung in das andere Extrem. Die politische Führung forderte, der Plan müsse das Volkseinkommen jährlich um 10 % (!) erhöhen. Obwohl das gegenüber früheren Entwürfen eine Verdoppelung darstellte, fügte sich die Planungsbürokratie widerspruchlos. Um die Realisierbarkeit des Planes glaubhaft zu machen, vollführte sie einige statistische Manöver, durch welche, wie noch zu zeigen sein wird, der Plan trotz methodischer Fortschritte im einzelnen bei den Fachleuten an Vertrauenswürdigkeit eingebüßt hat.

Das zugrunde gelegte Volkseinkommen.

Mit der Aufgabe, den "Comprehensive Plan" auszuarbeiten, war dem Planungsministerium auch die Ausarbeitung der wichtigen volkswirtschaftlichen Statistiken zugefallen. Ihre Ergebnisse wurden zur einzigen autoritativen Quelle. So ging das Planungsministerium von einem Basisvolkseinkommen von 1.300 Mill. LE für 1959/60 aus, das um 300 Mill. LE höher liegt als die bisherigen Schätzungen bestenfalls erwarten ließen (289). Hinweise und Diskussionen über diesen Bruch werden strikt vermieden. So hieß es, "das Volkseinkommen sei von 780 Mill. LE 1952 auf über 1.300 Mill. LE gestiegen" (290). Man hätte sich also eine stärker gelenkte Wirtschaft offenbar ersparen können!

Die langfristige Projektion der Planziele.

Ein Vergleich mit einem früheren Entwurf, der zufällig vor der befohlenen "Umwertung" der Daten veröffentlicht wurde (291), zeigt, daß die Verdoppelung der Wachstumsrate mit einer erheblich gesenkten ICOR (Incremental Capital Output Ratio), d. h. mit einer erhöhten Kapitalproduktivität ausführbar gemacht werden soll. Der hohe Kapitaleinsatz im Verhältnis zum Outputeffekt wurde im ursprünglichen Entwurf mit erheblichen Basisinvestitionen begründet. Erst nach Beendigung des Hochstaudammes in der zweiten Fünfjahresperiode wird ein sinkender Verlauf der ICOR angenommen, die in der 3. und 4. Periode wieder ansteigt (6,2), weil die Basisinvestitionen weiterhin überwiegen (292). Für die Industrie gibt der erste Entwurf eine ICOR von 4 an (schwerindustrielle Projekte), der genehmigte Entwurf in Höhe von

2,2. Die Investitionsstruktur des endgültigen Entwurfes wurde jedoch nicht geändert. Hinsichtlich der Infrastruktur waren ebenfalls keine Einsparungen möglich, da ihre Tragfähigkeit für eine weitere Industrialisierung abseits der bisherigen Ballungszentren begrenzt ist und sich ein beträchtlicher Bedarf "indivisibler" Einheiten (Verkehrsanlagen etc.) angebahnt hatte.

Dieser sprunghafte, in langen Wellen auftretende Bedarf an Infrastruktur erklärt zum Teil die erhebliche Spanne, in welcher sich Schätzungen der ICOR für Wirtschaftspläne in Entwicklungsländern bewegen (293). Die ägyptische Wirtschaft steht am Beginn einer längeren "Durststrecke", die sie überwinden muß, bevor ein schnellerer Anstieg des Volkseinkommens möglich wird.

Die in Tabelle 8 wiedergegebene Zusammensetzung des Gesamtplanes spiegelt in drastischer Weise die unvermeidliche Vorherrschaft von Infra- und Infraerhaltungsinvestitionen mit langen Reifezeiten wider. In der Landwirtschaft übertreffen die Ausgaben für die Bewahrung der Ertragskraft des Bodens die Erweiterungsinvestitionen (z. B. Hochstaudamm) um ein Vielfaches. Die langjährige intensive Nutzung des knappen Landes, früher ohne zureichende Düngung, fordert ihren Tribut. Eine Untersuchung von Stucken weist mit Recht auf bedrohliche Ermüdungserscheinungen des Bodens (Versalzung, Versandung), hervorgerufen auch durch die Unmöglichkeit, auf den Zwerghöfen Großvieh in größerer Zahl zu halten, die nur durch sorgfältige Bewässerungsmaßnahmen gebremst werden können (294). Über 90 % der Investitionen in der Landwirtschaft fallen daher zwangsläufig zu Lasten des Staates.

Wer ägyptische Überlandstraßen befahren hat oder sich auf der längsten Eisenbahnstrecke nach Assuan auf den abgenutzten Schienen hat hin- und herschütteln lassen, wird nicht nur im Interesse längerer Lebensdauer aller Verkehrsmittel die durchgreifende Erneuerung und Erweiterung des Verkehrsnetzes, wie sie etappenweise vorgesehen ist, für dringend erforderlich halten.

Für den tertiären Sektor sind im Comprehensive Plan keine Investitionen vorgesehen. Der Plan beruht also wie der sektorale Plan für die Industrie (erster Plan) auf der Hypothese seines induzierten Wachstums, einer öffentlich geförderten Expansion des sekundären Sektors, bevor der tertiäre, bisher überdimensionierte Sektor sich wieder schneller ausdehnen kann. Insofern konzentrieren sich die unmittelbar ertragbringenden Investitionen beider Planperioden im wesentlichen auf den Industriesektor.

2) Die Grundentscheidung über die industrielle Investitionsstruktur

Den ersten, wie auch den zweiten Industrieplan innerhalb des "Comprehensive Plan" kennzeichnet die fast ausschließliche Orientierung am ägyptischen Markt, die auf eine mit Recht pessimistische Einschätzung der Exportchancen vor allem für Fertigprodukte zurückzuführen ist. Da aber die Ausdehnungsrate des industriellen Binnenkonsums begrenzt ist, solange die Nachfrage aus niedrigen Einkommen sich hauptsächlich auf landwirtschaftliche Güter richtet, mußte man die Binnenexpansion

einmal von der Konsumgüterproduktion für gegebene Nachfrage, die bisher durch Importe befriedigt wurde (295), und zweitens von den rückwärtigen Produktionsstufen, d. h. von der Rohstoffgewinnung und -veredlung und einfachen Zwischenprodukten her in Gang bringen.

So nützlich und zwingend sich diese Strategie des geringsten Widerstandes - von den Initiatoren des ersten Planes explizit als "die Erreichung der Selbstgenügsamkeit durch Ersatz der Importprodukte" (296) bezeichnet - aus der Wirtschaftsstruktur Ägyptens ergeben mag, so sehr verführte sie, die Grenze des strukturell Zweckmäßigen in anderer Weise, unter dem Bann nationalistisch-autarkistischer Ideen zu überschreiten. Die Gefahr dieser Ideenehe liegt darin, daß die mit ihr verbundene Investitionsstrategie in der Grundrichtung wohl die aktuelle Realität vieler Entwicklungsländer widerspiegelt, diese jedoch nicht als eine Beschränkung auf das von den vorhandenen Produktivkräften zu Bewältigende gedeutet wird. Vielmehr hat diese Ideenverbindung die fatale Eigenschaft, die letzten Hindernisse und Prüfsteine gleichsam wohl begründet und theoretisch fundiert aus dem Wege zu räumen, die den Ehrgeiz in angemessene Kanäle lenken könnten. So aber wird aus der strukturellen Situation die geradezu entgegengesetzte, ihre Bedingungen entstellende Folgerung gezogen. Man meint, ein umfangreicher industriewirtschaftlicher Aufbau könne in dem heimischen Treibhausklima, vor jeder Konkurrenz geschützt, auch in seinen schwierigsten Projekten nunmehr sofort in Angriff genommen werden.

Die Investitionsverteilung in beiden Plänen bestätigt eine solche immanente Tendenz. Die Entscheidung fiel schon im ersten Plan zugunsten einer sehr kapitalintensiven Kapazitätserweiterung der Wirtschaft, die schnelleres Wachstum vorbereitet, nicht zugunsten höchstmöglicher Beschäftigungszunahme. Allerdings dürfte das Motiv eben nicht in der Befürchtung gelegen haben, daß eine größere Überführung der Überschußbevölkerung in die Industrie zunächst nur eine riesige Nachfrage nach Nahrungsmitteln, aber nur eine sehr geringe nach Fertigprodukten erzeugen würde. Die Periode raschester Steigerung der Nahrungsmittelnachfrage muß in jedem Fall durchschritten werden, je eher, desto besser, weil sie eine Vernachlässigung der Agrarproduktion verhindert.

Die Häufung anspruchsvoller Paradeprojekte, von denen beide Pläne beherrscht werden, und ihre technologischen Anforderungen (297) haben längst die erwarteten Mißstände erzeugt, die nur durch einen strengen Schleier der Geheimhaltung schwer zugänglich werden.

Besonders die Ambition, die sich z. B. im zweiten Plan auf kapitalintensivste Zweige der Eisen- und Stahlindustrie, der chemischen Industrie, der Petroleumindustrie gründen, hinterlassen solche zweispältigen Eindrücke. Die mühsam aufgezogenen Lieblingskinder wie die Auto- und Lastwagenfabrikation, die in der Stille vorbereitete Produktion von Kriegsflugzeugen (Messerschmidtgruppe) - für letztere müssen natürlich alle Materialien importiert werden -, die Herstellung von Dieselmotoren, Zugmaschinen etc. werden unter ägyptischer Re-

gie in absehbarer Zeit kaum selbständig werden. Angesichts der komplizierten Ersatzteil- und Unterhaltsprobleme, die volle Kapazitätsausnutzung ständig behindern (298), sind die Ergebnisse im Vergleich zu Erzeugnissen, bei denen man kontinuierlich technische und wirtschaftliche Erfahrungen sammeln kann, bescheiden.

Für den zweiten Industrieplan wurde eine Senkung der ICOR von 4 (ursprünglicher Entwurf) auf 2,2 vorgenommen, so daß der Industriesektor 52 % des Produktionszuwachses des "Comprehensive Plans" hervorbringt. Die geschilderte Entwicklung der Investitionsverteilung läßt die optimistische Annahme eines günstigeren Kapitalkoeffizienten keinesfalls gerechtfertigt erscheinen. Die Methode, der Ausdehnung der Nichtkonsumgüter den Vorrang zu geben, verliert ihre Anziehungskraft, weil sie die Planer allmählich in das Spiel verstrickt, die Prioritäten mehr vom grünen Tisch als von der technischen Absorptionsfähigkeit zu bestimmen. Beide Pläne verraten eine extreme Vorliebe für Projekte mit langer Entwicklungszeit, und im zweiten Plan zeigt es sich deutlich, wie dann ein längerer Produktionsumweg dieser Art zum nächsten verführt (z. B. in der metallverarbeitenden "Industrie"). Die Investitionsstruktur hat es schwer, die Gunst des sparenden Publikums zu gewinnen.

Wesentlich erscheint die Frage, wie ähnliche Projekte finanziert, technisch bewältigt und wirklich leistungsfähig und rentabel werden. Hier lieferte die Erfahrung in Ägypten nun einmal schlechte Ergebnisse. Nur der Staat wird sich - wieder - über die Risiken, Gefahren hinwegsetzen und - täuschen können. Was nützt es, wenn er solche Paradewerke als Aktiengesellschaften aufzieht, solange private Investoren und Kapitalgeber nicht an Hand unverschleierter Erfolgsbilanzen überzeugt werden. In diesem Zustand birgt das Investitionsmuster dann tatsächlich die Gefahren kumulativer Staatseingriffe, nicht nur deshalb, weil die Privaten abgeschreckt und ohne Chance zur Mitwirkung sind.

3) Vergleich der Planungsmethodologie

Die Bedenklichkeit dieser Investitionsstruktur zeigt sich noch von der Aufgabe her, die Pläne in eine funktionierende Gesamtwirtschaft zu integrieren, die man sich, wie die allgemeine Natur der Planung bestätigte, als grundsätzlich noch von marktwirtschaftlichen Regeln beherrscht vorzustellen hat.

Hier zeigt sich der erste Industrieplan recht sorglos. Vielleicht mit Recht, denn er war stärker als der folgende Plan mehr an der Ingangsetzung zahlreicher Projekte als an Einsichten über die weitere strukturelle Entfaltung der Industrie interessiert und überließ die Integration stärker den Kräften des Marktes, als es dem Rahmen einer bereits vielfach eingeschränkten Wirtschaftsfreiheit entsprach. So begnügte sich das Industrieministerium im Hinblick auf das Kreislaufgeschehen auf einfache aggregative Projektionen (globale Wirkung des Planes auf Volkseinkommen, Beschäftigung, Devisenlage), ohne den kurzfristigen Weg zu diesen Zielen aufzuzeigen, so als handele es sich nur darum, die Effekte einer autonomen Investition bei freiem Marktgeschehen in

einer bestimmten Konjunkturlage zu behandeln.

Demgegenüber stellt der "Comprehensive Plan" methodisch einen erheblichen Fortschritt dar. Er sucht die Wirkungen auf Grund detaillierter Kenntnisse der einzelnen Größenverläufe (Konsum, Sparen, Investitionen etc.) zu berechnen. Wenn auch die in letzter Stunde befohlene Verdoppelung der Wachstumsrate und die Manöver, mit denen sie rechnerisch möglich wurde, eine sachkundige Diskussion dieser Verläufe beeinträchtigt und den Verdacht der Zahlenspielerei aus propagandistischen Gründen hervorruft, bleibt der Plan die einzige autoritative Quelle zur Industrialisierungspolitik der kommenden Jahre, und gerade wegen der Vorsicht, die seinen Aussagen gegenüber geboten ist, muß er in seiner Rolle für die Beziehungen zwischen geplanter Industrialisierung und Wirtschaftsordnung unter die Lupe genommen werden.

Von Nationalökonomen aus aller Herren Länder im Umgang mit den modernsten makroökonomischen Werkzeugen (Linearprogramming, Input-Output-Analyse etc.) vertraut gemacht, präsentierte die Planungsbürokratie den endgültigen Plan im Gewande eines monetären und realen Gleichgewichts auf der Grundlage festbleibender Preise. Planziele, Verteilung der Investitionen und Aufbringung der Mittel sind in eine detaillierte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingebettet, die den Gleichgewichtspfad vom Anfang bis zum Endpunkt des Planes verfolgt (299). Allerdings hatte zum Schaden des Planes die allgemein theoretische Einführung durch ausländische Nationalökonomen die praktische Anleitung überschattet, weil die politische Führung sich nicht in ihre Karten schauen lassen wollte und fürchtete, der kühle Sachverstand des Fachmannes werde mit ihrem Ehrgeiz kollidieren (300).

a) Die kritischen Annahmen des ersten Industrieplanes

aa) Das Problem der Ressourcen

Der Anfang 1957 überstürzt in Kraft gesetzte Industrieplan enthielt keinerlei Vorkehrungen über die geforderte und behauptete inflationsfreie Finanzierung. Der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung in der National Bank, der inzwischen verstorbene Professor Koestner, hatte damals noch den Mut, das ganz offen auszusprechen:

> "The plan counts on foreign exchange reserves which at the moment and in the conditions of Suez struggle are blocked, to say nothing of the possibility that they may be needed for other purposes". (301)

Weder über das nötige Ausmaß der Defizitfinanzierung noch über das erwartete private Sparvolumen finden sich Angaben. Das wäre um so dringlicher gewesen, als der Plan jährliche Investitionen im Industriesektor von etwa 44 Mill. LE vorsieht, gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1954 - 1956 eine Verdreifachung (302). Ohne Auskunft über die Ressourcen zu geben, überschätzte die Planung die Elastizität und Tragfähigkeit der Wirtschaft, was die direkte und komplementäre Alimentierung dieses Prozesses anbelangt. Bei dieser hohen Anspannung hätten im Klima einer schon gelenkten Marktwirtschaft bereits die Probleme der Faktorverschiebung in der Gesamtwirtschaft berücksichtigt werden müssen. Denn der Preismechanismus konnte sich nicht mehr

entsprechend und warnend betätigen. Diese Unfähigkeit der Planung, sich ihrer eigenen ordnungspolitischen Grundlagen bewußt zu bleiben, wird mit einer hiermit im Zusammenhang stehenden zweiten Annahme, dem erhofften Ausmaß realer Multiplikatorwirkung, deutlich.

bb) Der Investitionsmultiplikator

Die Gefahren aggregativer Schätzungen zeigen sich deutlich im Gebrauch des Investitionsmultiplikators. Dieses Prinzip ließ erkennen, daß die primären, einkommenschaffenden Ausgaben aus einem Investitionsstoß (303) einen von der Konsumneigung der Einkommensempfänger abhängigen zusätzlichen, je nach der Beschäftigungslage monetären oder realen Einkommenseffekt auslösen, da die Ausgaben der ersten Einkommensempfänger neue Nachfrage und Einkommen schaffen und so fort. In dieser Gestalt gilt das Prinzip unter den gegebenen Annahmen über die Konsum- oder Sparneigung logisch für Industrie- und Entwicklungsländer, für jede Konjunkturlage und Wirtschaftsordnung. Die Zweifel an der Nützlichkeit, dieses Instrument für die Planung des wirtschaftlichen Wachstums in einem Entwicklungsland zu verwenden, tauchen erst dann auf, wenn man hier der allein sinnvollen Frage nachgeht, inwieweit Nettoinvestitionen einen wirklich realen, multiplikativen Einkommens- und Outputeffekt hervorrufen können.

So wurde die Höhe des Multiplikators formallogisch richtig errechnet. Das hohe "leakage" der Auslandsausgaben (Kapitalgüterimporte) und die jährlichen Ersatzinvestitionen wurden abgezogen und die indirekte Einkommenssteigerung nur auf die Binnenausgaben bezogen. Praktisch legte man die Bauausgaben als Multiplikanden zugrunde. Angesichts der geringen Sparfähigkeit der Ägypter meinte man, den Multiplikator mit 3 eher zu niedrig angesetzt zu haben. Man erwartete "that the practical results to be achieved from the execution of the programm will be higher than those in this report" (304) und glaubte, daß sich nur 25 % der indirekten Einkommenseffekte monetär realisieren würden (305). Man rechnete also damit, daß der Industrieplan einen weiten indirekten realen Effekt auf Beschäftigungs-, (306) Produktions- und Realeinkommensgrößen haben werde.

Die Planer sprachen der ägyptischen Wirtschaft damit eine außerordentlich hohe Tragfähigkeit und Kapazität zur Deckung dieser Nachfrage zu, Eigenschaften, die sie erfahrungsgemäß in ihrer Lage nicht haben konnte. Wie wir schon für die Epoche des Rates feststellten, wirkt die Multiplikatorwirkung wie in einer vollbeschäftigten Wirtschaft, weil die komplementären Bedingungen für den unbegrenzten Aufschwung allein monetär nicht in Gang zu bringen sind. Die Übertragung des Multiplikators auf Wachstumsprobleme der Entwicklungsländer ist also an sich gefährlich und verführt zu illusionären Erwartungen.

Zum anderen setzte man methodisch unkorrekt eine Marktwirtschaft voraus, in welcher Preis- und Mengenverschiebungen sowie auch Neuinvestitionen in den ausgelasteten Konsumgüterbereich stattfinden können. Tatsächlich war aber die Preissteuerung erheblich eingeschränkt und spontane Investitionstätigkeit in den die Nachfrageimpulse empfangenden Bereichen untersagt (Investitionsgesetzgebung). Sicher

hätten Akzeleratoreffekte das Ressourcenproblem noch verschärft (Devisenengpaß). Die Planung durfte eine größere Verschiebung von Faktoren zugunsten der bestehenden Konsumgüterindustrien nicht stattfinden lassen, weil sie die reale Durchführung der Planinvestitionen, denen die Priorität zugesprochen war, behindert hätte.

In diesem Sinne war sich die überoptimistische Planung ihrer eigenen ordnungspolitischen Voraussetzungen nicht bewußt. Eine gleichgewichtige Integrierung der Planwirkungen in den Wirtschaftsablauf war undenkbar. Die ausgelöste Nachfrage konzentriert sich in erster Linie auf landwirtschaftliche und billige industrielle Güter. Die Agrarpreise hatte aber die Regierung aus Furcht vor sozialen Erschütterungen seit langem streng kontrolliert. Der Anreiz zur Ertragssteigerung und Mehrproduktion kam in der Planperiode weder von Preissteigerungen (als Ausdruck der verstärkten Nachfrage) noch waren wesentliche Ergebnisse als Folge komplementärer agrarpolitischer Maßnahmen zu erwarten, die in gewissem Sinne die notwendigen Investitionen für einen "Akzelerationseffekt" in der Landwirtschaft darstellen (307).

Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Die Multiplikatorwirkung wurde, um inflationäre Erscheinungen zu verhindern, abgelenkt, d. h. sie setzte sich in Importe für Weizen und Weizenmehl, den Grundbedarf der armen Schichten, um:

	1956	1957	1958	1959	in Mill. LE
Weizen, Mais und Weizenmehl	10,3	23,5	25,4	29,8	(308)

Wie inoffiziell verlautet ist, hat dieser Betrag 1960 bereits die 50 Mill. LE - Grenze überschritten. Die Zahlen spiegeln eine typische Folge überhastet geplanter Industrialisierungsversuche wider. Die Landwirtschaft, welche die Zeichen der Rückständigkeit am deutlichsten trägt, soll aus eigener Kraft nachziehen und wird tatsächlich zur Achillesferse der Wirtschaft.

cc) Der Gebrauch der Incremental Capital-Output Ratio (ICOR)

Schließlich fehlt in dem aus bedenklichen Annahmen erbauten Planungsgebäude auch nicht ein Instrument, das in vielen Entwicklungsländern längst zum ABC der Planungskunst gehört. Um die Produktion aus industrieller Tätigkeit in 5 Jahren um 84 Mill. LE zu erhöhen, müssen wir nach den Erfahrungen über die industrielle ICOR etwa 240 Mill. LE investieren (309), heißt es auch in Ägypten, d. h. es wird ein Verhältnis des Ausstoßes zum eingesetzten Kapital von 1 : 3 zugrundegelegt.

Die Bedenklichkeit solcher makroökonomischer Strategie ist inzwischen genügend geklärt worden (310). Dieses Instrument geht auf die Beobachtung zurück, daß in den entscheidenden Wachstumsperioden von Industrieländern langfristige Produktionszuwächse auf Änderungen des gesamten Kapitalstockes zurückgehen. Sinnvolle Aussagen über die Höhe oder Änderung der Relation im Dienste einer Planung des wirtschaftlichen Wachstums können nur bei sorgfältigen Studien über etwa folgende Trendverläufe gemacht werden: Änderungen in der Zusammensetzung

des Output, der Produktionstechnik, der Investitionsstruktur (311), des Anteils der SOC-Ausgaben usw..

In Ägypten hatten erste Untersuchungen für die Periode 1952 - 1956 eine Relation von 1 : 5 für die Gesamtwirtschaft ergeben (312), jedoch wurden diese Ergebnisse offenbar nicht berücksichtigt, denn es fehlen jegliche Hinweise und Begründungen zur Entwicklung der partiellen ICOR in der Industrie im Lichte einer wesentlich veränderten Investitionsstruktur mit ihrer Tendenz zu kapitalintensiven Projekten und ihrer Vorherrschaft der Nichtkonsumgüter. Die Möglichkeit, daß nach Ablauf der Planperiode die statistische Dokumentation einiges Licht auf die Beziehungen werfen könnte, wurde durch die Manipulation mit dem Basisvolkseinkommen sehr geschmälert. Bleiben die Erfahrungen aus der Ausführung des Planes selbst.

Hier bestätigte die Erfahrung einen Teil jener Umstände und Faktoren, die Lewis für einen in Entwicklungsländern grundsätzlich höheren Wert der Relation verantwortlich hielt (313): Die niedrige Absorptionsfähigkeit des Kapitals, höherer Verschleiß durch unsachgemäßen Umgang mit den Werkstoffen, schlechte Wartung, Betriebsorganisation und Kostenrechnung (in den meisten Betrieben noch unbekannt) und andere Erscheinungen, die aus den Betrachtungen zur ägyptischen Wirtschaftsstruktur schon bekannt sind und die Bedenken gegen die anspruchsvollen Paradeobjekte erneut bestätigen. Dabei handelt es sich um nichts anderes als um einen Teil der Atmosphäre, welche die entscheidenden "short run problems of growth " (314) offenlegt, denen diese aggregativ vorgehende Planungsmethodologie großzügig aus dem Wege gegangen ist.

b) Analyse der makroökonomischen Kreislaufgrößen unter dem Regime des "Comprehensive Plan"

Nach dem äußeren Gewand des "Comprehensive Plan" zu urteilen, hätte die Planung aus manchen solchen Fehlern gelernt. Es erlaubt ein viel sorgfältigeres Studium von Voraussetzungen und Entwicklung der einzelnen Größenverläufe.

Jedoch stehen schon mit der Verzerrung der Volkseinkommensrechnung, der ungerechtfertigten Senkung der ICOR die übrigen Annahmen der erstmalig versuchten gesamtwirtschaftlichen Resourcenbilanz (315) auf schwankendem Boden: die nichtinflationäre Aufbringung der Finanzmittel, keine Preissteigerung, d. h. die physische Expansion aller Größen wird in Marktwerten auf der Basis von 1959/60 gemessen.

Nach Tabelle 10 soll 1965 die örtliche Erzeugung an Zwischenprodukten und Rohstoffen bereits bedeutend höher als der Endverbrauch sein. Die Importstruktur verschiebt sich zugunsten der Kapitalgüter, während die Einfuhr von Zwischenprodukten beträchtlich zurückgeht (316). Noch immer werden also die Konsumgüter vernachlässigt und die Steigerung der Masseneinkommen gebremst: Der Lohnanteil am Sozialprodukt soll global von 44 % 1960 auf 42 % 1965 gesunken sein, in der Industrie von 33 % auf 28,7 % (317). Da jedoch bei der herrschenden Betriebsgrößenverteilung ein großer Teil des Einkommens

aus Besitzrechten, der auf Fellachen, Händler, kleine Unternehmer etc. entfällt, dem Konsum gewidmet wird, zeigt sich selbst innerhalb der einmal als real unterstellten Annahmen des Planes ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen erwartetem Zuwachs von Angebot und Nachfrage an Konsumgütern. In Tabelle 11 ist die erwartete Einkommensentwicklung aufgezeichnet. Dem gestiegenen Endverbrauch von 209 Mill. LE (Tabelle 10) stehen zwar nur 189 Mill. LE zusätzliche Löhne und Gehälter gegenüber, aber allein in Landwirtschaft und Dienstleistungssektor entsteht zusätzliche Konsumnachfrage aus 121 Mill. LE Einkommen aus Besitzrechten, von dem Anteil des Handwerks und der Kleinindustrie ganz zu schweigen.

Die ordnungspolitische Bedeutung dieses Tatbestandes liegt darin, daß der Staat bisher nur über einen Teil der Besitzeinkommen (im öffentlichen Sektor und geplanten Privatsektor) verfügt. Nur auf die Betriebe des "geplanten" Privatsektors kann ein Druck auf eine möglichst hohe Reinvestitionsquote und Nachfrage nach Nichtkonsumgütern ausgeübt werden.

Entstehen inflationäre Tendenzen und werden die Profiterwartungen für die neuen Objekte nicht erfüllt, kann der Staat dazu verführt werden, den Druck auf die freie Verfügung von Besitzeinkommen zu erhöhen. Andererseits gefährdet der Inflationsdruck die Stabilität der "mixed economy", weil er sich gerade auf jene einfachen Lohngüter (Nahrungsmittel etc.) richtet, deren Angebotselastizität niedrig ist.

Eine Analyse der Konsumgüterstruktur am Ende der Planperiode, zusammengestellt aus den Daten der versuchten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, bestätigt die Beziehung. Es zeigt sich ein recht stabiles Verbrauchsmuster (318). Der Anteil der Nahrungsmittel und Bekleidungsartikel am gesamten Konsumgüterangebot geht nur unmerklich von 81,8 % (!) 1959/60 auf 81,2 % 1964/65 zurück (319), wobei sich eine geringe Verschiebung zugunsten der Bekleidungsgüter zeigt (von 15,7 % auf 16,4 %).

Der Beschäftigungseffekt des Planes verändert das Verbrauchsmuster fast nicht, da die Löhne der einfachen Arbeiterkategorien, die mehr als 3/4 des Beschäftigungszuwachses ausmachen, nur geringfügig steigen. Die Verbrauchsnachfrage der Masseneinkommen bleibt in ihrer Zusammensetzung gleich, obwohl ihr Gesamtvolumen steigt. Die kapitalintensive Planstruktur benötigt gemessen am Kapitaleinsatz nur einen geringen Stamm qualifizierter Facharbeiter, die über wesentlich höhere Löhne ihre Lebenshaltung (Verstädterung) verändern:

Sie ist durch folgende Relationen gekennzeichnet:

Kosten des Planes pro Beschäftigter: Global 1 653 LE,
In der Industrie: 2 689 LE.

Das Wachstum der Profite: Am Ende der Planungsperiode sollen bereits 62 % der Profite auf den Industriesektor fallen (!) Der Anteil der Industrie an den Gesamtprofiten erhöht sich damit von 25 % auf 37 %.

Der Anteil der Industrie am Sozialprodukt soll von 21,3 % 1960 auf 30,1 % 1965 steigen, während der Prozentsatz der in der Industrie Beschäftigten nur unbedeutend von 10,6 auf 12 % steigt. In Indien, das ein vergleichbares Bevölkerungswachstum aufweist, beträgt die Differenz der beiden eben genannten Prozentsätze nur die Hälfte des ägyptischen Wertes (9,5 % gegenüber 18,1 % in Ägypten (320).

In dieser konkreten Verknüpfung von Investitionsstruktur und Profiterwartung einerseits und Finanzierungsprämissen und Beschäftigungseffekt andererseits zerstört der methodologische Fortschritt des Planes seine Chance, eine bessere Antwort auf die Frage zu geben, ob der Plan in dieser Form und in diesem Umfang die ihm zugeschriebene Wirkung auf die Entwicklung der Wirtschaft besser als der erste Industrieplan haben kann. So lassen sich die analysierbaren Beziehungen der Kreislaufgrößen als Gefahren für die Stabilität und das Gleichgewicht öffentlicher und privater Anstrengungen im Schoße des gegebenen Ordnungsrahmens aufweisen. Sie haben im "Comprehensive Plan" einen zahlenmäßig viel deutlicheren Ausdruck gefunden als im ersten Plan für die Industrie.

aa) Der Finanzierungsmechanismus und die Veränderungstendenzen der Ordnungselemente

Aus den detaillierten Angaben für den ersten, fast beendeten Jahresabschnitt (322) gewinnen wir die Hauptmerkmale des Finanzierungsmechanismus.

Für 1960/61 werden Investitionsausgaben für den Comprehensive Plan in Höhe von 305 Mill. LE (etwa 24 % des Sozialproduktes) vorgesehen. Die vergleichbaren Ausgaben in der Periode des ersten Industrieplanes (industrielle Investitionen plus Entwicklungsbudgets des Staates) betrugen im Durchschnitt der Jahre 1956 - 1959 nicht mehr als 8 - 15 % ! Die erwarteten Finanzierungsquellen sind in Tabelle 16 im Anhang verzeichnet.

Die ungeklärte Neufestlegung des Basisvolkseinkommens verzerrt die Ausgangsgrößen. In absoluten Zahlen bedeutet die für 1959/60 angegebene Sparrate von 13,1 % - sie soll einmal als richtig unterstellt werden - 131 Mill. LE bei einem Volkseinkommen von 1 000 Mill. LE, jedoch 181 Mill. (plus 50 Mill. LE) für das der Planung zugrundeliegende Sozialprodukt. Davon abgesehen verlangt die Erhöhung der Investitionsausgaben um 101,5 Mill. LE im ersten Planjahr eine Vermehrung der inländischen Sparmittel um 65,9 Mill. LE, die von folgenden Erwartungen abhängt:

a) Das Volkseinkommen steigt um 9 %:
b) Die inländische Sparrate steigt von 13,1 % auf 16,4 %.

Schon die bisherige Kritik des Planes berechtigt zu erheblichen Zweifeln an der Realisierbarkeit dieser Annahmen. Die Defizitfinanzierung muß beachtliche Proportionen erreichen, der Investitionsvorgang geht dem Sparen in wachsenden Größenordnungen voran. Dieser Umstand und die niedrige ICOR läßt es zweifelhaft erscheinen, daß schon am Ende des ersten Jahres die reinvestierbaren Profite, wie aus Tabelle 16

ersichtlich, um ca. 25 Mill. LE gestiegen sind. Bei der Erhöhung des "Value Added" wird es sich, da die Reifezeit der neuen Projekte noch nicht beendet sein kann, um Ergebnisse früher begonnener Vorhaben handeln (323). Ob aus gestiegenem Einkommen mehr gespart wird, bleibt ebenfalls unsicher.

Die Änderung der Sparstruktur, in welcher der Posten Haushaltssparen von 12 % auf 31,2 %, d. h. um 54,3 Mill. LE steigen soll, ist das bemerkenswerteste und erklärungsbedürftigste Kennzeichen des Finanzierungsmechanismus, denn als Voraussetzung des erwarteten Sparvolumens wird angenommen:

a) stabile Preise, b) keine Änderung der Gesetze über die Gewinnverteilung, c) keine Steueränderung, d) der öffentliche Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen steigt um nicht mehr als 18 %, der private um nicht mehr als 3 %.

Nach Tabelle 16 stellen die Profite des öffentlichen und privaten Unternehmungssektors noch immer die Hauptquelle der Finanzierung dar (1959/60: 61,4 %, 1960/61: 57,2 %). Wie erfolgt ihre Mobilisierung für die Planinvestitionen, von denen 82 % zu Lasten des Staates fallen, obwohl dieser nur einen Haushaltsüberschuß von 9 % des Planbudgets erzielt? Dieses Problem unterscheidet die "Mixed Economy" nach beiden von ihr wegführenden Ordnungsrichtungen. Wie vereinbart sich die Finanzierung einer beträchtlich über "Laissez-faire"-Bedingungen liegenden Investitionsrate mit einem Ordnungsrahmen, der, vom Typ einer totalen Planwirtschaft weit entfernt, freien wirtschaftlichen Entscheidungen noch viel Raum läßt? Wäre eine ordnungsverändernde Wirkung auf Grund des Finanzierungsproblems auf echte Enttäuschungen über die "Kooperationsbereitschaft" privater Wirtschaftssubjekte oder auf die Maßlosigkeit und Fehler der Planungsbürokratie zurückzuführen?

Zwei Relationen kennzeichnen die verläßlichsten Stützen, die der Profitmobilisation die Grundlage geben:

a) Im öffentlichen Unternehmungssektor entsteht immer noch nur ein geringer Teil des gesamten Profiteinkommens (324).

b) Nur ein geringer Teil der privaten Unternehmungsgewinne entsteht im "geplanten Privatsektor" (325).

Nach a) steigen die gesamten verteilten und zurückbehaltenen Gewinne um 54,8 Mill. LE in der angegebenen Sektorenverteilung, d. h. die Gewinne des privaten Unternehmungssektors steigen um 47,3 Mill. LE, 7,4 Mill. LE entfallen auf den Regierungssektor. Die Verteilung der privaten Profite unter den geplanten und ungeplanten privaten Unternehmungssektor zeigt Tab. 18 b. Auch der größte Teil des Gewinnzuwachses entsteht noch im "ungeplanten Privatsektor" (31,4 Mill. LE) gegenüber 16,3 Mill. LE im geplanten Privatsektor. Insgesamt ist der private Gewinnzuwachs (31 : 16,3) also etwa dreimal so hoch wie der zur Finanzierung des Planes erwartete Zuwachs der privaten Gewinne von 15,8 Mill. LE (Tabelle 16), d. h. es wird erwartet, daß etwa 33 % des

privaten Profitzuwachses zur geplanten Reinvestition zur Verfügung stehen.

Diese erwartete Verteilung der zusätzlichen Profite soll die Fähigkeit des privaten Unternehmungssektors zur Erzeugung von Ersparnissen derart beeinflussen, daß der größte Teil der erwarteten Gewinnerhöhung im geplanten Privatsektor zurückbehalten, reinvestiert wird, während der größte Teil der Gewinnerhöhung im ungeplanten Privatsektor in den Haushaltssektor überfließt und nur ein winziger Teil (0,1 Mill. LE) (326) reinvestiert wird.

Da der geplante Privatsektor (gemischtwirtschaftlicher Sektor) meist größere Aktiengesellschaften umfaßt, konnte der Effekt durch eine Revision des Gesellschaftsrechts von 1959 erreicht werden (327).

Die geringe Steigerung der zurückbehaltenen Gewinne im ungeplanten Unternehmungssektor dient der Selbstfinanzierung und erklärt sich aus der Genehmigungspflicht neuer Investitionsvorhaben. Insofern wird das Planungsprinzip zur Ursache für eine beträchtliche Abwanderung von Investitionsfonds in den Haushaltssektor, die ihrerseits den starken Anstieg des Haushaltssparens mit erklären soll. Vor der institutionellen (ordnungspolitischen) Seite stehen über der letzten Erwartung die größten Fragezeichen. Die gesamten (nicht zusätzlichen) reinvestierten Gewinne des ungeplanten Privatsektors wurden im Basisjahr nur mit 5,5 % (328) angegeben, d. h. es handelt sich offenbar um die schwachen Wirtschaftszweige (Kleinindustrie, Handwerk, Handel), deren Investitionsneigung gering ist. In der Gruppe sind nur wenige größere Privatunternehmen enthalten.

Der restliche, noch nicht erklärte Anstieg des Haushaltssparens wird aus dem gestiegenen Gesamteinkommen unter der Annahme erklärt, daß dann Gleichgewicht besteht, wenn die Privaten aus ihren Personaleinkommen statt 3 % 7 % sparen - eine recht kühne Erwartung.

Der Kern des Finanzierungsmechanismus sieht so aus: Der Sparüberschuß des Privatsektors (aus dem Haushalts- und dem Unternehmensbereich) kompensiert den Investitionsüberschuß des öffentlichen Sektors ohne zusätzliche Steuern - freiwillig auf Grund von marktwirtschaftlichen Erwartungen. Der Anleihebedarf des öffentlichen Sektors für das Planbudget des ersten Jahres beträgt 170,9 Mill. LE (errechnet aus den öffentlichen Investitionen in Höhe von 239,24 Mill. LE (329) minus Ersparnisse des öffentlichen Sektors: 27,6 Mill. LE Haushaltsüberschuß plus 40,7 Mill. LE Überschuß des öffentlichen Unternehmungssektors (330). Er wird zu 35 % aus ausländischen Krediten gedeckt (331), der Rest aus inländischen privaten Sparquellen. Zur Überführung dieser Geldströme, werden neben öffentlichen Anleihen die Bekämpfung des Hortens und vor allem der Ausbau eines vielseitigen Apparates zur Mobilisierung des Einzelsparens vorgeschlagen (332). Indessen käme auch Horten dem Konsumverzicht gleich und ermöglichte die Ausdehnung der Kreditschöpfung. Wichtiger ist, ob und wie die Privaten wirklich in dieser Höhe auf Konsum verzichten werden. Sicherlich die wichtigste Bedingung ist die Verhinderung der zu

erwartenden inflationären Erscheinungen.

An sich kann dem Mechanismus die Adäquatheit im Hinblick auf die "Mixed Economy" nicht abgesprochen werden. Er wäre die ideale Lösung für den chronischen und langfristig gegebenen Zwang zur höchstmöglichen Staatsinitiative unter bestmöglicher Mitwirkung der Privaten. Ist es jedoch Zufall, daß planerischer Ehrgeiz unter einem autoritären Regime, das der Kontrolle entzogen ist, die Harmonie öffentlich-privater Zusammenarbeit in einem Plangewand strapaziert, das die Neigung in sich birgt, diesen Mechanismus zu zersetzen? Die strukturnotwendige Rolle des Staates birgt in dieser Form die Tendenz, durch die Macht des Staates das Konzept auf die abschüssige Bahn zu lenken.

Angesichts der kritischen Annahmen des Planes und seiner Voraussetzungen übersteigt es den Untersuchungsrahmen, der grundsätzlich erwiesenen Maßlosigkeit in einer Diskussion über die Berechtigung der Größenverläufe im einzelnen, z. B. der Realisierbarkeit von Profiten in den verschiedenen Projekten etc., nachzugeben. Uns interessieren die wesentlichen Relationen nur in ihrer möglichen Relevanz für das übergeordnete Problem der Ordnungswandlung. Bezeichnenderweise ständen einer Detailstudie heute in Ägypten fast unüberwindliche Hindernisse im Weg, da Ausländern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen wirklich aussagefähige Unterlagen zugänglich gemacht werden (333).

So aber können auch aus rein pragmatischen Gründen von dem Grad der Schwierigkeit der Profitmobilisation, der in Richtung des öffentlichen Sektors abnimmt, Versuche erwartet werden, wenn die Erwartungen nicht zutreffen, den öffentlichen und gemischtwirtschaftlichen Sektor weiter zu Lasten des Privatsektors auszudehnen.

bb) Der Effekt des ersten Planjahres auf die Veränderung des Verhältnisses von öffentlichen und privaten Sektoren

Der hohe Anteil des öffentlichen Sektors an den Gesamtinvestitionen von 81 % (334), fast eine Umkehrung des Verhältnisses im Vergleich zu dem vorangegangenen Industrieplan, ist in erster Linie eine Folge der bedeutenden Investitionen in Infrastrukturprojekten mit geringem unmittelbaren Outputeffekt und in Großprojekten mit längerer Reife- und Entwicklungszeit sowie erhöhtem Risiko.

Bezogen auf die unmittelbar ertragbringenden Investitionen (insgesamt 140 Mill. LE) erreicht der Privatsektor etwa 40 %. Im Vergleich zu den ersten beiden Perioden bis 1960 haben danach die Privatinvestitionen ebenfalls eine beträchtliche Steigerung erfahren (335).

Trotz aller Bedenken gegenüber dem Plan ist die Zusammensetzung der Sektoren geeignet, die Wandlung der Ordnungselemente in eine immer stärkere Staatswirtschaft in der jetzigen Konstellation als sehr langsam zu bezeichnen. In der vorbereitenden Untersuchung wiesen wir bereits darauf hin, daß Ägypten wie viele Entwicklungsländer im Vergleich zu dem Beitrag der öffentlichen Hand in Industrieländern, den wir als systemadäquat ansehen, noch arg im Rückstand war und gerade

diese staatliche Untätigkeit ein Faktor des langsamen wirtschaftlichen Wachstums war. Nach den offiziellen Angaben erwartet man im ersten Jahr des Planes sogar eine Stabilisierung des öffentlichen Sektors im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft (336). Nach den Systemregeln erscheint die Zuordnung des profitwirtschaftlich orientierten "gemischtwirtschaftlichen Sektors" zum sogenannten geplanten Privatsektor berechtigt (337).

Die Finanzlage des Regierungssektors

Das Haushaltsjahr 1960/61 setzt keine kontinuierliche Bewegung fort, denn die gesamten öffentlichen Ausgaben springen von 568 Mill. LE auf 735 Mill. LE 1960/61 (338). Vorsichtig ausgedrückt tätigt die öffentliche Hand Ausgaben in Höhe von mehr als der Hälfte des Volkseinkommens, während sie nicht annähernd die gleiche Summe durch Einnahmen bei den Wirtschaftssubjekten an sich ziehen kann. Allerdings enthält die Rechnung auch die Bilanz des öffentlichen Unternehmungssektors.

Das erwartete Defizit von 206 Mill. LE (!) (339) stellt sich also höher als jenes, das bei der Überleitung der Ausgabenströme zur Deckung des Planbudgets sichtbar wurde. Die Strategie beruht darauf, daß nach 5 Planjahren, in denen jährlich etwa 25 % des Sozialproduktes investiert werden, das öffentliche Gesamtdefizit auf 82,2 Mill. LE sinken soll, ein Wert, der unter dem Defizit von 1959/60 in Höhe von 92 Mill. LE liegt. Damit scheint die Kapitalbildung durch erhebliche Defizitfinanzierung versteckt zugegeben.

Zwischen das Planbudget und den traditionellen Haushalt, dessen ordentliche Einnahmen nur von 297 auf 318,3 Mill. LE steigen sollen, wurde ein sogenanntes Entwicklungsbudget geschaltet, in welchem die öffentlichen Gesamtausgaben für die wirtschaftliche Entwicklung im engeren Sinne zusammengefaßt sind:

Entwicklungsbudget 1959/60: 98 Mill. LE, 1960/61: 285,8 Mill. LE (!)

Hiervon werden nur 238,5 Mill. als Anteil der öffentlichen Hand in das Planbudget des ersten Jahresabschnittes übernommen. Bei dem Rest von 47,3 Mill. handelt es sich um Nichtinvestitionsausgaben (Löhne, allgemeine Ausgaben, Transferzahlungen).

cc) Zur Veränderung der Beschäftigungs- und Sozialstruktur

Schließlich liefert der voraussichtliche Beschäftigungseffekt des Comprehensive Plan ordnungspolitisch wichtige Aufschlüsse zu dem soziologischen Umschichtungsprozess in der ägyptischen "mixed economy", über welchen im Gegensatz zu den globalen Angaben im ersten Industrieplan detaillierte Angaben vorliegen. Die zusammenfassende Tabelle Nr. 13 weist nur Angaben über die Hauptgruppen abhängiger Arbeit und Arbeitgeber auf (340), jedoch kann die Aufgliederung der abhängigen Arbeit in gewissen Grenzen funktionell aus den Plandaten errechnet werden (z. B. zwischen leitendem und technischem Personal) und das Wachstum dieser Gruppen ist von der technischen Produktionsstruktur

mehr abhängig als von der Wirtschaftsordnung (341).

Unserer Quelle (Tabelle 13) legt die ägyptische Statistik folgende ordnungspolitisch bedeutsame Definition zugrunde:

> "Arbeitgeber sind die Eigentümer von Kapital, das zur Gewinnerzielung in privater Tätigkeit eingesetzt wird, welche diese Tätigkeit selbst betreiben, gleichgültig, ob ihnen andere dabei helfen oder nicht. Zu dieser Gruppe werden mithelfende Familienangehörige gerechnet, soweit sie ohne Entgelt tätig sind (342).

Die Gruppe erfaßt Aktionäre also nur dann, wenn sie in der Leitung der Gesellschaft mitwirken, sie betrifft keine Kommanditisten. Bei dem Begriff Arbeitgeber handelt es sich nicht um ein Formalkriterium (Leiter von Betrieben), sondern um eine echte, von der Wirtschaftsordnung bestimmte Kategorie. Das zeigt sich darin, daß Leiter von öffentlichen Betrieben, Körperschaften etc. nicht in der Gruppe aufgeführt werden. Im öffentlichen Sektor gibt es keine Arbeitgeber im Sinne der Definition. Nationalisierungsvorgänge wie im Banken- und Verkehrsgewerbe erfaßt die Statistik schon als Rückgänge oder Stagnation in der Gruppe.

Ausgangspunkt ist ein überraschendes Phänomen. Die Gruppe der Selbständigen soll relativ und absolut bezogen auf die Gesamtbevölkerung wie auf das Arbeitskräftepotential zunehmen. Erstaunlich ist ihr Anteil am globalen Beschäftigungszuwachs des "Comprehensive Plan" von 44 % (343). Wie leicht einzusehen, wurden soziale Wandlungsvorgänge, vor allem die Schaffung von selbständigen Bauernstellen (z. B. aus Bodenreformland) als Beschäftigungszunahme ausgewiesen, die sie streng genommen dann nicht sind, wenn die Betreffenden vorher schon in der Landwirtschaft gearbeitet haben. Auf diese Weise wachsen der Landwirtschaft doppelt soviel Selbständige als Arbeitnehmer zu, ein Zeichen der sich vertiefenden zwergbetrieblichen Besitzstruktur, und gleichzeitig stellt sie gar 84 % des Zuwachses an Selbständigen überhaupt. Auf 40 neue "Arbeitgeber" in der Landwirtschaft entfallen nur einer auf die Industrie und vier in den Handels- und Dienstleistungszweigen. Hauptursache bleibt die Knappheit an Boden, nicht aber kann daraus eine gewaltige agrarische Expansion abgelesen werden, noch soll eine Täuschung über den Charakter der Wirtschaftsordnung entstehen (344).

Die Einbeziehung einer fragwürdigen agrarischen Beschäftigungszunahme verhilft dem Plan zu einem optischen Effekt. Bis zur Beendigung des Assuanstaudammes werden im wesentlichen nur nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze als echte Zunahme gelten können. Die Industrialisierung sollte den relativen Rückgang der agrarischen Bevölkerung einleiten. Der konstant bleibende Anteil der Landwirtschaft von 55 % am gesamten Beschäftigungszuwachs, der dem Satz von 1937 entspricht (345), wirkt als Kapitulation vor dem Problem des Bevölkerungszuwachses. Daß der Beschäftigungszuwachs in Höhe von 1 Million in 5 Jahren etwas über dem Bevölkerungszuwachs liegt (346), verdankt der Plan dem zweifelhaften Zuwachs in der Landwirtschaft (347).

Die Planstruktur entspricht nicht diesem Druck zur Überführung von Arbeitskräften in andere Zweige und vornehmlich in die Industrie. Auch die nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungszunahme, die hier nur zusammenfassend analysiert werden soll (348), beruht z. T. auf ähnlichen optischen Effekten. So z. B., wenn sie die zahlenmäßig sehr ins Gewicht fallenden Arbeitskräfte im zwergbetrieblichen Handels- und Dienstleistungssektor und die Beschäftigten in den "rural industries" in den relativ geringen Effekt des kapitalintensiven Industrieplans auf die Schaffung industrieller Arbeitsplätze einschließt. In den Großbetrieben der sogenannten Schwerindustrie werden ja nur relativ wenig Facharbeiter gebraucht.

So steht auf der Passivseite der kapitalintensiven Technologie zusätzlich zu dem bescheidenen quantitativen ein geringer qualitativer Beschäftigungseffekt, in dessen Gefolge allein größere Teile der Bevölkerung nicht nur flüchtig und oberflächlich, sondern fester in den Lebens- und Verhaltensweisen des Industriezeitalters Wurzel schlagen können.

Die Erziehungsarbeit der Regierung, die dank ständig wachsender finanzieller Beiträge zu den besten Leistungen der letzten Jahre gehört, hat indessen unter der Jugend Ansprüche und Illusionen geweckt, die der Plan in seiner jetzigen Form nicht befriedigen kann. Moderne Primär-, Sekundär- und höhere Erziehung haben ein Überangebot an leicht form- und absorbierbarer Arbeitskraft auf den Arbeitsmarkt gelenkt, das, welch ein Vorteil für das Land, heute von selbst in industrielle Berufe drängt. Allmählich tritt an die Stelle des unwissenden, passiven, in seinen Wünschen von der alten Tradition bestimmten Fellachenvolkes ein Proletariat aller Bildungsstufen. Seine durch Propaganda zusätzlich genährten Hoffnungen auf sozialen Aufstieg schaffen Schritt um Schritt einen sozialen Unruheherd. Zur Verdeutlichung der Widersprüche zwischen Erziehungs- und Industrialisierungspolitik sei hier nur auf eine der bedenklichsten Disproportionen hingewiesen. Seit dem Schuljahr 1959/60 verlassen jährlich mehr als 55.000 Schüler als Abiturienten die ägyptischen Oberschulen, von denen sich nur ca. 7.000 an den Universitäten behaupten können (349). Der Erziehungsminister gerät in die Rolle des Zauberlehrlings (350).

Der Weg zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Sozialgefüge wird damit auch durch eine Betriebsgrößenplanung verlängert, die sich nur zu gern in das Argument verliebt hat, man müsse auf einem gegebenen, geringen Angebot an Unternehmer- und Organisationsleistungen aufbauen. Die bisherigen Erfolge zeigten, daß manche knappe Faktoren wie Kapital, Experten, Facharbeiter vermehrt werden konnten (351) und viele Quellen und Talente an mannigfaltigen Fähigkeiten durch die Industrialisierung erschlossen wurden. Zwar fällt, wie nicht anders zu erwarten, ein Zuwachs an Arbeitgebern nur in den traditionellen Konsumgüterbereichen (352) auf, jedoch ist es bedenklich, wenn z. B. für die Textilindustrie die weitere Konzentration durch einen Rückgang an Arbeitgebern bestätigt wird und nur ganz wenige neue private Pionierunternehmer auftauchen (private Autofabrik für den "Ramses", in der chemischen und pharmazeutischen Industrie). Die Bevorzugung

von Großbetrieben, so sehr sie in dieser Beziehung der strukturellen Situation entsprechen mag, hemmt andererseits die Entstehung einer breiteren Unternehmerschicht.

Schließlich bremst die geringe Kapazität der Industrie, den Überschuß an für industrielle Fertigung geeigneten Arbeitskräften aufzunehmen, ihre eigenen Expansionsaussichten, da sie so nur langsam zum Entstehen neuer Käuferschichten für industrielle Produkte beiträgt. Beruht sie aber auf der Spekulation, die umfassendere Absorption der rückständigen Bevölkerungsteile könne solange hinausgeschoben werden, bis die Kapitalakkumulation hierfür die Grundlagen gelegt hat, gerät die Planung in die Gefahr, daß sie die Trauben immer wieder ein Stück höher hängen muß. Denn die Bevölkerung wird schneller statt langsamer wachsen (353). Nur eine kleine Schicht wird die alten Sozialformen, das Leben in der Großfamilie aufgeben und zur städtischen Lebensweise übergehen können, welche die Geburtenrate senkt. Bei den an- und ungelernten Arbeitern reicht ein wenig höherer Reallohn nur zu besserer Ernährung und Kleidung, so daß sie mehr Kinder aufziehen können (354).

4. Schluß: Industrialisierungspolitik, Gleichgewicht und Wirtschaftsordnung

Ablauf und Ergebnisse der bisherigen Wirtschaftsplanung werfen einiges Licht auf die Probleme des Gleichgewichts. Unsere eingangs geäußerte Skepsis gegenüber der "Balanced Growth"-Theorie, welche wirtschaftliches Wachstum in strukturellem Gleichgewicht postuliert, wurde empirisch bestätigt. Es bleibt der Zwang zur optimalen Verwendung der knappen Ressourcen, die nicht nur in komplementären, sondern noch viel mehr in konkurrierenden Beziehungen zu einander stehen (355).

Sucht man den ersten Industrieplan unter diesem Gesichtspunkt zu klassifizieren, so zeigt sich, daß er sich erstaunlich sicher unter die erste der beiden von Hirschman vorgeschlagenen Wachstumsstrategien des Ungleichgewichts, die von ihm Wachstum durch "shortage of SOC" (oder via excess of direct productive activities) im Gegensatz zum Wachstum "via excess capacity of SOC" genannt wurde, subsummieren läßt. Obwohl die Initiatoren des Planes nicht unter dem Einfluß der Hirschmanschen Gedankengänge standen, lag diese Strategie angesichts des Zieles, schnellstens produktive Erfolge zu erzielen, recht nahe. Ägypten war ja bereits seit längerer Zeit mit "SOC" im weitesten Sinne, also neben den Verkehrs- und öffentlichen Diensten mit Erziehungseinrichtungen, Bewässerungssystemen u. v. m. bereits recht gut ausgestattet. Wesentlicher Erfolgsfaktor des ersten Planes war die Konzentration der Planprojekte an den bisherigen Standorten der Industrie (Kairo, Alexandrien, Kanalzone), die mit "external economies" aller Art gut versehen waren. Versuche, neue Standorte abseits der traditionellen Ballungszentren zu gewinnen (Diffusion des Wachstums), waren wenig erfolgreich (356). In der Periode von 1956 - 1960 dominierte der sektorale Industrieplan, die Ausgaben für umfangreiche Infrastrukturvorhaben traten hinter ihm zurück, selbst in der Landwirtschaft.

Die Anpassung der direkt produktiven Projekte an die Tragfähigkeit der Wirtschaft ohne nennenswerte offene oder versteckte inflationäre Erscheinungen war etwa 1959/60 beendet. Es hatte sich ein neuer hoher Bedarf an indivisiblen Einheiten (Assuandamm, Verkehrsanlagen etc.) angesammelt. Im Lichte dieser Situation stellt das neue Planungsstadium des "Comprehensive Plan" nichts anderes als den Versuch dar, die dringendsten Ungleichgewichte allmählich zu mildern, weil sonst ein schnelleres Wachstumstempo nicht erreichbar ist. Daher der jetzt außerordentlich gestiegene Anteil an Ausgaben in Landwirtschaft, Verkehr, Public Utilities, Erziehung etc.. Dem Adjektiv "comprehensive" die Bedeutung eines nun gleichgewichtigen Wachstums hinzuzufügen, wäre abwegig. Die Kritik des Planes und seiner Ambitionen zeigte sehr deutlich die durch die Struktur gezogenen Grenzen des Wachstumsmusters.

Die Koordinierung und Integrierung des "unbalanced growth" auch in der Periode des "Comprehensive Plans" übernimmt noch immer der "Markt" in zuverlässigster Weise ebenso wie die Anzeige der Ungleichgewichte (357).

Diesem realistisch möglichen, schnellen Wachstum in notwendig ungleichgewichtiger Struktur scheint die gelenkte "Mixed Economy" am adäquatesten. Ihre ordnungspolitischen Eingriffe ermöglichen eine beträchtliche Kanalisierung der Ressourcen in ein wachstumsgünstiges Investitionsmuster (Industrialisierung), ohne sich des Vorteils einer weiten eigenverantwortlichen Tätigkeit von Individuen und Gruppen neben dem Staat zu begeben. Die strukturellen neuen Ungleichgewichte rufen nach komplementärer und zusätzlicher, nicht aber alles umfassender Staatstätigkeit. Ist aber für ein Land wie Ägypten allein "unbalanced growth" realistisch, belegen die empirischen Erfahrungen die Bedeutung der ungleichgewichtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur für die Formen des Wachstums und der Ordnungselemente. Damit bestätigt sich die Nützlichkeit der geforderten strukturellen Konstituierung der Wirtschaftsordnung, die wir an das Ende dieser Arbeit stellen. Wir haben bereits Material gefunden, "wie Wirtschaftsstruktur und Entwicklungsstand in Ägypten die verschiedenen Arten der Eingriffe in die Ordnung und ihre Wirkungen beeinflussen (358).

Die Zusammenhänge lassen sich noch von einer anderen Seite der Gleichgewichtsdoktrin überprüfen. So hatte Nurkse die Forderung nach umfassenden Investitionen auf den Nachfrageengpaß, das niedrige Einkommensniveau des Entwicklungslandes bezogen (359), das dann verschwinde, wenn die Arbeiter vieler neuer Fabriken mit ihrer Kaufkraft gegenseitig zu Kunden werden. Berühmt geworden ist jenes Beispiel einer neuen Schuhfabrik, die als Einzelfabrik unelastischer Nachfrage gegenübersteht - die Masse der Bevölkerung trägt noch keine Schuhe oder kann sich keine kaufen -, deren Absatz sich jedoch mit dem Entstehen vieler anderer Fabriken ausweitet. Das Theorem ist jedoch für den ägyptischen Fall unfruchtbar. Die Konsumgüter der Industriepläne wurden nicht auf Grund von Absatzerwartungen produziert, die man sich aus den Wirkungen des globalen Kaufkraftstoßes errechnete. Die noch niedrigen Löhne des "unbegrenzten Arbeitsangebotes" flossen

hauptsächlich in die Landwirtschaft und Textilindustrie. Die Produktplanung wurde ja an den Importstatistiken, d. h. an bereits gegebenem Bedarf orientiert. Hier handelte es sich um die Kaufkraft der mittleren und oberen Schichten, die es auf einheimische Erzeugnisse umzulenken galt. War die Versorgung mit Nahrungsmitteln (Importe) gesichert, konnte der Kaufkraftimpuls aus den Plänen durch die vorhandenen Konsumgüterfabriken, den Ausstoß im Rahmen der Pläne und durch Importe absorbiert werden.

Die ersten Planungsrunden hatten es nicht mit dem Nachfrageengpass, sondern mit der Ingangsetzung des Initiativprozesses zu tun, dessen langer Stillstand entscheidende Ursache des niedrigen Entwicklungsstandes war. Der einheimische Markt war den Produzenten im Ausland überlassen worden. Daher konnte die Industrialisierung auf einer rentablen Basis weitergehen. Die Firmengründungen, bei denen der Staat Pate stand, geschahen aus dem Markt heraus und für den Markt. Sie sollten sich nicht erst im Ergebnis eines langfristigen Planungsprogramms auswirken. Die Zeitspanne, in welcher auf diesem Boden operiert werden kann, wird mindestens ein Jahrzehnt betragen, ehe die Fortsetzung von der wachsenden Kaufkraft entscheidend gespeist wird.

Auch die Kapazitätsplanung für die Rohstoffproduktion und die weiteren Bearbeitungsstufen fußt zunächst auf vorhandenen Bedarf und Verbrauch, wenn auch in Einzelfällen zu erwartende Bedarfssteigerung oder sogar evtl. Exportchancen in die Planung einbezogen werden (Stahl, Öl, Zement, Energieplanung etc.
Nicht zuletzt die Knappheit der Ressourcen bedingt die Produktion für den vorhandenen Bedarf auf profitwirtschaftlicher Grundlage. In diesem Sinne sind der erste und noch mehr der zweite Industrieplan an einem viel wichtigeren Gleichgewichtsproblem, der Entwicklung der realen Faktorkosten, orientiert. In der Kostenstruktur der ägyptischen Industrie hatten wir entscheidende komparative Nachteile gefunden, die bisher nur durch Zollschutz gemildert werden konnten, allerdings nicht für den Export. Die Frage ist hier, ob sich unter dem Einfluß der Investitionspläne die Faktorkosten so entwickelten, daß die Wirtschaftlichkeit der Industrialisierung gefördert wird (360).

So stimmt das große Gewicht, das der Plan der wirtschaftlichen Ausnutzung heimischer Rohstoffquellen und ihrer Verarbeitung gegeben hat, optimistisch. Die ägyptische Planung sucht die Entwicklung der Industrie auf im Lande kostengünstig herstellbare Rohstoffe zu stützen und nur in Ausnahmefällen (z. B. Koks) teure Rohstoffimporte zuzulassen. Auf solche günstigen Rohstoffquellen gründen sich vor allem die Bau-, Textil-, Nahrungsmittel-, die chemische und jetzt auch die eisen- und metallverarbeitende Industrie und die Energiewirtschaft.

Der komparative Vorteil niedriger Kosten für die Arbeitskräfte bleibt für die un- und angelernten Kategorien bestehen. Für die Hälfte der neuen Arbeitsplätze in der Industrie (361) braucht man nur ein kurzes, billiges Training durchzuführen, nur ein Viertel der Arbeiter bedarf einer längeren Fachausbildung. Dagegen steigen sowohl die Ausbil-

dungs- wie Gehaltskosten für qualifizierte Kräfte aller Ränge und Richtungen. An mittlerem administrativen Personal herrscht bezeichnenderweise kein Mangel, daher kann die Regierung in allen ihr unterstehenden Ämtern und Organisationen eine strenge Gehaltspolitik betreiben. Schon mehren sich die Fälle, in denen z. B. junge Ingenieure eine schwerere, aber besser bezahlte Stellung in der Industrie dem Staatsdienst vorziehen. Dagegen steigen die Kosten für die zahlreichen ausländischen Experten vor allem bei den Projekten, in denen Ägypten noch keine Erfahrung hat, erheblich. Wenn auch ausländische Firmen und Regierungen viel dazu beisteuern (Kredite, technische Hilfe), ist die Ausbildung verantwortlicher ägyptischer Kräfte langwierig und von mannigfaltigen sachlichen und psychologischen Schwierigkeiten der Zusammenarbeit belastet.

Die Entwicklung der Kapitalkosten ist das heikelste Problem, über das sich erst nach einer längeren Periode der Experimente einheitliche Aussagen werden machen lassen. In vielen neuen Projekten wird die höhere Kapitalproduktivität durch steigende Abschreibungs- und Unterhaltungskosten, vor allem durch das Ersatzteil- und Reparaturproblem zum Teil aufgehoben.

E. Beschließender Teil: Die Analyse der neuen ägyptischen Wirtschaftsordnung

I. Die "Mixed Economy"

Ausgehend von den Beziehungen zwischen Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsstruktur und wirtschaftlichem Wachstum, machten wir uns mit den Voraussetzungen und dem Material des Problems in zwei Hauptstufen bekannt. Dabei dient das Interesse an historischen Exkursen und an einer Bestandsaufnahme des Gewordenen nicht nur dem Verständnis für den Ablauf und die Probleme der seit 1952 einsetzenden Industrialisierungsoffensive, sondern beide Teile erleichtern den Versuch, wissenschaftliche Kriterien für die Konstituierung der Wirtschaftsordnung in Ägypten zu finden.

Zur systematischen Erfassung der Ordnungselemente bedienen wir uns einer Definition Karl C. Thalheims zum Begriff der vorliegenden "Mixed Economy" (362), in welcher er den Begriff "mixed" auf das Eigentum, die Antriebskräfte und das Lenkungssystem bezieht. Im Hinblick auf die Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung scheint es uns notwendig, das Schema auf die Untersuchung der wahrscheinlichen "Mischform zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur" zu erweitern.

II. Partielle Betrachtung: Die Konstituierung der Ordnung aus ihren Elementen

1) Aus der Analyse der Antriebskräfte: Die Träger von Wirtschaftsplänen

a) Private Antriebskräfte

Wie sehr man den Katalog mangelhafter privater Leistungen zu Recht als Ansatz für ebenso vielseitiges staatliches Eingreifen betrachten mag, so wesentlich und fundamental erscheint, was Ägypten anbelangt, noch immer die Rolle von privaten Wirtschaftsplänen aller Kategorien. Der Kern ihrer Konstituierung bleibt die strukturelle Tatsache, daß beide Partner, Staat wie Private, vorwiegend ohne selbständige Mitwirkung der anderen Seite einen schnelleren wirtschaftlichen Fortschritt weder organisatorisch noch sachlich bewältigen können. Nach Theorie und Praxis der Ordnungspolitik tritt der Staat ergänzend und zusätzlich zu den Privaten auf. Ausnahmen von dem Grundsatz, die Tätigkeit von Individuen und Gruppen als selbstverständliches und auf die Dauer tragendes Ordnungselement anzusehen, werden auf vermeintliche oder wirkliche private Fehlleistungen, auf Bedingungen des gemischten Lenkungsmechanismus (Außenhandel durch staatliche Gesellschaften) und nur wenig auf echte ideologische Gründe (wenige Einzelverstaatlichungen) zurückgeführt.

Selbst das Stadium der umfassenden Wirtschaftsplanung bringt grundsätzlich weder de jure noch de facto die Ausschaltung privater Wirtschaftstätigkeit oder Planträger (363). Bezogen auf die Ungleichgewichte erscheinen die Versuche strukturadäquat, in benachteiligten Bereichen erst einmal private Antriebskräfte zu schaffen oder ihr Ni-

veau zu heben. Jenseits aller Industrialisierungspläne hat sich im Gefolge von Bodenreform eine Minderung der Gegensätze auf dem Lande vollzogen. Abgesehen von den Grenzen, welche der knappe Boden der Verwandlung von Landarbeitern in Landeigentümer setzt, ist das Hauptproblem, zwanzig Millionen Fellachen aus ihrer jahrhundertelangen sozialen, feudalen und geistigen Unmündigkeit zu erwecken.

Vereinzelte ägyptische Experimente mit genossenschaftlichen Formen der Bodenbewirtschaftung, die in der "Befreiungsprovinz" einem östlichen Kollektivbetrieb ähnelten, riefen den Verdacht hervor, die agrarische Eigentumspolitik sei nur ein Übergangsstadium, dem schließlich die Vergesellschaftung der Farmer folgen werde. Ein solcher Verdacht ist voreilig. Der genossenschaftliche Weg, dem Ägypten viel Aufmerksamkeit widmet, muß zwangsläufig eigene, den Umständen angepaßte Formen annehmen, wenn er erfolgreich sein will (364). Nur die Bodenreformgenossenschaften kennen Pflichtmitgliedschaft und schließen gemeinsame Formen der Bodenbewirtschaftung bei individuellem Eigentum ein. Die allgemeinen Genossenschaften machen nur sehr langsame Fortschritte, ihre einzige Anziehungskraft liegt in den Kreditleistungen und in Beratung. Der Eigentums- und Erwerbstrieb des Fellachen ist sehr ausgeprägt, so daß im Gegenteil bei der Regierung die Absicht erkennbar ist, die Produktionsgenossenschaften nicht weiter zu fördern. Die Experimente der Tahrirprovinz werden jetzt sogar aufgegeben und das Land in Siedlerstellen zu je 5 Feddan aufgeteilt (365).

Gegenüber der Landwirtschaft, die moderne Industrie natürlich ausgenommen, verblassen andere Belebungsversuche der Initiative armer Schichten wie die Wandlung von Mietern in Hauseigentümer, Gehaltsempfängern in "Aktionäre" (366) oder Geschäftsleute. Wie wir sahen, werden die Gruppen der kleinen und mittleren Selbständigen in Handwerk, Handel und Kleinindustrie weiter autonom wachsen, da die Gründung nicht der Genehmigungspflicht unterliegt. Sie profitieren von den Wirkungen der Pläne, die sich einseitig an einer großbetrieblichen und kapitalintensiven Struktur orientieren.

Für private Produktionspläne spricht die Erfahrung, daß in Ägypten individuelles Erwerbs- und Profitstreben der Motor für zwar quantitativ nicht ausreichende (gemessen an dem wirtschaftlichen Gesamtfortschritt), aber in einzelnen dennoch erstaunliche Leistungen sein konnte. Allen erprobten, sicheren und einträglichen Routinegeschäften geht der ägyptische Händler, Handwerker und Unternehmer mit beachtlichem Geschick nach. Für dynamisches Wachstum fehlten, wie ausführlich dargelegt, die dynamischen Eigenschaften und Qualifikationen. Die Handvoll echter ägyptischer Unternehmerpersönlichkeiten in der modernen Industrie, die wenigen Beispiele rationeller Betriebsführung, der hohe Anteil von zahlreichen Ausländergruppen in den meisten Zweigen (367), all diese Erscheinungen zeugen davon, daß die ägyptische Geschäftsmentalität auf halbem Wege, dem Stadium des profithungrigen Handelskapitalismus stehenblieb, ohne wie in Europa und Amerika das akkumulierte Kapital dem produktiven Wachstum zuzuführen.

b) Staatliche Tätigkeit: der Staat als Planträger

Die Betrauung des Staates mit strategisch wichtigen Wachstumsaufgaben, ein Fall, den wir als "government initiated development" strukturell konstituieren mögen, wird qualitativ (funktionell) und dynamisch (Anwachsen der Staatstätigkeit) zu behandeln sein.

Die Probleme der Staatstätigkeit für die Wirtschaftsordnung erwachsen aus der Autorität des Staates, überindividuelle und individuelle systematische Ziele (368) zu stellen, zu beeinflussen, sie selbst durchzuführen (Mittelbestimmung) oder dazu durch Festlegung der Regeln beizutragen.

aa) Der Staat und die Sparrate

Die Notwendigkeit einer substantiellen Erhöhung der Sparrate zur Finanzierung der Industrialisierung wird schon zu einem heiklen ordnungspolitischen Problem. Die Individuen sparten zu wenig, und die Wandlung zur produktiven Anlage machte auch im Fegefeuer der nationalen Propaganda nach der Revolution (Periode des Rates) nur langsame Fortschritte. In den Methoden des Eingriffs stand der Staat am Scheidewege. Die extreme Lösung, die direkte Verstaatlichung des Sparvorgangs (Festsetzung von Verbrauch und Produktion) schied aus, da sie von vornherein die privaten Antriebskräfte zerstört hätte. Welche Haupttrends kristallisierten sich dann als Ausdruck der Verschiebung der Ordnungselemente heraus?

Die Alternative der Mischordnung, die potentiellen Sparquellen in Haushalten und Unternehmen vielseitig zu mobilisieren, gehört bis heute zu den ordnungsstabilisierenden Faktoren: Verhinderung der Inflation, Schutz des Eigentums und der Verfügung, der Möglichkeiten, überhaupt Ersparnisse aus steigenden Einkommen zu machen, werden systemnotwendige wirtschaftspolitische Unterziele.

Daneben wurde der Staatshaushalt zu einer Quelle der Finanzierung. Aus wachsender Wirtschaftstätigkeit suchte man die Einnahmen zu steigern. Dabei kann nicht nur der meist geringe Überschuß des ordentlichen Haushalts als Regierungssparen angesehen werden, da die Ausgaben mindestens im gleichen Verhältnis zur Einnahmesteigerung wachsen, sondern indirekt auch die Änderung der Ausgabenstruktur zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung (369).

Der Einnahmenüberschuß des öffentlichen Produktionssektors war eine weitere, wenn auch nicht entscheidende Quelle des Regierungssparens (370), die jedoch am leichtesten mobilisierbar ist, insoweit die betreffenden Unternehmen überhaupt Überschüsse erzielen. Die Verfügung über das Sparvolumen des öffentlichen Sektors im engeren Sinne wirkt noch nicht revolutionär, solange dieser, wie aus dem Comprehensive Plan sichtbar, relativ mäßige Proportionen aufweist.

Die Formen der Profitmobilisation im gemischtwirtschaftlichen "geplanten" Privatsektor stellen einen Hauptpfeiler der Verschiebung von Ordnungselementen dar, der wesentliche Einschränkungen der Dispositionsrechte mit sich bringt. Die quantitative Expansion dieser Me-

thode wird von dem Erfolg der kritischen Planprojekte, der Realisierung der Gewinnerwartungen und der Inflationslücke abhängen. Der zweite Hauptpfeiler betrifft das Außensparen (in Devisen), über welches die Regierung fast vollständige Verfügung erreicht hat.

Die Stärke der Verschiebungstendenzen ergibt sich aus den Spannungen, welche die Differenz zwischen zunächst ständig höherem öffentlichen Investitionsvorhaben und dem öffentlich direkt oder indirekt mobilisierbaren Sparvolumen hervorruft. Sie entscheidet über das Schicksal des jetzt noch gemischten Mechanismus.

Die freie Verfügung über Sparmittel und -erträge bei gelenkten Investitionsentscheidungen, der Kern der gemischten "strukturadäquaten" Bewältigung des Sparproblems, ist noch gegeben. Zwar vollzieht sich die Übertragung der Forderungsrechte aus den Händen der Sparer in jene des Investors unter gewissem Druck (z. B. bei Versicherungen, Banken, über staatliche Beteiligungen), zwar lenkt der Ertrag nur beschränkt die Finanzmittel in die produktivste Anlage (staatliche Planung der Projekte), jedoch bleiben erhebliche Elemente solcher Lenkung bestehen, wenn noch ein erheblicher Teil der Sparer freie Wahl in der Anlage hat (371).

Der strukturadäquate Hintergrund der Methode liegt in der "Erziehung" privater Kreise zum Industriesparen, die im gegenwärtigen Stadium offenbar leichter ist als die Erziehung zur produktiven Investition, die mehr Kenntnisse, Fähigkeiten und Talente erfordert. Für manchen vermögenden Ägypter ist der Sparakt der erste Schritt zu einer Investitionsinitiative.

bb) Die staatliche Investitionsinitiative

Die Zusammenhänge zwischen Investieren und Sparen, seit Keynes als konjunkturelles Phänomen betrachtet, erfahren in einem Entwicklungsland eine neue Abweichung vom klassischen Automatismus. Erst nach dem Wandel der Gewohnheiten und Haltungen, nach vollzogener Entwicklung könnte der Zinsautomatismus wieder erfolgreich seine Herrschaft antreten. In diesem Prozeß mußte der Staat die Führung übernehmen. Es zeigte sich bald, daß er weit mehr tun mußte, als nur Investitionsakte anzuregen und zu fördern. Die produktive Investition selbst birgt in ihren Ergebnissen die Hauptquelle neuen Überschusses. Sparen, Besteuerung oder Kreditpolitik sind nur der Anfang.

Welches sind die Determinanten der direkten Investitionstätigkeit?

Ausgehend von dem Strukturbild der Rückständigkeit legt das geringe Volumen der modernen Industrie staatliches Eingreifen nahe, da die Industrialisierung der einzige Ausweg aus den ungleichgewichtigen Proportionen (Bevölkerungsexplosion) scheint. Vor allen anderen Hindernissen steht die Bürde der mangelnden Antriebskräfte für industrielle Pläne, nicht aber der mangelnde Erwerbstrieb als solcher.

Was die Unternehmer in freier Ordnung an Gelegenheit ausließen, konstituiert quantitativ und qualitativ die Rolle des Staates:

a) Die Abneigung, die der Ägypter der industriellen Investition entgegenbrachte, zwang den Staat zur bahnbrechenden Pioniertätigkeit, für welche er in der Regel privatwirtschaftliche Rechtsformen wählte. In den Wirtschaftsplänen, die der klarste Ausdruck der Pionierrolle sind, zieht der Staat die Unternehmerfunktionen an sich, die mit der Betriebsgründung und -ingangsetzung zu tun haben (z. B. Rentabilitäts- und Absatzstudium), ohne alle Projekte dem öffentlichen Sektor einzuverleiben.

b) Die Größenordnung, in der investiert werden soll, übersteigt die Kraft des investitionsbereiten Privatkapitals.

c) Das Problem des industriellen Risikos nimmt zusätzlich vor allem eine technische und technologische Form an. Zwar wird die Reifezeit vieler Planprojekte in 2 - 4 Jahresfristen angegeben, jedoch steht oft eine harte, an Enttäuschungen reiche Bewährungsfrist bevor (372).

d) Der Ägypter scheut das langfristige Kapitalrisiko überhaupt. Noch heute zeigt sich der sprichwörtliche Fatalismus des Moslem in dem geringen Bemühen um Zukunftsvorsorge. Aus dieser Haltung kommen die traditionellen Tugenden oder modernen "Laster", die den Spielregeln rationeller Wirtschaftsführung feindlich sind: Das Sichtreibenlassen, mangelnde Zeiteinteilung und Zeitplanung, wenig eigene Initiative (373). Das als Fußnote zitierte Beispiel demonstriert anschaulich, welche Bedeutung der Staatsinitiative für die Erziehung und Gewöhnung des Ägypters an langfristiges, planendes Denken und Handeln, symbolisiert in den langen Produktionsumwegen der Pläne, zukommt, zu denen sich der Ägypter spontan nur in Ausnahmefällen aufrafft.

e) Die Welle des forcierten wirtschaftlichen Wachstums bringt ebenso vielseitige neue Formen kommerzieller Risiken, die die Rolle des Staates als Planträger und indirekt als Schutzschild konstituieren (z. B. Zölle und Importverbote). Wann werden sich neue Produkte, die einen hohen Qualitätsstandard bedingen, beim Konsumenten im weiten Sinne wirklich durchgesetzt haben? Das ägyptische Privatkapital hat die verständliche Neigung, bewährte Produktionen und sichere Absatzchancen zu bevorzugen. Für viele dieser neuartigen Absatzaufgaben ist der einheimische Einzel- und Großhandel noch nicht gerüstet. Neben fabrikeigenen Absatzorganisationen finden sich daher schon Ansätze staatlicher direkter Initiative (Gründung von genossenschaftlichen und gemischtwirtschaftlichen Einkaufs- und Verkaufsgesellschaften).

f) Der Staat als Initiativträger ohne engere Gewinnabsicht

Der Katalog der Gebiete, in denen der Staat ohne engere Gewinnabsicht oder -aussicht investieren muß, um das Land für einen größeren Industrialisierungsprozeß tragfähig zu machen, ist bekannt und sei daher hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt. Die langfristige schwere Belastung durch Infrastrukturprojekte, die "External Economies" und die sozialen und erzieherischen Aufgaben im allgemeinen erreichen die Grenze der Leistungsfähigkeit der staatlichen Organisationen.

cc) Der Staat als Konsument

Die durch staatliche Initiative ausgelöste Umlenkung der Kreislaufströme vermehrt nicht nur das Güterangebot, sondern erweitert und verfeinert auch Zusammensetzung und Richtung der Nachfrage durch die Rolle des Staates als größter Einzelkonsument.

Während die Wirtschaftspläne die durchschnittliche Verbrauchsstruktur der Massenhaushalte nur wenig verändern, die Wirtschaft in Bezug auf die elementaren Hilfsquellen ständig am Rande einer Inflationsgefahr schwebt, erzeugt die öffentliche Tätigkeit eine galoppierende Veränderung von Bedarfen, die, mit Infraprojekten zusammenhängend, den regional gestreuten und vertieften industriellen Aufbau vorbereiten.

Im ersten Jahr des "Comprehensive Plans" soll die öffentliche Nachfrage um 18 %, die private Nachfrage nach Gütern nur um 3 % steigen (374). Der Konjunkturimpuls durch die wirtschaftlichen Erschließungsaufgaben geht strukturell notwendig von der öffentlichen Hand aus. Auch in marktwirtschaftlich geordneten Industrieländern löste die "Infrastruktur" schnelle industrielle Wachstumsperioden aus, wenn sie dort auch vorwiegend eine privatwirtschaftliche Domäne war (Zentraleuropa, USA). Hier wie dort gab der wachsende Bedarf an Schienen, Eisenbahnwaggons, Maschinen etc. die Grundlage für viele neue Produktionsvorhaben. Während aber in den alten Industrieländern der Freihandel und überhaupt die intensive weltwirtschaftliche Verflechtung die dynamische Überbrückungsphase ermöglichte, in welcher in den sich entwickelnden Volkswirtschaften die inländische Verbrauchsnachfrage wie heute in Ägypten noch nicht die Grundlage für größere Industriezweige und -gruppen der Massenfabrikation abgab, ist die ägyptische Industrialisierung weitgehend vom Exportdrive ausgeschlossen.

Die öffentliche Nachfrage hat in Ägypten für den zeitlich zusammengerafften Wachstumsprozeß eine doppelte, strukturell fundierte Funktion.

Im Zustand der Stagnation war die Nachfrageelastizität nach neuen Güterkategorien niedrig, sei es nach Konsum- oder Investitionsgütern. Indem der Staat die "Einkommenselastizität der Nachfrage des öffentlichen Haushalts" überaus elastisch und dynamisch gestalten kann, schafft er nicht nur erhöhten Importbedarf, sondern bringt auch in der Überbrückungsphase, die durch stagnierende Masseneinkommen gekennzeichnet ist, Elemente ins Spiel, welche neuen inländischen Betrieben die Grundlagen für Massenproduktion und dynamisches Wachstum verschaffen.

Zweitens bietet die öffentliche Nachfrage ein Surrogat für die mangelnde Nachfrage des Auslandes, mit dessen Produzenten die ägyptische Industrie den Wettbewerb noch nicht aufnehmen kann. Sie verlagert, was durch die hohen Investitionsausgaben wirtschaftlich schon relevant wird, einen beträchtlichen Teil des Absatzes ins Inland, der unter anderen Umständen für die Binnenindustrie nicht vorhanden war und damit für die Industrieplanung als Grundlage ausfiel. Ausgangspunkt für diese Entwicklung ist die seit Beginn der neuen Wirtschafts-

politik sich verändernde Importstruktur, ähnlich wie sich die Projektplanung in der Industrie zuerst an vorhandenem Importbedarf orientiert hatte.

Die so beschleunigte Entwicklung des Güterangebotes muß sich im gleichen Zuge auf den Nachfrageengpaß günstig auswirken. Denn es entstehen mehr differenzierte Verbrauchereinkommen als in dem für Ägypten unratsamen und unvorteilhaften Fall beschleunigten Wachstums durch Exporterfolge.

c) Als Exkurs: Probleme der technischen Erziehung in Ägypten (zur Politik der Schaffung neuer Antriebskräfte)

Anmerkung: Dieser Abschnitt kann übersprungen werden, ohne daß das Verständnis für den Fortgang der Analyse beeinträchtigt wird. Wir halten das Thema des soziokulturellen Wandels für so umfassend und kompliziert, daß wir, um die Proportionen unserer Darlegungen nicht zu sprengen und um andererseits der Gefahr oberflächlicher Aussagen zu entgehen, nur einen kleinen Ausschnitt des Problems unter die Lupe nehmen wollen, den wir aus eigener Erfahrung studieren konnten.

Wenn wir diese persönliche Note auch als Sonderexkurs kennzeichnen, so scheinen uns jedoch die Erfahrungen mit einer Schlüsselgruppe, die jetzt durch höhere industrielle Erziehung in Verantwortung rücken soll, typisch und stellvertretend für die meisten aller Hindernisse, die sich diesem Wandel der Gesellschaft entgegenstellen.

Die Beseitigung des Analphabetentums (375), die aus humanitären und sozialen Gründen zunächst hohe Priorität erhielt und inzwischen große Fortschritte gemacht hat (376), ist nach Lewis eine Aufgabe, die schwer mit den finanziellen Möglichkeiten eines armen Landes vereinbar ist (377). Wer jedoch sich etwa mit dem Kongo befaßt, wird die fundamentale Bedeutung der Elementarerziehung für das wirtschaftliche Wachstum anders einschätzen (378).

Dieser bisher fehlenden breiten Grundlage bedurfte man in Ägypten um so mehr, als jetzt der Aufbau eines beruflichen und technischen Erziehungs- und Ausbildungssystems in den Vordergrund rückte, dessen Dimensionen heute im Nahen und Mittleren Osten einzig dastehen.

Die Basis der technischen Erziehungspyramide bilden die "Preparatory Technical Schools" und die "Secondary Industrial Schools", die angelernte Arbeiter bzw. Facharbeiter ausbilden. Auf ihnen fußen die Höheren Industrie-, Landwirtschafts- und Handelsinstitute, die ihrer Bestimmung nach mittlere Ausbildungsziele verfolgen sollen (379) (Fachschulingenieur, Techniker, Meister, Agraringenieur), obzwar sie rangmäßig auf der gleichen Ebene mit den Universitäten und Hochschulen eingestuft wurden.

Berufsschule und Industrialisierung

Die berufliche Erziehung in Schulen entstand in den heutigen Industriestaaten sehr spät und war hauptsächlich eine theoretische Ergänzung zur "on the spot" Ausbildung in Fabriken, Laboratorien oder Handelshäusern. Es bildete sich eine Arbeitsteilung zwischen Praxis und Schule (380).

In Ägypten bot die vorhandene Industrie wenig Gelegenheiten, solide Fertigkeiten, Erfahrungen, praktische Kenntnisse zu erwerben und zu üben. Soziales Prestige und Anerkennung der Handarbeit waren niedrig, niemand von Stand und Erziehung drängte sich in Berufe, die sie mindestens einschlossen. Kurzum, das Land war für die forcierte Industrialisierung nur von der akademischen Seite her gerüstet (381), die vielseitige industrielle Arbeitshierarchie fehlte völlig, schon früher wurden die meisten Fabriken von ausländischen Ingenieuren und Experten in Gang gehalten.

Der Gedanke lag nahe, die Schule möge hier einspringen, die praktische Ausbildung ersetzen. Die Idee einer Berufsschule mit Werkstatt und Hörsaal nicht nur für die Lehrlingsausbildung, sondern für alle Stufen nahm greifbare Gestalt an. War jedoch die organisatorische Verlagerung von Schwierigkeiten der Zaubertrick, der das Problem löste?

Der Mangel an qualifizierten Lehrern

Bis heute kann die Industrie nach übereinstimmenden kompetenten Urteilen mit den Absolventen der technischen Regierungsschulen nicht viel anfangen und muß ihre Ausbildung im Grunde von vorn beginne, da auch dem Erziehungsministerium die befähigten Lehrer und Instruktoren fehlten. Das in dieser Notlage 1956 gegründete Gewerbelehrerausbildungsinstitut Heluan litt unter den gleichen Mängeln.

Es entstand die Aufgabe der "Lehrerausbildung für die Lehrerausbildung". Die Zustände an dem genannten Institut zeigen anschaulich, wie schwierig es ist, Erfahrung, Talent und Befähigung in kurzer Zeit aus dem Boden zu stampfen.

Deutsche Berufsschulexperten, die 1958 an dieses Institut berufen wurden, stellten fest, daß der bunt zusammengewürfelte Lehrkörper weder eine einheitliche Vorstellung von dem Institutsziel noch Kenntnisse und Erfahrungen für seinen Aufbau mitbrachte (382). Bezeichnenderweise wurde hauptsächlich sogenanntes Ingenieurswissen vermittelt, ohne pädagogische Anpassung an die spätere praktische Laufbahn der Studenten. Tatsächlich existierten nicht einmal detaillierte und untereinander koordinierte Lehr- und Studienpläne. Der Dozent hat eine Selbständigkeit in der Gestaltung seines Lehrstoffes, die zwar einer deutschen Universität zur Ehre gereicht hätte (aber schon für eine deutsche Fachschule undenkbar ist), unter den vorliegenden Umständen aber völlig fehl am Platze war.

Kein Wunder, daß viele Studenten sich in der Vorstellung wiegten, auch sie würden später die Ränge der Ingenieure ergänzen, wozu sie durch die anfängliche Vernachlässigung der pädagogischen Fächer noch ermuntert wurden. Nur wenige zeigten für den schlechtbezahlten Lehrerberuf inneren Antrieb und Neigungen.

Die akademische Würde war sich in der Werkstattausbildung selbst im Wege. Mit der Notwendigkeit, Krawatte und Kragen mit einem blauen Overall zu vertauschen, fand man sich schließlich deshalb ab, weil Dozenten wie Studenten mit je einem Fuß in der theoretischen und praktischen Ausbildung standen. Mit anderen Worten, der Aufspaltung der Lehrerausbildung in einen Werkstatt- und Theorielehrer, die von deutscher Seite immer wieder gefordert wurde, ging man aus Furcht vor der ägyptischen Denkart aus dem Wege, die den Lehrer an der Drehbank als Diskriminierung und Untergrabung der Standeswürde auffassen würde. Selbst einsichtige höchste Beamte mußten vor diesen Vorurteilen kapitulieren.

Der Entschluß, am Typ eines Einheitslehrers festzuhalten, mußte zwangsläufig zu einer starken Verwässerung der schon schlechten Ausbildung führen. In Deutschland kennt man im gewerblichen Schulwesen sogar drei Lehrertypen für den praktischen, theoretischen und allgemein wissenschaftlichen Unterricht, die verschieden gelagerten Begabungen und Neigungen Raum und Gelegenheit zu höchsten Leistungen lassen. Der ägyptische Einheitslehrer kann dem Nachwuchs nicht ausreichend überlegen sein. Nur wenn er handwerkliches Können jahrelang praktizieren, in der Fabrik am konkreten Objekt beweisen und ständig auf dem neuesten Stand halten kann, wird er sie präzis und mit Sachkenntnis auch vormachen können.

Unangemessenheit der Ausbildung in ökonomischer Sicht

Im Umgang mit dem Begriff Halbbildung ist Vorsicht geboten, er kann nur relativ, im Einzelfall, nach dem sachlichen Bedarf präzisiert werden (383). Im ägyptischen Volksschulwesen wurde dieser Grundsatz mit Erfolg beherzigt. Die technologischen Anforderungen der ehrgeizigen Industriepläne bedingen jedoch unerbittlich ein notwendig hohes Niveau. Andererseits müssen industrielle Arbeiten, Handgriffe und Fertigkeiten entweder richtig, präzis und mit systematischer Überlegung ausgeführt werden, oder man muß auf die Mitwirkung des "Halbausgebildeten" verzichten (384).

Für einfache Verrichtungen können ägyptische Arbeiter in kurzer Zeit angelernt werden, aber nur dafür. Bei jedem neuen Schritt beginnt die Lehre von vorn. Von jener Schicht aber, die dem Heer der Arbeiter voransteht, es lenken und instruieren soll, erwartet man die Fähigkeit, selbständig mit zusammenhängenden Arbeitsgängen fertigzuwerden. Die Patentlösung der Werkstattausbildung in der Schule, die nicht ohne Grund in Industrieländern sehr spät aufgekommen war, erweitert in ihrer Isolierung von der Betriebspraxis die Schwierigkeiten. Der Druck der Marktproduktion, welcher in der Fabrik für den Lehrling, der in sie eingespannt wird, scharfe Arbeitskontrolle, Zwang

zu sauberer, präziser und pünktlicher Ausführung, Unterordnung unter anerkannte Autorität bedeutet, fehlt in der lau und inkompetent betriebenen Schulwerkstatt. Die Lehrerschaft ohne Erfahrung, dem praktischen Unterricht nur mit halber Kraft zugewandt, ihn aus Standesdünkel als notwendiges Übel ansehend, wie soll sie die Praxis kopieren, sich der Arbeitsvorbereitung und -organisation widmen, wie die Werkstätten nach den Erfordernissen der Praxis einrichten und betreiben? Von der Verschwendung knappen Kapitals, das in Form von teuren Maschinen, Apparaten, Werkzeugen, ohne von dessen Leben erfüllt zu sein, sei nur am Rande die Rede.

Wer glaubt, es handele sich hier um leicht überwindbare Anfangsschwierigkeiten, mag in Einzelfällen, in denen es gelingt, hervorragende (jedoch knappe) Kräfte zu engagieren, recht haben. Er vergißt aber die dem System immanenten Mängel im Verhältnis zu seinen Ausmaßen. Die All-Round-Ausbildung für alle verhindert die Bildung eines entwicklungsfähigen Kerns, die Konzentration der Kräfte auf die rasche Heranbildung der notwendigen speziellen Begabungen, die den "Circulus vitiosus" der Erziehung endlich brechen könnte. Betrachten wir die recht interessanten Wirkungen dieses Systems:

Entstehende Mehrgleisigkeit der technischen Erziehung

Es dauerte nicht lange, da griff die Praxis zur "Selbsthilfe". In den neuen Fabriken entstanden Lehrlingswerkstätten, die ein beachtliches Niveau erreichten, weil sie auf die speziellen Bedürfnisse der Arbeit zugeschnitten waren und durch bessere Bezahlung als im Erziehungsministerium die wenigen guten Instruktoren an sich ziehen konnten. Mit ihrer Abwanderung entstand eine fast marktwirtschaftliche Lenkung der knappen Kräfte an die Orte ihrer höchsten "Grenzproduktivität", die "on the spot"-Ausbildung setzt sich in elementarer Weise durch. Zur Zeit bemühen sich drei Bereiche selbständig und ohne Koordinierung um ein eigenes industrielles Ausbildungswesen, das Erziehungsministerium mit seinem verwässerten Mammutsystem, die Industrie (einschließlich des Industrieministeriums) und die Militärfabriken, die in einer besonders bevorzugten Lage sind.

Weder vom Bedarf, der Qualität noch der Fachrichtung her boten sich den Studenten daher Beschäftigungsmöglichkeiten in ausreichender Zahl. Versuche, den Studenten in einheimischen Fabriken ein Industriepraktikum zu verschaffen, scheiterten verständlicherweise, da die Betriebe mit der Ausbildung ihres eigenen Nachwuchses genug zu tun hatten und per definitionem (Ausgangsproblem) dazu nicht in der Lage sein können. Die entstandene Mehrgleisigkeit der technischen Erziehung hat jedoch nicht dazu beigetragen, mit den knappen Mitteln einen maximalen Erfolg zu erzielen.

Die Hypertrophie der höheren technischen Erziehung

Um des Überangebotes an potentiellen Arbeitskräften Herr zu werden, ging man den Weg des geringsten Widerstandes. Von dem Köder eines höheren Diploms, das auch den Angehörigen der Industrieschulen in Aussicht gestellt wurde, läßt sich jeder junge Ägypter einfangen. Mit

Recht konnten die Schüler dieser Schulen sich als Stiefkinder, als negative Auslese betrachten. Als es offenkundig wurde, daß über die industrielle Sekundärschule, die eigentlich Facharbeiter ausbilden sollte, der Weg zur Ingenieurhochschule weiterführte, wählten auch jene Angehörigen des Mittelstandes diesen Zweig, deren Leistungen für eine allgemeine Oberschule unzureichend waren. Mangelnde Ausbildung und Berufschancen an diesen Schulen ließen es geraten sein "zu studieren", sich an einem Höheren Industrieinstitut zu bewerben, der akademische Demonstrationseffekt hielt seinen Einzug.

Diese Institute, dazu berufen, die dringend benötigten Fachschulingenieure, Techniker etc. hervorzubringen, waren jedoch unter ähnlichen, unzulänglichen Voraussetzungen entstanden. Die Studenten setzten sich aus zwei Gruppen mit sehr unterschiedlichem Bildungsniveau zusammen. Die Hauptgruppe bilden Oberschüler, denen der Zugang zur Universität versperrt ist, weil sie die nötige Punktzahl im Abitur nicht erreichten. Andererseits können die Universitäten nur einen geringen Teil der jährlich die Oberschule verlassenden Abiturienten aufnehmen. Die zweite Gruppe rekrutierte sich aus den Industrieschulen, um deren Vorbildung es sehr schlecht bestellt ist. Die Universität blieb unverändert der traditionelle Magnet, ihr Ansehen diskriminierte gleichzeitig den jüngsten Zweig der höheren Erziehung, das technische Ausbildungswesen.

Lange Zeit war wenigen klar, welche konkreten Ergebnisse die Höheren Industrieinstitute bringen sollten, ihr Ruf war ebenso gering wie die künftigen Aussichten ihrer Absolventen. Die erwähnten Ausbildungsziele lagen in unerreichbarer Ferne. Der fehlerhafte Kreis der Erziehung begann sich zu schließen.

Unter dem Druck dieser Umstände sah sich die Regierung zu der folgenschweren Konzession gezwungen, allen Höheren Instituten den Universitätsrang zu verleihen. Von allen möglichen Maßnahmen war diese die schlechteste. Die Illusionen, die man sicher mit einem Augenzwinkern verbreitet, kommen einer äußeren Beruhigung, nicht aber dem eigentlichen Ziel zugute, von dem man sich entfernt.

Die volle Berufung von Hochschullehrern der großen Universitäten an diese Provinzinstitute mißlang. Abgesehen davon, daß wenige von ihnen geneigt waren, ihre Karriere an der Fakultät und das Leben in Kairo mit einem fragwürdigen Pionierdasein in der Provinz zu vertauschen, war wiederum nach dem Knappheitsprinzip eine Versetzung in größerer Zahl undurchführbar, wollte man die Leistungsfähigkeit der Universitäten, die ebenfalls ständig erweitert wurden (385), nicht gefährden. Man begnügte sich mit einem Kompromiß. Der Hochschullehrer verpflichtete sich, nur jeweils einige Vorlesungen an einem oder zwei Wochentagen zu halten, jedoch wurde er auf diese Weise nur wenig mit den Problemen, den spezifischen Schwierigkeiten von Institut und Studenten, vertraut.

Am nachteiligsten wirkte sich aus, daß die Verbesserung des von ihnen erteilten theoretischen Unterrichts wiederum nur den Drang zur Theorie, d. h. aber in Ägypten den Drang nach einer der Würde der Univer-

sitätsausbildung entsprechenden Stellung verstärkte. Denn der Hochschullehrer verfügte ja ebenfalls nicht über das, was die Institute nach ihrer Bestimmung am dringendsten gebraucht hätten: die praktische betriebliche Erfahrung, die auch in Europa in der Regel nur der Fachschul-, nicht aber der Diplomingenieur erwerben muß. Damit wird die noch in ihren Kinderschuhen steckende praktische Ausbildung zwangsläufig weiter verschlechtert. Aus Angst vor einem halbgebildeten Proletariat erzeugt man die Tendenz zu einem akademischen Proletariat.

Technische Entwicklungshilfe - ein Ausweg?

1958 begann Ägypten in der Absicht, seinem überdimensionierten Apparat der technischen Erziehung neues Leben einzuhauchen, sich schwerpunktmäßig an der Bundesrepublik zu orientieren, in die heute mehr als die Hälfte aller ägyptischen Studenten, Praktikanten etc. entsandt werden.

Die übliche Methode des Praktikums im Industrieland zu Lasten einer Beratung und Anleitung an Ort und Stelle überwiegt. Die Umwälzung, die durch die Praktikantenprogramme gebracht wurde, besteht darin, daß nicht mehr eine gezielte ausgewählte Elite aus speziellen Mangelberufen, vom Laboratorium oder der Werkstatt weg ins Ausland fährt.

Alle Studenten von sechs Höheren Industrie- und Landwirtschaftsinstituten (darunter das Gewerbelehrerinstitut Heluan, im Durchschnitt jetzt jährlich 700 - 900 Studenten), leisten ein etwa 10-monatiges Praktikum in der Bundesrepublik ab. Zwei weitere Monate sind dem Sprachunterricht beim Goetheinstitut gewidmet (386). Dieses Praktikum ist fester Bestandteil der Studienordnung und fällt jetzt etwa in die Mitte der Ausbildung. Ihrem Milieu nach stammen die Studenten nicht mehr nur von jener schmalen Oberschicht her, die oft ihre Söhne nach Europa schickte, sondern sie kommen auch aus mittelständischen Familien, die noch sehr stark in den alten Traditionen verwurzelt sind.

Bedauerlicherweise stellt das Praktikantenjahr die einzige Form der deutschen Mitwirkung (387) an der technischen Ausbildung dar. Angesichts des Zustandes, in welchem sich diese Institute befinden, hätte man bei ihrem Aufbau, angefangen von der Ziel- und Studienplanbestimmung bis zur Werkstattausbildung, beginnen müssen (Entsendung von Experten). So kamen die Studenten fachlich und innerlich unzureichend vorbereitet nach Deutschland. Dabei ist es an sich schon schwer, sie außer mit guten Grundkenntnissen in der deutschen Sprache auch mit einem realistischen Gepäck von Vorstellungen über Sitten, Gebräuche, Arbeitsweise und alltägliche Verhaltensweise in Deutschland auszurüsten und ihr Deutschlandbild von der Illusion in die Wirklichkeit überzuführen. Noch viel wichtiger als der Erwerb der industriellen Fertigkeiten, um dessentwillen man sie nach Deutschland schickte, und neuer innerlicher Haltungen, z. B. Pünktlichkeit, Sauberkeit, Präzision in der Arbeit, Sparsamkeit in der Materialver-

wendung, um nur einige Arbeitstugenden zu nennen, oder Selbständigkeit und Initiative im Handeln, um wesentliche soziokulturelle Tugenden zu zitieren, ist ihre dauernde Erhaltung und Pflege. Kommt der Student nach diesem kurzen Jahr in das Milieu des Institutes und des Landes zurück und waren seine Eindrücke nicht nachhaltig genug, besteht die große Gefahr, daß er in die alten Fehler und Gewohnheiten seiner Umgebung wieder zurückfällt.

Die Bestimmung, das Auslandsjahr allen Studenten als selbstverständliches Recht zu gewähren, beseitigt Ansporn und Eifer zu besonderer Leistung, die Triebfeder des "Wettbewerbs" fehlt.

Die Wirkungen der Praktikantenzeit in Deutschland

Die Erfahrungen, die nun aus mehreren Jahren vorliegen, sind recht aufschlußreiche und das Typische, das sich für das Thema der langwierigen Umerziehung herauskristallisiert, ermutigt uns, einige originäre Quellen zu Wort kommen zu lassen. Es wurde zugegeben, daß ein reibungsloser Verlauf der Ausbildung nur in knapp 40 % aller Fälle festzustellen ist (388). Hier einige Auszüge aus dem Bericht über die Erfahrungen mit Baupraktikanten:

Von den Vorstellungen über Arbeit in der Bauindustrie:

> "Einzelne Praktikanten sind offenbar mit der Überzeugung nach Deutschland gekommen, hierzulande würden die Häuser mit Maschinen gebaut. Sie beanstandeten, daß ihre Tätigkeit reine Handarbeit sei. Andere versicherten ihre Bereitschaft, alle Arbeiten zu verrichten, bei denen sie "lernen" könnten."

Zur Fähigkeit, Zusammenhänge zu sehen und sie einzubeziehen:

> "Jede Darstellungs- und Überzeugungsgabe versagt indessen gegenüber den Meinungen der Praktikanten, was im einzelnen Fall zur beruflichen Ausübung dazugehört. Die Maurer unter ihnen sind davon überzeugt, ein Maurer habe nur zu mauern; das Herbeischaffen des Baumaterials, die Zurichtung und der Abbau der Baustelle gehöre nicht zu ihrem Fach. Beim Betonieren begreift kaum ein Praktikant die Notwendigkeit, daß sich jeder Arbeitsgang aus dem Einschalen, dem Betonieren, dem Entschalen und dem Umbau des Verschalungsmaterials zusammensetzt. Wohl folgen sie dann mit großem Interesse dem Betonieren selbst, die dazugehörigen Arbeiten verrichten sie nur unter Murren und ohne jedes Interesse."

Wie steht es mit den außerfachlichen Früchten des Deutschlandaufenthaltes? Hierzu zitieren wir aus einem anderen Bericht: (389)

> "War aus manchen Gesprächen zu entnehmen, daß die Praktikanten ausschließlich zum Zwecke ihrer beruflichen Ausbildung nach Deutschland gekommen waren und dabei wiederum nur den engen technischen Sektor des eigenen Berufs sahen. Von der Erkenntnis, daß der Deutschlandaufenthalt allgemein mit der notwendigen Überwindung von Schwierigkeiten menschlicher Art, Anpassungsproblemen und dem Kennenlernen eines fremden Landes verbunden ist und deshalb auch allgemein wertvoll sein kann, ging kaum einer der

Praktikanten aus."

Die große Mehrheit reduzierte die Bilanz ihres Aufenthaltes auf einen Satz utilitaristischer Erfahrungsregeln. Geistige Werte, Ideen drangen höchstens als die Empfindung des Andersseins in den Vorhof ihres Bewußtseins, ohne zu Erkenntnissen kristallisiert zu werden.

An Deutschland faszinierten seine Technik, der Wohlstand, die Sauberkeit und Ordnung in einem ganz äußerlichen Sinn. Sicher bleiben eine Fülle menschlicher, persönlicher Bindungen, zahlreiche Erlebnisse zurück, welche die Sympathie für das Gastland stärken. Überwältigt wurden fast alle von dem Ausmaß an persönlicher Freiheit, das sie in einem Land noch immer strenger mohammedanischer Sitten und enger Familienbindungen nicht gekannt hatten. Aber für selbständige Lebensweise, vernünftigen Gebrauch der "Freiheit" waren sie kaum vorbereitet. Zwar litten sie weniger unter Vereinsamung und Kontaktlosigkeit, dem Kardinalproblem von Studenten aus Entwicklungsländern, die an deutschen Universitäten studieren, weil sie in den Fabriken in ein ihn gemäßeres Milieu kamen, jedoch verführte die Ungebundenheit sie häufig zur Vernachlässigung ihrer Pflichten. Immerhin übt diese weitgehende Freiheit, die das Leben in Westeuropa bietet, eine gewaltige Anziehungskraft aus - z. B. sind Studienaufenthalte in Ostblockländern aus diesen Gründen sehr wenig beliebt - und es bedürfte nur systematischerer Anstrengungen, dieses Verlangen in die rechten Bahnen zu lenken.

Sind aber die Meisten nicht in der Lage, mit dem Neuen, innerlich und geordnet fertigzuwerden, kann das Bildungserlebnis des Praktikantenjahres sogar frustrierend auf ihre Entwicklung wirken. Die Unruhe, in welche sie durch den Vergleich der Verhältnisse kommen, wird von Trotzreaktionen überdeckt.

Eine weitere unerwünschte Wirkung zeigt sich in dem Trachten vieler Studenten, für immer in Deutschland zu bleiben, was fast immer einem kleinen Teil gelingt, oder schnellstens wieder dahin zurückzukehren. Die Leichtigkeit, mit welcher sie als Praktikanten mehr als das Doppelte oder Dreifache von dem zum Leben hatten, was sie lange Jahre nach Abschluß ihrer Berufsausbildung in Ägypten verdienen würden, wirkte niederschmetternd. Die Unfähigkeit, Zusammenhänge und Maßstäbe zu gewinnen, läßt sie in der Heimat nur die Schwächen und Fehler sehen. Die an sich fruchtbare Erfahrung einer Erkenntnis der eigenen Rückständigkeit war zu stark dosiert. Die meisten von ihnen können und werden keine Reformatoren sein. Der Ansatz zu kritischer Aufgeschlossenheit und positiver Unruhe erreicht nur das Stadium, in dem das Fremde einfach als vorbildlich anerkannt wird. So fallen die meisten in die Konformität zurück, die sie von altersher gewöhnt sind.

Es wurde absichtlich die Lage der Mehrheit geschildert, die das pessimistische Bild rechtfertigt, die es uns gleichzeitig als typisches Symptom und Beispiel eines nur langsam voranschreitenden Wandels vor Augen hält. Alles, was aber negativ von dem System der Massenverschickung gesagt wurde, kann für eine sorgfältig ausgewählte Minderheit sich in Vorteile verwandeln. Die Frage, warum nicht z. B. nur

20 % der Studenten diese Chance auf längere Zeit erhielten und die freiwerdenden Mittel für die Entsendung von Experten in das Entwicklungsland für die Ausbildung an Ort und Stelle benutzt wurden, führt - gerade weil die Folgerung so offensichtlich und zwingend erscheint - auf die übergeordnete Problematik dieser Form der Entwicklungshilfe von Staat zu Staat zurück, die mit ein Symptom des Verkehrs verschiedener Wirtschaftsordnungen ist.

Wir wollen unsere Erfahrungen in folgenden Punkten zusammenfassen:

1) Die staatliche Form der technischen Entwicklungshilfe, in welchen Formen sie auch gewährt werden möge, hat bisher noch nicht ihre Überlegenheit über die traditionellen Wege, die weiter ausgebaut werden sollten, bewiesen. Die wert- und wirkungsvollste Form, die sowohl gutes Fachwissen, Erfahrung und lange solide Bindungen schafft, bleibt noch immer die Entsendung von einzelnen, schon tätigen Fachleuten aus ihren Betrieben, Laboratorien, Banken, die direkte Verbindung von Geber und Nehmer (zwischen Firma und Firma). Ähnliches gilt für Fachstudien, Studienaufenthalte und für das Studium an einer ausländischen Universität überhaupt, wo sorgfältig, sparsam und auswählend vorgegangen werden kann.

Es ist die ökonomischste Methode. Das Prinzip der Beseitigung der jeweils dringendsten Engpässe in Bezug auf Arbeitsqualifikationen wird am besten gewahrt. Die gezielte Ausbildung - sei es im In- oder Ausland - kann besser vorbereitet, individuell zugeschnitten und leichter überwacht werden. Die erworbenen Kenntnisse müssen in der Regel nachher sofort praktisch bewiesen werden und sich bewähren. Kleine Gruppen können im Ausland sorgfältiger betreut und unterstützt werden, der Einzelne gewinnt schneller größere Sicherheit in seinem Fach. Indem die Ausbildung oder das Studium sich über mehrere Jahre erstrecken, kann fachlich und außerfachlich eine tiefere und kritischere Begegnung, ein anderes Verständnis der Umwelt, ein höherer Grad der "Verwestlichung" (im Sinne typischer Verhaltensnormen in einem Industrieland) erreicht werden. Die Vertrautheit mit dem technischen System des Gastlandes vertieft und verlängert praktische Beziehungen. Schließlich sichert man sich in fachlich hohe Anforderungen stellenden Berufen Sympathie, Freundschaft und Einfluß von Gruppen, die in ihrem eigenen Land zur Elite zählen und auf deren Meinungsbildung es ankommen wird.

Der noch heute auf Schritt und Tritt spürbare französich-britische kulturelle Einfluß wurde von jener Elite getragen, die längere Zeit in diesen Ländern verbracht hatte. Das Streben nach den bewunderten Errungenschaften Europas hatte ja Ägypten in ein eigenartiges Haßliebeverhältnis zum Westen gebracht, unter dessen Spannungen man als gelehrige Schüler Nutzen auch aus außerfachlichen Früchten zog, wenn man unter der Flagge von Nationalismus, Demokratie und Unabhängigkeit den westlichen "Imperialismus" mit ausgesprochen westlichen Ideen bekämpfte. Warum sollte sich das nicht wiederholen?

Das langjährige Auslandsstudium verlangt ex definitione von dem Studenten, sich mit der Sprache und der Kultur des Landes weiterge-

hend vertraut zu machen. Unbewußt schafft er sich damit die Voraussetzungen, in die Denkweise und Lebensart eines Industrielandes tiefer einzudringen. All dies bleibt im kurzfristigen Praktikum unerfüllt.

2) Die Schwierigkeiten staatlicher technischer Entwicklungshilfe, die beim Hilfe gewährenden Land liegen, resultieren aus dem Umstand, daß die Hilfsprogramme allein auf Regierungsebene entworfen und beschlossen werden. In der Praxis liegt die Hauptlast und -verantwortung für das Zustandekommen und die Durchführung bei den örtlichen Auslandsvertretungen, d. h. z. B. Probleme technischer Erziehung fallen bezeichnenderweise in die Kompetenz der Kulturabteilungen, sind ein Teil der Kulturpolitik. Unseres Erachtens ist man sich der Folgen aus dieser Tatsache noch nicht genügend bewußt. Mit einem Schlage wurde die traditionelle Auslandsvertretung mit für sie völlig neuartigen, ihren bisherigen Verantwortungskreis sprengenden Aufgaben, Problemen, Entscheidungen belastet, denen sie aus Mangel an Erfahrung, Sachkenntnis und Kontakt mit der vielfältigen Praxis einfach nicht in der adäquaten Weise gewachsen sein konnte. Der Routinediplomat unterliegt der verständlichen Neigung, auf die er ja sogar verpflichtet ist, die von ihm angeregten und zustandegebrachten Programme, die auf sein Erfolgskonto zu schreiben sind, unter übergeordneten allgemeinen und speziellen Gesichtspunkten zu betrachten. Sehr oft stehen diese Ziele in wahrhaft antinomischem Verhältnis zu den sachlichen Problemen der Entwicklungshilfe. Um der kulturpolitischen Erfolge willen hat man oft nicht den Mut, die Ambitionen des Partnerlandes zu kritisieren, realistischere Programme vorzuschlagen, und mindert, indem man sich aus Angst vor der Konkurrenz den Wünschen allzusehr beugt, die echten Erfolgsaussichten der Arbeit. Die von uns kritisierten Praktikantenprogramme sind dafür ein recht anschauliches Beispiel. Um optischer und statistischer Erfolgsmeldungen willen unterblieben die komplementären Maßnahmen, mit denen ein tiefergreifender Erziehungseffekt hätte angesteuert werden können. Diese Unterlassungssünden könnten später einmal wie ein Bumerang auf das gebende Land zurückfallen. Prestigeerwägungen mögen ephemer zu Buche schlagen, in der Endbilanz werden allein Erfolge über das Verhältnis von Einsatz und Resultat entscheiden. Offensichtlich sind aber staatliche Programme im Rahmen allgemeiner Erziehungsinstitutionen ungleich der Arbeit an konkreten Firmenprojekten zunächst nicht mit den unerbittlichen Gradmessern der Rentabilität ausgestattet. Damit kann, um ein Analogon zu wählen, die Tendenz zum "Gleichgewicht" längerfristig außer Kraft gesetzt, ja negiert werden.

3) Auch auf Seiten des Hilfe empfangenden Landes häufen sich die Hindernisse. Mißtrauen, Furcht vor "Einmischung in die inneren Angelegenheiten" und neokolonistischer Beherrschung, die Ansicht, die Industrieländer wollten ihr "Wissenschaftsmonopol" nicht preisgeben und wünschten nur einen begrenzten Fortschritt und dies sei der Hauptgrund, weshalb sie so oft zur Mäßigung und bescheidenen Vorhaben rieten, sind die schwerwiegendsten Faktoren, die einer sachlichen Arbeitsatmosphäre im Wege stehen. Andererseits hat man sich daran gewöhnt, aus dem ost-westlichen Wettbewerb einen reichen Hilfssegen

als selbstverständlichen Tribut hinzunehmen und begegnet wenig Widerstand und Kritik an eigenen Plänen. Diese werden aus Rücksicht gegenüber der nationalen Souveränität eilfertig respektiert, als unvermeidliches Datum in die Rechnung der gebenden Länder eingesetzt, sehr zum Schaden des Entwicklungslandes selbst. Auf diese Weise wird fast gesetzmäßig die Verschwendung und unwirtschaftliche Anlage von kostbaren Entwicklungsmitteln, letztlich von Steuergeldern der Bürger in Industrieländern, institutionell verankert.

Die drückende Last dieses äußeren Rahmens beeinträchtigt zuletzt die eigentliche Arbeit und Durchführung der Programme erheblich, die ohnehin ständig mit einer Reihe schwierigster typischer Probleme zu rechnen und zu kämpfen hat. In der Praxis stellt sich leider heraus, daß auch die wünschenswerte Beratung und der Aufbau tauglicher technischer Erziehungseinrichtungen im Land selbst ein dornenvoller Pfad ist.

Der ausländische Experte muß in der Regel wahre Wunder an Diplomatie, Geduld, Einfühlungsvermögen vollbringen, damit seine Ideen und Kenntnisse eine Chance haben, sich durchzusetzen. Er kommt als Reformator aus dem Ausland und muß wohl oder übel unangenehme Dinge sagen, die manche Interessen gefährden. Wer beugt sich dem gern und willig in der Überzeugung, daß alles so zum besten gerate? Nie wird ihm z. B. der Ägypter widersprechen, er wird ihn stets höflich und gastfreundlich aufnehmen, jedoch weiß der Berater selten mit Sicherheit, ob er hinter dem Schleier der Komplimente seinen Partner von den Erfordernissen des neuen Arbeitssystems überzeugt hat und noch seltener, ob dieser die Dinge verstanden hat und auch später, nach seinem Weggang, wirklich danach arbeiten wird oder in die alten Gewohnheiten zurückfällt. Sprachliche Schwierigkeiten, die Unterschiede des Bildungsniveaus und der Kulturen tun ein übriges, die Verständigung zu erschweren. Der ideale Experte müßte mit den Landesverhältnissen, der Kultur und der Sprache gut vertraut sein, eine Bedingung, die nur in Einzelfällen erfüllbar und ein Geschenk ist. Leute von dem Schlage, der bereit ist, lange Jahre in einem Entwicklungsland zu verbringen, können nur wenig aufgetrieben werden. Das Dilemma ist, daß selbst der beste Experte in seinem Fach für die heiklen Aufgaben im Ausland ungeeignet sein kann, bzw. erst nach ein oder zwei Jahren soviel Erfahrung und Vertrautheit mit den Problemen seiner Arbeit und den menschlichen Fragen gewonnen hat, daß er erst dann, jedoch dann in ständig steigendem Maße erfolgreich und wirkungsvoll tätig sein kann, wenn er in der Regel schon wieder an die Rückkehr in die Heimat denkt.

Zu dem Wie der Entwicklungshilfe, die wir in den nächsten Jahrzehnten in viele Länder vergeben wollen, kommt die noch nicht in Angriff genommene Frage ihrer Träger. Bezeichnenderweise hat in Deutschland bisher nur die Industrie, die hier unter viel schärferem Druck von Kontraktfristen etc. steht, sich mit dem Problem einer sorgfältigen Vorbereitung und Auswahl für den Auslandsdienst befaßt, nachdem es vielerlei Pannen gegeben hatte. Ein untauglicher Mitarbeiter kann im Ausland mehr an Goodwill und Sympathie zerschlagen, als zehn

andere mühsam davon anhäufen. Auch von dieser Seite her scheint es gefährlich, sich auf riesige Projekte einzulassen, ohne über die geeigneten Persönlichkeiten zu ihrer Verwirklichung zu verfügen.

2) Analyse aus den Eigentumsformen: Die Sektoren der ägyptischen Wirtschaft

Wenn auch in Ägypten die rechtliche Voraussetzung jedes wirtschaftlichen Tauschaktes, die Verfügung über Eigentum, geschützt ist und in der Regel Eigentümer und über Eigentum Verfügender zusammenfallen, hat die Industrialisierungspolitik, soweit sie Mischformen der Eigentums- und Initiativträger bevorzugte, sich eines Mittels bedient, das für die Martwirtschaft an sich legitim und in der modernen Wirtschaft weit verbreitet ist. Da die Mannigfaltigkeit der Betriebs- und Rechtsformen, die wir heute in Ägypten vorfinden, echte Selbständigkeit von Wirtschaftseinheiten bedeutet, die Planung keine Monoform von Eigentum und -verfügung geschaffen hat, erhält eine Analyse der Eigentumsformen einen Sinn.

Staatliche Initiative und Ausdehnung des öffentlichen Eigentums sind nicht immer identisch. Um die Ausdehnung öffentlicher Eigentumsformen, ihre Bedeutung und möglichen Gefahren in einem Entwicklungsland richtig einzuschätzen, muß ihre Konstituierung unter dem Gesichtspunkt der strukturellen Situation berücksichtigt werden, die mancherlei Abweichungen von den Verhältnissen der Industrieländer aufweist.

Wichtigstes Phänomen ist das Anwachsen des öffentlichen Eigentums als Folge vermehrter Aktivität, nicht aber von Verstaatlichung vorhandener Initiative (390). Seine Funktionen sind folgende:

a) Ein Teil des öffentlichen Sektors, ohne welchen auch eine moderne Marktwirtschaft nicht denkbar ist, mußte in Ägypten erst geschaffen werden.

b) Ein anderer Teil, in welchem der Staat profitorientiert arbeitet, würde ohne staatliches Eingreifen nicht zustande kommen.

c) Der dritte Teil vermehrt das öffentliche und private Eigentum gleichzeitig, denn die gemischten Eigentumsformen, die sich als juristische Personen zusammenfassen lassen, ermöglichen selbständige Verfügung über öffentliches Eigentum.

Dieser letzte Sektor, "geplanter Privatsektor" genannt, gibt der "Mixed Economy" Ägyptens ihr spezielles ordnungsmäßiges Gepräge. Seine Konstituierung hat folgende ordnungspolitisch relevanten Funktionen:

1) Sie ermöglicht die marktwirtschaftliche (privatrechtliche) Form, ohne auf die noch notwendigen Erziehungs- und Kontrollrechte zu verzichten, d. h. sie geht davon aus, daß so ein relatives Höchstmaß an Elastizität und Unabhängigkeit der Wirtschaftsführung erreicht wird.

2) Sie soll für die industrielle Investition werben, Vertrauen in die Sicherheit und Rentabilität der Projekte schaffen (391). Auch diese

Funktion kommt dem entsprechenden öffentlichen Sektor in einem Industrieland nicht zu.

3) Die gemischtwirtschaftliche Form erspart die Abgrenzung zwischen dem, was die Privaten und der Staat tun sollten oder nicht. Im Gegensatz zur indischen "Mixed Economy", die nach vagen "sozialistischen" Prinzipien ausgedehnte Tätigkeitskataloge für den Privat- und öffentlichen Sektor aufstellte, richtete sich die ägyptische "pragmatische" Haltung nach den Möglichkeiten der Kapitalaufbringung etc., aus der keine festen Abgrenzungskriterien entstehen.

Die Grundzusammenhänge zwischen steigender Kapitalintensität, Risikograd und Langfristigkeit der Projekte und steigendem Regierungskapital gelten nur tendenziell mit erstaunlichen Ausnahmen, die sich aus der möglichen Nichtidentität von staatlicher Initiative und der Eigentumskategorie ergeben (392).

Die Determinanten des gemischtwirtschaftlichen Sektors unterscheiden sich grundsätzlich von denen eines Industrielandes mit oder ohne sozialistische Tendenzen. Die marktwirtschaftliche Grundorientierung soll durch den ägyptischen Planungstyp nicht beseitigt werden. Bisher gibt es noch keine - vor allem keine offiziell vorliegenden - schlüssigen Beweise dafür, daß etwa nur die Fiktion einer grundsätzlich marktwirtschaftlichen Ordnung aufrechterhalten werden soll, obzwar Teile der Geschäftswelt sich eine solche Tendenz einreden.

3) Analyse aus der Gesellschafts- und Staatsordnung

Ägypten war eines der ersten Entwicklungsländer, die nach dem zweiten Weltkrieg den Anspruch auf beschleunigte Industrialisierung durch eine nationalistische Revolution bekundeten, die eine inzwischen typisch gewordene Form - die sogenannte Militärdiktatur - annahm. Am Anfang stand die Änderung der Staatsordnung, die Autorität, Macht und Kontinuität brachte. In einer "Mixed Economy" erwarten wir logisch eine Mischung der Staatsordnung, obwohl sie uns nach europäischen Erfahrungen undenkbar erscheint, weil der staatstheoretisch entscheidende Prüfstein in der reifen Massengesellschaft die Legitimation der Staatsgewalten geworden ist, für welchen es zwischen Demokratie und Diktatur keine Kompromisse gibt. Für Entwicklungsländer wäre ein solch zugespitztes Einteilungsprinzip unfruchtbar. Die Stimmen mehren sich, die einem aufgeklärten Regime von Militärs, soweit sich in ihnen die reformfreudigsten Persönlichkeiten sammeln, nicht mehr völlig ablehnend gegenüberstehen.

An dieser Stelle sei daran erinnert, daß auch die lange Geschichte europäischer Staatstheorien und -wirklichkeit bewußt oder unbewußt voll von Beziehungen zwischen Staatsform und Entwicklungsstand steckt (393).

Die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes in Ägypten wäre, wenn man den geistigen, sozialen und politischen Horizont der Massen berücksichtigt, sicher schädlich. Die Frage ist, welche Ordnung noch wirksame Dämme gegen die Fluten der inneren und äußeren Gärung errichten kann, in welche die Massen Asiens und Afrikas jetzt geraten. Die nationalistische Diktatur, die unter gemäßigten Auspizien die unver-

meidliche Flut kanalisiert, ihre Richtung bestimmt, indem sie sich an ihre Spitze setzt, scheint, auch wenn sie sich zuzeiten wild und demagogisch gebärden mag, noch nicht die schlechteste Lösung. Mit Recht konnten die Offiziere um Nasser dem Faroukchen Treibhausparlamentarismus vielfältiges Versagen, Interessengebundenheit und Kapitulation vor den Entwicklungsaufgaben vorwerfen. Was alles an Vorwürfen gegen den "Pharaonen Nasser am Nil" man anhäufen mag, sicher hat sein Regime wie keines zuvor unendlich viel an Kräften und latenten Energien geweckt, gestärkt und ermutigt.

Das heutige Ägypten steht seiner Wirklichkeit nach zwischen den Polen. Bevor wir diese unter die Lupe nehmen, sei die Front nach der anderen Seite, der volltotalitären Staatsform abgegrenzt. Wie der Demokratie möchten wir auch ihr die Adäquatheit für das jetzige Entwicklungsstadium absprechen, da sie in der Regel nur Schein- oder Schwerpunkterfolge erzielt, die darüber hinwegtäuschen, daß die eigentlichen Probleme der Erziehung zur Reife und Selbständigkeit noch nicht in Angriff genommen werden.

Hier seien nur zwei geistige Grundlagen der Gewaltlösung erwähnt. Die menschenverachtende Resignation einer Art Machiavellismus, die an der Erziehungsfähigkeit des Menschen zweifelt und nur seine fachlich begrenzte Schulung für möglich hält, trat uns in der Gestalt des Mohammed Ali entgegen, für welchen die Menschen nur Werkzeuge für die höheren Zwecke der Autorität waren. Wir hatten im einzelnen untersucht, weshalb sein Werk bald nach seinem Tod wieder zerfiel.

Eine andere Wurzel der Gewalt ist heute die Doktrin des Kommunismus, die erst in jüngster Zeit als Entwicklungsideologie für rückständige Völker in Mode gekommen ist. Davon war zur Zeit der Systembildung nicht die Rede.

In vereinfachter Weise hat die sogenannte materialistische Geschichtsauffassung zum ersten Mal die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und Gesellschaftsordnung einerseits und dem Entwicklungsstand der Gesellschaft bewußt gesehen. Wir erwähnen diese theoretische Grundlage des Kommunismus, die eine Stufentheorie dieser Beziehungen bringt, hier nur deshalb, weil in ihr der Kommunismus als Ordnungssystem erst durch den gesetzmäßigen Zerfall einer bereits hochindustrialisierten kapitalistischen Wirtschaftsgesellschaft entsteht, d. h. das Ordnungsprinzip des Kommunismus wird erst als "strukturadäquat" bezeichnet, wenn die Gesellschaft bereits technisch und ihrem Bildungsstand nach in der Lage ist, einen materiellen Überfluß an Gütern zu erzeugen (394).

Der Kommunismus kam aber bis heute in noch keinem hochindustrialisierten Land, sei es "gesetzmäßig", sei es durch Zustimmung der Mehrheit oder die proletarische Revolution an die Macht. In Rußland, das sich noch im Übergang zum Kapitalismus befand, mußten sich die ersten kommunistischen Praktiker mit dem schwierigeren Problem befassen, wie eine Industriegesellschaft zu schaffen ist. Darüber war in der Doktrin nichts zu finden! Die Elemente des Rezeptes sind nur zu bekannt. Die Planungsmaschinerie degradierte das Entwicklungs-

problem zu einem technischen Vorgang, dessen menschliche Grundlagen manipulierbar sind. Dieses Industrialisierungsrezept hat den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungsstand nicht in seine Analyse einbezogen, denn es kennt für alle Länder, Kulturen, Religionen, Haltungen und Werte nur ein System, in dem alle Unterschiede verschwinden. Dieser genetische Aspekt bestärkt uns in der Ansicht, in der totalitären Ordnung keine strukturadäquate Lösung zu sehen.

Die heutige ägyptische Staatsform

Eine Analyse der ägyptischen Verfassung, die wie in den meisten autoritären Staaten formell demokratisch aufgebaut ist, bringt uns nicht weiter, da Nassers Persönlichkeit als Staatsoberhaupt souverän die gesamte Politik bestimmt.

Versuche, dem Land in den ersten Jahren ein arbeitsfähiges Parlament zu geben, dessen Mitglieder zur konstruktiven Arbeit zu erziehen, waren nicht nur gescheitert, weil oppositionelle Stimmen laut wurden. Zur Stabilisierung der Regierungsautorität, zur Durchführung und Durchsetzung der Regierungsziele setzte Nasser die staatlichen Machtmittel zwar rücksichtslos ein - er schaltete in den ersten drei Jahren die alte politische Elite Schritt um Schritt aus, radikale innenpolitische Gegner wie die Kommunisten verschwanden sogar in Gefängnissen, es besteht Briefzensur, Geheimpolizei, eine relativ gleichgeschaltete Presse (395), Reisebeschränkungen für Ägypter ins Ausland u. ä. -, jedoch kann die ägyptische Diktatur sich in keiner Weise mit den bekannten totalitären Regimen Europas messen.

Ein Teil der Zwangsmaßnahmen erklärt sich aus dem arabisch-israelischen Verhältnis und der Furcht vor der Wiederholung eines Suezabenteuers. Das innenpolitische Klima ist an sich milde. Da von den Beschränkungen wichtiger politischer Rechte nur wenige alte Berufspolitiker betroffen werden, vollzieht sich das Privatleben der unpolitischen Masse in allen Schichten so gut wie ungestört. Von den erwähnten Reisebeschränkungen werden nur die Wohlhabenden betroffen, jedoch helfen auch hier persönliche Beziehungen. Andererseits besteht - im Gegensatz zu allen Ostblockstaaten - für Auslandsstudium, Praktikantenaufenthalte, Arbeit im Ausland, Geschäftsreisen und Reisen aus Gesundheitsrücksichten und für alte Leute über 60 Jahre eine fast unbeschränkte Freizügigkeit. Es ist erstaunlich, welche Möglichkeiten der studierenden Jugend und dem fachlichen Nachwuchs heute in Ägypten offenstehen, sich auf eigene, der Eltern Kosten, mit Staatsstipendium oder ausländischer Hilfe in fremden Ländern umzusehen. Der Hauptstrom der Studenten ergießt sich noch heute in westliche Länder, unter denen die Bundesrepublik den höchsten Anteil aufnimmt (396).

Der sprachenkundige Ägypter wird durch ausländische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher in den Hauptsprachen und selbst aus England und Frankreich, die überall zum Verkauf ausliegen, für die gelenkte Presse entschädigt.

Die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen der Menschen untereinander werden streng durch die Vertragsfreiheit und das Privatrecht geregelt. Niemand kann zu irgendeiner Arbeit oder Funktion zwangsverpflichtet werden, das Regime hat im Grunde allein das Mittel der Überzeugung, Erziehung und Propaganda und vor allem des materiellen Anreizes, um Einzelne oder Gruppen in Bewegung zu bringen.

Unter diesen Methoden hat sich die Spekulation auf den menschlichen Erwerbstrieb am besten bewährt, was in einem Lande, das noch vieler einträglicher Arbeitsplätze ermangelt, nicht verwunderlich ist. Die Kapitalbildung durch Zwangsarbeit scheidet aus. Wenige Versuche, freiwillige Opfer der Bevölkerung zu erhalten, wie sie sich z. B. in Aufrufen an die Jugend äußerten, an der Verbreiterung des Suezkanals mitzuhelfen, nahmen ein klägliches Ende.

In Ausnahmefällen, die sich meist aus der Natur eines Anstellungsvertrages (z. B. Staatsdienst) ergeben, wurden härtere Bestimmungen notwendig. Sie drehen sich meistens um die leidige Versetzung in eine Provinzgegend, die weit von Kairo oder Alexandrien entfernt liegt. Als alle moralischen Appelle fruchtlos verhallten, mußte man schließlich Lehrer, Ingenieure, Ärzte nach ihrem Studium auf zwei bis drei Jahre zu einer Staatstätigkeit in der Provinz zwingen, ehe sie ihren Arbeitsplatz frei wählen konnten.

Das Erlebnis des heutigen Ägypten bestätigt die Möglichkeit, straffe Autorität und einen beträchtlichen Freiheitsspielraum miteinander zu verbinden. Schließlich ist dem Individuum durch die privatwirtschaftliche Grundlage der Wirtschaft persönliche Unabhängigkeit gegeben. An der Grenze beider Bereiche zeigen sich im staatspolitischen Raume Mischformen an, die weniger von immanenten Tendenzen als vielmehr von den Entwicklungsfunktionen der Staatsordnung bestimmt sind:

1) Der Zug zur Dezentralisierung

Es blieb der Regierung Nasser vorbehalten, das seit altersher streng zentralistische Verwaltungssystem, unter dem die Provinzen nie ihre Eigenständigkeit entfalten konnten, zu lockern. Die Neuordnung gibt den Provinzen erst in jüngster Zeit ein viel höheres Maß an Selbständigkeit und Eigenverantwortung, sichtbar z. B. in der jetzt weitgehend autonomen Entscheidung über Verwendung lokaler Budgetmittel, in der Stärkung der lokalen Schulautorität gegenüber dem Erziehungsministerium (397), in der starken Stellung des Gouverneurs, der zivile und militärische Gewalt in seiner Hand vereint, in erleichterten Instanzenwegen etc..

2) Die Nationalunion

Mit ihrer Abstemplung als politische Monopolorganisation des Staates ist ihre Funktion nur sehr unzureichend, wenn nicht sogar falsch erklärt. Nach ihrem offiziellen Charakter soll sie weder eine Einheitspartei, noch eine Koalition von politischen Kräften, noch eine Form der Klassenherrschaft oder "Antifront" sein. Sie stellt den erstmalig in Ägypten unternommenen, verzweifelten und ernstzunehmenden Versuch des Regimes dar, die passive, apathische Masse wenigstens

rudimentär staatsbürgerlich zu mobilisieren (398). Während sich die alten Politiker um das Volk überhaupt nicht kümmerten, Kairo, in welchem alle Politik gemacht wurde, kaum verließen, reisen die bekannten Persönlichkeiten des Regimes unermüdlich und bei allen möglichen Anlässen in die entferntesten Provinzen des Landes, um sich unmittelbar an die Bevölkerung zu wenden, ihre Sorgen anzuhören, soziale und wirtschaftliche Programme zu erläutern, die Einweihung von Schulen, Krankenhäusern etc. vorzunehmen. Das hatte es früher niemals gegeben, die Masse der Fellachen war eine "quantité négligeable".

Einer der wertvollsten Dienste, den die Nationalunion in den Dörfern leistet, besteht darin, daß sie die Fellachen für so etwas wie Gemeinschaftsbelange aufzuschließen versucht. Früher (und meist auch heute noch) leistete der Oumdeh (Bürgermeister), meist der wohlhabendste und "Gebildetste" am Ort, wohl oder übel in autoritärer Weise die notwendige Arbeit im Interesse des Dorfes. Folgerichtig beginnt das Experiment mit Elementarübungen in "Demokratie". In neugebildeten Gemeinderäten werden Fragen der örtlichen Bewässerung und Trinkwasserversorgung, der Ungezieferbekämpfung und Bodenverbesserung zur Sprache gebracht (399). Die "Polis" muß für den Fellachen überschaubar sein, die Probleme greifbar (400) nahe liegen, erst danach kann er an die übergeordneten Gebilde, an den Staat herangebracht werden.

Welchen Faktoren verdankt diese milde autoritäre Staatsform ihre innere Stabilität, die im nahöstlichen Raum einzig dasteht?

a) Die soziologischen Faktoren

Mit den Offizieren kam die festorganisierteste unter den modernen Entwicklungen zugewandten Gruppen zur Machtausübung. Ihre Herkunft aus dem Mittelstand und ihre Aufgeschlossenheit bewahrte sie sowohl vor politischem Konservatismus, dem traditionellen Standort von Offizierskasten, als auch vor radikalen Experimenten.

b) Die historischen Faktoren

Die Ideen der neuen Führungsschicht knüpfen an den bereits ein Jahrhundert alten Kampf um ein modernes Ägypten an, dessen beste Tradition mit dem Erwachen des ägyptischen bürgerlichen Nationalgefühls begann.

Das Regime identifiziert sich nicht nur mit den modernen Strömungen und Kräften Ägyptens, sondern sucht sich auch auf die stärkste religiös-kulturelle Macht des Raumes, den Islam, zu stützen, den es als Staatsreligion und sittlich-moralisches Fundament des Staates anerkennt, wenn auch manche seiner Institutionen, die dem modernen Leben hemmend im Wege stehen, langsam, ja fast unmerklich umgebildet werden. Die Regierung zieht es vor, die Anomalien (z. B. im islamischen Recht, Fastenmonat Ramadan) nicht durch staatlichen Zwang abzuschaffen, sondern sich selbst überholen zu lassen. Die Anerkennung des Islam und seiner kulturellen Mission, die Achtung, welche die Azharuniversität in der islamischen Welt genießt, festigt die Stellung des Regimes nach innen und außen (401).

Dieser Verschmelzung von Nationalismus, sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt und Religiösität im Zeichen sichtbarer, im Vergleich zur Vergangenheit beträchtlicher Erfolge gibt dem Regime eine Dynamik, Popularität, eine breite Unterstützung, der gegenüber keine alternative Gruppe - isoliert - etwas entgegenzusetzen hätte. Ansatzpunkte für radikale Gruppen von rechts und links schwinden dahin, im Schutze sozial-revolutionärer Parolen läßt sich leichter arbeiten als im Schatten von schwankenden Königsthronen (402). Andererseits bannt das wirtschaftlich-politische Mischrezept, das der privaten Betätigung großen Raum läßt, auch die Gefahr konterrevolutionärer Bewegungen. Keine soziale Schicht wird so in die Enge getrieben, daß ihre Existenz auf dem Spiel steht. Es gibt Anzeichen dafür, daß sogar die Kommunisten das aus taktischen Gründen dem Nationalismus überlassene Monopol für den wirtschaftlichen Fortschritt des Landes zu fürchten beginnen (403).

c) Die politischen Faktoren

Grundsätzlich wirkt das Konzept des Neutralismus stabilisierend. Der außenpolitische Balanceakt, Ägyptens legitimes Mittel zur Selbstverteidigung, fügt sich harmonisch in das Problem der Stabilisierung dieser neuen "Mischordnung". Die Geschäftsmoral, aus dem Wettbewerb des kalten Krieges den höchstmöglichen materiellen Nutzen zu ziehen, machte das Konzept nur noch erfolgreicher und beliebter.

Der Neutralismus Ägyptens, das nicht mehr nur Spielball im Kampf fremder Interessen sein will, ist geschichtlich tief verwurzelt. Als Arabismus verkörpert er den Anspruch auf Eigenständigkeit, selbständige Entwicklung und Unabhängigkeit. Kein Freiheitsbegriff ist dem Ägypter vertrauter als die nationale Souveränität.

III. Gesamtwirtschaftliche Betrachtung: Die Elemente im Ordnungsprozeß

Auf den vorangegangenen Seiten haben wir die dynamischen Veränderungen der Ordnungselemente innerhalb der ägyptischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung seit 1952 zusammengefaßt, indem wir sie funktionell als Ausfluß der staatlich inaugurierten Wachstums- und Industrialisierungspolitik und der strukturellen Tatsachen ansahen. Freie Marktordnung und Preisbildung entbehrten der dynamischen Mechanismen einer echten kapitalistischen Wirtschaft.

Die Art und Weise, wie der Staat in diese Prozesse eingriff, sie z. T. trug, ergänzte oder übernahm, konstituierte die Formen dieses Wie grundsätzlich als strukturadäquat und strukturbedingt im Sinne Thalheims (404).

Von allergrößter Bedeutung für die Formen der Verschiebung (den Strukturwandel) ist, daß für den Ansatz und Eintritt des Strukturwandels nicht etwa ein tiefgreifender Wandel der "soziokulturellen Eigenschaften" der Wirtschaftssubjekte (der Gesinnung des Volkes) auslösend ist, sondern daß sich unter den strukturbestimmenden Faktoren zuerst die Staatsgesinnung wandelte, verkörpert in der postulierten

Verantwortung einer Führungselite (Militärregime) für die Beschleunigung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Schließlich gibt die Spannung aus dieser Diskrepanz, der Umstand, daß die tiefgreifende Wandlung aller übrigen strukturbestimmenden Faktoren und der Strukturelemente erst das Ergebnis eines langfristigen Entwicklungsprozesses sein kann, dem So-Sein der Wandlung der Ordnungs- und Strukturelemente ihr spezifisches Gepräge (405). Die pragmatische, nicht ideologische Grundeinstellung der ägyptischen Regierung ermöglichte uns, die Veränderung der Ordnungselemente als strukturbedingten Prozeß, die Wirtschaftsordnung als beeinflußtes Strukturelement selbst zu sehen.

Mit der Einschränkung durch das Adverb "grundsätzlich" (strukturbedingt) deuten wir auf den Freiheitsspielraum der Formen des Wandels hin. Außerdem beinhaltet der Begriff Strukturbedingtheit eine losere, nicht zwingende Beziehung, die Elemente im einzelnen stehen nicht im Banne einer Strukturgesetzlichkeit (406), wohl aber die Industrialisierung als solche.

Die Einschränkung bezieht sich auf Probleme der eingeleiteten Industrialisierungssequenzen, insbesondere auf die Kritik an den Wirtschaftsplänen als Mittel der Strukturänderung, auf ihre Häufung von hochkomplizierten und kapitalintensiven Projekten mit geringer Arbeitskräfteabsorption, langer Reife- und Bewährungszeit etc. und auf sonstige Fehler und Irrtümer der Wirtschaftsplanung. Diese, die wirtschaftliche Stabilität gefährdenden Formen als Ausdruck übersteigerten Ehrgeizes, die offenbar nicht bewältigt werden können, würden wir zwar auch als strukturbedingt bezeichnen können - die rückständige Struktur regt zu übertriebener nervöser Hast in der Planung an -, ohne sie als strukturadäquat, d. h. innerhalb des möglichen Strukturwandels verdaubar anzusehen. Eine Analyse der Ordnungsvorstellungen und -formen ergab jedoch, daß es sich bei solchen nicht strukturadäquaten Zielsetzungen nicht um Ziele handelt, die einem bestimmten Wirtschaftssystem immanent sind, sondern die sich einfach aus der Mentalität, den Motiven und der Politik der nationalistisch eingestellten Führungsschicht ergeben. In dieser Hinsicht konstituierte sich ein Teil der staatlichen Tätigkeit als nicht notwendig, als allein von übersteigerter Dynamik und Zielsetzung bestimmt.

1) Die Bedeutung der marktwirtschaftlichen Grundentscheidung

Die ägyptische "Mixed Economy" ist weder ihrer Theorie noch Praxis nach ein neues drittes Wirtschaftssystem in der exakten Bedeutung des Begriffes, sondern orientiert und entfaltet sich auf dem Hintergrund und in den Bahnen einer grundsätzlich marktwirtschaftlichen Ordnung.

Hierfür sind folgendes Gründe maßgebend:

1) Eine Übertragung der ägyptischen Ordnungsvorstellungen (Begriff der Sozialistisch-Kooperativen-Demokratischen Ordnung) in Kategorien eines neuen funktionsfähigen Wirtschaftssystems ist nicht möglich. Der Terminus Sozialismus enthält alle möglichen sozialen und gesellschaftspolitischen Aussagen, deren Inhalt für ein modernes Indu-

strieland selbstverständlich ist, Aussagen, die für den Übergang eines unterentwickelten, dualistisch beschaffenen Landes typische Wandlungsprobleme sind, ohne theoretische Fragen über das grundsätzliche System zu behandeln.

2) Die praktische Planungspolitik bedient sich marktwirtschaftlicher Faktoren, wie aus dem Begriffssystem der Pläne hervorging, z. B. hinsichtlich der Einkommensarten, des "Value added", der Erwartungen über Preisbewegungen, Sparentschlüsse etc.. Auch die langfristigen Projekte, deren Planung von gegenwärtigen Markterwägungen unabhängig sind, sollen schließlich in marktwirtschaftliche Angebots- und Nachfragekonstellationen integriert werden.

3) Eine vollständige Übernahme der gesamten Funktionen des Marktes, der Preisbildung etc. durch den Staat würde dessen Leistungsfähigkeit einfach übersteigen.

Die wichtigste Bedeutung dieser Orientierung liegt auf der Hand. Das lenkungspolitische Instrumentarium des Staates kann grundsätzlich in der Form von Eingriffen in den Preis- und Lenkungsmechanismus theoretisch behandelt und untersucht werden, als Abweichung oder Annäherung an ein fiktives oder reales Marktgleichgewicht.

2) Das heutige Preis- und Marktformensystem

(als Ausgangsmodell für die Eingriffe)

Die heutige Wirklichkeit bietet ein vielfältigeres und differenzierteres Bild als vor 9 Jahren. Die Geldwirtschaft hat auch im traditionellen Sektor die Warentauschformen mehr und mehr verdrängt. Quantitativ herrscht noch immer die Marktform der vollkommenen Konkurrenz (Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie, Handel). Angesichts des niedrigen Lebensstandards der Masse steuert dieser Markt noch immer die Verteilung des größten Teiles der Konsumgüter (407).

Daneben steht der moderne Sektor, dessen Erweiterung im Gefolge der Industrialisierungspolitik die oligopolistischen und monopolistischen Marktformen noch vermehrt hat. Zur Erforschung der konkreten Preisbildungsvorgänge in der ägyptischen Ordnung von heute gehörte die empirische Durchleuchtung aller dieser Formen, die wir in diesem Rahmen nicht vornehmen können (408).

Auch für die Preise kann kein durchgehendes interdependentes Gleichgewicht angenommen werden. Wir finden zumindest drei voneinander unterschiedene Preisbildungssektoren, die wir als die Sektoren freier, relativ gebundener und gebundener Preise bezeichnen können, wobei sich die beiden letzten Kategorien allmählich zu Lasten des freien Preissektors erweitern.

Die Hauptlenkungsprobleme entstehen aus dem gebundenen Sektor, wo die Funktionen der Preise als Knappheitsmesser, nicht aber als Rechengrundlage (Bewertung der Kosten) zum größten Teil ausgesetzt sind. In den krassesten Fällen hat das Phänomen - z. B. bei den Preisen für ausländische Devisen (Importe) und für Kredite (Zinsfixierung) -

zu staatlich regulierter Entscheidung über die Verwendung der knappen Mittel geführt (Lizenzsystem, Investitionslenkung).

Sektor der gebundenen Preise

Am Anfang stand das Bemühen, die Lebenhaltungskosten für die Bevölkerung niedrig zu halten, weshalb die meisten Grundnahrungsmittel, nicht aber Genußmittel für den Luxusbedarf tarifiert wurden. Preise für Obst und Gemüse werden dem Saisonrhythmus der Ernten angepaßt. Bald darauf erfaßte man alle jene Konsumgüter, die für die Befriedigung der Massengrundbedürfnisse in Frage kommen, nur die sogenannten Luxusgüter sollten frei bleiben. Unter erstere fielen fast alle Textilien, Schuhwerk, fabrikmäßig hergestellte Haushaltsartikel der einfachen Qualitäten, Arzneimittel, Papierwaren. Selbstverständlich gehören auch Tabakwaren, Getränke, Streichhölzer zur Festpreisgruppe.

Die meisten der im Rahmen der Wirtschaftspläne neu auf den Markt kommenden Rohstoffe, Zwischenprodukte und Konsumgüter werden in der Preisbildung überwacht, und Änderungen bedürfen der Genehmigung.

Auf dem Kapitalmarkt wurden die Zinssätze fixiert, jedoch nicht die Kapitalerträge, abgesehen von gesetzlich festgelegter Profitverwendung in Aktiengesellschaften. Moralischer Druck veranlaßte Gesellschaften oft freiwillig, Höchstsätze für die Ausschüttung festzulegen. Im Zuge der Bodenreform regelte man die Pachtsätze gesetzlich. In der Wohnungswirtschaft existieren ebenfalls eine Reihe Mietpreisstoppbestimmungen.

Zu den relativ fixen Preisen unterliegenden Gütern zählen die meisten Importe, da sich ausländische Preisänderungen im Inland auswirken können. Ägypten gehört zu den Weichwährungsländern mit Zwangskurs für ausländische Devisen, der weit unter dem Marktpreis liegt.

Löhne und Gehälter unterliegen in den einfachen Kategorien den Gesetzen des "unlimited supply of labour", so daß gesetzliche Mindesttarife ständig unterschritten werden. Die Entlohnung der qualifizierten knappen Kräfte erfolgt nach den Gesetzen des Marktes.

3) Die konstituierenden Elemente des gemischten Lenkungssystems

a) Schaffung von Preissicherheit und -stabilität im elementaren Sinne

Zunächst gilt es, auf eine elementare, für das orientalische Wirtschaftsklima relevante Funktion stabiler Preise aufmerksam zu machen. Kein Käufer konnte früher ohne weiteres annehmen, der vom Verkäufer geforderte Preis sei der Marktpreis, es sei denn, er war in der betreffenden Branche zu Hause oder hatte nach langem Vergleichen und Feilschen sozusagen für sich selbst den Marktpreis entdeckt, den er in der Regel als wertvolles, für ihn möglicherweise einträgliches Geheimnis für sich behielt. Ein um so lästigeres und unwirtschaftlicheres Verfahren, das sich nur aus der Geringschätzung des Zeitwertes im Orient erklärt, je vielseitiger die Nachfrage des einzel-

nen ist (409).

Um leichtere Kontrolle über die Einhaltung ihrer Preisvorschriften zu haben und im Hinblick auf diese traditionellen hemmenden Praktiken, führte die Regierung die Vorschrift ein, alle angebotenen Waren mit festen, verbindlichen Preisen auszuzeichnen, d. h. auch jene, die nicht unter gesetzliche Tarifierung fallen. Die Maßnahme trug wesentlich dazu bei, eine "Rationalisierung" der Preisbildung zu bewirken und damit den Wirtschaftsverkehr reibungsloser zu gestalten und die Änderung hemmender Verhaltensweisen zu fördern.

Vor allem in der Distributionssphäre gelang es früher, bedeutende lokale, zeitliche und persönliche Präferenzen zu schaffen (Ausnutzung der Unkenntnis der Käufer). Dieser Händlermentalität liegt die statische Einstellung zugrunde, auf dem Markt nur den kurzfristigen maximalen Stückgewinn zu erstreben. Setzen sich allmählich Preispublizität und feste Preise durch (410), wird für den Käufer, sei er Konsument oder Produzent, die Markttransparenz erhöht, seine Marktstellung gestärkt und eine rationellere Verwendung der Mittel ermöglicht. Der festliegende Marktpreis fördert die unpersönliche anonyme ökonomische Kontraktbeziehung, die schnelles Handeln, Kalkulieren und Planen ermöglicht (411).

b) Die Verhinderung der Inflation

In einem Land, in welchem die Sorge um die Stabilität der Währung eine autonome wirtschaftspolitische Aufgabe geworden ist, seit es internationale und binnenmäßige automatische Ausgleichskräfte weitgehend außer Kraft gesetzt hat, sollten Preiseingriffe aus Inflationsbefürchtungen im Mittelpunkt stehen, zumal die Inflation als Mittel der Kapitalbildung grundsätzlich abgelehnt wird.

Der Ansatz für die gefährliche Inflationsspirale liegt nicht bei den industriellen Gütern, die erst spärlich nachgefragt werden, sondern bei den Nahrungsmitteln, den Hauptposten der breiten Konsumnachfrage. Der Preisstopp für agrarische Güter war das bisher im wesentlichen erfolgreich verlaufene Kernstück der Inflationsbekämpfung, denn bisher kam es weder zu Rationierungen noch wesentlichen Mängeln in der Versorgung mit Gütern, von deren Bereitstellung die reale Alimentierung der Industrialisierung abhängt. Wie war das möglich und in welcher Weise kommt diesem Eingriff eine dieses gemischte Lenkungssystem stabilisierende Funktion zu, die sich von jenen in anderen Wirtschaftssystemen unterscheidet?

In einem zentralverwaltungswirtschaftlich orientierten Industrialisierungsprozeß ist der Agrarpreisstopp, überspitzt formuliert, bedeutungslos. Im Gegenteil, man könnte sich steigende Agrarpreise leisten, um Kaufkraft abzuschöpfen, da sie bei dem Prinzip der physischen Planung, wo die Aufteilung des Sozialproduktes in die Konsum- und Investitionsquote ein rein rechnerisches Problem ist, für die Kosten- und Rentabilitätsrechnungen der Betriebe ohne Belang sind. Außerdem kann man mit Rationierung und Zuteilung arbeiten.

Die Klassiker der freien Marktwirtschaft (z. B. Ricardo) plagte der Alptraum, was aus dem wirtschaftlichen Wachstum werde, wenn die Profite infolge steigender Bodenrenten, d. h. steigender Agrarpreise zu sinken beginnen. Sie fanden den adäquaten Ausweg in der internationalen Arbeitsteilung und im Freihandel, der den "Grenzboden" räumlich hinausschob, d. h. die Alimentierungsbasis verbreiterte. Als schließlich der Protektionismus in manchen Ländern den Agrarpreisen Auftrieb gab, hatte die fortgeschrittene Industrialisierung diese schon aus ihrer Vormachtstellung verdrängt. Welche Ziele auch Agrarpreisregulierungen in Marktwirtschaften heute haben mögen, für Länder, die den Industrialisierungstyp, der mit diesem System verbunden ist, bevorzugen können (weil er dort sehr erfolgversprechend ist), bleibt der Agrarpreisstopp unadäquat und sinnlos, weil die Gleichgewichte wesentlich durch Marktkräfte hergestellt werden können.

Zur Erfassung des Problems in unserer ägyptischen Ordnung gehen wir von dem sehr realistischen Fall aus, daß die Agrarpreise allgemein in verhältnismäßig raschem Tempo ansteigen. Der Ricardianische Pessimismus ist von aktueller Bedeutung mit dem erschwerenden Unterschied, daß der Ausweg über den Freihandel nicht besteht, solange in den Anfangsstadien der Industrialisierung Ägypten nicht in der Lage ist, die Exporte im Ausmaß des zusätzlichen Nahrungsmittelbedarfes zu steigern.

Wie wir feststellten, hängt der Erfolg der autonomen Industrialisierung wesentlich von der Überwindung des Nachfrageengpasses ab. Ein Land wie Ägypten kann sich seiner Größe und Tragfähigkeit nach eine weitgehend vom Endkonsum gelöste Akkumulation nicht leisten wie die großen kommunistischen Staaten oder wie Länder, die über den Exportdrive den Ausgleich finden. Die autonome Industrialisierung würde zunächst von der Kaufkraftseite her gehemmt. Steigende Agrarpreise zwingen den Verbraucher, noch mehr für den Grundbedarf auszugeben, so daß ihm noch weniger für industrielle Güter bleibt, selbst für solche einfacher Art (412).

Auch die uno actu durch diesen Prozeß stattfindende Einkommensredistribution zugunsten landwirtschaftlicher Erzeuger kann die sinkende Rentabilität der entstehenden Industrien nicht überkompensieren. Das Strukturbild der ägyptischen Landwirtschaft bietet wenig Hoffnung, die sich im Schoße der Landwirtschaft vollziehende Akkumulation werde einen nennenswerten Effekt auf die industrielle Investition und Kapitalbildung haben, sie wäre die in Ägypten am wenigsten wünschbare Sammelstelle. Auch die Einkommenerhöhung der Zwerg- und Kleinbetriebe würde das Verbrauchsmuster dieser Schicht kaum ändern, eine Belebung der industriellen Nachfrage wäre kaum zu erwarten.

Die agrarische Mittel- und Oberschicht würde den Zusatzertrag zwar nicht verzehren, ihn zur Verbesserung der Betriebsproduktivität oder für traditionelle Anlagen verwenden, was zum Teil wünschenswert, aber für die Lösung des Problems nicht ausreichend ist. Nicht inflatorische Preise zugunsten der Landwirtschaft, sondern der langfristige

Erziehungsprozeß an den rückständigen Menschen kann die Lage verbessern. Auch in Europa erfolgte die Kapitalakkumulation vorwiegend im Handel, Handwerk und später in den Manufaktur- und Industriebetrieben.

Noch schwerere Einwendungen lassen sich von der Kostenseite erheben. Eine fortschreitende Einschränkung des Massenlebensstandards durch steigende Agrarpreise wird sich langfristig nicht durchführen lassen. Schwere soziale Erschütterungen wären zu fürchten, wollte man die Finanzierung der Industrialisierung zu Lasten einer bereits minimalen Lebenshaltung versuchen. Man hat bereits zu viel Ansprüche durch Versprechungen über ein besseres Leben verbreitet (413).

Wäre man einmal gezwungen, die bisherige strenge Lohn- und Gehaltspolitik zu lockern - sei es z. B. nur in der Form einer statischen Sicherung der Lebenshaltung (Indexregulierung der Löhne) - , waren die Folgen nicht abzusehen. Bestehen für die Industrie keine Möglichkeiten zur Kostenüberwälzung - von Produktivitätssteigerungen ganz zu schweigen - , wird die Rentabilität und Profitakkumulation gefährdet, während anderenfalls die nominale Lohn-Preisspirale unvermeidlich ist und die Regierung zu dem Schluß kommen könnte, daß gemischtwirtschaftliche Experiment sei als endgültig gescheitert anzusehen.

Aus all diesen Gründen kommt der strengen Preiskontrolle für Agrar- und Grundgüter des Massenlebensbedarfs eine für die Ordnung konstitutive Bedeutung zu. Das hatten wir bisher nur negativ begründet: Was geschähe ohne die Intervention? In welcher Weise erfüllt jedoch der Eingriff seine stabilisierende Funktion positiv?

Dafür, daß die Preiskontrolle die Versorgung der Bevölkerung bisher nicht gefährdete, sind folgende Umstände entscheidend:

1) Allgemeine Faktoren der Agrarpreisbildung und die speziellen Elemente der ägyptischen Agrarstruktur. Die Natur der landwirtschaftlichen Produktion, die Abhängigkeit von Boden und Klima, die Länge der Erzeugungsperiode, die geringen Ausweichmöglichkeiten der Produzenten bewirken eine schwache Angebotselastizität auf Preisveränderungen. Der ägyptische Bauer mit seinem niedrigen Lebens- und Bildungsstand unterliegt diesen Bedingungen vermehrt. Der Austritt aus dem Markt kommt praktisch nicht in Frage, da sich ihm kaum Alternativen bieten und der Fellache wie kaum ein anderes Volk im nahen und mittleren Osten an der eigenen Scholle hängt (414). Baumwolle darf nur bis zu 30 % der Ackerfläche einnehmen. Wegen ihrer Doppelrolle als Einkommen landwirtschaftlicher Produzenten und als bestimmender Faktor für die Lebenshaltung der armen Lohnempfänger können fixe Agrarpreise auch sozial viel eher akzeptabel gemacht werden.

Es tritt eine marktmäßig atypische Verhaltensreaktion ein. Der unter dem Gleichgewicht fixierte Preis verstärkt die Verknappung nicht (normale Reaktion), sondern mildert sie. Der Fellache muß den Preis als unvermeidliches Datum hinnehmen und die Anstrengungen

zur Bewahrung der Lebenshaltung an ihm ausrichten.

2) Allein für Brot wurde die wachsende Versorgungslücke konsequent durch leicht berechenbare Weizenimporte geschlossen. Diese Maßnahme erhielt den Rang eines Dogmas - nur der Brotpreis ist seit der Revolution unverrückbar stabil gehalten worden - und erklärt das Geheimnis der erfolgreichen Inflationsbekämpfung. Wenn sich noch heute etwa 80 % der ägyptischen Bevölkerung fast ausschließlich von Brot und Bohnen ernähren, genügt es, die wirksame Preiskontrolle auf diese einfachen Schwerpunkte zu konzentrieren, d. h. die staatlichen Stellen nicht zu überlasten und bei dem übrigen Angebot (415) an Nahrungsmitteln kleinere Abweichungen vom Regierungspreis und vorübergehenden Knappheiten zu dulden. Das Angebot von industriellen Konsumgütern sowohl der einfachen Kategorien (Textilien, Holzwaren) wie für die Mittel- und Oberschicht steht unter anderen Bedingungen, die mit Inflationsbekämpfung nur bedingt zu tun haben (416). Wenden wir uns jetzt ihnen zu.

c) Spezielle Preiseingriffe in der Industrie:
Die Politik der Preissenkungen

Mitte 1959 gab der Industrieminister Sidqui ministeriell verordnete Preissenkungen für Güter des Massenbedarfs (bearbeitete Nahrungsmittel, Bekleidung etc.) bekannt und führte aus, die Güter der "Luxussphäre" wolle man dem Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen (417). Die Höhe der Preissenkungen lag im Durchschnitt zwischen 5 und 15 %. Er fügte hinzu, die Maßnahme sei gleichzeitig im Interesse der Unternehmer, da sie einer kräftigen Absatzausweitung entgegensehen könnten und ihre Gesamtgewinne trotz sinkender Stückgewinne beträchtlich steigen müßten.

Der Verfasser konnte die Probleme mit dem Staatssekretär im Industrieministerium (418) besprechen. Sie erhalten ein über die offensichtlich im Vordergrund stehende Propagandawirkung reichendes Interesse durch die Erfahrung, daß die ägyptische Industrie nur zögernd auf Marktdaten reagiert, d. h. z. B. bei Absatzmangel und steigenden Lägern die notwendigen Preisanpassungen nicht zustande kommen, und zwar nicht nur in jenen Zweigen, wo oligopolistische Marktformen herrschen. Dieser Erscheinung kommt für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Formen eine grundsätzliche Bedeutung zu. Wir erörtern sie am Beispiel der Textilindustrie.

Die Textilindustrie hatte nach dem Abflauen der Nachkriegskonjunktur wieder an Terrain verloren. Weder hatte sie sich eine profitable Exportbasis schaffen können, den anspruchsvollen einheimischen Käufer anziehen können, noch wurde die Atempause, die der Zollschutz gab, wesentlich zu Rationalisierungen etc. genutzt. Die sich durch den profitablen Absatz billiger Qualitäten ansammelnden Gewinne wurden weniger zur Kostensenkung bei bestehender Betriebsgröße als zu Kapazitätserweiterungen verwandt. Dieser Trend setzte sich in den "liberalen" Jahren nach der Revolution fort, als die neue Industrialisierungswelle wieder Absatzchancen eröffnete. Da gehobene Verbraucherschichten sich zunächst noch mit ausländischen Gütern eindecken konnten und

Löhne und Gehälter nur global, nicht aber als Einzeltarife nennenswert stiegen, blieb die Ausgabenstruktur der unteren Verbraucherschicht unverändert. Auch als sich Läger anhäuften und Kapazitäten unausgenützt waren, hielt konservative Absatz- und Preispolitik den Zeitpunkt noch nicht für gekommen, sich durch Preissenkungen neue Käuferschichten zu erschließen. Der Kaufkraftstrom wurde nicht sorgfältig analysiert, obwohl gerade die Textilindustrie technisch für die Konsequenzen einer solchen Absatzpolitik gerüstet war. Es entsprach der ägyptischen Unternehmermentalität, sich nicht aus eigenem Entschluß auf die Bahn eines vielleicht ruinösen Wettbewerbs zu begeben.

Dr. Jehia Mulla räumte ein, daß die vorgenommenen Preissenkungen nur eine vorübergehende Räumungsfunktion haben könnten, nach welcher "der Markt wieder ins Gleichgewicht kommen müsse", wobei man jedoch hoffe, der erwähnten Phase der billigen Massenproduktion näherzukommen. Schließlich war die Lagerbildung zum Teil auch interventionistisch durch die neue industrielle Gesetzgebung von 1957 erzeugt worden, die den Betrieben die Einstellung oder Einschränkung ihrer Produktion untersagte.

Abgesehen von dieser Räumungsfunktion (419) bleibt die Frage, wie und ob die Preissenkungspolitik integrierender Bestandteil des gemischten Lenkungssystems zur Überwindung des realen Nachfrageengpasses werden kann. Im Rahmen der Industrialisierungspolitik und Wirtschaftsordnung verwandeln sich die akzidentiallen konjunkturellen und statischen Aspekte der Preissenkungen in dynamische Probleme. Die Rechtfertigung scheint aus strukturellen Gründen gegeben - wir erinnern uns der Ausführungen über die Struktur des Angebots und der Nachfrage, der Unternehmerreaktionen im vorbereitenden Teil - , insofern das Hineinwachsen in die Zusammenhänge der modernen Massenproduktion, ihrer Produktions- und Nachfragebedingungen in Ägypten eines starken Anstoßes bedarf (420).

Dieser Weg drängt sich der ägyptischen "Mixed Economy" auch wegen der ihr immanenten Orientierung der Industriepläne an der Importsubstitution und Devisenersparnis auf, der vorläufigen Unmöglichkeit, am Weltmarkt für "manufactured goods" zu partizipieren. Die Pläne waren vor allem an den rückwärtigen Produktionsstufen (Rohstofferzeugung) orientiert, ohne wegen der langen Reife- und Experimentierfristen bisher entscheidende Vorteile in Form von Kostensenkungen erzielt zu haben. Andererseits entfiel auf die inländischen Ausgaben für einheimische "manufactured goods" infolge des geringen Beschäftigungseffektes der Pläne weiterhin ein nur geringer Teil der Lohneinkommen. In Massenproduktion und -absatz einfacher Konsumgüter muß der industrielle Produktionsapparat seine endgültige Rentabilität zeigen, sollte die Industrialisierung nicht allmählich in die Sackgasse unverkäuflicher Güter geraten. Durch die Vorteile der Kostendegression könnte der Kostenengpass, hinter welchem sich ein sehr ausdehnungsfähiger Markt verbirgt, zusammen mit dem Nachfrageengpass aufgelockert werden. In der ersten und zweiten Phase der Industrialisierungspolitik (von 1952 - 1960) war davon, wie wir sahen, noch nicht die Rede. Der Kaufkraftim-

puls für einen lebhaften Aufschwung der Konsumgüterindustrien war zu schwach. Wir erklärten diese wegen der hohen Investitionsausgaben merkwürdige Tatsache aus der Bevorzugung kapitalintensiver Projekte, deren geringer Beschäftigungseffekt die Nachfragestruktur nicht wesentlich geändert hat.

Diese Erwägungen haben bei der wirtschaftlichen Begründung der Politik der Preissenkungen Pate gestanden, ohne daß allerdings bisher das Übel an der Wurzel gepackt und die Struktur der Industriepläne auf die Förderung dieser Aspekte umorientiert wurde.

Weiterhin ergab sich die Notwendigkeit, die konservative Absatzpolitik der Unternehmer zu ändern, aus den hohen Schutzzöllen. Nicht nur, daß sie ihr Ziel, die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie nicht erreichten, sie verhinderten zusätzlich durch ihren Beitrag zur Kosten- und Preisinflationierung die Ausweitung des eigenen Marktes als Voraussetzung für die Anwendung von Methoden der Massenproduktion (421). Die heimische Industrie lebte von einer Dauerrente, die sie nicht zur Kostensenkung durch Absatzausweitung zwang. Die Erziehungsfunktion dieser Intervention (Preissenkung) kann, vorsichtig dosiert, den Unternehmer auf diese Bahn drängen.

Die Beschneidung der Profite der bestehenden Betriebe (außerhalb der Pläne) kann nur durch volle Ausnutzung der Kapazitäten wettgemacht werden. Dann werden sich erst die komplementären Elemente der Kostensenkung zeigen (z. B. auch der Verteilungskosten auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher). Der Umstellungsprozeß, durch eine neue Einstellung zum Markt hervorgerufen, befindet sich erst in seinen einleitenden Stadien (422). Seine Möglichkeiten ausschöpfen heißt, die dispositiven Kräfte in der Industrie fachlich wie kommerziell für diese Aufgaben zu qualifizieren.

Die Grenzen des Verfahrens, insbesondere die Frage, wie die Konsumgüterindustrie Produktionsfaktoren an sich ziehen kann, ohne daß Preis- und Mengenverschiebungen eintreten, die auf die Durchführung der laufenden Wirtschaftspläne störend wirken, mahnen zur Skepsis. Nach den Befragungen des Verfassers leiden die Betriebe vor allem unter Schwierigkeiten, sich Lizenzen für Importe von Rohmaterialien, Ersatzteilen etc. zu beschaffen. Andererseits ist das einheimische Rohstoffangebot bereits bedeutend vielseitiger geworden.

d) Die Kontrolle der Preiskalkulation bei den Planprojekten

Mit der Preissenkung steht die Kontrolle über die Preise aller neuen Gütergruppen im engen Zusammenhang. Diese gehören zu dem Bereich der relativ gebundenen Preise in dem Sinne, als der Staat durch Planungsstellen diese Preise nicht selbständig festlegt, sondern nur ihre Kalkulation überprüft und Korrekturen vornehmen kann (423). Die Planung errechnet nicht aus ihrer Gesamtübersicht über die neu auftretenden Produktionsmengen Preise und Preisrelationen, die von nun an zu gelten haben, denn mit diesem Schritt müßte sie schließlich die gesamte marktmäßige Preisbildung übernehmen. Die Kontrolle ist einzelwirtschaftlich an Marktdaten orientiert und entspricht nach den offiziellen

Absichten (424) der staatlichen Hilfestellung, durch welche unternehmerische Funktionen - Projektplanung, Marktforschung, Rentabilitätskontrolle - in den Anfangsstadien mit übernommen werden.

Auch hier müssen die sachlichen Rechtfertigungen mit dem Problem der Vereinbarkeit mit dem Lenkungsmechanismus verbunden werden. Diese Art der Preiskontrolle betrifft nicht eine bestimmte Güterkategorie, sondern alle neuen Produkte. Ausgangspunkt ist die Befürchtung, in der Treibhaushitze der künstlich angeheizten Industrialisierungswelle, die sich im wesentlichen vor ausländischer Konkurrenz geschützt ausbreitet, und von mancherlei Steuer- und Einfuhrprivilegien ermutigt, wiederum Betriebe aufwachsen können, die nichts zur Rationalisierung zu tun brauchen, weil sie trotz unökonomischer Verwendung des Materials, niedriger Arbeitsproduktivität, hoher General-, Verwaltungs- und Verteilungskosten noch erhebliche Gewinne machen können. Die Kontrolltechnik bietet sich in der gegebenen Mischordnung, die große Teile des Wettbewerbs vorübergehend aufgeben muß, als eine Art Ersatz für das Wettbewerbsregulativ an. Ihre Konstituierung als Element des Lenkungssystems resultiert nicht nur aus der unvermeidlichen Reglementierung des Außenverkehrs, sondern weitgehend aus dem empirischen Verhalten ägyptischer Betriebe im Markt und aus dem geringen Grad an Binnenwettbewerb.

Da die Pläne vorwiegend an der Importsubstitution orientiert sind, kann die Preiskontrolle aus den Problemen der Importbeschränkung in zwei Fällen erörtert werden:

1) Die ausländische Konkurrenz wird wie früher durch Schutzzölle beschränkt, wenn die Binnenproduktion schon besteht. Kalkuliert man Betriebsgröße, mögliche Produktions- und Absatzmengen und neuen Produktpreis auf Grund der bisher herrschenden Marktdaten, sind die Risiken hoch, wenn es sich um technologisch anspruchsvolle Produkte handelt. Selbst wenn ein wenig niedriger Preis zugrundegelegt wird, kann die Beurteilung durch den Käufer gegen das lokale Produkt ausfallen, der das ausländische Produkt bevorzugt, solange noch importiert werden muß. Hier müßte zu einem erheblich niedrigeren Preis angeboten werden (425), bevor mengenmäßig ein profitabler Marktpreis "gefunden" wird.

2) Der ausländischen Konkurrenz wird der Zugang zum ägyptischen Markt fast oder vollständig (Importstopp) versperrt. Hier ist sowohl die Unbestimmtheitsrelation wie die Gefahr noch größer, sich mit einer Rente zu begnügen, ohne die Expansionschancen zu berechnen, die sich aus den Beziehungen zwischen Nachfrageelastizität, Produktionsmengen und Kosten ergeben können. Nur die Textilindustrie hatte verständlicherweise bisher die Schwelle zur Massenproduktion überschritten. Einer der Gründe, die für das autonome Wachstum der Konsumgüterindustrie hemmend wirkten, war nicht zuletzt die Unfähigkeit der ägyptischen Unternehmer und (vor allem) des Handels, die Möglichkeiten elastischen Bedarfs in Bezug auf Einkommen und Preis bei vielleicht nicht lebensnotwendigen, aber wichtigen Güterkategorien zu erforschen. Die Ansätze hierzu in Form einer ausschließlichen Binnen-

konkurrenz zeigen sich heute verstärkt vor allem bei mittleren Qualitäten in der Textilbranche, bei modischen Lederartikeln, Geldbörsen, Handschuhen etc., in der Schuhproduktion, wo man sich nach italienischen Mustern richtet, bei kosmetischen Artikeln, Süßwaren und Möbeln (426).

e) Die Funktionen des reglementierten Außenverkehrs

Bevor wir die Fragen der Funktionsfähigkeit, Effizienz und Stabilität des Lenkungsmechanismus und der Ordnung in einem abschließenden Zusammenhang betrachten, gilt es, die Funktionen des größten, vollständig dirigistisch geordneten Sektors, des Außenverkehrs, im Lichte der spezifisch ägyptischen Erfahrungen zu untersuchen. Die angewandten wirtschaftspolitischen Mittel, die wir in groben Zügen an vorangehenden Stellen bereits beschrieben haben, können dabei ebenso vorausgesetzt werden wie die allgemeine theoretische Diskussion über die Rolle des dirigistischen Außenverkehrs in Entwicklungsländern.

aa) Die Funktion des schnelleren wirtschaftlichen Wachstums

Der Dirigismus im Außenverkehr, der sich aus dem Prinzip der Expansion durch Wirtschaftspläne zur Erreichung höchstmöglicher Kapitalgüterimporte ergab und sich etappenweise durchsetzte (427), hat ohne Zweifel zu höheren wirtschaftlichen Wachstumsraten als in der marktwirtschaftlichen Epoche der ägyptischen Industrialisierung geführt (428). Was man auch gegen die Pläne einwenden mag, ein rein marktwirtschaftliches Entwicklungsrezept hätte noch gewichtigere Einwände hervorgerufen. So unendlich viel zugunsten marktwirtschaftlicher Wege partiell spricht, wenn man den dirigistisch-bürokratischen Sünden ständig begegnet, der Schritt im Ganzen, die Verwirklichung des marktwirtschaftlichen Systems, wie sie Röpke etwa in extremer Weise empfiehlt (429), vermehrt im gegenwärtigen Stadium die Schwierigkeiten zur Erreichung schnelleren Wachstums. Die Röpkesche Empfehlung wird um so unannehmbarer und unverständlicher, als er zugibt, daß es in den meisten Entwicklungsländern wie auch in Ägypten an den meisten "soziologischen, geistigen und politischen Voraussetzungen" fehlt, auf denen die abendländische (marktwirtschaftliche) Industriewirtschaft (430) beruht. Die Elite Ägyptens kann nicht auf die Wandlung warten, sie muß sie zu beschleunigen suchen.

Eine höhere Wachstumsrate bei freiem Außenverkehr hätte unter der Voraussetzung der gelenkten Expansion in der Binnenwirtschaft schwerere Schäden verursacht, die den Ruf nach Dirigismus gesteigert hätten. Gehen wir von einem konsequent wachstumsgünstig ausgerichteten Zolltarif aus. Selbst bei Zollfreiheit für Rohstoffe und Investitionsgüter würden die Preise für ausländische Währung und damit für die Güter ständig steigen. Um inländische Preis- und Kostensteigerungen zu vermeiden, hätte der Staat zu einem ebenso problematischen Subventionssystem Zuflucht nehmen müssen. Da nennenswerte neue Exportchancen aus der für ausländische Käufer im gleichen Zuge verbilligten ägyptischen Währung nicht zu erwarten sind, bestand eher die Gefahr, daß die bestehenden Exportindustrien durch Preissteigerungen gefährdet würden und auch deshalb Subventionen der Weisheit letzter Schluß sein würden.

Die behördlichen Eingriffe wären mindestens ebenso umfangreich wie bei der jetzigen Lösung.

Die Zollschraube für Konsumgüter hätte nicht unbeschränkt angezogen werden können, da diese immer noch einen wesentlichen Anteil an der Deckung des Inlandbedarfes haben. Höhere Zölle stehen auch im Widerspruch zum "Infantschutzargument", indem sie der einheimischen Industrie steigende Preise ermöglichen und sie nicht zur kostensenkenden Produktion anhalten (431).

Positiv läßt sich die Kombination von gelenktem Wachstum und reglementiertem Außenverkehr wie folgt in das Wirtschaftssystem integrieren.

Die forcierte Erhöhung der Investitionsrate durch öffentliche Beteiligung ist nur durch eine ebenso staatlich forcierte Erhöhung der Kapitalgüterimporte möglich. Erhöhter Kapitalgüter- und Rohstoffimport (in der durch die Pläne gegebenen Größenordnung) läßt sich inflationsfrei nur in den Rahmen des gelenkten Außenverkehrs erreichen. Die Kapitalquelle der Exporterlöse läßt sich reibungsloser in produktive Investition umwandeln als inländische private Sparquellen. Die Planprojekte beziehen ihre Kapitalausstattung zu Weltmarktpreisen, nicht auf der Grundlage eines inländischen Preisbooms, was in der Entwicklungszeit günstiger ist. Die von der Nachfrage nach Importgütern zusätzlich abgelenkte Kaufkraft und das Äquivalent der Exporterlöse in Binnenwährung wird in der Binnenwirtschaft weit weniger inflationssteigernde Tendenzen auslösen, da sie hier dem gesamten inländischen Angebot gegenübersteht (432).

Die zweite Überlegung betrifft die Wachstumsrelationen. Der vorliegende Typ der Binnenmarktexpansion (Importsubstitution) beruht auf skeptischer Beurteilung der augenblicklichen komparativen Vorteile im gegebenen Weltmarkt. Die autonome Industrialisierung, die erst langfristig neue komparative Vorteile anbahnen kann, bringt es aber mit sich, daß die Exporterlöse längere Zeit relativ langsamer wachsen als das Volkseinkommen, d. h. der Anteil der Exporte am Volkseinkommen wird relativ sinken, auch wenn die Exporte absolut steigen. Das Zurückbleiben der Exporte wird jedoch von global steigendem, nicht sinkendem Importbedarf begleitet. Lediglich die Struktur der Importe ändert sich.

bb) Die Funktion des bilateralen Ausgleichs

Im Gefolge der Abkehr von den freien Mechanismen im Außenverkehr nahmen bilaterale Beziehungen an Umfang und Gewicht im Verkehr mit marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Ländern ständig zu. Die chronischen Defizite in der ägyptischen Handelsbilanz z. B. mit westeuropäischen Industrieländern konnten nicht ausgeglichen werden, weil das Land letztlich nicht in der Lage war, genügend multilaterale Forderungen auf dem Weltmarkt zu erwerben. Für die starken multilateralen Ausgleichskräfte, die in Gestalt freier internationaler Kredit- und Kapitalbewegungen im Industrialisierungstyp europäisch-amerikanischer Prägung Volkswirtschaften aus einem internatio-

nalen Schuldner in einen Gläubiger verwandelten, konnte und wollte der empfindliche Nationalismus Ägyptens aus einem ganzen Bündel von Gründen das ihnen adäquate Klima nicht schaffen. Das Ausscheiden aus dem Sterlingblock, der Eintritt in eine autonome Währungs- und nationalistische Industrialisierungspolitik, das Abgleiten in den Bereich der Weichwährungsländer, die schmerzhaften Eingriffe in die Wirtschaft zur Beseitigung ausländischer Machtpositionen, die Bevorzugung streng kontrollierter ausländischer Kapital- und Kredithilfe und industrielle Beteiligung, all diese Ereignisse erhielten fast den Rang einer historischen Gesetzmäßigkeit und unterstreichen in der gegebenen Konstellation den strukturbedingten Charakter des Umbaus der ägyptischen Wirtschaftsordnung.

Der west-östliche Wettbewerb um die Gunst der Entwicklungsländer hat am Beispiel Ägyptens anschaulich vor Augen geführt, wie neue politisch bestimmte Ausgleichskräfte trotz antiliberaler Einstellung ein solches Ausmaß ausländischer Hilfe und Mitwirkung schaffen, daß dieser Sachverhalt im Falle Ägyptens jedenfalls schon die Qualität eines konstituierenden Elements für die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems angenommen hat. Stucken hat dem west-östlichen Zusammentreffen in Ägypten mit Recht eine ökonomische und ordnungspolitische Interpretation hinzugefügt (433):

Der Rückgang des Außenhandels mit westlichen Ländern zugunsten des Ostblocks sei nicht nur auf politische Sondereinflüsse zurückzuführen, sondern habe tiefgreifende ökonomische Gründe. Die freie Wirtschaftsordnung der westlichen Länder gibt dem ägyptischen Baumwollexport nicht die Möglichkeit, ein natürlich potentiell viel höheres Importvolumen auch nur annähernd auszugleichen (434). Der westliche Baumwollimporteur kann sich bei seinem Bezug ausschließlich nach Preis und Qualität orientieren. Um den Folgen wachsender Handelsdefizite und schwindender harter Devisenreserven vorzubeugen, mußte Ägypten mehr und mehr zur Devisenzwangswirtschaft übergehen und sehen, "daß denjenigen Geschäften, die zu Devisenausgängen in ein Land führen, auch entsprechende Geschäfte gegenüberstehen, die zu Deviseneingängen aus dem gleichen Land führen, so daß die Zahlungsbilanz Ägyptens gegenüber den einzelnen Ländern sich möglichst ausgleicht" (435). Man betreibt eine Devisenpolitik, die nach Stucken große Ähnlichkeit mit der des Deutschen Reiches nach 1934 habe (Schlagwort: Kaufe bei Deinem Kunden), d. h. Einfuhrgenehmigungen werden nicht generell erteilt, sondern nur für den Bezug aus bestimmten Ländern, mit denen Ägypten eine ausgeglichene oder aktive Handels- und Zahlungsbilanz hat.

Da es sich im Falle Ägyptens darauf konzentriert, ob ein Partnerland genügend ägyptische Baumwolle bezieht, konnte der Ostblock in die Bresche springen. Dank ihrem Außenhandelsmonopol können die Ostblockstaaten höhere Preise bewilligen (436). Setzten sie ägyptische Baumwolle dann zu Weltmarktpreisen in dritten westlichen Ländern ab (437), gewann der Oststaat obendrein eine multilaterale Forderung in harter Währung, während Ägypten sich mit einer bilateralen Forderung zufrieden geben mußte. Ein großer Teil der Importe aus den Ostblockstaaten kann aus den Vorteilen erklärt werden, welche der Handelsverkehr mit

einer Zentralverwaltungswirtschaft der ägyptischen "Mixed Economy" bietet, die in ihrem jetzigen Entwicklungsstadium noch nicht den vollen Wettbewerb im Rahmen von Multilateralität und Konvertibilität aufnehmen kann.

Ähnliches gilt für Kredite. Wiederum kann der Ostblock seine Leistung, den langfristigen Kredit, unter dem Weltmarktpreis anbieten. Diesen Vorteilen gegenüber wird die liberale Mahnung, nur Projekte zu unternehmen, die zum Marktzins rentabel sind, in den Wind geschlagen.

Erhält Ägypten einen Kredit in harter Währung zum normalen Marktzins, kann es zwar den Realtransfer nach Wahl vollziehen, muß jedoch den Zinsendienst und die Schuldentilgung ebenfalls in harter Währung leisten. Wir erwähnten schon die Schwierigkeiten, die aus dem Umstand entstehen, daß die Exportsteigerung hinter der Wachstumsrate der Binnenproduktion nachhinkt. Wenn mit dem Ende der Reifezeit devisensparende Güter auf den Markt kommen, melden bereits die nächsten Vorhaben ihre Ansprüche an die Devisenbilanz an. Mit dem Ostblockkredit erhält der Schuldner zwar wiederum nur eine bilaterale Forderung, die ihn dort zwangsläufig auch zum Kunden macht, andererseits wird aber in den Abkommen auch der reale Schuldentransfer bilateral geregelt. Auch diese Umstände erklären den Anstieg des Ostblocks im ägyptischen Außenverkehr.

In jüngster Zeit ist der Vormarsch des Ostens in Ägypten zum Stillstand gekommen, ja sein Anteil am ägyptischen Außenhandel ist sogar rückläufig (438). Man ist sich darüber im klaren, daß die eigene Unabhängigkeit und Sicherheit gegenüber beiden "Imperialismen" in einer Art Gleichgewicht und in der Neutralisierung der beiderseitigen Einflüsse liegt.

Inzwischen haben die Ägypter auch ausgiebig mit den Nachteilen des Verkehrs mit Ostblockstaaten Bekanntschaft gemacht. Große Erbitterung haben die östlichen Baumwolltransaktionen auf dem Weltmarkt hervorgerufen. Die langfristige Bindung der Rückzahlung durch Baumwolle wird als bedenklich angesehen. Die wirtschaftliche Gefahr einer Abhängigkeit von verschiedenen technischen Norm- und Standardisierungssystemen ist besonders groß, wenn der Partner den Außenhandel über ein Staatsmonopol abwickelt. Bei vielen industriellen Gütern entsteht durch den Erstkauf ein längeres Geschäftsverhältnis (Ersatzteile, Qualitätsgarantien (439), Servicenetz), in welchen Leistungen der freie Weltmarkt eindeutig überlegen ist. Daher die Tendenz, im Ostblock nur typisierte technische Ausrüstung (z. B. Werkzeugmaschinen), nicht aber produktbestimmte spezielle Kapitalgüter zu beziehen. Die Überlegenheit des Westens in der Belieferung mit Investitions- und hochwertigen Konsumgütern (z. B. Kraftwagen) ist langfristig und führt auch dazu, daß die Ausbildung technischen Personals mit Hilfe des Lieferlandes überwiegend in westlichen Staaten stattfindet. Andererseits scheint der Konsumgüterschwemme billiger Artikel, die sich seit einigen Jahren über Ägypten ergießt, umso weniger Dauer beschieden, als das Land mit fortschreitender Industrialisierung gerade hier die größten eigenen Produktionschancen hat (Importsubstitution).

cc) Die Funktion der größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit

Neben der Funktion, schnelleres Wachstum überhaupt zu erzielen, war die Reglementierung des Außenverkehrs von der Idee der Unabhängigkeit in besonderer Auslegung bestimmt. Verstanden wurde darunter nicht nur die größere Stabilität, die etwa durch die Überwindung der monokulturellen Wirtschaftsstruktur eintritt, sondern auch autarkistische Tendenzen machtpolitischer Natur.

Von welchen Ordnungsprinzipien die Wirtschaft eines Landes von der Größe Ägyptens auch beherrscht sein mag, mit der Industrialisierung tritt es in immer zunehmende und sich verfeinernde Beziehungen oder Abhängigkeiten (die Integration) mit immer zahlreicheren außerhalb seiner Grenzen liegenden Produzenten, Lieferanten, Kunden, Schuldnern und Gläubigern, Trägern von Wissen, technischem "know-how" usw.. Unabhängiger in dem entstellten Sinn wird die ägyptische Wirtschaft hierdurch nicht, im Gegenteil. Die Wirtschaftsblockade nach der Suezkrise überstand das Land deshalb, weil es erst wenig Schwerindustrie aufwies und der primitive Lebensstandard der selbstgenügsamen Masse leicht aufrecht erhalten werden konnte. Im heutigen Stadium müßte die Blockade weit katastrophalere Folgen auslösen. Dieses ehrgeizige Nach-den Sternen-Greifen begründet neue Abhängigkeiten. In technischer Hinsicht: Fast alle Prestigeobjekte würden ohne Hilfe ausländischer Experten rasch dem Untergang geweiht sein. In ökonomischer Sicht: Die Produktion z. B. von Flugzeugen, Autos, Lastwagen bedingt die "Abhängigkeit" von zahlreichen Zulieferern für alle Einzelteile, die nicht in Ägypten hergestellt werden können, sei es aus technischen oder marktmäßigen Gründen (440).

4) Probleme der Stabilität und Funktionsfähigkeit der ägyptischen "Mixed Economy"

Mit der Aufgabe, die Beziehungen zwischen den nach unseren Prinzipien konstituierten Ordnungselementen, dem System der Eingriffe und der Stabilität der Wirtschaftsordnung zu untersuchen, gelangen wir an den Schluß der Untersuchung. Die Richtung der Aussagen ergibt sich logisch und methodisch aus dem bisher Gesagten. Welche Tendenzen und Faktoren lassen sich im Schoße der vorliegenden Ordnung erkennen, die für eine Verdrängung der Elemente und Mischformen zugunsten mehr marktwirtschaftlicher oder mehr zwangswirtschaftlicher Formen sprechen? In welcher Stärke treten diese Erscheinungen auf? Dabei bezieht sich das Verdrängungsproblem auf alle Aspekte der "Mixed Economy": die Antriebs- und Eigentumsformen und die Lenkungselemente.

Ausgangspunkt ist die Analyse der ägyptischen Ordnungsvorstellungen und der ordnungspolitischen Praxis. Aus dem Fazit von drei Etappen Industrialisierungspolitik nach der Revolution zogen wir die Berechtigung, von einer gelenkten Marktwirtschaft zu sprechen und daher alle Eingriffe und Veränderungen der Elemente auf der Basis einer sogenannten marktwirtschaftlichen Grundorientierung zu betrachten. Die vorangehende Untersuchung bestätigte die Vermutung, daß einzelne Eingriffe andere Wirkungen und Funktionen haben können als im Industrieland (z. B. der Preisstopp für landwirtschaftliche Güter, die Devi-

senbewirtschaftung etc.). Ordnungspolitische Maßnahmen, die für eine hochindustrialisierte Marktwirtschaft unbedingt systemzerstörend wirken, können daher, die Folgerung scheint zwingend, für die "Mixed Economy" verschieden eingestuft werden, sich z. B. zum System stabilisierend, destabilisierend oder neutral verhalten.

Teils haften den Eingriffen nur scheinbare, teils vorübergehende "entwicklungsbedingte" und nur zum geringeren Teil echte permanente Wesensunterschiede an, die sich im gleichen Maße wie die Soziostruktur der Wirtschaft wieder wandeln werden.

Das Konzept der Ordnung und ihrer Eingriffe ist ja entwicklungs- und strukturbedingt und "in the long run" eine Übergangsphase.

Die größere Gruppe von Eingriffen, die nur scheinbar andere Wirkungen als in Industrieländern hervorbringen, gewinnen wir aus der sozialökonomischen Wirklichkeit. Der wirtschaftliche Alltag in Ägypten zeigt anschaulich, wie die Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auf Eingriffe durchaus nach dem rationalen Einzelinteresse ausgerichtet sind, mit welcher Zähigkeit sich die Gesetze des Marktes behaupten, wie man mit ihnen inmitten der Knappheiten zu rechnen hat, obwohl sie nicht immer die gleiche Durchschlagskraft haben können wie im Industrieland. Denn an sich bleibt der sachliche Gehalt gesamtwirtschaftlicher Prozeßordnungsprobleme bestehen, so sehr ihm soziologische, haltungsmäßige und strukturelle Momente eine andere Bedeutung zu geben scheinen.

Die kleinere Gruppe echter wesensmäßig unterschiedlicher Eingriffe zeigt sich am deutlichsten in der Konstituierung der Staatstätigkeit für die Infrastruktur, die industrielle Investition zur Beschleunigung der Strukturänderung, zur Ergänzung privater mangelnder Initiative, in den Beschränkungen des Außenverkehrs.

a) Die Stabilität hinsichtlich der Eigentums- und Antriebsformen

Der grundlegende Test, ob und inwieweit die Wirtschaftssubjekte zu konformen Anstrengungen angespornt werden, besteht aus zwei Teilen: einmal aus der Frage nach den offiziellen oder evtl. verschleierten Absichten der Staatsführung zur Eigentums- und Wirtschaftsordnung und zum anderen aus den Wirkungen auf die Wirtschaftssubjekte selbst. Vertrauen in die Ordnung ist in einer autoritären Staatsform die wichtigste Stabilitätsgrundlage.

Wir hatten aus den Maßnahmen und Äußerungen zur Ordnung keine Absichten zur Schaffung von Zwangswirtschaft und alleinigem Kollektiveigentum herauskristallisieren können. Trotz "sozialistischer" Etikettierung passen die Dinge in den Rahmen der erwähnten grundsätzlichen Marktwirtschaft.

So bedeutete z. B. die methodische Behandlung des erwerbswirtschaftlich eingesetzten öffentlichen Kapitals, das nach seiner Rechtsform dem Privatsektor zugerechnet wird und den erstaunlich niedrigen Anteil des öffentlichen Sektors erklärt, eine ordnungspolitische Aussage von großer Tragweite. Die marktwirtschaftliche Orientierung ist die bequem-

ste für den Staat, der sich nicht die Bürde von Verwaltung und Führung der gesamten Wirtschaft aufladen kann. Man könne den öffentlichen Sektor nicht bis ins Uferlose ausdehnen, wurde dem Verfasser im Planungsamt erklärt, da bürokratische Verfahrensweisen nur in begrenzten Bereichen vorzuziehen seien. Im Gegensatz zu Indien werden auch industrielle Großbetriebe nicht grundsätzlich als Staats- oder staatliche Regiebetriebe geführt. Die notwendigen Dispositionsbeschränkungen für Industriebetriebe (Devisenlizenzen, Investitions- und Kreditlenkung) seien ohnehin eine beträchtliche Belastung für jedes Management, die nicht noch durch eine Vielzahl bürokratischer Kontrollen, Hindernisse etc. vergrößert werden sollten, die im öffentlichen Betrieb typisch sind.

Die Stellung der Economy Development Organisation und ihrer Gesellschaften ist bezeichnend. Nur die EDO selbst wurde als öffentliche Körperschaft dem öffentlichen Sektor angegliedert (441).

Dieser selbstverständliche Hintergrund der marktwirtschaftlichen Ordnung, auf dem man operierte, war die Hauptursache, weshalb sich erst sehr spät aus dem pragmatischen Handeln die Notwendigkeit ergab, nicht nur propagandistische, sondern auch systematische Ordnungsaussagen zu machen. Die Perioden stärkerer Eingriffe, die stets Unruhe in der Geschäftswelt hervorriefen, zwangen die Führung, sich über ihre grundsätzlichen Absichten im klaren zu werden und sie zu äußern. Immer wieder wurden die notwendige Zusammenarbeit von privatem und öffentlichem Kapital, die Freiheit des Eigentums und seiner Verwendung in den Grenzen der Ordnung betont (442).

Zu der Gefahr der Verdrängung privater durch öffentliche Initiative äußerte sich ein der Regierung nahestehendes Wirtschaftsblatt wie folgt (443):

> "Staatlicher Eingriff in den Privatsektor ist ein Grundpfeiler der "sozialistischen" (in der ägyptischen Interpretation des Wortes, Anmerkung d. Verf.) Ordnung. Aber das wesentliche Problem des "Sozialismus" sind nicht die Arten und Methoden der Eingriffe, sondern das Ausmaß, die Expansion und die Grenze, an der sie haltmachen müssen, damit der öffentliche Sektor schließlich nicht alles interveniert, den Privatsektor erdrosselt, bis er sein Arbeits- und Tätigkeitsfeld verliert und sich dadurch unsere Ordnung verändert." "Wenn wir fordern, daß unsere neue Verfassung eine Bürgschaft für die Existenz beider Sektoren gibt ..., so ist das aus folgenden Gründen wichtig:
>
> 1) Die Geschäftswelt vertraut auf chancenreiche Arbeit in den ihr garantierten Grenzen und wird deshalb zur Arbeit zum allgemeinen Wohl angespornt.
>
> 2) Die Dirigenten des öffentlichen Sektors haben die Neigung, den Kreis ihrer Tätigkeit ständig zu erweitern.
>
> Das führt zu Versuchen, neue Eingriffe durchzusetzen. Und das wiederum zu neuen Eingriffen und so weiter (Das Problem der kumulativen Ketteneingriffe wird aufgegriffen, Anmerkung d. Verf.).

3) Auch ausländisches Kapital kann, wenn die Grenze der Sektoren festgelegt ist, sich jeder Tätigkeit mit Zuversicht und Stabilität zuwenden."

Und G. S. Eldin äußert die Befürchtung (444), daß "der öffentliche Sektor nicht immer dem öffentlichen Wohl diene, sondern oft einer kleinen Schicht von Nutznießern, während der Privatsektor nicht immer zum Nutzen einer Gruppe, sondern des ganzen Volkes arbeite".

Das Pendel schwingt langsam zurück. Bisher stand die Ordnungsveränderung im Vordergrund. Der Blick war hypnotisch auf die kritisierte "feudalistische, ausbeuterische und monopolistische" Ordnung gerichtet. Im Kampf mit ihr mußte sich das Regime erst durchsetzen, aber im Kampf nimmt man zunächst wenig Rücksicht darauf, welche Schläge der "Gegner" noch vertragen kann. Jetzt mehren sich die Anzeichen, daß auch das Problem der Ordnungserhaltung im neuen positiven Sinne erkannt wird.

Die beherrschende Rolle der öffentlichen Investition, die im Stadium des "Comprehensive Plan" einen Höhepunkt erreicht hatte (80 % der Investitionen gehören zum öffentlichen Sektor), wirft noch die Frage auf, ob die privaten Eigentums- und Antriebsformen allein aus der sachlich-quantitativen Dynamik der Pläne schließlich zum Schattendasein verurteilt sein werden. Eine Reihe von Wirtschaftsplänen dieser Art müßten in absehbarer Frist das Übergewicht des öffentlichen Sektors schaffen.

In der Industrie hängt die Verschiebung von der Stellung des gemischtwirtschaftlichen Sektors ab, ob er de jure und de facto als Regierungs- oder Privatbetrieb handelt und gilt. Angesichts der getroffenen ordnungspolitischen Entscheidung ist es irrelevant, ob dieser Sektor eine zentrale Stellung in der Industrie einnehmen wird oder nicht. Unter dieser Voraussetzung und in der Annahme, daß auch in Zukunft vorhandene Initiative in der Industrie nicht ausgeschaltet wird, werden der "geplante Privatsektor" und der reine Privatsektor dominieren. Bezieht man die öffentliche Investition mit ihrem hohen Anteil an SOC-Ausgaben und an Ausgaben für Einrichtungen, die nicht unmittelbar der Gewinnerzielung dienen (Förderungshilfen, Erziehung) auf das Wachstum der Gesamtwirtschaft, muß im Gegenteil von einer in der Wirtschaftsplanung enthaltenen Dynamik zur Stärkung der privatwirtschaftlichen Antriebskraft gesprochen werden. Ungeachtet der umfassenden Natur des Planes konzentriert sich die Errichtung von Produktionsbetrieben im wesentlichen auf die Industrie im erweiterten Sinne. Die Restwirtschaft zieht Nutzen aus neuentstehenden "external economies", wie z. B. in der Landwirtschaft. Ist aber der Primär- und Tertiärsektor überwiegend privatwirtschaftlicher Antriebskraft vorbehalten, ergibt sich die voranstehende Prognose zwingend aus den Grenzen, die der Ausdehnung des Sekundärsektors strukturell in der Gesamtwirtschaft gezogen sind.

aa) Vertrauen und staatliche Aktivität

Am dringendsten bedürfe die Regierung, erklärte dem Verfasser ein ägyptischer Nationalökonom, des Vertrauens, der Zustimmung und Unterstützung der Geschäftswelt, wenn ein echter wirtschaftlicher Aufschwung anhalten solle. Leider bietet die empirische Situation gerade in dieser Beziehung ein sehr zwiespältiges Bild. Das Dilemma läßt sich in einem Satz ausdrücken. So vernünftig, gemäßigt und "strukturadäquat" das gesamtwirtschaftliche Ordnungskonzept sein mag und so viele offizielle Versicherungen ergehen mögen, es wird wenig geglaubt, und viele Ägypter begegnen ihm mißtrauisch und mit Zurückhaltung.

Aus zahlreichen Gesprächen mit Industriellen und Händlern ging die eingewurzelte Befürchtung hervor, der Staat werde nach und nach alle wirtschaftliche Tätigkeit an sich reißen. Gerüchte über bevorstehende Verstaatlichungen dieser oder jener Industrie, der Mietshäuser oder gar der großen Lebensmittelgeschäfte halten sich beharrlich am Leben. Auch die staatliche Aktienbeteiligung wird von vielen als kalte Sozialisierung angesehen. Wenige tatsächliche Verstaatlichungen, deren Analyse wir uns für diesen Abschnitt vorbehalten haben, schufen Unbehagen und Unsicherheit. Wie im Industrieland fühlen sich alle Eigentümer bedroht, wenn der Grundsatz auch nur an einer Stelle verletzt wird.

Die Vorwürfe, die von privater Seite erhoben werden, sind zum Teil berechtigt, zum Teil unberechtigt. Die Unbekümmertheit, mit welcher der Orientale in der Gegenwart lebt, und der Umstand, daß sich das Wirtschaftsleben de facto noch immer zum großen Teil ungestört vollzieht, nimmt der Situation viel von ihrer Schärfe. Die schwerste Gefahr kommt von der Neigung, sich diese Tendenz einzureden, an sie zu glauben und der Regierung verschleierte Nebenabsichten ständig zu unterschieben.

bb) Analyse der wenigen Verstaatlichungsakte

Da fast alle Akte in das Jahr des Inkraftsetzens des "Comprehensive Plans" (445) fallen, entsteht mit Recht die Frage, ob die vielfach befürchtete Kette von Eigentumseingriffen in Gang gekommen ist. Das kann global verneint werden, obwohl die Regierung schwere Inkonsequenzen und Fehler bei der Durchführung unterlaufen sind. Da die Verstaatlichungsgesetze wie aus heiterem Himmel verkündet wurden, ihnen keine öffentlichen Diskussionen vorangingen, die Geschäftswelt sich den Eingriffen ohnmächtig und einflußlos preisgegeben sieht, haben sie einen weit über ihre spezielle ordnungspolitische Bedeutung hinausgehenden Beunruhigungseffekt ausgelöst.

Die Nationalisierung der Nationalbank (und der Misrbank)

Am 11. Februar 1960 wurde das Eigentum an der Nationalbank auf den Staat übertragen und die Aktien in Regierungspapiere mit zwölfjähriger Laufzeit bei 5 % Zinsen konvertiert (446). Das gleiche Schicksal erfuhr die Gründerbank der Misregesellschaften. In einem folgenden Kurssturz an der Börse bestätigte sich die Sensibilität und der Pessimismus des ägyptischen Publikums, der in der Presse nicht verschwiegen wurde:

"Logic and clear thinking were left aside and a panicky situation developed. Investors did not stop and calculate yields, intrinsic values etc.. No, the password was sell, sell at any price. But was there any reason for such a reaction? Indeed no. The minister more than once explained in the press the reasons which had prompted nationalisation" (447).

Stichhaltige Gründe des Gesetzgebers und Beispiele aus Industrieländern, in denen Zentralbanken verstaatlicht wurden, ohne die Eigentumsordnung zu gefährden, kamen beim Publikum nicht an. Man fragte sich, warum der formale Verstaatlichungsakt notwendig war, wenn die Bank ohnehin schon lange die Funktionen einer Zentralbank ausübte und die meisten Aktien nach der Suezkrise durch die Ägyptianisierung bereits in Staatshände gelangt waren. Aber aus dem gleichen Grunde hatte die Regierung recht, wenn sie dem Akt nur formale Bedeutung zuwies, weil sie die Zentralbankpolitik schon bisher bestimmen konnte und meinte, die Maßnahme sei für die Gestaltung der Ordnung erforderlich. Manche ausländischen Beobachter waren verwundert, daß die Nationalbank in Ägypten bis zu diesem Zeitpunkt noch zum Privatsektor zählte.

Der Schlag gegen die Misrbank wog schwerer. Ihre Verdienste um die ägyptische Industriefinanzierung waren vom Regime oft hervorgehoben worden. Die industrielle Gesetzgebung, insbesondere das Bankengesetz, gab ausreichende Kontrollrechte über den letzten großen Privattrust. Konsequenterweise versuchte die Regierung jedoch eine marktwirtschaftliche Begründung:

Die Misrbank habe in der Regel 51 % des Kapitals der ihr angeschlossenen Gesellschaften gehalten und diese damit beherrscht. Schon 1939 sei sie nur durch Staatshilfe dem Bankrott entgangen, weil sie ihre Fonds illiquid angelegt habe (448).

Der unmittelbare Anlaß war ein rein verfahrensmäßiges Problem:

Um dem Gesetz über die Banken von 1957 zu genügen, nach welchem eine Bank höchstens 25 % der Aktien vom Grundkapital halten durfte, hätte die Misrbank in kurzer Zeit so große Wertpapierbestände abstoßen müssen, daß deren Stabilität ernsthaft gefährdet und der Wirtschaft schwere Schäden zugefügt worden wären (449).

Diese Verstaatlichung hat eine interessante Fortsetzung. Nach zwei Monaten hatten die Kurse an der Börse einen gefährlichen Tiefstand erreicht. Die Regierung, über diese Reaktionen bestürzt, beeilte sich, neue beruhigende Versicherungen abzugeben. Sie halte die Börse für einen Grundpfeiler der wirtschaftlichen Expansion. Die Nationalisierungen seien spezielle Fälle und weitere Akte dieser Art seien nicht beabsichtigt.

Die "Neuorganisierung" der ägyptischen Presse

Ende Mai 1960 wurde die Geschäftswelt aufs neue erschreckt. Die vier größten Verlagsanstalten Ägyptens, welche die populären Massenzeitungen veröffentlichten, wurden gegen Entschädigung enteignet und auf

die "Nationalunion" übertragen (450). Dem Ansehen der ägyptischen Presse wurde schwerer Schaden zugefügt. Die rein politisch motivierte Verstaatlichung erscheint besonders sinnlos, weil die Presse längst gelenkt war und der Zensur unterlag. Sie schlug den Bemühungen ins Gesicht, endlich eine entspannte Vertrauensatmosphäre für die Wirtschaft zu schaffen.

Die Verstaatlichung der großen Kairoer Verkehrsgesellschaften

Gerüchte, daß den Gesellschaften die Lizenzen nicht erneuert würden, kursierten seit längerer Zeit. Hätte man die Begründung gewählt, in vielen Ländern sei ein großer Teil des gewerblichen Personenverkehrs staatliche oder kommunale Angelegenheit, wäre die Beunruhigung geringer gewesen. So hieß es, die Konzessionäre hätten den Liniendienst durch Mißwirtschaft heruntergebracht, Importlizenzen gesetzwidrig verwendet, hohe Gehälter und Entschädigungen an unqualifizierte Mitarbeiter bezahlt und seien mit den Steuern im Rückstand.

Dem Arsenal von Verstaatlichungsgründen gesellt sich eine neuartige, gefährliche Kategorie hinzu, die selbst im traditionellen sozialistischen Lager unbekannt ist. Sie fügt sich anscheinen harmonisch in den pragmatischen Gedankengang. In welchem Entwicklungsland gäbe es keine öffentlichen oder privaten Unternehmungen, die einer Prüfung ihrer Leistungsfähigkeit nicht standhalten könnten (451)? Der Aspekt bietet, zu Ende gedacht, gewaltige Sozialisierungs- (oder auch Privatisierungs-) perspektiven.

Die Verstaatlichung des Arzneihandels

Die Vorwürfe, der Handel habe Pharmazeutika und Arzneien aus Gewinnsucht gehortet, um die Preise künstlich hochzuhalten, überzeugen nicht, da genügend systemkonforme Mittel, z. B. die Preisfixierung, Lizenzkontrolle etc. zur Verfügung stehen.

Die Verstaatlichung des Baumwollhandels und des Importhandels

sind die ersten bedrohlichen Beispiele von Verdrängungen privater Antriebskräfte, die sich unmittelbar aus Lenkungseingriffen ergeben. Insofern die Logik, die hier Pate gestanden hat, durchaus pragmatisch-strategischer, nicht ideologischer Herkunft ist, weist sie auf Tendenzen, die sich ähnlich wie in Industrieländern entfalten, sich von ihnen nicht wesensmäßig unterscheiden.

Das partielle wirtschaftspolitische Ziel, über das Außenhandelsmonopol dem Staat Handlungsfreiheit und Elastizität zur Maximierung des Nutzens aus dem internationalen Handel zu verleihen, steht im Gegensatz zu den Stabilitätsprinzipien der "Mixed Economy". Angesichts mannigfaltiger Alternativen zur Verstaatlichung, die das gleiche Ziel erreichen könnten, ruhen die Argumente auf schwachen Füßen. Die Gefahr wird allerdings etwas gemindert, da den Importeuren oder Exporteuren erlaubt wird, weiter im Binnengroßhandel tätig zu sein oder da, wie im Fall des Baumwollhandels, etwa 45 selbständige Handelsfirmen

durch Kapitalverschmelzung zu drei oder vier großen Firmen zusammengefaßt wurden, die den Staat als Teilhaber aufnehmen müssen und 15 größere Gesellschaften ihre Funktionen beibehalten, aber auch hier dem Staat ein Anteil von 35 % zugesprochen wird (452).

Als Folge dieser Kette von Eingriffen blieben neue Nationalisierungsgerüchte nicht aus. Sie betrafen die großen Spinnereien und Webereien, die Baumwollpress- und Entkörnungsfabriken, die Metallindustrie, Bergbaubetriebe und die Beschlagnahme der großen Landgewinnungsgesellschaften (453). Beunruhigend wirkte eine Rede Nassers, in welcher er die "durch Erbschaft Müßigen" geißelte, so daß man mit Maßnahmen gegen den privaten Mietshäuserbesitz rechnete, der heutigen Lieblingsinvestition des vermögenden Ägypters.

Äußerungen wie jene über die Beziehungen zwischen privatem und öffentlichem Sektor zeigen indes ermutigend, daß die Regierung sich auch der schädlichen Wirkungen ihrer Eingriffe allmählich bewußt wird. So gewichtige Gründe sie ins Feld zu führen glaubt, einzelne Verstaatlichungen für notwendig zu halten, sie muß ihren Effekt auf die Gesamtkonstellation berücksichtigen.

Unserer Überzeugung und Erfahrung nach kann der Regierung keine versteckte oder böswillige Absicht unterschoben werden, die Privatwirtschaft auf dem Altar planwirtschaftlicher Experimente zu opfern. Die empirische Situation ist komplex. Keine autoritäre Regierung wird ihre Fehler offen eingestehen, vollzogene Handlungen rückgängig machen, sondern bemüht sein, sie als das Ergebnis einer überlegten und planmäßigen Politik darzustellen. Können aber Fehler nicht öffentlich kritisiert werden, öffnen sie dem mißtrauischen Publikum Tür und Tor für alle möglichen Interpretationen, Verdächtigungen, die von politischen Gegnern noch gefördert werden. Das autoritäre Regime gibt dafür zwangsläufig genügend Anlässe.

Andererseits bietet die unvermeidliche Einführung der Prinzipien einer gelenkten Wirtschaft in ihrem stufenweisen Ablauf eine Zielscheibe ständiger Kritik. Das Problem ist, wie die Einsicht, Zustimmung und Mithilfe der Privatwirtschaft gewonnen werden kann. Wird der Einzelne nicht überfordert, wenn von ihm Verständnis in Gesamtzusammenhänge verlangt wird? Wird er nicht allein die individuellen Wirkungen betrachten, wenn Tätigkeitsverbote, Preiskontrollen, Lizenzen und Kontingentverfahren sein Einkommen kurz- und langfristig verändern?

Man konnte kaum erwarten, daß ägyptische Wirtschaftskreise das Vordringen der staatlichen Aktivität begrüßen würden. Ebenso unvermeidlich sahen sie hier ein "ideologisches" Prinzip auf dem Vormarsch und wurden in ihrer Ablehnung durch die dirigistischen Eingriffe bestärkt. Auch die Ägyptisierung ausländischen Eigentums und die steigenden Beziehungen mit Ostblockländern haben Befürchtungen erweckt. Die Geschichte der Kapitalflucht und Abwanderung ausländischer Unternehmen auch aus den italienischen und griechischen Kolonien nach 1956 ist noch nicht geschrieben worden. Die alteingesessenen Europäer aus dem Mittelmeergebiet fühlen sich von dem wachsenden Nationalismus bedroht,

durch Gesetzgebungen eingeengt, sehen keine ausreichenden Zukunftschancen. Auch hier ist die Lage widerspruchsvoll. Einerseits erkennt die Regierung die Leistungen zahlreicher kleiner und mittlerer griechischer und italienischer Unternehmer an und läßt sie unbehelligt arbeiten. Andererseits will sie Arbeitsplätze ägyptischen Arbeitsuchenden sichern und behält sich, wie in allen Industrieländern üblich, eine Kontrolle durch verschärfte Gesetze über die Arbeit von Ausländern vor (454). Da es in Ägypten nie solche Beschränkungen gab, die Europäer privilegiert waren, wirken sie heute revolutionär und lösen eine Psychose der Unsicherheit aus. Das Beispiel zeigt anschaulich auch für andere Fälle, wie es teils berechtigt, teils aber unbegründet dazu kommen kann, daß sich die Geschäftswelt selbst hartnäckig eine Bedrohung suggeriert. Wenn sie auf Grund dieser unbewiesenen Daten handelt, kann sie selbst dazu beitragen, daß die gefürchteten Ereignisse wirklich eintreten.

b) Die Stabilität hinsichtlich der Lenkungsformen

aa) Faktoren, die für eine Verdrängungstendenz in Richtung verwaltungswirtschaftlicher Elemente sprechen

Im Grunde beschäftigen uns mehr die Tendenzen in umgekehrter Richtung und jene, welche den noch anhaltenden Prozeß der Ordnungsverdrängung verlangsamen und bremsen. Wenn Eingriffe und Elementverschiebungen in die Marktwirtschaft untersucht werden, geht man ja geradezu von den Erfahrungen über Verdrängungstendenzen in Industrieländern in Richtung auf verwaltungswirtschaftliche Formen aus. Auf diesem Hintergrund stellt die Phase, in welcher die "Mixed Economy" aus der Marktwirtschaft heraus entstanden ist, bereits insgesamt eine solche Tendenz dar. Die beträchtliche Gleichgewichtslosigkeit, in welcher sich große Teile von Märkten befinden, die Degradierung von Preisen auf ihre Funktion als Kalkulationsgrundlage ohne Steuerungsaufgaben verlangen ja auf die Dauer entweder die Koordination über funktionsfähige Märkte oder einen wachsenden institutionellen Apparat, welcher die Koordination durch die Subordination der Individualpläne zentralverwaltungswirtschaftlich vornimmt.

Wir gehen besser von der Frage aus, ob der Gesamtkonstellation stabilisierende Tendenzen innewohnen in wie weit sie gegen den Trend zur vollständigen Zwangswirtschaft widerstandsfähig ist.

bb) Faktoren und Tendenzen, die für eine langsame Verdrängungstendenz oder gegen eine solche von marktwirtschaftlichen durch lenkungswirtschaftliche Formen sprechen

Wie erklärt sich die Erfahrung, daß einzelne Lenkungseingriffe nicht im gleichen Maße kumulative Wirkungen zeitigen wie in der fortgeschrittenen Marktwirtschaft?

Der entscheidende Tatbestand wird durch die vorrevolutionäre Wirtschaftsstruktur, den Entwicklungsstand, den Dualismus der Märkte und Bevölkerungsschichten angezeigt. Die Wirkungen der staatlichen Planungs- und Lenkungspolitik, welche direkt nur an dem modernen Exklavensektor ansetzt, kommen an dem Meer der zahllosen Klein- und

Zwergbetriebe aller Zweige zum Stehen. Von ihnen lebt aber noch heute die große Masse der ägyptischen Bevölkerung. Die aufkommende Geld- und Marktwirtschaft hatte die Gesamtbevölkerung durch Arbeitsteilung und Preise oberflächlich integriert. Dieser Art von Integration fehlten jedoch die verwandelnden Antriebskräfte. Dem Preiszusammenhang folgte nicht die Interdependenz der Haltungen, Reaktionen und Anstrengungen. Die Schilderung A. Hunolds (455) über die Wandlung eines starken Bauertums in der Schweiz zum industriellen Unternehmertum mutet für Ägypten wie eine Utopie an.

Geringe Mobilität der Produktionsfaktoren bedeutet zwangsläufig eine langsamere Verbreitungsgeschwindigkeit und Durchschlagskraft von Interventionen. Der Einzelfall der landwirtschaftlichen Preiskontrolle war recht lehrreich. Auf ihr Land als Existenzgrundlage angewiesen, wandern die Bauern nicht in andere Zweige ab, die dann ebenfalls kontrolliert werden müssen.

Industriewirtschaften wachsen und verfeinern sich durch ständige strukturelle Umschichtungen. Man verdeutlicht sich diese Vorgänge an Hand von Wachstumskurven der einzelnen Industrien, die steil ansteigen, stagnieren oder schließlich abfallen, durch neue Kurven abgelöst werden etc.. Steuerungsinstrument dieser Prozesse sind die Preis- und Mengenverschiebungen auf Grund von Profiterwartungen. Die Interdependenz des Preiszusammenhangs für das dynamische, strukturelle Wachstum hatte in Ägypten nur rudimentäre Bedeutung. Die soziokulturellen Eigenschaften der Ägypter legten die dynamischen Funktionen des Lenkungsmechanismus lahm, überließen sie Ausländern oder schlugen sich nur in den Veränderungen des Außenhandels nieder. Wenn einerseits Preisveränderungen, das Auftauchen neuer Güter und Preise durch Importe, nur geringe Wirkungen auf die Elastizität der Binnenwirtschaft haben, so wird andererseits der Preiseingriff ähnliche unelastische Reaktionen zeitigen. Kontrolliert man den Preis für das Gut A, wird der ägyptische Unternehmer nur selten, auch wenn er die Möglichkeit hätte, zur chancenreicheren Produktion des Gutes B übergehen, es sei denn, er kann dieses mit dem bestehenden Produktionsapparat herstellen.

Aus den gleichen Gründen kann die schärfste Form der Marktintervention, die Kontingentierung und das Lizenzsystem für Importe, grundsätzlich nicht im gleichen Maße die partiellen Marktungleichgewichte kumulativ ausdehnen, so daß die gefährliche vollständige Steuerungslosigkeit die Folge wäre. Die Beschränkung des freien Außenhandels war Folge der staatlich inaugurierten Industrialisierung, sie bedeutete die erzwungene Umlenkung der Importe auf Investitionsgüter. Die Knappheit an importierten Konsumgütern, die nicht im Inland produziert werden, steht in keinem interdependenten Verhältnis zur inländischen Mobilität der Produktionsfaktoren. Was geschähe bei freier Preisbildung?

Ist das gesamte Importvolumen für Konsumgüter beschränkt, (der Fall der ägyptischen "Mixed Economy"), übernehmen Knappheitspreise die Verteilung, ohne daß die veränderten Preisrelationen Umsteuerungs-

wirkungen, die Erzeugung solcher Güter im Inland, hervorrufen könnten. Die geringe Mobilität der selbstregulierenden Marktkräfte führt dazu, daß die Preiserhöhungen wohl ihre konsumbeschränkende, nicht aber ihre ebenso bedeutsame produktionsausweitende Funktion ausüben können. Sicher wäre für unser konstruiertes Beispiel die mangelnde harmonische Proportionalität aller Teile der Wirtschaft, der Umstand, daß neue Kapazitäten und Anlagen erst aufgebaut werden müssen, das entscheidende Hindernis. Die Kapazität der Volkswirtschaft reichte für die Behebung der postulierten plötzlichen Verknappung nicht aus und man sollte die Preise eher zur Gruppe der sogenannten Engpaßpreise zählen, die auch in einer vollbeschäftigten Marktwirtschaft schwer zu verdauen sind (456). Das ist an sich richtig. Dennoch kommt der Erörterung grundsätzliche Bedeutung zu.

Wir hatten nur Konsumgüter angenommen, die nach den Phasen industriewirtschaftlicher Entwicklung am ehesten und leichtesten zu produzieren sind. Die Geschichte der modernen ägyptischen "Industrialisierung" zeigte jedoch, daß Preisincentives nur in wenigen Fällen zur Produktion auch dort anlockten, wo Produktionsfaktoren dafür mobilisierbar waren. Auf die mangelnde Reaktionsfähigkeit und -bereitschaft ägyptischer Unternehmer kommt es aber entscheidend an.

Bei den eingeführten Investitionsgütern, die auch in absehbarer Zeit nicht in Ägypten hergestellt werden können, ist der Zusammenhang in Bezug auf die Steuerungs-, nicht die Verteilungsfunktion am schwächsten. Sicher scheint es am wirtschaftlichsten, die knappen Devisen nach Angebot und Nachfrage der Investitionsgüter verbrauchenden Industriebetriebe verteilen zu lassen, ihre Hinleitung in die rentabelsten Betriebe erzwingend.

Angesichts der beschränkten Exportkapazität und der Notwendigkeit, die Grundlagen für die Entfaltung größerer industriewirtschaftlicher Gruppen erst zu schaffen, ein sich über längere Jahre hinziehender Vorgang, stellen die Devisen insgesamt die wichtigste Engpaßpreisgruppe der Wirtschaft dar. Die marktwirtschaftliche Lösung, das Auspendeln der Preise, müßte der forcierten Industrialisierung schaden, die Wirtschaft fiele in ihr langsames Tempo zurück, die Schäden der Maßnahme wären unabsehbar. Diese Art der Beseitigung der Engpaßgruppe kann eben nicht durch kurz- oder mittelfristige Anpassungsvorgänge bewältigt werden. Sie setzt nicht mehr und nicht weniger voraus, als daß der geplante Aufbau der Binnenindustrie, der Infrastruktur und der Umerziehung, stärkerer industrieller Export bereits weit fortgeschritten sind.

Wie in einem Industrieland sind die Devisenengpässe Produkte des Interventionismus (457), jedoch mit anderen Funktionen. In ersterem, das sich durch die sensible Verbundenheit aller Produktionsstufen und Preise auszeichnet, bewirkt der niedrige Interventionspreis, daß nachgeordnete Produktionszweige die Produkte zu billig erhalten und ihre Kapazität übermäßig auf Kosten des Zweiges ausdehnen können, in welchen interveniert wurde (458). Die Knappheit und das Ungleichgewicht werden zwangsläufig vergrößert und weitere Interventionen wahr-

scheinlich. Anders in unserem Falle. Es werden keine vorgelagerten Produktionsstufen benachteiligt, da sie, die Lieferanten der Kapitalgüter, im Ausland liegen und Ägypten nur zum Weltmarktpreis beziehen kann, den es nicht bestimmt. Die Intervention endet an der Staatsgrenze. Inländische Konkurrenz von Kapitalgüterproduzenten wird nicht geschädigt, da sie nicht existiert. Auch die Inflationierung der Importpreise würde sie nicht hervorrufen. Nach beiden Richtungen veranlaßt diese Gruppe der wichtigsten Interventionspreise in der ägyptischen "Mixed Economy" keine sich verbreitenden Ungleichgewichte. Langfristig vergrößert sogar die Intervention das inländische Angebot und die Kapazität der Wirtschaft beseitigt im Gegenteil Knappheiten anstatt sie zu vergrößern, ebenfalls eine andere Funktion. Die Preis- und Mengenanpassungen, deren strukturändernde Funktionen versagten, übernimmt der gesamtwirtschaftliche Expansionsplan.

Die entstehenden Industriebetriebe erhalten die Investitionsgüter zu festen Weltmarktpreisen. Auf dieser Grundlage wird ihre spätere Integration in Wettbewerbsbedingungen nicht erschwert. Ein Teil der künstlich gedrosselten Konsumgütereinfuhr wird durch neue Binnenproduktion kompensiert. Ein anderer Teil, für welchen das nicht zutrifft, kann keine inflationären Tendenzen hervorrufen, weil es für ihn keine inländischen Substitutionsgüter gibt, die jetzt stärker nachgefragt würden.

Zu der schwachen Wirkung einzelner Interventionspreise oder ganzer Gruppen gesellt sich die Natur des binnenländischen Wettbewerbs als stabilisierender Faktor.

Die Struktur des modernen Sektors, seine häufig kapitalintensive Ausstattung, die Wahl der Betriebsgrößen hatte bei der Planungspolitik Pate gestanden. Unter dem Gesichtspunkt der Marktformen betrachtet, entstehen in ähnlicher Weise vorwiegend monopolistische und oligopolistische Gruppen. Ein hoher Prozentsatz der Planprojekte führt Produkte ein, die bisher in Ägypten nicht oder nur in unbedeutenden Mengen oder Qualitäten hergestellt wurden (459). In vielen Fällen war das unvermeidlich. Die hochtönende Erklärung, man gehe daran, diese oder jene Industrie aufzubauen, bedeutete ja in der Regel nicht mehr als die Errichtung eines Werkes. Andererseits liegt dem antimonopolistischen Trend der demokratisch-sozialistisch-kooperativen Ordnung keine positive, bewußte Marktformenpolitik zugrunde (460).

Zweitens hemmt das Prinzip der gelenkten wirtschaftlichen Expansion die Reaktionsmöglichkeit der Anbieter des modernen Sektors, für welche es ja keinen freien Zu- und Abgang auf den Märkten gibt.

Schließlich wird der Wettbewerb durch die mannigfaltigen Eingriffe in den Außenverkehr teilweise beeinträchtigt.

Welche Folgerungen ergeben sich aus dieser Konstellation?

Die einzelwirtschaftlich orientierte Überwachung der Preisbildung bei den Planprojekten kann keine Abwanderung oder Verschiebungen aus und in den kontrollierten Sektoren hervorrufen. Umgekehrt könnte freie Preisbildung angesichts der monopolistischen Marktformen und des

Schutzes vor ausländischer Konkurrenz unerwünschte Preis- und Mengenanpassungen hervorrufen (windfall profits), welche die Aufbauphase der Industrie gefährden.

cc) Das Problem der Effizienz und Funktionsfähigkeit der "Mixed Economy"

Die Nachteile des partiellen Interventionismus zeigen sich weniger in einer ihm immanenten Verdrängungstendenz zu mehr zentralverwaltungswirtschaftlichen Formen als vielmehr in der Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit des Lenkungsmechanismus.

Die Planung, die jedem die Marktchance sichern wollte (461), verhindert in der Aufbauphase, daß die Effizienz und Funktionsfähigkeit des Ordnungsmechanismus erhöht wird. Hier gleichen die Wirkungen denen im Industrieland.

Der reglementierte Marktzutritt und beschränkte Wettbewerb wirkt auch negativ auf das Verhalten der Produzenten. In Bezug auf die Preisfixierung können sie sich allerdings nicht wie Monopolisten verhalten. Auch der Anreiz, im Rahmen der staatlichen Preispolitik Kosten zu senken, um die Profite zu erhöhen, mag gegeben sein. Gegenkräfte zeigen sich schon, wenn das Mißtrauen der Privatwirtschaft sich wirtschaftlich auswirkt. Mit Sicherheit vermindert wird der Ansporn zum Qualitätswettbewerb, wenn für den Konsumenten keine Ausweichmöglichkeiten bestehen.

Hier liegt eine gefährliche Antinomie der "Mixed Economy". Einerseits sollte die Industrialisierung vom Wirtschaftssystem her starke Antriebe, Ansporn und Zwang zu exakter technischer und kommerzieller Bewältigung all der neuen Aufgaben bieten.

Andererseits bleiben die Beschränkung des Wettbewerbs, die monopolistische Marktstruktur, die gelenkte Expansion für eine längere Phase unvermeidlich. Der industriewirtschaftliche Aufbau ist in der Entwicklungsphase wichtiger als ein exakt arbeitender Preis- und Lenkungsmechanismus. Die Effizienz des Systems wird zunächst rangordnungsmäßig diesem Ziel untergeordnet, um seinetwillen vernachlässigt. Die noch immer relativ einfache Zusammensetzung der ägyptischen Industrie erleichtert und mildert die Gefahren.

dd) Faktoren, die für eine Verdrängungstendenz in Richtung marktwirtschaftlicher Faktoren sprechen

Aus dem Klima dieser zuletzt genannten, einander widerstreitenden Tendenzen ergibt sich langfristig die stärkste Tendenz zur Wiederherstellung marktwirtschaftlicher Lenkungskräfte. Es wäre müßige Spekulation, über den Zeitpunkt, in dem sich solche Wirkungen einstellen müssen, in der jetzigen Periode Erörterungen anzustellen.

Das Lenkungs- und Effizienzproblem lauert im Hintergrund. Es wäre in dem Maße akuter, in welchem durch tatsächliche Erfolge der Industrieplanung die wirtschaftliche Struktur sich verfeinert, komplizierter wird, die Zahl der angebotenen und nachgefragten Rohstoffe, Zwischen- und Endprodukte zunimmt.

Das System der Eingriffe war als Abweichung von der Annäherung an Gleichgewichtsrelationen behandelt worden, die ihrer Grundtendenz nach sich aus einer marktwirtschaftlichen Ordnung ergeben. Im Wirtschaftsleben selbst zeigen sich starke Kräfte zur Durchsetzung von Marktpreisen. Die Industrie hilft sich selbst, sei es durch Rabatte oder Preisnachlässe oder umgekehrt durch versteckte Preiserhöhungen, Verhandlungstaktik und Zugeständnisse, wenn es um knappe, begehrte Güter geht. Kein Bauer hätte die geringste Chance, einen Feddan Land zu der niedrigen, von der Regierung festgesetzten Pacht zu erhalten. Heimlich wird der Marktpreis gezahlt. Ähnlich verhält es sich z. B. in der Wohnungswirtschaft. Die Findigkeit der Hauseigentümer ist den Gesetzen meist einen Zug voraus.

Am schwersten zu beurteilen sind die Wirkungen der industriellen "Paradeprojekte", des "Comprehensive Plans" und der Höhe der angegebenen jährlichen Investitionen. Rückschläge und Inflation, die in den angegebenen Größenordnungen, sollten sie tatsächlich eingehalten werden, nicht ausgeschlossen sind, könnten die "Mixed Economy" an einen Scheideweg führen, der eine Neuorientierung der Ordnungspolitik nach beiden Richtungen akut macht: Noch mehr Planung und Dirigismus und damit Preisgabe der stabilisierenden Grundlagen der "Mixed Economy" oder umgekehrt die größere Rückkehr zu marktwirtschaftlicher Vernunft, zur Angemessenheit der Pläne.

Zusammenfassung

1) Seit langem vermochte die Wirtschaft Ägyptens ihrer Bevölkerung keine ausreichende Existenzgrundlage mehr zu bieten. Aus ihrer herkömmlichen Gestalt ergab sich eine unvermeidliche Tendenz zu sinkender Lebenshaltung und steigenden sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen. Mangelnde Antriebe, die vielfältigen vorhandenen Hilfsquellen des Landes zu mobilisieren, war für ein stagnierendes Wachstum verantwortlich, das eine ungleichgewichtige Struktur konservierte. (Wirkung des wirtschaftlichen Wachstums auf die Struktur).

2) Aus der Struktur ließ sich ein Zwang zum Umbau, zur Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft ableiten, dem keine Alternative in der Grundrichtung offenstand. Folgende Faktoren wiesen auf die strukturbedingte, ja, strukturgesetzliche Notwendigkeit einer größeren Industrialisierung:

a) Der steigende Bevölkerungsdruck auf fast absolut begrenzter Bodenfläche.

b) Das Vorhandensein eines modernen industriellen Exklavensektors: die Ungleichgewichte der Sektoren, Wirtschaftszweige und Betriebsgrößen (zwergbetriebliche Struktur).

c) Die dualistischen Lebens- und Wirtschaftsbereiche: die Unterschiede von Bildung und Erziehung, der Einkommensverteilung, der Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Existenzerhaltung und -verbesserung, des sozialen Horizontes.

d) Die hohe Abhängigkeit von einem Exportgut (Monokulturland). (Wirkung der Wirtschaftsstruktur auf das wirtschaftliche Wachstum).

3) Von der strukturgesetzlichen Notwendigkeit der Industrialisierung her verwandeln sich die Elemente des stagnierenden Strukturtyps in Hemmnisse für den wirtschaftlichen Fortschritt.

Wir wiesen den soziokulturellen Eigenschaften (unter den strukturbestimmenden Faktoren) ein Primat zu:
Mangelnde Initiative, Erfindungs- und Neuerergeist, mangelnder Experimentierdrang im weitesten Sinne hielten den Ägypter in allen Bereichen zäh an verwurzelten Beschäftigungen fest.

Hieraus ließen sich die konkreten Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung ableiten: Wenig Unternehmer, Überwiegen des Handels, die Vorliebe für den Beamtenberuf, geringe Neigung zur Zukunftsvorsorge (Sparen), eine schmale industrielle Arbeiterschaft, wenig qualifizierte Techniker, Meister etc..

4) An den strukturbedingten Zielen und Hemmnissen für eine fortschreitende Industrialisierung setzte das umfassende Problem der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsordnung an.

Die in Ägypten historisch wirksam gewesenen Ordnungen waren als Strukturelement Symptome passiver wirtschaftlicher Verhaltensweisen, ohne die Entwicklung zu beeinflussen. Drei Transplantationen westlicher Ordnungsformen schlugen wegen ihrer Inadäquatheit für den vor-

liegenden Strukturtyp fehl.

a) Zuerst scheiterten Mohammed Alis Großmachtpläne an seiner Unfähigkeit, den Sinn für westliche Technik, Organisation und Produktionsweise mittels zentralverwaltungswirtschaftlicher Methoden in seinen Untertanen zu verwurzeln.

b) In der Ägide seines "Liberalismus" wurde Ägypten in die Weltwirtschaft integriert und siechte im Schatten seines einzigen komparativen Vorteils dahin, der ihm als Baumwollieferant zufiel.

c) Nach 1930 wuchs die Industrie unter dem Einfluß eines gemäßigten Protektionismus und infolge der Kriegskonjunktur des zweiten Weltkrieges ebenfalls nur sehr langsam.

(Aus der Struktur ergaben sich die mangelhaften Wirkungen der Wirtschaftsordnung auf das wirtschaftliche Wachstum).

5) An dem Ablauf der Industrialisierung nach 1952, die von der Revolutionsregierung zum wirtschaftspolitischen Hauptziel erhoben wurde, konnten wir in drei Perioden einen grundsätzlich struktur-, nicht aber ideologiebedingten Wandel der Ordnungselemente studieren.

a) Hinsichtlich der Antriebskräfte trat der Staat ergänzend zu den Privaten auf. Er förderte direkt und indirekt vor allem strukturändernde Industrieprojekte langfristiger, kapitalintensiver, risikoreicher Art (Pionierrolle), sei es durch Investitions-, Spar- oder Konsumpläne (Staatshaushalt), durch Infrastrukturvorhaben und Erziehungspolitik (Mobilisation der Antriebskräfte).

b) Hinsichtlich des Eigentums ist das Wachstum des öffentlichen Sektors relativ begrenzt. Der Staat bevorzugt die Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmungsformen, die als gemischtwirtschaftlicher Sektor der Industrialisierungspolitik ihr Gepräge geben. Private Eigentumsformen wachsen ebenfalls schneller als vorher.

c) Die Summe der Lenkungseingriffe hat die Grenze, jenseits derer sich das Ordnungssystem ändert, nicht überschritten. Die Wirtschaftsplanung, sichtbar in dem Prinzip der gelenkten Expansion, betrifft die Mobilisation zusätzlicher Aktivität, nicht die Koordination und Regulierung aller Einzelpläne und Entscheidungen durch eine Zentralbehörde. Die Lenkungseingriffe konnten insgesamt als Interventionen in eine grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung behandelt werden.
(Wirkungen der Wirtschaftsstruktur auf die Veränderung der Wirtschaftsordnung).

6) Das Ziel der Ordnungsveränderung, eine höhere Rate des wirtschaftlichen Wachstums wurde erreicht, wenn auch die Richtigkeit der offiziell angegebenen Ziffern (10 %ige jährliche Steigerung des Volkseinkommens) bezweifelt werden mußte.
(Wirkung der Wirtschaftsordnung auf die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums).

7) Auch die Analyse des Ordnungsleitbildes der Führungselite, der sogenannten "sozialistisch-demokratisch-kooperativen Ordnung", konnte theoretisch nicht in die Termini eines "dritten" funktionsfähigen Wirtschaftssystems übertragen werden. Die ordnungspolitisch bedeutsamen Eingriffe wurden erst allmählich im Hinblick auf eine Gesamtordnung gerechtfertigt. Dieser Prozeß ist noch im Fluß. Angeblich sozialistische Ziele (soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Wohlfahrt) werden grundsätzlich mit marktwirtschaftlichen Mitteln verfolgt.

Privateigentum, freie Verfügung über Produktionsmittel, Vertragsfreiheit sind als Grundlagen für die Handlungsfähigkeit unabhängiger Wirtschaftssubjekte grundsätzlich in fast allen Sektoren und Zweigen der Wirtschaft gewährleistet. Eine bedrohliche widerspruchsvolle Verdrängung privater vorhandener Initiative fällt nur auf dem Gebiet des Außenverkehrs ins Gewicht (Verstaatlichung des Baumwollhandels, des Importhandels).

Die ägyptischen Ordnungsvorstellungen lassen eine grundsätzliche Orientierung an der (gelenkten) Marktwirtschaft erkennen.

8) Der Prozeß der Ordnungsveränderung ist noch nicht zu Ende gekommen. Es zeigte sich, daß das Problem der Funktionsfähigkeit und Effizienz der Ordnung in der jetzigen Aufbauphase größerer Industriegruppen im Schatten der physischen, technologischen, administrativen und erzieherischen Aufgaben steht, ihnen rangmäßig untergeordnet ist.

Folgende Faktoren gefährden die Stabilität der Ordnungselemente:

a) Nationalistischer Ehrgeiz, Ungeduld und Furcht vor neuer "imperialistischer" Einflußnahme, nicht ideologische Befangenheit verführten dazu, übersteigerte Ziele zu stellen. Das gewählte Industrialisierungsmuster mit seiner hohen Investitionsrate und Vorherrschaft kapitalintensiver, langfristiger, technologisch anspruchsvoller Projekte mit langer Entwicklungszeit läßt Zweifel an der Solidität und Durchführbarkeit der staatlichen Wirtschaftspläne zu. Der moderne großbetriebliche Sektor wird einseitig erweitert. (Wirkungen wirtschaftlichen Wachstums auf die Struktur).

b) Indem die Pläne sich vorwiegend an dem Wachstum dieses großbetrieblichen Sektors orientieren, vermag ihr im Verhältnis zum eingesetzten Kapital geringer Beschäftigungseffekt die Kluft der dualistischen Wirtschaftsbereiche nicht zu überwinden. Elementar- und höhere Erziehung sind im Begriff, eine beträchtliche industrielle Reservearmee zu schaffen.
(Wirkungen wirtschaftlichen Wachstums auf die Struktur).

c) Die Finanzierung übersteigerter Investitionsvorhaben erzeugt einen starken Druck des Staates auf die interventionistische Mobilisierung der Finanzmittel. (Wirkungen wirtschaftlichen Wachstums auf die Wirtschaftsordnung.

d) Die autoritäre Regierung hat es noch nicht vermocht, in der unvermeidlichen Periode ordnungspolitischen Experimentierens das Vertrauen der Privatwirtschaft in die langfristige Sicherheit ihrer Exi-

stenzgrundlagen zu gewinnen und zu festigen. Hierzu haben a) - c), politische Affekthandlungen (Vertreibung ausländischer Wirtschaftsgruppen), systeminadäquate, überraschende Ordnungseingriffe (ein Teil der Verstaatlichungen) beigetragen.
(Wirkung wirtschaftlichen Wachstums auf die Wirtschaftsordnung).

9) Gegen eine sich kumulierende Verdrängungstendenz weiterer marktwirtschaftlicher durch zwangswirtschaftliche Elemente gibt es erhebche Gegenkräfte, die es unwahrscheinlich machen, daß die elastische Stabilität der ägyptischen "Mixed Economy" zerstört wird:

a) Es gibt keine Anzeichen oder Beweise, daß die Regierung offen oder versteckt eine extrem zwangswirtschaftliche Wirtschaftsordnung anstrebt. Andererseits wird ihr die Notwendigkeit immer mehr bewußt, daß Zusammenwirken von privaten und öffentlichen Wirtschaftsplänen durch systematische Ordnungspolitik und Gesetzgebung (Verfassungsgarantien) zu schützen und zu stabilisieren.

b) Im jetzigen Entwicklungsstadium vermag weder die reine Marktwirtschaft, noch ein zentralverwaltungswirtschaftliches System die vorliegenden Wachstumsaufgaben zu bewältigen.

c) Einzelnen Lenkungseingriffen wohnen nicht die gleichen Verdrängungstendenzen inne wie in einem fortgeschrittenen Industrieland:

1) Die Interventionen müssen sich grundsätzlich auf den modernen Sektor beschränken.

2) Die geringe Mobilität der Produktionsfaktoren hat eine schwache Interdependenz des Preissystems im Hinblick auf die dynamischen Funktionen von Preisänderungen zur Folge. Am Beispiel der wichtigsten Gruppe von Interventionspreisen (Importpreise) wurde klar, daß freie Preisbildung wohl in Form von Engpaßpreisen ihre konsumbeschränkende, nicht aber ihre produktionsausweitenden Funktionen ausüben könnte. Sie setzt den Erfolg der umfassenden Entwicklungspolitik voraus.

3) Es zeigen sich starke Kräfte zur Durchsetzung von Marktpreisen.

d) Ein Land von der Größe Ägyptens muß mit breiterem und komplizierterem industriellem Aufbau strukturbedingt die Ordnung jetzt gleichgewichtsloser Märkte wiederherstellen. Das ergibt sich insbesondere aus den begrenzten Chancen der Binnenexpansion (Nachfrageengpaß), die durch eine Periode stärkerer Exportfähigkeit (Wettbewerbschancen, neue "komparative Vorteile") ergänzt werden muß.

Anhang zur Analyse der Beschäftigungsstruktur im Rahmen des "Comprehensive Plan"

Insgesamt sollen 450 000 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze geschaffen werden, deren Zusammensetzung recht interessante Tatbestände zu Tage fördert.

Von dieser Zahl entfallen 60 000 auf den Zuwachs des Mittelstandes (Arbeitgeber), davon wiederum allein auf den Handels- und Finanzsektor 45 000 (75 %!). Für ihn waren, wie schon erwähnt, keine Investitionen im Plan vorgesehen. Sein Wachstum wird durch die Industrialisierung nur angeregt. Die hier ausgewiesene Beschäftigungszunahme kann daher von dem direkten Effekt der Investitionen abgezogen werden. Auch in diesem Zweig überwiegen bei den Neugründungen die zahlenmäßig recht schwer kontrollierbaren herkömmlichen Kleinbetriebe. 45 000 Arbeitgebern stehen nur 52 000 Angestellte gegenüber.

Es verbleiben ungefähr 200 000 Arbeitsplätze für die Industrie plus 11 000 Arbeitgeber.

40 000 Arbeitsplätze pro Jahr würden allerdings auf dem Papier den Zuwachs gegenüber der vorrevolutionären Periode mehr als verfünffachen (462). Zum Vergleich sei aber darauf hingewiesen, daß heute die jährlichen Investitionen im Industriesektor von 100 Mill. LE das 10 - 20fache dieser Periode betragen (463).

Es ist nicht klar zu ermitteln, ob wirklich jährlich 40 000 Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen werden können. Die Angaben der Beschäftigungsaufgliederung auf die einzelnen Zweige der Industrie, die vom Planungsamt veröffentlicht wurden, widersprechen denen des Industrieministeriums fundamental (464). Nach dem Industrieministerium entfällt über 50 % des Zuwachses auf die Landindustrien und das Handwerk (rural industries and handicraft). Wenn das richtig ist, wäre der Beschäftigungseffekt des industriellen Investitionsplanes um die Hälfte niedriger, da nur ein Bruchteil der Planinvestitionen (etwa 0,5%) auf die Rural Industries entfällt.

Davon abgesehen würde nach UNESCO-Berechnungen (465) für 40 000 Arbeitsplätze nur ein Bedarf von 5 000 Facharbeitern, Monteuren, Meistern etc. erzeugt, 15 000 entfallen auf "operatives", d. h. angelernte Arbeiter mit höchstens 4 - 6wöchiger Trainingszeit, der Rest von 20 000 auf ungelernte einfache Arbeiter und Hilfspersonal.

Nur die erste Gruppe stärkt den verläßlichen Dauerstamm an Industriearbeitern, die diese Bezeichnung verdienen. Der große Rest steht noch "zwischen den Welten", bildet die Hauptsorge und -belastung der betrieblichen Personalpolitik (Tagelöhner, hohe Fluktuation).

Auch die Aufgliederung des Zuwachses an "Arbeitgebern" in der Industrie ist recht aufschlußreich. Von 11 000 entfallen allein 4 000 auf die Nahrungsmittelzweige, die nur 7 % der Investitionen im Industriesektor erhalten, 2 500 auf Produktion und Reparatur einfacher Elektrogeräte, 2 000 auf die Erzeugung von Transportmitteln (Karren, Boote, Wagen etc.). Von Bedeutung sind noch die chemische Industrie (600),

die Erzeugung von nichtmetallischen Rohstoffen (900) und Papier (300). (Umriß des Fünfjahrplanes, a. a. O., S 141/142). Er bleibt also im wesentlichen auf die traditionellen Bereiche beschränkt.

Tabellen

Tabelle 1:

Betriebsgrößenverteilung im tertiären Sektor
Zahl der Betriebe in 1000, Angaben in Mill. LE

Gesamte Betriebe		Betriebe ohne Kapital		Betriebe unter 50 LE K.	
Kapital	Zahl	Kapital	Zahl	Kapital	Zahl
485,5	151,5	-	7,7	1,4	87,4

Betriebe zw. 50 u. 99 LE		Betr. zwischen 100 und 500	
Kapital	Zahl	Kapital	Zahl
1,3	21,5	4,2	22,8

Betriebe von 500 - 1000 LE		Betriebe mit 1000 LE und mehr	
Kapital	Zahl	Kapital	Zahl
2,7	4,5	476 (!)	7,8

Quelle: Annuaire Statistique, 1954 - 1956, Department of Statistique, Ministry of Finance and Economy, S. 342

Tabelle 2:

Wachstum des Volkseinkommens 1952 - 1956
(Zahlen in Mill. LE)

Jahr	Volks-eink.	Industrie	%	Ges. Staats-ausg.	%	Bev. Zuw.	Pro Kopf Eink.
1952	748 M.	65 M.	8,7 %	208 M.	27 %	2,9 %	32,8
1953	780 M.	77 M.	9,9 %	199 M.	26 %	2,3 %	34,3
1954	867 M.	93 M.	10,7 %	228 M.	23 %	2,2 %	38,5
1955	899 M,	103 M.	11,4 %	275 M.	30 %	2,2 %	39,1
1956	913 M.	105 M.	11,5 %	280 M.	31 %	2,2 %	38,8

Quelle: Zusammengestellt aus: Statistical Pocket Year-Book 1957, Presidency of the Republik, Statistical Department, Cairo 1958

Tabelle 3:

Höhe und durchschnittliche Zusammensetzung der Bruttoinvestitionen 1945 - 1952

	Jährl. Durchschn. in Mill. LE	Prozentsatz
Häuserbau	60	60 %
Basisausrüstung	15	15 %
Direkte Investitionen (aller Sektoren)	25	25 %
Gesamte Bruttoinvest.	100	100 %
Bruttovolkseinkommen	750	-
Anteil der Bruttoinvest.	100	13 %

Quelle: Samir Amin, Le Financement des Investissements dans la Province Égyptienne de la RAU, aus L'Égypte Contemporaine, Cairo, Juli 1959, S. 5

Tabelle 4:

Zusammensetzung der Bruttoinvestitionssumme 1953 - 1955 (in Mill. LE)

	1953	1954	1955
Wert von Maschinen und importierter Ausr.	18,3	28,7	40,7
Gebäude (öffentl. und privat)	40,6	40,0	42,5
Andere Kapitalausgaben (Industrie u. Landw.)	10,0	12,5	12,5
	68,9	81,2	95,7
in % des Volkseink.	8,7 %	9,0 %	10,6 %

Quelle: Zusammengestellt aus: Gross Rate of Capitalformation, Economic Bulletin, Vol. IX, No1, 1956, S. 19 und: Capital Formation and Capital-Output-Ratio, Economic Bulletin, Vol. IX, No. 4, 1956, S. 310 ff.

Tabelle 5:

Finanzierung und Zusammensetzung der öffentlichen Investitionen 1953 - 1956 (in Mill. LE) [1]

	1953	1954	1955	1956
Gesamte Staatseinnahmen	228	243	278	311
- Gesamte lauf. St. -Ausg.	213	231	273	301
= Zwangssparen	15	12	5	3
+ Finanzierung durch OCBP (Organisme de Construction des Batiments Publics	1	3	3	3
+ Finanzierung durch Schatzanweisungen	16	29	42	43
Gesamtvolumen der Inv.	32	44	50	56
Natur der öffentlichen Investitionen				
Basisinvestitionen	30	39	45	49
Industr. Investitionen und Beteilig.	2	4	5	7
Zusammensetzung der öffentlichen Investitionen				
Gebäude	10	12	13	18
Öffentl. Arbeiten	20	27	31	30
Maschinen	1	2	2	3
Verkehrsmittel	6	5	5	5

Quelle: Samir Amin, Les Financement des Investissement..., a.a.O., S. 11

Tabelle 6:

Außenhandel Ägyptens mit der UdSSR, der Bundesrepublik und Italien 1956 - 1959

in Mill. LE I = Importe Ex = Exporte

	1956		1957		1958		1959	
	I	Ex	I	Ex	I	Ex	I	Ex
UdSSR	7,9	5,6	18,6	31,3	32	28	27	28
Bundesrep.	21	7	18	5,6	27	3,4	28	7,6
Italien	12	8,2	13,7	6,3	23	6,8	11	7,3

Quelle: Zusammengestellt aus den laufenden Bulletins der National Bank of Egypt (Economic Bulletin, 1957 - 1960)

1) Die Endzahlen der drei Untertabellen stimmen nicht überein. Die Ursache konnte nicht ermittelt werden.

Tabelle 7:

Planziele der ersten und zweiten Planperiode nach dem ursprünglichen und genehmigten Entwurf

Periode I (1960 - 1965)	Volkseinkommen = VE	
	Ursprünglicher Entwurf	Genehmigt. Entwurf
VE am Anfang	1.000 Mill. LE	1.282 Mill. LE
Bevölkerung	25 Mill.	25 Mill.
Einkommen pro Kopf	40 LE	52 LE
Gesamtinvestitionen	1.150 Mill. LE	1.697 Mill. LE
Globale ICOR	6,2 (!)	3,3 (!)
Erhöhung des VE	150 Mill. LE	513 Mill. LE
Periode II (1965 - 1970)		
VE am Anfang	1.150 Mill. LE	1.795 Mill. LE
Bevölkerung	27,5 Mill.	27,5 Mill.
Einkommen pro Kopf	42 LE	66 LE
Gesamtinvest.	1.325 Mill. LE	- -
Globale ICOR	4,5	
Erhöhung des VE	300 Mill. LE	

Quellen: Angaben zusammengestellt aus: Sami Amin, Les Investissements..., a.a.O., S. 32 ff. und "Grundzüge des Allgemeinen Wirtschaftlichen und Sozialen Wachstumsplans 1960/1965", VAR, Planungsamt, Kairo, 1960 (arabisch)

Tabelle 8:

Die Struktur des Wachstumsplanes 1960 - 1965

	Investitionen		Steigerung des Volkseinkommens		ICOR
	In Mill. LE	in %	in Mill. LE	in %	
Landwirtschaft					
Bewässerung u. Drainage	119				
Hochstaudamm	47				
insg.	225	22,5	112	22	2

	Investitionen		Steigerung des Volkseinkommens		ICOR
	In Mill. LE	in %	in Mill. LE	in %	
Transport, Verkehr					
Transport etc.	237				
Suezkanal	35				
	272	16,1	20	3,7	13,6
Hausbau	175	10,3	11	1,8	16,6
Public Utilities	49	2,9	2	0,4	24,5
Andere Dienstleist.	105	6,5	66	16	1,8
Industrie und Elektroenergie					
Industrie	439	33,7	211		2,2
Elektroenergie (+ Hochstaudamm)	140		56		

Quellen: Die Angaben sind aus dem in Tabelle 7 zitierten Werk des Planungsamtes zusammengestellt. In englischer Sprache: The Comprehensive Five-Year-Plan for the Economic and Social Development of the UAR, 1960 - 1965, Middle East Publications, Cairo, 1961, S. 15 ff.

Tabelle 9:

Die Verteilung der Planinvestitionen in der Industrie 1960 - 1965 (in Mill. LE)

Petroleumindustrie	82,5
Metallverarbeit. Ind.	57,5
Chemische Ind.	83,7
Nahrungsmittel Ind.	30,1
Spinn- und Webind.	43,8
Metallgrundstoff Ind.	46,0
Handwerkl. Industrien	1,9
Stahlgewinnungsind.	36,7
Zentrallaboratorien	2,0
Komplementäre Ind.	16,0
Abschreibungen	30,0
	434,0

Quelle: Siehe Tabelle 8, in französischer Sprache: L'Egypte Industrielle, Juni 1960, S. 8

Tabelle 10:

Die Warenbilanz (zu Marktpreisen von 1959/60)

Wert des Warenangebotes (Brutto)

nach Herkunft				nach Verwendung			
Örtl. Prod.	Importe	Total		Exporte	Endverbr.	Bedarf d. Warenprod.	Inv.
1952,0	350,8	2302,8	1959/60	171,7	876,4	994,7	192,8
2892	346,4	3239,3	1964/65	232,3	1086,2	1498,1	234,4
+940,0	-4,4	+937,5		+61,6	+209,8	+503,4	+41,6

Quelle: Siehe Tabelle 8.

Tabelle 11:

Die erwartete Einkommensentwicklung 1960 - 1965

		Value added	Löhne u. Gehälter	Einkommen aus Besitzrechten
1960		400	135	265
	Landwirt.	+ 112	+ 36	+ 76
1965		512	171	341
1960		273	91	182
	Industrie	+ 267	+ 64	+ 203
1965		540	155	385
1960		52	34	18
	Häuserbau	- 1	- 1	0
1965		51	33	18
1960		557	310	247
	Dienstl.	+ 135	+ 90	+ 45
1965		692	400	292
1960		1282	570	712
	Gesamt	+ 513	+ 189	+ 324
1965		1795	759	1036

Quelle: Siehe Tabelle 8.

Tabelle 12:

Die Veränderung der Importstruktur

Anteil der Investitionsgüter:	1959/60: 33,7 %	1964/65: 43,1 %
Anteil der Zwischenprod.:	1959/60: 51,7 %	1964/65: 43,1 %
Anteil der Konsumgüter:	1959/60: 14,6 %	1964/65: 13,8 %

Quelle: Siehe Tabelle 8, S. 97.

Tabelle 13:

Aufgliederung des Beschäftigungszuwachses
(in 1.000) Veränderung 1965 gegenüber 1960

	Selbständige (Arbeitgeb.)		Arbeiter und Angestellte		Insgesamt	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
Gesamtzuwachs	448	100	578	100	1.026	100
Landwirtschaft	375	83	180	31	555	54
Industrie	11	2,5	204	35,3	215	20,9
Bau	2	0,5	- 13	-	- 11	-
Dienstleistungen						
Transport u. Verkehr	- 3	-	10	1,7	10	0,9
Wohndienste	-	-	4	0,6	4	0,4
Allg. Utilities	-	-	5	0,8	5	0,4
Handel u. Finanzen	45	10	52	8,8	97	9,5
Erziehung	-	-	45	7,7	45	4,4
Gesundheit	1	0,2	12	2	12	1,2
Soziale u. religiöse Dienste	-	-	9	1,5	9	0,9
Justizdienste	1	0,2	10	1,7	11	1,1
Kulturelle u. Touristische Dienste	1	0,2	11	1,8	12	1,2
Ordnungsdienste der Regierung	-	-	22	3,6	22	2,2

Quelle: Siehe Tabelle 8, Seite 140.

Tabelle 14:

Beschäftigungswirkung des zweiten Industrieplanes

Beschäftigung	Sektor
6.125	Petroleumindustrie
12.778	Bergbau
9.974	Chemische und Pharmazeutische Industrien
44.881	Nahrungsmittelindustrie
11.794	Metallindustrie
7.555	Rohstoffgewinnungsindustrie
9.130	Textilindustrie
116.000	Handwerk
2.080	Ausbildungsstätten
1.600	Zusätzliche Beschäftigung
221.917	

Quelle: Der zweite Fünfjahrplan für die Industrie, VAR, Südprovinz (Ägypten), Zentrales Industrieministerium, Kairo, 1960, S. 60.

Tabelle 15:

Aufteilung des Beschäftigungszuwachses in der Industrie 1960/61 - 1964/65 (in Tausend)

	Ges. Besch. 1959/60	Ges. Besch. 1964/65	Zuwachs
Baumwollentkörnung und Oelpress.	16,5	17	+ 0,5
Rohstoffgewinn. Zweige	18,5	37,6	+ 19,1
Verarbeit. Industrie	587,6	780,9	+ 193,3
Elektr. und Gas	8,9	11,0	+ 2,1
insgesamt	631,2	846,5	+ 215,3
Aufteilung der Verarbeitenden Industrie			
Nahrungsmittel	130	155	+ 25
Getränke	7,6	8	+ 0,4
Tabakw. Ind.	11,9	15,8	+ 3,9
Textilind.	135,5	156,0	+ 20,5
Fertigkleidung	40,0	44,0	+ 4,0
Holz- u. Holzind.	41,5	44,0	+ 2,5
Papierind.	6	15,0	+ 9
Druckerei u. Verl.	22,0	28,0	+ 6
Lederind.	7	9,8	+ 1,8
Gummi	3,7	4,3	+ 0,6
Chemisch. Ind.	13,6	32,0	+ 18,4
Petrol. Ind.	7,8	13,0	+ 5,2
Erzeugn. aus nichtmetall. Rohstoffen	26,0	33,0	+ 7,0
Metallgrundind.	12,3	50,0	+ 37,7
Metallerzeugn.	25,0	38,0	+ 13,0
Mech. Ind. u. Repar. (nichtelektr.)	4,3	17,0	+ 12,7
Mech. Ind. u. Repar. (elektr.)	9,3	10,0	+ 0,7
Transportm. Ind.	31,0	53,0	+ 22,0
Andere u. einfache Ind.	53,6	55,0	+ 1,4

Aufteilung der Rohstoffgewinnung:

	Ges. Besch. 1959/60	Ges. Besch. 1964/65	Zuwachs
Kohlegew.	-	0,5	+ 0,5
Metallgew.	2	6,2	+ 4,2
Rohpetr.	2,7	4,8	+ 2,1
Steine etc.	5,5	9,2	+ 4,7
And. Rohstoffe	8,3	16,9	+ 8,6

Quelle: Siehe Tabelle 8, Seite 141/142.

Tabelle 16:

S. 204 Detail Plan

Die Finanzierungsquellen für die Investitionsausgaben 1959/60 und 1960/61

Finanzier. Quellen	1959/60	1960/61	Veränderung
Die Inlandsersparnisse			
1) Ersparnisse aus Nettoprof. (zurückb.)			
a) Privater Untern. S.	65,3	81,1	15,8
b) Öffentl. Untern. Sek.	32,3	40,7	8,4
c) Versich. (Sozial)	14,4	20,5	6,1
2) Laufender öffentl. Haushaltsüberschuß	46,3	27,6	- 18,7
3) Privater Haushaltssp.	22,7	77,0	+ 54,3
	181,0	246,9	65,9
Ausländische Anleihen	22,9	58,5	35,6
	203,9	305,4	+101,5

Tabelle 17:

Regierungsausgaben und -einnahmen
1959/60 - 1960/61

Ausgaben d. öffentl. Hand			Einnahmen d. ö. Hand	
1959/60	1960/61		1959/60	1960/61
Laufd. Ausgaben:				
Regier. Dienstl.	256,6	313,2	d. Staatshaush.	297,6	318,3
Öffentl. Untern. S.	136,1	172,4	d. Öffentl. Untern. Sektor	196,5	211,0
	392,7	485,7			
Regier. Investit.:					
Reg. Dienstl.	80,1	85,8	Defizit	92,0	206,5
im Öff. Untern. S.	95,3	164,4			
	175,4	250,3			
	568,1	735,9		568,1	735,9

Quellen zu Tabelle 16 und 17:

zu 16 Quelle: Der detaillierte Plan für das Soziale und Wirtschaftliche Wachstum im Ersten Jahr (1960/61, VAR, Präsidentschaft, Planungsamt, Kairo, 1960, Seite 204 (arabisch)

zu 17 Quelle: Siehe Tabelle 16, Seite 154

Tabelle 18:

Die Gewinnverteilung nach Sektoren
(Die Angaben enthalten verteilte und zurückbehaltene Gewinne)

		1959/60		1960/61
18 a	Gewinne des privaten Unternehmungssektors	519,9	+ 47,3	566,9
	Gewinne des öffentlichen Sektors	66,6	+ 7,4	74,1
		586,2	+ 54,8	641,0

		1959/60		1960/61
18 b	Gewinne des geplanten Privatsektors	44,1	+ 16,3	60,4
	Gewinne des ungeplanten Privatsektors	475,5	+ 31,4	506,9
		519,6	47,7	567,3

Quelle: Siehe Tabelle 16, S. 208.

Tabelle 19:

S. 12

Die Verteilung der Investitionen im öffentl. und priv. Sektor

	Wert d. Investitionen			% d. Ges. Investit.	
	öff. Sekt.	Priv. Sekt.	Ges.	öff. Sekt.	Priv. Sekt.
Landwirtsch.	30,7	4,5	35,2	87,1	12,9
Bewäss. u. Drain.	16,1	1,0	17,1	94,1	5,9
Hochstaudamm	10,3	-	10,3	100	-
Industrie	58,3	18,5	76,9	75,9	24,1
Elektrizität	7,2	1,7	8,9	80,8	19,2
Transport u. Verk.	54,9	8,0	62,9	87,3	12,7
Suezkanal	14,9	-	14,9	100	-
Wohnhausbau	13,9	21,2	35,1	39,6	60,4
Public Util.	12,0	0,14	12,96	98,9	1,1
Dienstl.	20,2	1,0	21,3	95,3	4,7
Gesamt	239,24	56,0	295,33	81,0	19,0

Tabelle 20:

Anteil der öffentl. Produktionstätigkeit an der Gesamtproduktion

Zweig — Prozentsatz des Produktionswertes der öffentl. Tätigkeit von der gesamten sichtbaren wirtschaftlichen Tätigkeit

	1959/60	1960/61
Die Landwirtschaft	3,7	3,7
Industrie und Elektr. w.	7,8	7,7
Transport und Verkehr	62,1	65,9
Wohnhausbau	2,1	1,9
Handel und Finanzen	2,3	1,4
Durchschnitt	9,6	9,6

Quellen zu Tabelle 19 und 20:

zu 19: Quelle: Siehe Tabelle 16, Seite 12

zu 20: Quelle: Siehe Tabelle 16, Seite 172.

Nachtrag: Die zweite "sozialistische" Revolution in Ägypten

Einleitung:

Nach Abschluß der Arbeit erreichten - um den 9. Jahrestag der Revolution (23 Juli) und den Abfall Syriens von der VAR (Ende September 1961) kulminierend - die wirtschafts- und ordnungspolitische Gesetzgebung und Eingriffe ein neues und radikaleres Stadium. Obwohl das bisherige pragmatische Ordnungskonzept bereits als sozialistisch etikettiert war, wurde erneut von sozialistischer Revolution, von dem "sozialen Suez" gesprochen, das die endgültige Befreiung von der "inneren" Ausbeutung bringe, nachdem das Jahr 1956 die Befreiung von der "äußeren" kolonialistisch-imperialistischen Ausbeutung gebracht hatte. Angesichts der neuen Reform- und Verstaatlichungswelle sind mancherorts Befürchtungen laut geworden, Ägypten habe nun wohl endgültig den Weg Ghanas oder gar Jugoslawiens eingeschlagen. So weit ist es allerdings noch nicht.

Im Sinne unserer Analyse ergeben sich weitere Verschiebungen hinsichtlich des Eigentums- und Antriebsaspektes, während das Lenkungsproblem im wesentlichen - noch - unberührt bleibt. Auffällig und ermutigend erscheint der Eifer, mit welchem die gemessen an der Gesamtwirtschaft relativ geringe Verstaatlichung als die endgültige Verwirklichung des Sozialismus dargestellt wird, wenn ihr auch ein großer Teil der kapitalkräftigen größeren Betriebe der verschiedensten Zweige zum Opfer gefallen sind.

Die Ereignisse bieten einen interessanten Beweis dafür, daß die Mischung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Ungleichgewichte, die wir an den verschiedensten Brennpunkten aufspürten, weitere Konzessionen an die Ordnungsveränderung fordert. Jedoch kann die Frage noch nicht beantwortet werden,ob damit der Beweis vorliege, daß eine pragmatisch fundierte "Mixed Economy" so viele Spannungsherde erzeuge, daß die politischen, sozialen und ideologischen Kräftegruppierungen sie immanent an den Rand ihrer Funktionsfähigkeit und Stabilität treiben, wenn auch die augenblickliche Lage in Ägypten so gedeutet werden kann (Herbst 1961).

Bevor eine Analyse der seit dem Sommer 1961 entstandenen Situation unternommen werden kann, seien die Fakten unterbreitet:

I. Die neue sozialistische Gesetzgebung

1) Die Formen der Verstaatlichung

Zum ersten Mal wurde mit dem Prinzip der Einzelverstaatlichung aus speziellen Motiven gebrochen und der öffentliche Sektor durch vollständige Nationalisierung einzelner Bereiche und durch eine gestaffelte Verstaatlichung wesentlicher Teile der größeren Industrie- und Handelsbetriebe erweitert. Alle betroffenen Firmen werden stets im einzelnen in den dem Gesetz beigefügten Listen aufgeführt.

a) Gesetz 117/61

betreffend: Volle Verstaatlichung der Banken, der Versicherungsgesellschaften und weiterer Industrie- und Handelsbetriebe in der VAR.

Das Gesetz besagt, daß alle Banken und Versicherungsgesellschaften sowie diejenigen Handels- und Industriefirmen, die in einer dem Gesetz beigefügten Liste aufgeführt sind, 100 %ig verstaatlicht werden. Nach Artikel 4 des Gesetzes behalten die voll verstaatlichten Firmen und Gesellschaften ihre jetzige Rechtsform bei und setzen ihre Geschäfte fort. Jedoch können durch Präsidentendekret Gesellschaften oder Banken miteinander verschmolzen werden.

Von dieser Kategorie werden außer den Banken und Versicherungsgesellschaften 42 Gesellschaften betroffen, die in den verschiedensten Fabrikations- und Handelszweigen tätig waren (z. B. auch Zementwerke, Textil- und Zigarettenfirmen etc.). Die Liste enthält außerdem Firmen des Verkehrssektors und der Public Utilities, z. B. Autobus- und Straßenbahngesellschaften außerhalb Kairos, die noch nicht verstaatlicht waren.

b) Gesetz 118/61

betreffend: Beteiligung des Staates an bestimmten Industrie- und Handelsfirmen.

Durch das Gesetz wird verfügt, daß die in der dem Gesetz beigefügten Liste aufgeführten Firmen in eine Société Arabe Anonyme umzuwandeln sind, an der eine der öffentlichen Wirtschaftsorganisationen mit mindestens 50 % des Kapitals zu beteiligen ist. Diese Umwandlung hat innerhalb von 6 Monaten nach Erlaß des Gesetzes stattzufinden. Das Kapital der von dem Gesetz betroffenen Aktiengesellschaften soll auf der Basis des letzten Börsenpreises festgesetzt werden. Die Regierung wird den an die Public Organisation abzugebenden Kapitalanteil von mindestens 50 % mit 4 %igen Government Bonds mit einer 15-jährigen Laufzeit bezahlen. Auch diese Bonds werden börsenfähig sein.

c) Gesetz 119/61

betreffend: Neuregelung des Aktienbesitzes an bestimmten Gesellschaften.

Nach diesem Gesetz darf keine natürliche oder juristische Person Aktien im Kurswert von mehr als LE 10 000 an den Gesellschaften besitzen, die in der dem Gesetz beigefügten Liste aufgeführt sind. Der über diesen Betrag hinausgehende Aktienbesitz einer natürlichen oder juristischen Person wird auf den Staat übertragen und ebenfalls in Staatsobligationen entschädigt. Der Aktienbesitz von Public Organisations und staatlichen Stellen an diesen Gesellschaften wird durch die Bestimmung des Gesetzes nicht betroffen.

Unter das Gesetz Nr. 118 fallen 91 weitere Unternehmungen, unter das Gesetz Nr. 119 159 Firmen wiederum aus den verschiedensten Zweigen der Wirtschaft. Die Entschädigung des Aktienbesitzes bezieht sich

auch auf die volle Verstaatlichung. Können die Werte durch keine Börsennotierungen ermittelt werden, werden sie durch eine besondere Kommission festgelegt.

d) Verstaatlichung der Schiffahrt

Auch die Verstaatlichung der einzigen noch in Privathänden befindlichen Schiffahrtsgesellschaft "Khedival Mail Line" wurde verfügt. Zusammen mit drei anderen schon vorher verstaatlichten Gesellschaften wird sie von der neugegründeten staatlichen Organisation der Hochseeschiffahrt, der "Société Générale de Navigation Maritime", die dem Verkehrsministerium angeschlossen ist, übernommen.

e) Verstaatlichung der Baumwollpressereien

Bereits am 11. Juli 1961 waren noch 4 in Privatbesitz befindliche Baumwollpreßfabriken verstaatlicht worden, zu diesem Zeitpunkt allerdings noch mit der damals üblichen Einzelbegründung. Diese Pressereien, so hieß es, seien die letzte entscheidende Bearbeitungsstufe vor dem Export und müßten aus Landesrücksichten verstaatlicht werden, weil die früheren Inhaber trotz hoher Gewinne nichts für die vorbildliche Leitung und die Erneuerung veralteter Anlagen und Maschinen getan hätten.

f) Vertretungen ausländischer Firmen

Durch das Gesetz 107/61 ist das Vertretungsrecht zugunsten des Staates neu geregelt worden. Nur solche Unternehmen, die in das neue Sonderregister im ägyptischen Wirtschaftsministerium eingetragen sind, können in Ägypten weiterhin ausländische Firmen vertreten. Eintragungsberechtigt sind aber nach § 2 des Gesetzes nur Regierungsgesellschaften oder öffentlichen Körperschaften angeschlossene Gesellschaften, an denen die Regierung oder öffentliche Körperschaften mindestens 25 % Kapitalbeteiligung haben. Rein private Handelsfirmen können demnach in Zukunft nicht mehr als Vertreter einer ausländischen Firma arbeiten. Vertreterfirmen, die durch die Gesetze 117 - 119/61 verstaatlicht wurden (1) oder an denen der Staat eine entsprechende Beteiligung erworben hat, wurden dadurch antragsberechtigt und können, falls Ihrem Antrag auf Eintragung in das neue Vertreterregister stattgegeben wird, ihre alten ausländischen Vertretungen fortführen.

Die Agenturen ausländischer Schiffahrts- und Luftfahrtsgesellschaften sind von den Maßnahmen nicht betroffen.

Das Gesetz zwingt also Privatfirmen, entweder ihre Tätigkeit einzustellen oder sich von selbst um eine staatliche Beteiligung zu bemühen. Daß letzteres bei Firmen, deren Sachkenntnis, Verbindungen und Erfahrungen schwer entbehrlich sind, eine Sekundärabsicht des Gesetzgebers ist, geht aus einer Ende August in Kraft getretenen Verordnung hervor, die Privatfirmen gestattet, "einen Antrag zur Aufnahme in den öffentlichen Sektor", d. h. zur Gewährung einer Form der Verstaatlichung zu stellen. Mit diesen Maßnahmen hat der Staat die strategischen Schlüsselstellungen des Handels im Ex- und Import, dem Großhandel und in den Vertretungen jetzt auch direkt unter Kontrolle gebracht.

1) Siehe Seite 187 ff.

2) Eingriffe in die Verwaltung der Firmen

Wie wirkt sich die Verstaatlichung in den Firmen aus? Die rechtliche und wirtschaftliche Einheit der Gesellschaften wird zwar gewahrt, jedoch durch eine Reihe von Kontrollen und Änderungen der Verwaltungskörper beeinflußt, deren langfristige Folgen auf die Effizienz der Betriebe in der jetzigen Übergangsperiode noch nicht erkennbar sind, die durch Verwirrung und Unsicherheit gekennzeichnet ist.

Die Regierung bestimmt die Form des Verwaltungsorganismus für die Kontrolle und Leitung der Betriebe. Je nachdem kann der bisherige Verwaltungsrat aufgelöst, einzelne Mitglieder oder der Generaldirektor abgesetzt und durch andere ersetzt werden. Wiederum wird kasuistisch verfahren, d. h. die Vertreter des Staates werden durch Ministerbeschluß im einzelnen bestimmt. Danach können ein oder mehrere Kontrolleure, sogenannte "bevollmächtigte Delegierte" oder gar "Verbindungsoffiziere" ernannt werden, die sehr weitgehende Vollmachten haben:

a) Der Kontrolleur hat nach Ministerbeschluß 798/61 folgende Rechte:

   a) Alle Rechte des Vorsitzenden des Verwaltungsrats;
   b) Das Recht zur Einberufung des Verwaltungsrates;
   c) Er muß seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrats geben;
   d) Er hat den Vorsitz im Verwaltungsrat;
   e) Er kontrolliert allgemein die Arbeiten und Geschäfte und gibt der Verwaltung Anweisungen.

b) Nach Artikel 2 des Beschlusses nimmt ein bevollmächtigter Delegierter die tatsächliche Verwaltung (Geschäftsführung) mit folgenden Rechten vor:

   1) Mit den Rechten des Verwaltungsrates in einer Aktiengesellschaft
   2) Mit den Rechten des Direktors der Gesellschaft bei anderen Rechtsformen.

c) Der Verbindungsoffizier ist nach Artikel 3 das Bindeglied zwischen der Gesellschaft und dem Ministerium mit folgenden Kompetenzen:

   a) Besuch der Sitzungen des Verwaltungsrates;
   b) Kontrolle der Arbeit der Gesellschaft;
   c) Wöchentliche Information des Ministeriums;
   d) Alle Organe und Stellen der Gesellschaft haben ihm gegenüber eine Auskunfts- und Unterstützungspflicht.

Die noch in Privathänden befindlichen größeren Betriebe, d. h. Aktiengesellschaften werden von der sozialistischen Gesetzgebung durch Beteiligungsrechte der Arbeiter und Angestellten beeinflußt. Nach Gesetz 137/61 müssen die Verwaltungsräte derjenigen Aktiengesellschaften innerhalb von zwei Monaten neu gebildet werden, an denen öffentliche Körperschaften nicht oder mit weniger als 25 % beteiligt sind. Der Ver-

waltungsrat muß 7 Sitze haben, von denen je 1 auf die Arbeiter und Angestellten entfällt. Ihre Vertreter werden bezeichnenderweise durch "geheimen Vorschlag unter Kontrolle des Ministeriums für soziale Angelegenheiten und Arbeit" gewählt.

Die lautstark angekündigte Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten wurde schließlich auf 25 % der ausgeschütteten Gewinne festgelegt und die Verwendung nach Gesetz 112/61 wie folgt vorgeschrieben:

Nur 10 % werden mit der Gewinnausschüttung an die Aktionäre direkt an die Arbeiter und Angestellten ausgezahlt nach Regeln, die noch festgelegt werden sollen.

5 % entfallen auf soziale Dienste innerhalb des Betriebes. Über ihre Verwendung beschließt der Verwaltungsrat in Übereinstimmung mit der Gewerkschaft des Betriebes.

10 % entfallen auf zentrale soziale Dienste für Arbeiter und Angestellte, über deren Verwendung durch Präsidentendekret noch bestimmt wird.

Das Dekret Nr. 1203/61

dient im besonderen der einseitigen Stärkung des öffentlichen Einflusses. Es bestimmt, daß die Regierung, staatliche Stellen und Gesellschaften, an denen die Regierung mit mindestens 25 % beteiligt ist, Kontrakte und öffentliche Arbeiten nur an solche Firmen vergeben dürfen, an deren Kapital die Regierung oder staatliche Körperschaften mit mindestens 50 % beteiligt sind. Diese Bestimmung trifft nicht auf solche Kontrakte zu, deren Wert 30 000 LE nicht überschreitet, unter der Bedingung, daß ein Kontrakt nicht zur Umgehung der Bestimmung dieses Dekretes in mehrere Unterkontrakte aufgeteilt wird.

3) Beschäftigungs- und einkommenspolitische Maßnahmen

Landesunkundigen wird die Bestimmung des für Ägypten wahrhaft revolutionären Gesetzes 125/61 seltsam erscheinen, das einer Einzelperson nur ein einziges Anstellungsverhältnis gestattet, sei es im Bereiche des Staates oder der Privatwirtschaft. Aber in Ägypten hatten nicht nur vermögende Personen Aufsichtsratsposten etc. angehäuft, sondern auch Beamte, Lehrer, Angestellte, kurzum Angehörige niedriger Einkommensstufen, die neben ihrer Hauptarbeit noch einer zweiten Tätigkeit nachgehen müssen, was im Regierungsapparat insofern möglich war, als alle ägyptischen Ämter schon um 2 Uhr nachmittags ihre Pforten schließen und in der Wirtschaft keine festen Arbeits-, Laden- und Büroschlußzeiten vorgeschrieben sind. Dieses Gesetz, das also die Zahl der Beschäftigten erhöhen soll, hat jedoch in all diesen sehr weiten Kreisen große Beunruhigung und Kritik hervorgerufen.

Von ebenso zweifelhaftem Wert ist die Verordnung über die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden in einer Reihe namentlich aufgeführter Industriebetriebe bei unverändertem Lohn. Ob eine Beschäftigungs- und Produktionssteigerung durch die ebenfalls ministeriell angeordnete Einführung von Mehrschichtarbeit in der Indu-

strie möglich sein wird, hängt von mannigfaltigen, vor allem wirtschaftlichen und technischen Faktoren ab und sei hier nur am Rande erwähnt.

Auf die persönliche Initiative drosselnd wirken streng festgelegte Höchstgrenzen für die Gehälter im öffentlichen Sektor (Maximum 1 500 LE jährlich), welche nur in Ausnahmefällen auf Grund eines Präsidentendekrets überschritten werden dürfen.

Auch die privaten Einkommen werden einer immer schärferen progressiven Besteuerung unterworfen. Das Bruttomaximum für eine Einzelperson liegt bei 15 000 LE, von dieser Grenze ab beträgt die Besteuerung 100 %.

Zwar bleibt der private Mietshäuserbesitz noch in Privathänden, wohl weil er das breite Fundament der Mittelschichten bildet, jedoch werden die Einnahmemöglichkeiten immer mehr durch offiziell verfügte Mietssenkungen beschnitten.

Am Schluß sei noch eine im Gefolge der "zweiten Revolution" vorgenommene zweite Bodenreform erwähnt, welche den maximalen Landbesitz von 200 auf 100 Feddan herabsetzte.

4) Die Sondermaßnahmen als Folge der syrischen Rebellion

Mit der vorangehenden Gesetzgebung nicht direkt im Zusammenhang und ihren Grundsätzen widersprechend steht die Sequestrierung von größeren Vermögen und Betrieben, deren Besitzer zur kleinen Gruppe "unverbesserlicher Reaktionäre und Feudalisten" gezählt werden, von denen man nach dem Beispiel Syriens, wo Großkapital und Grundherren wieder an die Macht gekommen sein sollen, Versuche erwartete, nun auch in Ägypten selbst einen solchen Umsturz zu versuchen. Viele alte und reiche ägyptische Familien, die bisher noch unangetastet von ihren Vermögen leben konnten, wurden davon betroffen, jedoch auch viele in Ägypten seit Generationen ansässige Familien levantinischer, jüdischer, griechischer etc. Herkunft, die angeblich ihren Reichtum besonderen Privilegien verdanken.

Nach der Zahl der Betroffenen ist der Kreis nicht sehr groß. Auf mehreren Listen werden etwa insgesamt 500 Einzelpersonen erwähnt, d. h. jedes betroffene Mitglied einer größeren Familie wird namentlich aufgeführt. Etwa 40 Personen wurden im Zusammenhang mir dieser Aktion verhaftet, die allein aus der Furcht des Regimes geboren wurde, als Racheakt und präventive Warnung überhastet und ohne Berücksichtigung der verheerenden Folgen auf Ansehen, Rechtssicherheit und Vertrauen in den Staat in die Tat umgesetzt wurde.

II. Vorgeschichte und Ursachen der neuen Welle eines verschärften Dirigismus

Was hat die ägyptische Führung zu den vorangehend dargelegten Maßnahmen veranlaßt, gab es hierfür zwingende Gründe?

In einem Lande wie Ägypten müssen die tatsächlichen und offiziell verbreiteten Gründe unterschieden und gegeneinander abgewogen werden.

Beginnen wir mit den ersteren.

1) Wie zu erwarten, war die Wirtschaftsplanungspolitik in eine Sackgasse geraten. Zweifel an der Erfüllbarkeit des von der Führung diktierten Wachstumszieles sickerten in die Öffentlichkeit. Einmal ließ sogar der Chefkommentator der regierungsamtlichen Al Ahram durchblicken, daß alarmierende Berichte der Planungsbehörden vorliegen, die von gestiegenen Plankosten in Höhe von mehr als 35 % sprachen, wobei er allerdings die Schuld privater Gewinnsucht dem Zwischen- und Außenhandel zuschob (466).

Damit wird die den aufgezeigten Ungleichgewichten des Wachstumsplanes immanente Tendenz zur Verdrängung marktwirtschaftlicher Elemente bestätigt (Wirkung des Wachstums auf die Wirtschaftsordnung). In diesem Milieu ließ es sich leicht vom Versagen privatkapitalistischer Kreise sprechen, und die Verführung des Staates, die Gewinne in den noch produktiven und gut geführten modernen Betrieben an sich zu ziehen, wird unwiderstehlich.

2) Diese Diskrepanz zwischen Utopie und Wirklichkeit fand in wachsenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten ihren Ausdruck, die im Sommer 1961 besonders fühlbar wurden. Die Baumwollernte wurde durch den "cotton worm" aufs empfindlichste getroffen. 50 % der exportfähigen Sorten sollen vernichtet sein, ausländische Hilfsmaßnahmen kamen zu spät. Die dem Volk seit langem versprochene Erhöhung des Lebensstandards ließ auf sich warten. Die Reformen haben die Funktion eines Surrogates für ausbleibende Erfolge, der Apell an die Neidgefühle (Verstaatlichung) sollte Nasser den Zugang zu einem wachsend unzufriedenen, wenn auch keineswegs aufsässigen Volk wieder verschaffen. 9 Jahre Regierung brachten einen natürlichen Popularitätsschwund für das Regime. Die bisherige Politik der Mitte schuf sich angesichts der Unsicherheit über ihren weiteren Kurs sowohl Gegner bei den "echten Sozialisten" wie bei der besitzenden Bevölkerung.

3) Negativ bedeuten die Maßnahmen, daß der Lage Tendenzen innewohnen, die den Staat veranlassen, seine Macht und Kontrolle über die wichtigsten Potenzen des Landes zu erweitern. Gedankengänge von Hayek und Röpke finden ohne Zweifel empirische Bestätigung, denn der jetzige Sozialismus ist auch mit einem wachsenden Abbau persönlicher Freiheiten verbunden. Wie weit diese Fahrt in der Verstrickung sich kumulierender antiliberaler Kräfte (Mißerfolg der gelenkten Wirtschaft - wachsender Dirigismus etc.) noch gehen wird, kann im Augenblick nicht abgesehen werden. Sie wird letztlich von einer rein politischen Klärung abhängen.

4) Ferner wirkte sich die geringe Wirkung der Planstruktur auf die Überwindung der großen Bevölkerungskluft aus, die zwangsläufig Gegensätze und Spannungen erzeugt. Die gebildete Mittelschicht würde schneller Wohlstand akkumulieren können und müssen als die ärmste Bevölkerung, und so bot selbst die neue ägyptische Gesellschaft der sozialen Kritik und Agitation genügend Zielscheiben. Eine lange Periode des Wachstums mit erheblichen sozialen Unterschieden, welche die Kapitalbildung beschleunigen kann, scheint nicht durchzustehen zu sein.

Der Kapitalbildung feindliche nivellierende Kräfte kommen in einem Wachstumsstadium zum Zuge, in welchem der Staat noch gar nicht in der Lage ist, alles Kapital zu bilden.

Das Regime selbst knüpfte in den offiziell verbreiteten Interpretationen der Maßnahmen hauptsächlich an die mannigfaltigen Spannungen der sich wandelnden Sozialstruktur und der Klassenbeziehungen an. Der Reform ging eine gelenkte Diskussion unter dem Titel "Die Krise der gebildeten Klassen" voraus, in deren Bilanz sich die Umrisse der "zweiten" Revolution deutlich zeigen.

Die Krise der gebildeten Klassen

Die Diskussion wurde von M. H. Heikal in der "Ahram" begonnen (467). Er behauptete, die sogenannte "Revolutionary driving force" und die "Cultured classes" hätten mehrere Krisen in ihrem Verhältnis zueinander erlebt. Die Forderungen der letzteren, das Militär solle sich wieder zurückziehen und die parlamentarische Demokratie wieder eingeführt werden, seien unerfüllbar gewesen. Die gebildeten und privilegierten Klassen hätten geglaubt, mit der Abdankung des Königs sei das Hauptübel beseitigt und alles kehre in die gewohnten Bahnen zurück. Weder die Offiziere noch die Intellektuellen hätten damals eine Konzeption gehabt. Die Frage, wie man zu den großen Ideologien stehe und wie die Anziehungskraft, die von der europäischen Zivilisation ausging, mit dem eigenen Erbe zu verschmelzen sei, war ungelöst. Diese innere Uneinigkeit habe die Armeeführung gezwungen, vielfältige zivile Aufgaben zu übernehmen. Heikal gab offen zu, daß zur Sicherung der Stabilität des Regimes die "Zuverlässigen" Privilegien erhielten, wenn auch der Vergleich zwischen "Zuverlässigen" (reliable persons) und "Fachleuten" keine Trennungslinie zwischen militärischem und zivilem Personal bedeutet habe. Der dornenvolle Weg zu dem passenden Ordnungs- und Gesellschaftssystem habe bis heute drei Stadien durchlaulaufen:

Das erste Stadium der Ungewißheit nach der Revolution (bis etwa 1956) brachte die Spannungen zwischen Zuverlässigen und Experten zu Tage. In der zweiten Phase habe man den "Pfad für die Revolution" gesucht, da nur der Wille, nicht aber die Theorie eines revolutionären Umschwunges vorhanden war. Diese Periode wird etwa bis 1960, dem Jahr des Beginns des "Comprehensive Plan" angesetzt. In ihr habe man pragmatisch alle jene Pläne angepackt, die schon lange auf ihre Verwirklichung harrten. Sie war defensiver Natur, denn verschiedene Klasseninteressen hätten versucht, die revolutionäre Elite auf ihre Seite zu ziehen, d. h. sie mußte einmal den Weg des revolutionären Wechsels suchen und gleichzeitig sich gegen rechts und links zur Wehr setzen. Daher gab man in dieser Phase den "Zuverlässigen" den Vorzug, man konnte keine Leute mit "unbekannten Neigungen" tolerieren.

Die dritte Phase wird nun erst als der Startpunkt der Revolution bezeichnet, nach allem, was sich in Ägypten seit 1952 abgespielt hat, eine überraschende Feststellung:

"And after it, comes the embarkment upon the major aspirations as revealed by clear-cut ideological lines. At this stage, now comprehensive theory had been formulated as to bring about the revolutionary stage." (468)

In diesem Stadium sei die Frage der Verläßlichkeit grundsätzlich zu einem Abschluß gekommen:

"For with its wider scope of action and the clarity of its targets, the revolutionary action shifted from the defensive to the positive. And when its targets became clear, it became possible to muster experience regardless of the class residues." (469)

In der weiteren Diskussion kam der Gouverneur von Kairo, Dessouky, noch deutlicher auf das sozialistische Element des neuen Starts zurück. (470) Seiner Meinung nach handele es sich um eine Form der Krise der Mittelklasse, die durch die Verbreitung von Erziehung und die Industrialisierung entstanden sei und mit "Abweichungen" begann und Forderungen stellte, welche die Gesellschaft bedrohten. Dessoukys Bild der ägyptischen Gesellschaft sieht vereinfacht so aus:

a) Kapitalisten aus Feudal- und Geschäftskreisen
b) die Mittelklasse
c) Lohnarbeiter

Die Unterscheidung zwischen Kapitalisten- und Mittelklasse ist zum Verständnis der Prinzipien und des Ausmaßes der folgenden Verstaatlichungswelle bedeutsam. In der Mittelklasse, so behauptet Dessouky, welche die mittleren Einkommensgruppen umfasse und von größeren Fabrikanten bis zu kleinen Kaufleuten, Angestellten und den freien Berufen reiche, sei keine Ausbeutung möglich. Es habe aber "Abweichungen" gegeben, indem Angehörige der Mittelklasse Chancen zur Ausbeutung ergriffen, die sich in den letzten Jahren reichlich boten, um in die "Kapitalistenklassen" aufzusteigen, die man ablehnt. Wie der Begriff der Ausbeutung eine neue eigenartige, jedoch nichtmarxistische Auslegung erfährt, die der Grundpfeiler der kommenden Reform wird, davon wird im nächsten Abschnitt zu sprechen sein, in dem wir die veränderten Sozialismusvorstellungen behandeln wollen.

III. Die neue "sozialistische Revolution" und die Wende vom pragmatischen zum ideologischen Konzept der Ordnung

Alle Erörterungen der Grundlagen der neuen sozialistischen Ordnung bewegen sich im wesentlichen um den Eigentumsaspekt. Dessouky erklärte, in der "Klassengesellschaft" der VAR müsse endlich ein soziales Gleichgewicht hergestellt werden, denn bisher habe der ägyptische Sozialismus ungleich anderen Ländern noch keine besonderen Opfer von den besitzenden Schichten gefordert. Nur Bauern und Arbeiter hätten den Preis bezahlt.

"Die schädliche Initiative" und Ausbeutung, welche die "Gleichheit der Chancen" verhindere, wird das Leitmotiv. Die Konzeption orientiert sich also hinsichtlich des wirtschaftlichen Antriebs am Mißbrauchsgedanken und will sich so von marxistischen und kommunistischen Ten-

denzen streng scheiden. Das Privateigentum werde weiterhin als ein Grundpfeiler der Gesellschaft betrachtet.

Der Begriff der Ausbeutung

In der ägyptischen Atmosphäre und Wirtschaftsstruktur ist die Vorstellung von Ausbeutungsmöglichkeiten nicht ohne Wirklichkeitsgehalt. Im Gegensatz zur kommunistischen Auffassung brauche aber der Privatbesitz an Produktionsmitteln und die Lohnarbeit nicht unbedingt mit Ausbeutung verbunden zu sein. Heikal meint (471), der Kommunismus betrachte jeden Eigentümer als Ausbeuter und fordere seine Ausrottung, der arabische Sozialismus mache dagegen einen Unterschied zwischen Eigentum und Eigentum. Es gäbe Eigentum, das auf Arbeit beruhe und Ausbeutung und Herrschaft unmöglich mache, und ausbeuterisches Eigentum, das abzuschaffen sei. Das erstere sei sogar ein Recht, von welchem immer zahlreichere bisher davon ausgeschlossene Landsleute Gebrauch machen sollen. Theoretisch sei der arabische Sozialismus also überhaupt nicht gegen Eigentum, sondern nur dagegen, daß es ein Mittel der Ausbeutung wird. (472) Das geschehe am besten durch eine "demokratische Verteilung" der Wirtschaftsmacht unter die größtmögliche Zahl.

Was sind aber die konkreten Formen der Ausbeutung in der ägyptischen Gesellschaft? Darüber entscheidet natürlich der Staat. Chefideologe Heikal interpretierte die lakonische Antwort Nassers auf die Forderung der aufgepeitschten Volksmassen nach mehr "Verstaatlichung", die diese während des Vorbeizuges an der Tribüne Nassers am Tag der Revolutionsfeiern erhoben, "Was bleibt denn noch (zu verstaatlichen) übrig", so:

1) Die ausländischen Monopole befinden sich bereits in Staatshänden.

2) Die ausländische Ausbeutung im Lande wurde beendet. So wurde z. B. auch Shell von dem Gesetz der 50 %igen Staatsbeteiligung betroffen und der Regierungsanteil stieg von 15 auf 60 %.

3) Auch dem einheimischen "Kapitalismus" wurde entscheidend begegnet und das Kapital auf seine soziale Funktion verwiesen.

Wer war aber Kapitalist in Ägypten? In erster Linie, so möchte man meinen, alle von der Verstaatlichung betroffenen privaten Unternehmen. Da es immer noch private Großbetriebe gibt, liefe das Verfahren darauf hinaus, im Einzelfall festzustellen, welcher Betrieb Ausbeutung betrieben hat. Das ist offenbar nur theoretisch der Fall.

Um dieser Sackgasse zu entgehen, konstruierte man den Unterschied zwischen dem einsichtigen Industrialisten und dem Kapitalisten. Zum Kapitalisten wird man durch Ausbeutung.

Die sozialistischen Gesetze seien beschleunigt vor allem deshalb notwendig geworden, weil viele Kapitalisten unfähig gewesen seien, den Geist der Zeit und ihre Verantwortung zu erkennen, wie das in den großen kapitalistischen Zentren des Westens längst der Fall ist. Ägypten habe den Typ des aufgeklärten Kapitalisten kaum gekannt.

Die letzten Jahre hätten gezeigt, in welcher Weise sich Privatpersonen Ausbeutungsgelegenheiten verschafften, die sich aus dem neuen Wachstumsklima ergaben:

a) Interessanterweise wird das Eingeständnis herangezogen, die Zoll- und Planungspolitik habe das Privatkapital nicht daran hindern können, den Staatsapparat zur Schaffung von Monopolen auszunutzen. In einer Lage, in welcher ausländischer Konkurrenz die Märkte versperrt werden mußten, habe man dem einheimischen Ausbeuter, der jede, auch schlechte Ware absetzen konnte, den Weg geebnet. Preiskontrolle und Preispolitik des Industrieministeriums hätten die Ausbeutung der Konsumenten durch trickreiche Geschäftsleute nicht verhindern können. So konnten die Kostenpreise nur geringfügig überwacht werden. Das importierende Unternehmen beeinflußte z. B. den Preis einer eingeführten Maschine, indem es den offiziellen Stellen nicht den wirklichen Preis mitteilte. Von solchen verborgenen Preisunterschieden habe man Auslandsaufenthalte bestreiten und erhebliche Kapitalien dort in Sicherheit bringen können.

b) Eine zweite Ausbeutungsquelle seien Handelsgeschäfte und Handelsvertretungen für in- und ausländische Firmen und für den Staat geworden. Sie seien die Gelegenheit zu schnellem Reichtum gewesen. Dieser allgemeine Schrei nach Handelsvertretungen sei dem Goldrush im Amerika des 19. Jahrhunderts vergleichbar. Das Widerspruchsvolle und Verwunderliche an diesem Zustand sei darin zu sehen, daß doch der Aufschwung seiner Grundlage nach nur aus den Wirkungen öffentlicher Ausgaben, nicht aber aus Privatinitiative entstanden war, die nur bescheidene Anstrengungen unternahm, um Produktion und Wohlfahrt in Richtung des großen Aufbruches zu steigern. So habe die Staatsausgabe unter der Flagge des Sozialismus zur Erhöhung der Zahl der Millionäre beigetragen, eine auf die Dauer unhaltbare Situation. Die Zahl der Vertretungen sei in den letzten 5 Jahren um das 15-fache gestiegen.

c) Auch die Ägyptianisierung ausländischer Betriebe und der Rückgang ausländischer Vertretungen sei ausgenutzt worden, jedoch nicht auf dem Produktionssektor. Für lebenswichtige Projekte, die öffentlich ausgeschrieben wurden, fanden sich häufig keine privaten Interessenten. In diesem "Handelsklima" seien die Kosten des Wachstumsplanes beängstigend gestiegen.

d) Schließlich wird wieder die Vetternwirtschaft in den Verwaltungsräten großer Gesellschaften erwähnt, die hohe Gewinne durch unmäßige Gehälter, Tantiemen etc. verschleiert habe. (473)

Ideologische Kennzeichen des arabischen Sozialismus

Die Neuordnung der sozialen Beziehungen sei unabdingbar geworden. Es habe nicht genügt, die Auswüchse unter den uneinsichtigen Kapitalisten mit dem Strafgesetzbuch zu bekämpfen. Als hervorstechenden Zug bezeichnet die Führung den friedlichen Charakter ihrer Revolution, welche die Kapitalisten mit seltener Nachsicht und Milde behandelt habe. Die Ursache dieses Verhaltens liege in dem wichtigsten Kenn-

zeichen des arabischen Sozialismus: Er sei nicht gegen Individualeigentum (auch an Produktionsmitteln), sondern schütze seine Grundlagen nach dem Prinzip: Gemeineigentum ohne Konfiskation (Prinzip der Entschädigung bei Verstaatlichungen) und Individualeigentum ohne Ausbeutung bestehen nebeneinander. Aus dieser Auffassung ergeben sich drei fundamentale Unterschiede zum Kommunismus (474):

a) Hinsichtlich des Klassenproblems

Der Kommunismus löse das Problem der Klassen- und Interessengegensätze durch die Diktatur des Proletariats in Gestalt der Führungsrolle der KP. Diese Lösung verlange die Revolution der Armen und die Verarmung aller Besitzenden bis zum Blutbad. Jeder Besitzer müsse vernichtet werden, weil jeder Besitzer ein Ausbeuter sei. Eine Schicht müsse also zunächst alle übrigen Schichten vernichten, um ein endgültiges und unabwendbares Geschick zu erfüllen.

Der Arabische Sozialismus dagegen zielt auf die "Verschmelzung der bestehenden Klassenunterschiede", d. h. er strebt einen Prozeß zur Beseitigung der Klassenwidersprüche innerhalb der nationalen Einheit an, durch welchen die Gesellschaft sich allmählich in eine "Schicht" verwandelt, in welcher sich die Individuen nur durch Arbeit und Leistung unterscheiden und keine Klassenbarrieren den Fortschritt hemmen.

b) Hinsichtlich des Individualeigentums

Da nicht jeder Besitzer als Ausbeuter betrachtet werde, schaffe der arabische Sozialismus nur einen kleinen Teil des Eigentums ab, das diesen Tatbestand erfüllt. Der ausbeuterische Besitzer werde nicht vernichtet, sondern ihm werde nur "die Waffe der Ausbeutung" genommen und der Eintritt in die neue Gesellschaft erlaubt. Das führe logisch zu dem dritten Unterschied:

c) In Bezug auf die Formen der Verstaatlichung

Die Verstaatlichung sei keine "bloße Guillotine, deren Fallbeil sich mechanisch hebt und senkt". Mit Rücksicht auf das konkrete geistige und soziale Kraftfeld müsse sie verschiedene, den Umständen genügende Formen annehmen. Die volle Verstaatlichung habe man daher nur für ausländische Monopole, Banken, Versicherungen, Gesellschaften der "Public Utilities" und schwerindustrielle und großbetriebliche Unternehmen mit "starkem Einfluß auf die Volkswirtschaft" gewählt.

Zur Teilverstaatlichung heißt es hinsichtlich der Verdienste eines ägyptischen Pionierunternehmers:

> "Z. B. war Moh. Said Yassein, der die bekannte Glasfabrik gegründet hat, mit erfolgreicher Hand auf einem neuen Produktionsfeld tätig. In seinem Erfolg liegt die Geschichte und Lauterkeit des Versuches. Das Volk nimmt nun in Höhe von 50 % gegen Entschädigung an seinem Erfolg teil ". (475)

Die Äußerung soll den Eindruck einer grundsätzlich unternehmerfeindlichen Einstellung beseitigen.

Von den Eingriffen wurden insgesamt nur etwa 10 % der Betriebe mit über 5.000 LE Kapital betroffen, für die eine Pflichtmitgliedschaft in der Industrieföderation vorgeschrieben wird (etwa 3.000 Betriebe), die allerdings nach Kapitalkraft und Leistungsfähigkeit entscheidend sind. Die Produktionskraft des öffentlichen Sektors soll von 600 Mill. auf 1.000 Mill. LE gestiegen sein. (476) Der angegebene Prozentsatz bezieht sich also nicht einmal auf die Masse der kleineren Mittel-, Klein- und Zwergbetriebe.

Von den Verstaatlichungsmaßnahmen wurden in Ägypten unmittelbar nur 40.000 Personen betroffen, die zur schmalen "kapitalistischen Oberschicht" gehören. Diese Zahl sei im Verhältnis zur Bevölkerung gering. Die sozialistische Revolution habe den Kampf mit wenigen "Verlusten" führen können, ja es gäbe überhaupt keine "Gefallenen". Außerdem seien die Betroffenen nur oberflächlich berührt. Ohne diese Beschränkungen der Exzesse ungerechtfertigter Vermögensbildung hätte sich ein blutiger Klassenkampf entwickeln können.

IV. Öffentlicher und privater Sektor nach Verkündung der neuen Gesetzgebung

De facto lassen Umfang und Zusammensetzung des öffentlichen Sektors weitgehende Übereinstimmung mit den traditionellen Auffassungen des europäischen demokratischen Sozialismus erkennen, wenn auch immer wieder betont wird, daß weder östliche noch westliche Doktrinen Vorbild waren. Die sogenannten Schlüsselpositionen der Wirtschaft, zu denen neben dem Finanzwesen und der Großindustrie auch der Außenhandel gehört, zählen zur öffentlichen Domäne, wenn auch nicht unter völligem Ausschluß der privaten Antriebskraft. In der Industrie wurde gegen die verkündeten Grundsätze durch eine recht willkürliche Verstaatlichung in fast allen wichtigen Zweigen verstoßen. Die öffentliche Antriebskraft hat im modernen Sektor der Wirtschaft eindeutig die Vorherrschaft erlangt.

Diese Vorherrschaft soll weder zum allmählichen Verschwinden des Privatsektors führen noch zu einem auf Willkür beruhenden Verhältnis. Über das Gesetz des Wirtschaftsplanes soll im Gegenteil eine Art Gleichgewicht erreicht werden. (477) Die Planung fuße mit auf den Leistungen des Privatsektors und solle Stabilität von Produktion und Verteilung, von Löhnen und Preisen und ein konstantes Wachstum erreichen, in welchem der "erleuchtete Fabrikant" seiner Tätigkeit mit Zuversicht nachgehen könne. Nach Heikal bleibt der privaten Initiative weiterhin ein ausgebreitetes Tätigkeitsfeld: (478)

a) Die Landwirtschaft bleibt völlig der Privatinitiative vorbehalten. Das durch die zweite Bodenreform gewonnene Land wird in Größen zwischen 5 und 10 Feddan verteilt, um die landwirtschaftliche Mittelschicht zu vergrößern.

b) Tausende von Fabriken und Gesellschaften befinden sich noch immer in Privatbesitz und können ihre Tätigkeit auf der Grundlage der Nichtausbeutung ausüben.

c) Der allgemeine Wachstumsplan räumt dem Privatsektor eine wichtige Rolle ein und ist für seine Durchführung unentbehrlich.

d) Schließlich löse die Beteiligung der Arbeiter an Gewinn und Verwaltung eine gewaltige Antriebskraft persönlicher Initiative aus.

Die Wiedereröffnung der Wertpapierbörsen

ist als ein Zeichen zu werten, daß an einem grundsätzlich marktwirtschaftlichen Lenkungssystem unverändert festgehalten wird. (479) Zunächst werden die Papiere von 98 Gesellschaften gehandelt, die von den jüngsten Gesetzen nicht betroffen waren, sowie eine Reihe von Staatspapieren. Die Wiedereinführung einer Reihe gemischtwirtschaftlicher und öffentlicher Unternehmungen wird vorbereitet und soll schließlich 260 Gesellschaften umfassen, die in drei Gruppen eingeteilt werden: in den öffentlichen, den gemischtwirtschaftlichen und den Privatsektor, eine Einteilung, die mit der bisherigen Konstellation übereinstimmt.

Welche Rolle soll die Börse jedoch heute, da die meisten größeren Betriebe staatlich beherrscht werden und Preise, Gewinne und Zinsen weitgehend bekannt sind, noch spielen können? (486)

Hierzu heißt es, der Gewinn könne grundsätzlich nicht mehr die entscheidende lenkende Rolle spielen. In der sozialistischen Gesellschaft sei es das primäre Ziel, die Bedürfnisse des Landes und der Bevölkerung zu decken und das Sozialprodukt entsprechend zu verteilen. Das traut man dem Preismechanismus offenbar nicht zu. Im Bedarfsfalle müßten auch Produktionsstätten ohne Gewinnaussichten errichtet werden, während andere durchaus erhebliche Profite realisieren (z. B. in der Textilindustrie). Der Gewinn werde jedoch nicht "abgeschafft". Er soll wieder ein Zeichen für Leistung werden, und hohe Gewinne sollen auch dem Volk durch Beteiligung, Steuern und spätere soziale Dienste zufließen.

Die Börse bleibe der Markt, auf welchem "Umgruppierungen" durch Operationen der Betriebe unter Kontrolle des Staates stattfinden können. Durch die Förderung kleiner und mittlerer Aktionäre, denen immer noch sehr reichhaltige Anlagemöglichkeiten geboten werden, erhalte die Börse eine neue Funktion für die Erhöhung der Investitionen im Interesse der ganzen Volkswirtschaft. Es sei vor allem der Beseitigung monopolistischer Einflüsse an der Börse zu danken, wenn die Investition jetzt auch dem kleinen Sparer zugänglich wird. Spekulative Manöver von Großaktionären, die über den Geschäftsgang der Gesellschaften durch ihren Einfluß am besten informiert waren, wurden unmöglich.

Anmerkungen

1) Heimann, Eduard, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Frankfurt/M. 1949, S. 22

2) Siehe hierzu: Meier, G. M. u. Baldwin, R. E., Economic Development, New York 1957, S. 19 - 45

3) Karl C. Thalheim, Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Bd. 99, 1939, S. 464 - 516

4) Siehe hierzu: Maurice Dobb, An Essay on Economic Growth and Planning, London 1960, S. 1

5) In: Clark, Colin, The Conditions of Economic Progress, London 1951

6) Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, Yale University Press 1958, S. 51/52

7) Ebenda, S. 52

8) Hierzu z. B. Hirschman: "...that economic backwardness cannot be explained in terms of any outright absence or scarcity of this or that human type or factor of production, attention turned to the attitudes of the required acitivites.." Hirschman, ebenda S. 2. Oder Gunnar Myrdal: "If any individual factors were to be singled out as of basic significance for this development, I would attach particular importance to certain ideological and cultural forces, .. and not least the ethical value attached to work, individual emulation and personal responsibility, and social and economic advance". Myrdal, Gunnar, An international Economy, New York 1956, S. 22

9) Siehe hierzu: Hagen, Everett E., Economics and Economic Development, aus: Economics and the Policy Maker, Washington 1959, S. 187

10) So wäre es z. B. für ein Land vorteilhaft, sich zunächst auf die Landwirtschaft zu konzentrieren, wenn es knapp an Menschen und reich an fruchtbarem Ackerboden ist und die Absatzchancen für die günstigsten Urprodukte auch bei steigender Produktionsmenge erhalten bleiben.

11) Nach Parson weist jedes soziale System Probleme auf, die in vier Kategorien eingeteilt werden können: 1) Die Bewahrung der herrschenden Struktur und Hierarchie sozialer und kultureller Werte. 2) Die Integration von Personen und Gruppen in eine Gesellschaft. Sie erfordert Kriterien für ihre Mitgliedschaft in der Gesellschaft als Ganzem und in ihren Gruppen sowie für die gegenseitigen Beziehungen, die sich aus dem Verkehr der Personen und Gruppen der Gesellschaft ergeben. 3) Die Erreichung der systematischen Ziele der Gesellschaft. Ihr ist die wirtschaftliche Tätigkeit untergeordnet, sie ist ein Mittel hierzu: "Thus whatever economic

growth occurs in this phase of development is induced largely by the primary requisite of supporting attainment of the social system's goals. Later, their attainment may become a routine operation", d. h. die individuellen Ziele treten wieder in den Vordergrund (autonomes wirtschaftliches Wachstum). 4) Die Gesellschaft muß sich an die physische Umgebung des Landes anpassen sowie an den Verkehr mit den anderen Ländern. Zitiert bei: Bert F. Hoselitz, Economic Policy and Economic Development, in: Aitken, Hugh G. J,, The State and Economic Growth, New York 1959, S. 331.

12) Siehe hierzu ausführlicher in dem Abschnitt: Analyse aus der Gesellschafts- und Staatsordnung, S. 231.

13) Mason, Edward S., Economic Planning in Underdeveloped Aereas, Government and Business, Fordham 1958, S. 4.

14) Ebenda, S. 3.

15) Thalheim, Karl C., Über die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und wirtschaftlichem Wachstum, Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, Berlin 1960, S. 377.

16) Zu welchen Untersuchungen z. B. Erik Boettcher anregt: Erik Boettcher, Phasentheorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Festgabe für Eduard Heimann, Tübingen 1959, S. 23 ff.

17) S. z. B. Hoffmann, Walther, Stadien und Typen der Industrialisierung, Jena, 1931, Klatt, Sigurd, Zur Theorie der Industrialisierung, Köln und Opladen 1959.

18) Thalheim, Karl C., Über die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und wirtschaftlichem Wachstum, a. a. O. S. 378.

19) Selbst etatistische Systeme, wie sie z. B. in Deutschland und Italien eine Zeitlang herrschten, stützten sich zumindest auf die Leistungskraft des Unternehmertums, auch wenn sie es zu Befehlsempfängern degradierten, d. h. der Staat setzte zwar gesamtwirtschaftliche Ziele, die von den Einzelzielen abwichen, brauchte jedoch nicht unmittelbar selbst in größerem Umfange wirtschaftlich tätig zu sein. Erst das Auftreten kommunistischer Planwirtschaft brachte den echten Umschlag in der Zusammensetzung der Antriebskräfte, die nunmehr ebenso vorherrschend der Staat bildete wie früher die Einzelinitiative.

20) Okyar, Osman, Economic Framework for Industrialization', Middle Eastern Affairs, New York 1958, zitiert aus: Michaelis, Alfred, Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme des Mittleren Ostens (Kieler Studien), Kiel 1960, S. 164/65.

21) Ebenda, S. 165.

22) Regierungsabkommen über Aufbau von Entwicklungsprojekten, Auftragsvergebungen an ausländische Firmen, die selektive Investitionstätigkeit in erwünschten Bereichen, die ausreichend geschützt wird.

23) W. W. Rostow wies nach, daß die russischen Kommunisten bereits eine Wirtschaft im Stadium des "take-off" vorfanden, die einen beträchtlichen landwirtschaftlichen Exportüberschuß entwickelt hatte und schon im ersten Weltkrieg in der Lage war, einen modernen Materialkrieg mehr als drei Jahre auszuhalten. W. W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums (aus dem Englischen: The Stages of Economic Growth), Göttingen 1960, S. 93.

24) Bresciani Turroni, Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948, S. 171 (Abschnitt: Das Wirtschaftssystem des Mohammed Ali)

25) In einer Monographie einer ägyptischen Fabrik zeigt Moustafa Fahmy am Beispiel der Fezfabrik von Fouch, wie die Fabrikleitung in den geringsten Detailfragen von der Zentralbehörde abhängig war. Selbst die Rechnungsführung war zentralisiert. Um die Entlohnung und Unterbringung örtlich angeworbener Arbeiter wurde ein reger Schriftwechsel mit Kairo geführt und über nebensächliche Bauarbeiten mußte ebenso berichtet werden wie über die Produktion. Moustafa Fahmy, La Revolution de l'Industrie en Egypte et ses Conséquences Sociales au 19e Siècle, Leiden 1954, S. 6.

26) Moustafa Fahmy, ebenda, S. 37.

27) So gelang es England, in einem Vertrag von 1838 die Goldene Pforte zur Öffnung des ägyptischen Marktes zu zwingen, wodurch dem Handelsmonopol Mohammed Alis ein schwerer Schlag versetzt wurde. s.A.E. Crouchley, (The Economic Development of Egypt, London 1938, S. 89).

28) 1800: 2,46 Mill. 1821: 2,5 Mill. 1847: 4,48 Mill. A.E. Crouchley, ebenda, S. 51.

29) Charles Issawi: Egypt at Mid-Century, An Economic Survey, London 1954, S. 54.

30) Die Verteilung des Landes nach marktmäßigen Grundsätzen hätte damals ein wirkungsvolleres Mittel sein können, die Chancen des vom Staate eingeleiteten Wachstumsimpulses auszunutzen. Gegen diese Methode bestanden zu dieser Zeit auch keine moralischen Bedenken wie, die absolute Begrenztheit der Bodenfläche verlange "gerechte" Verteilung in kleinen Betriebsgrößen, da es eben noch keine Überbevölkerung, jedoch sogar brachliegende Flächen und Mangel an Arbeitskräften gab.

31) Siehe P. J. Good, The Transit of Egypt, London, 1928, S. 81 - 87.

32) Im Jahre 1907 hatte die Bevölkerung die 11-Millionengrenze überschritten (Statistical Pocket Year-Book 1958, UAR, Cairo, 1959, S. 1). Durch Bewässerungsmaßnahmen stieg die bebaute Fläche nur von 4,2 Mill. Feddan 1852 (Bevölkerung: 4,6 Mill.) auf 5,4 Mill. 1905, beinahe das mögliche Maximum, wenn man zum Vergleich den Stand von 1957 heranzieht: 5,9 Mill. Feddan! (Statistical Pocket Year-Book 1958, a. a. O., S. 42)

33) "After 1882, the sole aim of the British Administration was the extension of perennial irrigation and the area under cotton with a view to providing sufficient foreign exchange to meet the service of the large external debt." A. A. I. Gritly, L'Egypte Contemporaine, The Structure of Modern Industry in Egypt, 1947, S. 367.

34) Gritly, A. A. I., The Structur of Egyptian Industry, a. a. O. S. 374.

35) z. B. die von Gritly zitierte Ansicht T. Rothsteins, die britische Herrschaft habe in 28 Jahren nicht nur nicht eine einzige verarbeitende Industrie hervorgebracht, sondern sogar alle Möglichkeiten dafür vernichtet. s. Gritly, a. a. O. S. 366.

36) Unter dem Begriff des Dualismus soll hier das in Entwicklungsländern typische Phänomen des Nebeneinanderbestehens zweier scharf voneinander unterschiedener Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche verstanden werden. Meist handelt es sich um den Gegensatz zwischen einem schmalen, seit dem Kolonialzeitalter entstandenen, von europäischer Zivilisation und Technik bestimmten modernem Wirtschaftssektor und einem vorkapitalistischen Bereich, in welchem primitive Landwirtschaft vorherrscht und nach den Regeln traditionaler handwerklicher Technik gearbeitet wird.

37) Gritly, a. a. O. S. 376.

38) Gritly, a. a. O. S. 502.

39) Die AG debutierte im Bankwesen und den "Public utilities" und verbreitete sich von da aus in der eigentlichen Industrie. Das Prinzip der beschränkten Haftung und die Möglichkeit, größere Mittel zu beschaffen, kam der Mentalität des Ägypters sehr entgegen, der sein Privatvermögen nicht aufs Spiel setzen wollte. s. Gritly, a. a. O., S. 380.

40) Issawi, Charles, a. a. O., S. 159.

41) Zur Vertiefung verweisen wir auf den besonderen Abschnitt über die ägyptische Wirtschaftsstruktur, die mit Absicht an den Schluß dieser Betrachtungen gestellt wurde, weil die Kenntnis der Wirkungen bestimmter Ordnungssysteme, besonders ihr Anteil an der labilen, disportionalen heutigen Struktur Ägyptens von Interesse für das heute zur Debatte stehende Operationskonzept ist.

42) z. B. hieß es in einem Memorandum über "The basis of a stable cotton policy", eine Politik der "Diversification" müsse eingeschlagen werden und durch protektionistische Maßnahmen neben der Erweiterung der Landwirtschaft auch die Industrialisierung gefördert werden. s. Some aspects and problems of industrialisation in Egypt with special reference to problems of finance, Gamal Eldin Mohammed Said, in: Economic and Business Review, Kairo, Vol. I, Jan. 1959, S. 6.

43) Gamal Eldin Mohammed Said, a. a. O., S. 6.

44) s. L. Gaddi u. I. G. Levi, Le nouveau tarif dounier, L'Egypte Contemporaine, 1932, S. 211.

45) Die Staatseinnahmen betrugen jedoch nicht mehr als etwa 10 % des Volkseinkommens (U. Ricci, Le Budget de l'Etat Egypt., L'Eg. Cont., 1932, S. 482)

46) A. A. Crouchley, A Century of Economic Development, 1837 - 1937, L'Eg. Cont., 1939, S. 153.

47) s. Albert J. Dorra, L'Industrie Egyptienne et ses possibilités de développement, L'Eg. Cont., 1943, S. 420 ff.

48) s. L. Gaddi u. I. G. Levi, Le Nouveau Tarif Dounier, a. a. O. S. 211 ff.

49) Gamal Eldin Said, a. a. O., S. 96.

50) Zwischen 1937 und 1953 stieg die Bevölkerung von 16 Mill. auf 22 Mill. (jährl. Durchschn. 2 - 2,5 %), das Volkseinkommen von 551 Mill. LE auf 758,2 Mill. LE (Preise von 1954), d. h. das per capita-Einkommen blieb konstant (durchschn. 34 LE). Quelle: A. Hosny, The Economic Structure of Egypt, Cairo 1959, S. 2.

51) Quelle: Alfred Bonné, State and Economics in the Middle East, A. society in transition, London 1955, S. 292.

52) Gamal Eldin Said, a. a. O., S. 99.

53) s. I. Lévi, Le Commerce Exterieur et L'Industrialisation de L'Egypte, Eg. Cont., 1939, S. 600.

54) Der Anteil der Baumwolle am Export stieg noch von 1938 = 80 % auf 88 % 1950. s. Charles Issawi, a. a. O., S. 199.

55) s. Charles Issawi, Egypt ad Mid-Century, a. a. O., S. 142.

56) Zur ausführlicheren Information seien folgende Werke empfohlen: Noch immer unerreichtes Standardwerk: Charles Issawi, Egypt at Mid-Century, An Economic Survey, London, 1954, G. Eldin Said: Economics of Egypt, Kairo, 1951, Billerbeck, Klaus, Struktur und Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft, Hamburg, 1956, Pentzlin, Heinz, Ägypten, Schriften zur Außenhandelsförderung der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Berlin, 1957.

57) Nahrungspflanzen und Viehfutter machen zusammen über 75 % der Gesamtproduktion aus (Hosny, Ahmed, a. a. O. S. 36).

58) So ausführlich bei: Labib, Gad, Die Struktur der ägyptischen Wirtschaft und die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zwischen Ägypten und England, Kairo 1952 (arabisch).

59) Gad Labib versucht in der oben genannten Untersuchung eine eingehende Begründung im Sinne der Kategorien von Perroux.

60) Labib erklärt es aus der internationalen Werttheorie und verweist auf Haberler, Gottfried, The Theory of International Trade, London 1950, S. 148.

61) Siehe den interessanten Artikel "Baumwolle - Ägyptens wichtigstes Exportgut" in: Die Neue Zeitung, 2. 11. 51.

62) Der Anteil Englands an den ägyptischen Exporten sank von 1880 (Höhepunkt) von 67 % auf 39 % in den zwanziger Jahren, der Importanteil ging von 95 % auf 25 % zurück (siehe: Labib, Gad, Die Struktur..., a. a. O., S. 55).

63) Siehe hierzu: Letiche, John M., Balance of Payments and Economic Growth, New York 1959, S. 233 ff.

64) Myrdal, Gunnar, Economic Theory and Underdeveloped Regions, London 1957, S. 99.

65) Letiche, John M., Ebenda, S. 248.

66) Quelle: Estimating the Labor Force of Egypt by Sampling, 1958/59, Kairo: Central Statistical Commitee, 1959.

67) Quelle: Statistical Pocket Year-Book, 1955, Ministry of Finance and Economy, Kairo 1956, S. 13 (Angaben nach dem Industriezensus von 1947)

68) Estimating the Labor Force..., a. a. O., The Distribution of the Labor Force by Occupation Status in Urban and Rural Regions, 1957 - 1958.

69) Errechnet aus: Annuaire Statistique, 1954 - 55, 1955 - 56, Departement de la Statistique et du Recensement, Kairo 1957.

70) Gritly, The Structure of Egyptian Industry, a. a. O., S. 473, wo die Standort- und Konzentrationsprobleme ausführlicher behandelt werden.

71) Annuaire Statistique 1954 - 55, 1955 - 56, a. a. O., S. 223 ff.

72) 1 Feddan = 0,45 Hektar

73) Angaben aus: Statistical Pocket Year-Book 1951, a. a. O.

74) Gamal Eldin Mohammed Said, Die Wirtschaft Ägyptens, a. a. O., S. 72.

75) Die Spanne, aus welcher hier der Durchschnitt errechnet wurde, liegt zwischen 200 Feddan und mehr als 5.000! In der Statistik von 1951 sind 23 Ägypter, die durchschnittlich 3.446,70 Feddan, und 15 Ausländer aufgeführt, die durchschnittlich 7.842,93 Feddan besitzen (Paschaklasse). Annuaire Statistique, 1951, Kairo 1952, S. 100.

76) Annuaire Statistique, 1951 - 1953, S. 220 - 221, Department of Statistique, Ministry of Finance and Economy.

77) Gritly, The Structure of Egyptian Industry, a. a. O., S. 491.

78) s. Mahmoud Anis, National Income of Egypt, L'Egypte Contemporaine, 1950, S. 777.

79) Economic Bulletin, National Bank of Egypt, 1957, S. 405.

80) Siehe Tabelle Nr. 1

81) Gamal Eldin Moh. Said, Some Aspects and Problems of Industry in Egypt with special reference to problems of finance, a. a. O., S. 40.

82) Processes and Problems of Industrialization in Under-Developed Countries, United Nations, New York 1955, S. 46.

83) Heinz Pentzlin, Ägypten, a. a. O., S. 11.

84) Ein vielzitiertes Beispiel zeigte, daß die Förderungskosten pro Tonne Chromerz in Ägypten 4 LE betragen, der Transport zur nächsten Stadt jedoch 8 LE. während südafrikanisches Chromerz mit höherem Gehalt für 4 LE c.i.f. Suez erhältlich war. Aus: Ch. Issawi, Egypt ad Mid-Century, a. a. O., S. 163.

85) Gamal Aldin Moh. Said, ebenda, S. 45.

86) In 6 von 10 untersuchten Industrien betrug die Entlohnung von Eigentümern und Gesellschaftsdirektoren mehr als die Gehälter aller Angestellten (Ch. Issawi, a. a. O., S. 168).

87) Änderungen zum "Company law" von 1946 und 1954.

88) Harbinson, Frederick H., Human Resources for Egyptian Enterprise, New York 1958. Siehe dort auch ausführlich über die Probleme der ägyptischen Betriebsorganisation.

89) z. B. ging der Lohnkostenanteil in der Spinn- und Webindustrie zwischen 1944 und 1950 von 20,6 auf 12,2 %, in der Nahrungsmittelindustrie von 9,4 auf 7,1 %, in der Lederverarbeitenden Industrie von 26 auf 11,9 % zurück, was wohl hauptsächlich auf steigenden Kapitaleinsatz zurückgeführt werden muß. GEM Said, Some Aspects..., a. a. O., S. 40.

90) G.E.M. Said, Problems of Industrialisation in Egypt..., a. a. O., S. 82.

91) Ebenda, S. 82.

92) Ebenda, S. 85.

93) Ebenda, S. 82.

94) Issawi schätzt ihre Zahl auf etwa 1 Million (davon 250.000 Ausländer, Europäer und Levantiner), etwa 5 % der Bevölkerung von 1951, Issawi, Egypt ad Mid-Century, a. a. O., S. 265.

95) Dies wurde dem Verfasser z. B. in der Spinn- und Webfabrik in Mehalla el Kubra bestätigt, deren Hauptgewinne hier und nicht im Export gemacht werden.

96) s. Ahmed Hosny, The Structure of the Egyptian Economy a. a. O., S. 38.

97) Ihr geringer Anteil ist auf den hohen Eigenverbrauch und den Umstand zurückzuführen, daß die meisten Agrarprodukte "unprocessed" zum Konsumenten gelangen.

98) Ahmed Hosny, a. a. O., S. 38.

99) Es kam in dieser Zeit oft vor, daß Kairoer oder Alexandriner Geschäfte für den gehobenen Bedarf aus Reputationsgründen den Verkauf einheimischer Produkte strikt ablehnten.

100) Ahmed Hosny, a. a. O., S. 38.

101) Billerbeck, Klaus, Die Industrialisierung Ägyptens und ihre Finanzierung, Dissertation, Hamburg 1956, S. 54. Der Verfasser führt natürlich nur einen Teil der Wertsteigerung auf neuen Kapitaleinsatz zurück, da nur ein Teil des Landes umgesetzt wird und die Geldentwertung berücksichtigt werden muß.

102) The Egyptian Capital Market, Report to U.S. Government, Technical Cooperation Administration, Under Contract SCC - 21 504, C.-58780-8, Arthur D. Little, Ind., Cambridge, Massachusetts 1953, S. 17, zitiert bei Billerbeck, a. a. O., S. 60.

103) Billerbeck, ebenda, S. 60.

104) Ebenda, a. a. O., S. 67.

105) Ebenda, S. 66: Bei den industriellen Aktiengesellschaften betrug der durchschnittliche Anteil der Obligationen nur 2,4 %.

106) Br. Suviranta, Th. D., The Viability of the Competitive Market, National Bank of Egypt, Commemoration Lectures, Kairo 1956, S. 17.

107) Bauer, P. T., West African Trade, A Study of Competition, Oligopoly and Monopoly in a changing Economy, Cambridge 1954, S. 90.

108) Sugar-Industry in Egypt, National Bank of Egypt, Economic Bulletin III, No 1, 1950, S. 11.

109) Gritly, The Structure of Egyptian Industry, a. a. O., S. 11.

110) Ebenda, S. 512.

111) National Bank of Egypt, ebenda, S. 13.

112) P. Abd. Salam, Chemical Industries in Egypt, zitiert bei Gritly, a. a. O., S. 514. Der Verfasser wies auch nach, daß die hohen Produktionskosten auf die monopolistische Struktur zurückzuführen sind.

113) Etude Financières Banque Belge et Internationale en Egypte, XVIII, April 1951.

114) L'Industrie de la Bière, Federation de L'Industrie, Annuaire, 1950/51, S. 71 ff.

115) SIC (Sté Industrielle et Commerciale d'Egypt, Etude Financières Banque Belge, XIX (June, 1952).

116) Clement Levy, The Stock Exchange Year-Book of Egypt 1953, Cairo, S. 356; L'Industrie des Tabacs et Cigarettes, Fed.

Egypt. de L'Industrie Annuaire, 1950/51, S. 136.

117) Gritly, The Structure of Egyptian Industry, a. a. O., S. 505/506. Monopolistische Gewinne hatten zwar einmal zwei andere Firmen angelockt, die sich jedoch selbst bald zu einer Abrede bereitfanden, als der Preiswettbewerb fühlbar wurde.

118) Elie T. Politi, Annuaire des Sociétés Egyptiennes par Actions, Alexandrien 1937, S. 429.

119) Annuaire de la Fédération Egyptienne de L'Industrie 1957/58, S. 518.

120) L'Industrie du Ciment en Egypt", Livre d'Or de la Fédération de L'Industrie, 1948, S. 119 und "The Cement Industry in Egypt, National Bank of Egypt, National Bank of Egypt, Economic Bulletin, No. 4, 1955, S. 242 ff.

121) "Les Engrais", Fédération Egyptienne de L'Industrie, Annuaire, 1951/52, S. 118.

122) Siehe Seite 16 f.

123) Francis L. K. HSU, Cultural Factors, aus: Economic Development, Sammelband, herausgegeben von H. F. Williamson und J. A. Buttrick, Englewood Cliffs, N. Y. 1954, S. 363.

124) Hans-Jürgen Seraphim, Theorie der allgemeinen Volkswirtschafts-Politik, Göttingen 1955, S. 152 ff.

125) Gibb, Hamilton, A. R. und Bowen, H., Islamic Society and the West, A study of the impact of Western civilisation in Moslem culture in the Near East, 2 Bd., London 1951, Vol. II, S. 70.

126) E. J. Bolus, The Influence of Islam, A study of the effect of Islam upon the psychology and civilisation of the races which profess it, London 1943, S. 14.

127) Calverley, Edwin E., The Fundamental Structure of Islam, Reprinted from the "Journal of the Royal Central Asian Society", London, Vol. XXVI, April, 1939, S. 281.

128) "Thus, for example, precise details governing the washing of the hands, head, rinsing of the mouth, nostrils and ears and the use of dust or sand when water is not procurable are prescribed and obligatory etc.", Guillaume, Alfred, Islam, Edinburgh 1954, S. 88.

129) Die klassische Theorie des moslemischen Rechts gründet sich auf vier Prinzipien: den Koran; die Worte und Taten des Propheten (sunna); die allgemeine Übereinstimmung der führenden Rechtsgelehrten hinsichtlich eines Problems (ijma) (hier war theoretisch eine Abweichung von der Tradition denkbar); die Analogie (quiyas), d. h. eine Entscheidung, die sich auf mehr oder weniger parallele Fälle stützt (aus: Guillaume, Alfred, Islam, a. a. O. S. 96).

130) Bolus, E. J., The Influence of Islam, a. a. O., S. 15.

131) Grunebaum, Gustave E., Islamic Literature: Arabic, aus: Eastern Culture and Society, A Symposium on the meeting of East and West, Princeton University Press 1951, S. 57 ff.

132) Grunebaum, Gustave E., ebenda S. 58.

133) Daran gemessen ist es für unsere begrenzte Betrachtungsweise gleichgültig, ob und wie die Religion des Islam fruchtbare Ansätze enthielt, die erst später mit dem Ende ihrer Blütezeit verschüttet wurden, und wie sie heute sich inzwischen zu mancherlei Reformen und Modernisierungsbestrebungen bekannt hat.

Ebenfalls können wir uns nicht auf die komplizierte Frage einlassen, ob die durch die Form der Religiosität verbreitete Stagnation nicht einfach ein Reflex orientalischer Mentalität ist, die sich aus dem Gesamtbereich der Glaubenssätze - bewußt oder unbewußt - die ihr innerlich verwandten Seiten aussuchte und zur Orthodoxie erhob. Z. B. wurde in Europa im Zeitalter seiner religiösen Erneuerung (Reformation und Gegenreformation) die "statische" quietistische, pietistische Religiosität nie zur herrschenden Interpretationsform der christlichen Lehre. Die europäische Art bedurfte religiöser Bestätigung auch für ihren weltgestaltenden Tatendrang (Protestantismus). Es ist fast überflüssig, hier noch auf Max Weber und seine Verdienste bei der Erhellung der Zusammenhänge zwischen kapitalistischem (dynamischem) Geist und protestantischer Ethik hinzuweisen.

134) Gibb, H. A. R., Islamic Society, a. a. O., Vol. II, S. 212.

135) Ebenda, S. 209.

136) Gibb, H. A. R., Islamic Society, a. a. O., Vol. II. S. 211.

137) Gibb, H. A. R., ebenda, S. 215.

138) Ab Al Futuh A. Radwand, Old and New Forces in Egyptian Education, Columbia University 1951, S. 72.

139) Galt, Russel, The Effect of Centralisation on Education in Modern Egypt, Kairo 1936, S. 30.

140) Die meisten wurden nach dem Tode des Herrschers zunächst wieder geschlossen.

141) Galt, Russel, ebenda, S. 40.

142) Galt, Russel, ebenda, S. 39.

143) Ebenda, S. 43.

144) Morroe Berger, Bureaucracy and Society in Modern Egypt, Princeton 1957, S. 29.

145) Galt, Russel, ebenda, S. 44.

146) Galt, Russel, ebenda, S. 52. Dieses Zitat entstammt dem bekannten Bericht von F. O. Mann und Ed. Claparède, die im Auftrage des ägyptischen Erziehungsministeriums 1928/29 ein Jahr lang das ägyptische Schulwesen studierten.

147) Die Zähigkeit, mit welcher das antiisraelische Feuer am Leben erhalten wird, dient positiv der gleichen Funktion, die entfachten Energien, sei es durch wirtschaftliche, militärische oder politische Mittel, in die Kanäle der umfassenden Integration zu leiten.

148) Saidun Hamarie, "Wir und der Kommunismus in der gegenwärtigen Krise", Beirut 1959, S. 40 ff. (arab.).

149) Vgl. Morroe Berger, Les Regimes Militaires du Moyen Orient, Congrès pour la liberté de la Culture, Paris, Conférence Internationale, 1960, S. 1.

150) Zwar ist man sich im klaren, daß der militärischen Einmischung der Großmächte im wesentlichen mit diplomatischen Mitteln begegnet werden muß (hierin liege der Sinn der positiven Neutralität), jedoch müsse man gegen Angriffe im arabischen Raum (Israel) voll gewappnet sein.

151) "a reactive nationalism - reacting against intrusion from more advanced nations - has been a most important and powerful motive force in the transition from traditional to modern societies, at least as important as the profit motive" (W. W. Rostow, The Stages of Economic Growth, Cambridge, 1960, S. 26. In Ägypten, wo das "Profit Motive" die Wandlung nicht vollbrachte, ist ein so gearteter Nationalismus strukturadäquat.

•152) Interview mit Staatssekretär Dr. J. Mulla im Industrieministerium vom 17. 5. 60.

153) The new Socialism. Economic and Political Review, Kairo, Januar 1958, Se. 13.

154) Ebenda, S. 13.

155) Sabit, M. A., The new Socialism, Economic and Political Review, Kairo, Januar 1958, S. 14.

156) Interview mit Adel Mahmoud Sabit vom Oktober 1959.

157) Artikel 11 der "Provisorischen Ägyptischen Verfassung" lautet: "Private Property is inviolable. The law organises its social funktion. Property may not be expropriated but for purposes of public utility and in consideration of just compensation in accordance with the law."

158) Das Beispiel ist typisch und weist auf die Vorsicht hin, die solchen Aussagen gegenüber am Platze ist. So erfuhr der Verfasser im Planungsamt, die Beseitigung von Monopolsituationen entspreche dem Bestreben, Wettbewerb im marktwirtschaftlichen Sinne zu schaffen. Dagegen hieß es im Industrieministerium, entscheidend seien allein die Marktanalyse und die günstigen Produktionsmög-

lichkeiten im Hinblick auf die Vermehrung des Volkseinkommens.

159) Gamal Abdel Nasser, Speeches Press Interviews, Kairo 1959, S. 403.

160) Die wirtschaftliche Bürde General Naguibs, Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, 11. 2. 1953.

161) Die Armee war soziologisch aus vielen Angehörigen der kleineren Mittelschicht zusammengesetzt, die seit 1936 Aufstiegsmöglichkeiten in der Armee hatten. Sie wollten als Söhne von Fellachen und Beamten Karriere machen und sahen in der Armee das Instrument, sich von ausländischem Einfluß zu befreien. Erst in den Kriegs- und Nachkriegsjahren nahmen die Aspirationen der jungen Offiziere einen weniger romantischen und mehr politischen Charakter an. Ihre Revolte findet eine ökonomische und soziale Basis in der wirtschaftlichen Krise, die sich um sie herum entwickelt (Baumwollbaisse). Sie kommen in Kontakt mit Intellektuellen verschiedener Observanz. Vgl. Jean et Simonne Lacouture, L'Egypte en Mouvement, Paris 1956, S. 35.

162) Ebenda, S. 157.

163) Naguib wurde von dem radikaleren Nasser schon 1954 gestürzt, weil er das Offiziersregime nur als Übergangslösung ansah und eine parlamentarische Demokratie anstrebte.

164) Gunnar Myrdal bemerkt, "nationalistic appeals are usually more successful if they are given a negative spicing"., da es leichter ist "to be aroused against something than for something" (Gunnar Myrdal, An International Economy, New York 1956, S. 154.)

165) Im Gegensatz z. B. zur Türkei, die schon seit 1930 eine offene etatistische Industrialisierungspolitik betrieb. Vgl. Robert W. Kerwin, Etatism in Turkey, 1933 - 50, in: G. J. Aitken, The State and Economic Growth, New York 1959, S. 237 ff.

166) Zu dieser Zeit stand die Erforschung der Staatsrolle in den Entwicklungsländern noch nicht so im Vordergrund. Man orientierte sich am Beispiel der Interventionen in Europa, z. B. untersuchte Rashed El Barawy (Der Auftakt, Kairo, 1953, S. 1 ff. (arabisch)) Wirtschaftsprogramme des Staates in Industrieländern für mannigfaltige Zwecke, ja selbst "Pläne". Fawzi Riyad beschäftigt sich schon mit einem "Fünfjahrplan für Ägypten" (Wirtschaft und Rechnungsführung, Oktober 1952, S. 16 ff. Vol. XXXVIII und Vol. XL, Nov. 52, arabisch).

167) Der schillernde Begriff Wirtschaftsplan und -planung, der sich schon bald im Alltagsvokabular findet, tritt noch nicht aus diesem Rahmen. Er ist nichts weiter als die Sammelbezeichnung für artmäßig sehr verschiedene staatliche Projekte oder wirtschaftspolitische Maßnahmen. Später dient er einfach als Synonym für folgerichtig betriebene Wirtschafts- und Industrialisierungspolitik, als Bezeichnung für angeblich konsequent durchgeführte Schritte und institutionelle Veränderungen zur Einleitung einer Epoche des "Comprehensive Planning".

168) Gesetz Nr. 213/52.

169) s. Der Ständige Rat für die Entwicklung der nationalen Produktion, Republik Ägypten, Kairo 1955, S. 1 (arabisch).

170) Lebensmittelimporte hatten bedrohlichen Umfang angenommen, z. B. wurde 1951/52 bereits die Hälfte des Weizenbedarfs durch Einfuhren gedeckt.

171) Rat für die nationale Produktion ... a. a. O., S. 27.

172) Die Erziehungsausgaben steigen sprunghaft an: 1939: 4,4 Mill. LE, 1952/53: 23,6 Mill., 1957/58: 38,5 Mill.. Dagegen das Entwicklungsbudget des Rates 1953/54: 35,6 Mill.. Der Aufbau einer breiten Volkserziehung gehört zu den hervorragendsten Leistungen der letzten 9 Jahre. Täglich entstand in Ägypten eine neue Schule, auf dem Lande oft das einzige Zeichen einer neuen Zeit.

173) Der Ständige Rat ... a. a. O., S. 27.

174) Artikel 3 des Gesetzes Nr. 213/52.

175) Artikel 2, Abschnitt 3 des Gesetzes Nr. 214/52.

176) Für die Behauptung, die öffentliche Beteiligung sei nur ein verschleierter Schritt auf dem Wege der Verstaatlichung, gibt es in dieser Periode nicht die geringsten Anhaltspunkte.

177) Seiner Natur nach steht die Methodik zwischen den direkten und indirekten Maßnahmen.

178) Zweiphasigkeit bedeutet, daß mit der Entscheidung über den Träger von Projektierung und Gründung industrieller Unternehmen noch nichts Endgültiges über ihre Zugehörigkeit zum Regierungs- oder Privatsektor gesagt ist. Denn der Rat kann Beteiligungen schließlich dem Publikum anbieten oder einen rein öffentlichen in einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb verwandeln.

179) Allerdings sind keine Verkäufe von Beteiligungen bekanntgeworden.

180) Z. B. "Weitgesteckte Ziele der Industrialisierungspolitik", NZZ, 26. 1. 1955.

181) Billerbeck, Klaus, Die Industrialisierung Ägyptens... a. a. O., S. 41.

182) J. Economides, Du Sous-Développement a L'Expansion, L'Egypte Contemporaine, Juli 1960, Kairo, S. 15.

183) Der Ständige Rat für die nationale Produktion, a. a. O., S. 178.

184) Die geschätzten Vorräte sollen den Bedarf für 50 Jahre decken können. Industry after the Revolution and the Five Year Plan, Ministry of Industry, Kairo 1957, S. 29.

185) In und um Kairo liegen die meisten Abnehmerfirmen und außerdem sollen große eisen- und stahlverarbeitende Betriebe später hier entstehen, wo am leichtesten Facharbeiter etc. zu engagieren sind.

186) Auch Düngemittel zählten zu den Haupteinfuhrgütern: 1954: 11,2 Mill. LE (dagegen Stahl und Eisenprodukte: 8,8 Mill. LE)

187) Also ein Projekt in der Größenordnung des Eisen- und Stahlwerkes Heluan!

188) Bisher wurden nur 25 % des Bedarfs örtlich von 7 Fabriken produziert. Erfahrung und technische Ausrüstung fehlte vor allem für die Herstellung feinerer Papier- und Pappsorten.

189) Die Regierung war sich darüber im klaren, daß die bloße Tatsache eines politischen Umsturzes, der Kräfte an die Macht brachte, die sich über den verderblichen Einfluß ausländischer Kapitalisten kritisch äußerten, zunächst hemmend auf den Kapitalzufluß wirken mußte.

190) Ägypten strebt nach Liberalisierung, Handelsblatt, 11. 2. 53.

191) Z. B. war die Anleihe der Weltbank für den Bau des großen Assuanstaudamms von einem komplementären Beitrag der amerikanischen und englischen Regierung abhängig.

192) Der Ständige Rat .... a. a. O., S. 442.

193) Den ausländischen Banken gelang es ohnehin, ihre Kapitalverhältnisse zu verschleiern.

194) Im Gesetz 120/52 vom 30. Juli 1952!

195) Der Ständige Rat, a. a. O., S. 443.

196) Gesetz Nr. 156/53.

197) s. Higgins, Benjamin, Economic Development, New York 1959, S. 254.

198) Untersuchung zur 50-Jahrfeier der ägyptischen Gesellschaft für Wirtschaft, Politik, Statistik und Gesetzgebung, Kairo 1960, Artikel: Entwicklung der Steuerordnung Ägyptens in den letzten 50 Jahren, Hussein Chilaaf, S. 37 ff. (arabisch).

199) Die Maßstäbe sind verschieden. Steuern und Abgaben, die der europäische Unternehmer seit Jahrzehnten als selbstverständlich und unvermeidlich anzusehen gewöhnt ist, wirken auf den Ägypter revolutionär und seine Freiheit beschneidend. Die Etappe der Modernisierung des staatlichen Einnahmen- und Ausgabensystems wurde denn auch fälschlich allein wegen ihrer für ägyptische Verhältnisse umwälzenden Natur manchmal mit dem Prädikat "sozialistisch" belegt.

200) Untersuchungen zur 50-Jahrfeier .., a. a. O., Artikel: Entwicklung der Gesellschaften und ihrer Gesetzgebung in den letzten 50 Jahren, S. 579 ff.

201) Der Ständige Rat .., a. a. O., S. 449.

202) So hatten sich früher eine Reihe von Handelsunternehmen in dieser Rechtsform in England eintragen lassen, obwohl sie in Ägypten ope-

rierten (Untersuchungen ..., a. a. O., S. 585).

203) Ebenda, S. 579 ff.

204) Als 1958 die Zahl auf 2 herabgesetzt wurde, bevorzugten die "Industriefeudalisten" die Gesellschaftsform der G.m.b.H., um der Bestimmung zu entgehen.

205) Der Ständige Rat, a. a. O., S. 456.

206) Billerbeck, Klaus, Die Industrialisierung Ägyptens..., a. a. O., S. 74.

207) Den Aktionären der Industriebank wurde ein Profit von 3,5 % garantiert, da die Bank nur in engen Grenzen Gewinn verteilen sollte, um Reserven und Kreditfähigkeit zu stärken. 1956 betrug das Kapital der Bank 1,5 Mill. LE, ihre finanziellen Möglichkeiten überstiegen jedoch durch einen Regierungskredit von weiteren 2 Mill. LE diesen Betrag beträchtlich. Siehe: Evolution du Credit Industriel en Egypt, La Banque Industrielle, 1956, Le Caire, S. 11.

208) Die Industriebank hatte eine eigene größere volkswirtschaftliche Abteilung ins Leben gerufen und sicherte sich die Mitwirkung kompetenter Fachleute in einem Ingenieursbüro. Sie gibt seit 1957 ein eigenes Bulletin heraus.

209) Ebenda, S. 12.

210) Von 1954 an wurden die Schätzungen von der "National Planning Commission" durchgeführt. Seit 1922 hatte man in Ägypten mit Volkseinkommensschätzungen begonnen, die besonders durch die Arbeiten von Mahmoud Anis (The National Income of Egypt, L'Egypt. Cont. 1950) methodisch auf den neuesten Stand gebracht wurden.

211) Siehe Tabelle 3.

212) W. A. Lewis hält es für möglich, daß die Kapitalbildung dieser Länder bisher unterschätzt wurde, weil die statistische Dokumentation schwierig, unvollständig und unzuverlässig ist (Lewis, A. W., Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Übersetzung, Tübingen 1956, S. 230 ff.).

213) S. die ausführliche Erörterung bei Klaus Billerbeck, Die Industrialisierung Ägyptens ..., a. a. O., S. 51 ff.

214) Siehe Tabelle 4.

215) Vgl. Economic Bulletin, Vol. IX, No. 1, 1956, a. a. O., S. 23.

216) Da der Hauptteil auf Aktiengesellschaften entfällt, bietet das Wachstum des Kapitals einigen Anhalt: von 1957 - 1958 um etwa 36 Mill. LE = jährlich 6 Mill. LE (s. Industrial and Commercial Census 1951/52, Statistical Department, Cairo 1952, S. 587.)

217) A. W. Lewis, Die Theorie..., a. a. O., S. 233.

218) Statistical Pocket Year-Book, 1958, a. a. O., S. 89. Für die Unzuverlässigkeit der statistischen Angabe zeugt die bedeutend höhere Ziffer bei Samir Amin (für 1955/56: 127,2 Mill. LE!), Amin, Samir, Le Financement des Investissements dans la Province Egyptienne de la RAU, a. a. O., S. 10.

219) Zusammengestellt aus den laufenden Jahrbüchern der Féderation Egyptienne de L'Industrie, Kairo, 1954 - 1956.

220) Ebenda, S. 108.

221) Annuaire de la Féderation Egyptienne de L'Industrie, 1957/1958, a. a. O., S. 16.

222) Annuaire..., ebenda.

223) Company Financing in Egypt in 1954/1955, Econ. Bulletin, 1957, Vol. X, No. 2, Kairo, S. 100.

224) The Egyptian Economic and Political Review, Juni, 1959, S. 27, siehe auch: "Ägypten ohne Privatinitiative", Die Zeit, 27. 5. 1954.

225) "Die ägyptische Wirtschaft unter dem neuen Regime", Neue Zürcher Zeitung, 22. 1. 1955.

226) Sonst könnte selbst in Ägypten von Vollbeschäftigung gesprochen werden. Auf dem Lande ist jeder irgendwie an dem gemeinsamen und noch so geringen Arbeitsertrag der Familie beteiligt, und erst das Entwicklungskonzept erlaubt, von offener oder versteckter Arbeitslosigkeit zu sprechen.

227) Die Kapazität war im Gefolge des Nachkriegsbooms stärker gewachsen und zum Teil unterbeschäftigt.

228) Nr. 22, 23, 24, 57.

229) Ausgenommen werden Reiseagenturen, Vertretungen von Luftfahrtgesellschaften und von ausländischen Firmen, die in Ägypten tätig sind.

230) S. Maher Nassim, Democratic Cooperative Socialism, Kairo 1959, S. 67.

231) M. M. Ibrahim, Wirtschaftsplanung in Ägypten und Indien, Präsidentschaft der Republik, Amt für Wirtschaftplanung, Briefe der Wirtschaftsplanung Nr. 6, S. 7 (arabisch).

232) I. Helmy A. Rahman, Allgemeine Prinzipien der Wirtschaftsplanung, ebenda, Briefe der Wirtschaftsplanung Nr. 5, S. 7 (arabisch).

233) G. D. Said, Die allgemeine Theorie von Keynes und die Sozialphilopie in der VAR, "Die Wirtschaft", Nr. 132, Februar 1961, Kairo (arabisch).

234) I. Helmy A. Rahman, ebenda, S. 9.

235) A. A. Ibrahim, Organisation der Industrieunternehmungen, Kairo 1959, S. 380 ff. (arabisch).

236) Ebenda, S. 384, Erst in den letzten Jahrzehnten hätten diese Länder im Namen der Öffentlichkeit (durch den Staat) gewisse "lags", z. B. in sozialer Hinsicht, behoben.

237) Ebenda, S. 463.

238) Gesetz 141/55.

239) Z. A. Deif, Beziehungen zwischen Planung, National Accounting und Volkseinkommen, Briefe der Wirtschaftsplanung, Nr. 7 (arabisch).

240) Gesetz Nr. 21/58.

241) Unter dem Begriff "coût total d'installation" werden folgende Einzelkosten für eine Betriebsgründung verstanden: Preis der Gebäude und von Grund und Boden, Wert der Einrichtungen und Maschinen, einschließlich Transportkosten und Montage, Preis der Rohmaterialien für die Produktion von drei Monaten, ebenso Löhne etc. (siehe: Arrêté du Ministère de L'Industrie Nr. 141/1958, Art. 2).

242) Z. B. das Industrieministerium etc.

243) Artikel 17 ff. des Abschnittes über "Förderung und Konsolidierung der Industrie".

244) Befragungen des Verfassers im Industrieministerium ergaben, daß oft private Lizenzanträge zurückgezogen oder bereits erteilte Lizenzen aufgegeben wurden, weil gerade diese Bestimmung die Furcht vor untragbaren Risiken vermehre. Es hieß dann, dieses Verhalten des Privatkapitals habe das Ministerium verärgert und erwecke den Eindruck der Unzuverlässigkeit und führe dazu, öffentlichem Kapital den Vorrang zu geben.

245) Journal Officiel der VAR, Nr. 12, 29. 5. 1958.

246) Ebenda.

247) Gesetz Nr. 20/1957, The Economic Development Organisation Artikel 4.

248) Die Regierungsbehörden waren den plötzlich ansteigenden Verwaltungs- und Geschäftsführungsaufgaben, die aus den sequestrierten Betrieben auf sie einstürmten, nicht gewachsen.

249) The Economic Development Organisation, Kairo 1958, S. 8. In der Publikation wird besonders auf den Trend zu öffentlichen Unternehmungsformen in westlichen Ländern verwiesen. Das öffentliche Eigentum sei im Prinzip überall akzeptiert, strittig bleibe nur die Form und das Maß.

250) Ebenda, S. 10.

251) Siehe S. 97 ff.

252) Artikel 5 des Gesetzes No. 20/1958.

253) Ebenda, Artikel 7 ff.

254) Außer den Regierungsanteilen an Aktiengesellschaften, das Kapital besonders bezeichneter öffentlicher Körperschaften mit kommerzieller industrieller etc. Tätigkeit Art. 2 des Gesetzes 20/57.

255) Economic Development Organisation, a. a. O., S. 12.

256) The Economic Development Organisation, zweite Auflage, Kairo, 1960, S. 9, Von dieser Politik wird bis heute tatsächlich in steigendem Maße Gebrauch gemacht.

257) Diese Sprachregelung wurde mit der Veröffentlichung des "Comprehensive Plan" in Kraft gesetzt.

258) Es umfaßte Anteile aus 22 Gesellschaften, zunächst hauptsächlich Banken etc. (Jusri A. Mostafa, Die EDO - Erfolgreicher Versuch des wirtschaftlichen Wachstums in der VAR, Kairo, 1961, Erster Studienkreis, S. 4).

259) Bank von Alexandrien: Anteil 100 %, Banque du Caire: 45 %, Bank al Goumhouriah: 25,2 %, Banque de L'Union Commerciale: 25,1 %, The Industrial Bank: 51,2 %, The EDO, a. a. O., S. 32.

260) Jusri A. Mostafa, Die EDO - a. a. O., S. 7.

261) Die EDO brachte drei neue Bergbaugesellschaften in Gang, nahm an der Errichtung von fünf weiteren teil (für Eisen, Phosphat, Mangan, Blei, Zink etc.) EDO, a. a. O., S. 15.

262) Interviews in der EDO, Dezember und Januar 1960.

263) Die Nationalbank hatte de facto schon einige Funktionen einer Zentralbank ausgeübt (Notenausgabe etc.). A. Gritli: Die Entwicklung der Währungsordnung in Ägypten, Festschrift zur Fünfzigjahrfeier der Ägyptischen Gesellschaft für Wirtschaft, Politik, Statistik und Gesetzgebung, a. a. O., S. 290.

264) Von nun an gab es eine Bank, welche die üblichen Bankgeschäfte in Form einer AG führte, und die eigentliche Nationalbank, welche die Geld, und Kreditpolitik betrieb (s. Hussein Fahmy, The Technique of Central Banking in Egypt, Middle East Economic Papers, Beirut 1954, S. 71).

265) Der Gouverneur des Direktoriums wird durch den Finanzminister gewählt. In dem Höheren Komitee der Bank, das die Geld- und Kreditpolitik bestimmt, sind von 7 Mitgliedern 4 Vertreter der Regierung, ebenda, S. 71.

266) 50 Mill. LE + weitere 50 Mill. LE für den Notfall, ebenda, S. 63.

267) Welche auch die Ägyptianisierung des Bankkapitals brachte.

268) Economic Bulletin, NAT. Bank of Egypt, Vol. XIII, No. 3, 1960, S. 347.

269) Daraus verfügbare Mittel konnten nun für alle wirtschaftlichen Zwecke einschließlich der Finanzierung von kurzfristigen Projek-

ten verwandt werden (ein Teil war bisher für die Baumwollfinanzierung reserviert). S. Ec. Bulletin, Vol. X, Nr. 3, S. 247, 1957.

270) Entwicklung der Währungsordnung in Ägypten, a. a. O., S. 294.

271) Credit Banking Developments in 1958, NB of Egypt, Kairo 1959, S. 2.

272) Artikel 1 des Gesetzes 163/1957.

273) Z. B. Neuregulierung des Bankgeschäftes (Registration, Kapital, Liquidität etc.) Art. 19 - 37.

274) Der Verfasser hörte immer wieder Klagen aus der bereits bestehenden Industrie, die nicht in den Zuwachsplänen enthalten ist, daß diese Sicherstellung des laufenden Betriebskreditbedarfs zu einem dornenvollen Leidensweg geworden ist, weil die Banken ganz durch die Planfinanzierung in Anspruch genommen sind.

275) Nach Edward S. Mason litt unter diesem Handicap z. B. die Wirtschaftsplanung in Burma, den Philippinen (Mason, Edward S., Economic Planning in Underdeveloped Areas; Government and Business, Fordham University Press 1958, S. 60 ff.).

276) Siehe: Beschluß des Präsidenten "In Angelegenheiten der Wirtschaftsplanung vom Januar 1957" Artikel 1 - 12.

277) Siehe hierzu: Wheelock, Keith, Nassers New Egypt, University of Pennsylvania, The Foreign Policy Research Institute 1960, S. 151.

278) Wheelock, Keith, Nassers New Egypt, a. a. O., S. 151.

279) Quellen sind die Gesetze, das Werk von Ibrahim, "Organisation der Industriepläne", a. a. O., das Kapital "Wirtschaftsplanung in der Südprovinz der VAR", S. 446 - 534 und UAR - The Year-Book 1960, Kairo, Informationsdepartment, 1961, Kapital - National Planning - S. 202 - 224.

280) Ihr obliegen z. B. folgende Aufgaben: Berichte über Produktion und Verbrauch und ihre Analyse für die Planausarbeitung, analytische Studien über die allgemeine Wirtschaftsstruktur, Erstellung eines langfristigen Planes, innerhalb dessen kurzfristige Pläne integriert werden können, ökonomische, mathematische und statistische Studien über Planprogramme etc..

281) In diesen Komitees sollten die aufgestellten Pläne und die sachlichen Grundlagen, auf denen sie beruhen, in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Verwaltungen, öffentlichen und privaten Institutionen und Fachleuten auf ihre praktische Durchführbarkeit überprüft und diskutiert werden (Year-Book, S. 223).

282) Die ägyptischen Industriepläne werden in einem gesonderten Abschnitt behandelt. Siehe Kapitel V. S. 94 ff.

283) Vgl. Annuaire de la Fédération Egyptienne de l'Industrie 1957/58, a. a. O., S. 15.

284) Siehe Economic Bulletin, Vol. XI, No. 2, Vol. XII, 1959, No. 2, Vol. XIII, 1960, No. 2.

285) Siehe Tabelle 6.

286) Die gesamte ägyptische Industrieproduktion hat noch nicht einmal das Volumen von Westberlin erreicht.

287) Keith Wheelock, Nassers New Egypt, a. a. O., S. 161/162.

288) Industry after the Revolution . . . a. a. O., S. 99.

289) Siehe oben: Die Ziele des ersten Fünfjahrplanes.

290) La Bourse Egyptienne, 17. 12. 1960.

291) Siehe Tabelle 7.

292) Amin, Samir, Les Investissements..., a. a. O., S. 30 ff.

293) Meier-Baldwin zitieren Schätzungen, die zwischen 2 : 1 und 6 : 1 schwanken (Meier, G. M., R. E. Baldwin, Economic Development, a. a. O., S. 340.

294) Stucken, Rudolf, Ägypten und Syrien, Entwicklungsbedingungen und Entwicklungschancen, aus: Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer, Berlin 1960, S. 98 und S. 116.

295) Nurkse unterscheidet zwei Arten solcher "Importsubstitution": a) die Substitution importierter Güter durch einheimische Produktion, b) die Substitution von Konsumgüter- durch Kapitalgüterimporte, Nurkse, Ragnar, Patterns of Trade and Development, Wicksell Lectures, Stockholm 1959, S. 33.

296) Industry after the Revolution and the Five-Year Plan, Ministry of Industry, Kairo 1957, S. 90.

297) Einige bekanntgewordene Beispiele - das Eisen- und Stahlwerk Heluan und die Hydroelektrostation in Assuan - sind bei Wheelock, Keith, Nassers New Egypt, University of Pennsylvania, The Foreign Policy Research Institute, 1960, S. 161/162 behandelt (der Autor hatte die Genehmigung Nassers für einige Blicke "hinter die Kulissen").

298) Die Nasre-Lastwagen Gesellschaft produziert zur Zeit (Mitte 1961) nur 5 von 25 möglichen Einheiten täglich, wie der Verfasser bei einem Besuch erfuhr.

299) Wie sich aus der Anlage der offiziellen Publikation des Planungsamtes ergibt: "Umrisse des allgemeinen Fünfjahrplanes für das wirtschaftliche und soziale Wachstum", VAR, Präsidentschaft der Republik, Planungsamt, Kairo, 1960.

300) Die im Forschungsarchiv des Planungsamtes, das sehr schwer zugänglich ist, aufbewahrten Vorlesungen und Arbeiten von Ragnar Frisch, Tinbergen, Oskar Lange etc. beschränken sich in der Regel auf die Darlegung von Modellen, die nicht von den aktuellen ägyptischen Daten ausgehen. Die Ermittlungsmethoden für die we-

sentlichen Ausgangsdaten des Planes erhielten den Rang von Geheimsachen. In Studien wie jene "Wie ist die Beschleunigung des Wachstums durch Verdopplung des Volkseinkommens in 10 statt 20 Jahren möglich" (Gutachten Nr. 288 vom 3. 6. 1959), Denkschriften des Planungsamtes, VAR) wurde die Einsicht verweigert.

301) Economic Bulletin, Vol. X, No. 3, 1957, S. 230.

302) Über die Entwicklung der industriellen Investitionen dieser Periode siehe S.

303) Investitionsausgaben lösen sich insoweit letztlich in Konsumnachfrage auf, als sie zu Einkommen von Verbraucherhaushalten werden, das entweder gespart wird oder zur Nachfrage nach Konsumgütern bestimmt ist. Das gilt auch für Investitionsausgaben für Kapitalgüter, die Verbrauchereinkommen in diesen Industrien schaffen, nur findet dieser Einkommenerzeugungsprozeß bei der Industrialisierung der Entwicklungsländer in der Regel in den die Kapitalgüter liefernden Industrieländern statt.

304) Industry after the Revolution..., a. a. O., S. 109.

305) Ebenda, S. 109.

306) So sollte der indirekte Beschäftigungseffekt das Dreifache des direkten betragen (120.000 + 360.000!), ebenda, S. 175.

307) Um die landwirtschaftliche Produktion sprunghaft zu erhöhen, müßten riesige Ausgaben für Bewässerung, Düngung, Erziehung, Saatgutpflege etc. erfolgen.

308) Angaben aus den laufenden Bulletins der National Bank of Egypt zusammengestellt.

309) Industry after the Revolution..., a. a. O., S. 101. Tatsächlich sah der Plan Gesamtinvestitionen in Höhe von 221 Mill. LE vor, davon allein 122,7 in Devisen.

310) Siehe z. B. Vakil und Brahmanand, a. a. O., S. 53/54.

311) "Bei gegebener Investitionsrate würde eine Erhöhung des Anteils der Investitionen in höheren Stufen eine Erhöhung des Grades der Kapitalintensität bedeuten. Die Reifezeit der Investitionen wird verlängert, der Wert der Relation müßte steigen". Ebenda, S. 52/53.

312) Economic Bulletin, Vol, IX, No. 4, 1956, S. 310 ff.

313) Lewis, W. Arthur, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, a. a. O., S. 222 ff..

314) Bruton, Henry J., The short-run Problem of Growth in underdeveloped Countries, Kyklos, Vol. X, 1957, S. 281 ff.

315) Siehe Tabelle 10.

316) Siehe Tabelle 12.

317) Siehe Umrisse des allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Wachstumsplanes, a. a. O., S. 122.

318) Folgende Angaben siehe: Umriß des Wachstumsplanes..., a. a. O., S. 108 ff.

319) Der Anteil der industriellen Konsumgüter am gestiegenen Endverbrauch ist noch viel geringer, weil die Nahrungsmittel größtenteils unverarbeitet zum Verbraucher gelangen. Die errechnete Erhöhung des jährlichen Pro-Kopf-Verbrauches an diesen Güterkategorien (von 27 LE auf 31 LE, das sind 3 % jährlich, Bevölkerungszuwachs eingerechnet) kann nicht verbergen, daß die Massen an dem proklamierten Zuwachs wenig Anteil haben. Da die unteren Schichten den 80 %igen Durchschnitt dieser Güterkategorien bestimmen, der Verbrauch der Mittelschichten ein Vielfaches dieses Durchschnittes beträgt und ihre Einkommen schneller wachsen, ergibt sich selbst aus Interpretation der offiziellen Zahlen, denen gegenüber Vorsicht geboten ist, eine Erweiterung der Kluft zwischen den dualistischen Gruppen.

320) Siehe Vakil und Brahmanand, Economic Planning..., a. a. O., S. 39/41.

321) Dargestellt am Verlauf des ersten Jahres des Comprehensive Plan. Nach Angaben der Regierung steht die fristgemäße Erfüllung des ersten Jahresabschnittes so gut wie fest (Mitte Juni 1961).

322) Quelle: Der detaillierte Plan für das soziale und wirtschaftliche Wachstum im ersten Jahr (1960/61), VAR, Präsidentschaft, Planungsamt, Kairo 1960 (arabisch).

323) Das ist angesichts der Willkür, welche jede Einteilung in Jahresabschnitte für die Messung wirtschaftlicher Ergebnisse mit sich bringt, zwar verständlich, jedoch handelt es sich hier offensichtlich darum, daß die Deckung einer sprunghaft gestiegenen, zunehmend inflatorisch gestiegenen Investitionstätigkeit real erfolgen soll, d. h. ohne daß die Preise steigen.

324) Siehe Tabelle 18 a.

325) Siehe Tabelle 18 b.

326) Der detaillierte Plan..., a. a. O., S. 208.

327) Nach dem neuen Gesetz wird das ausschüttbare Maximum an Gewinnen auf 120 % der im letzten Jahre (1958) verteilten Gewinne beschränkt. Höchstens 10 % vom Kapital dürfen Gesellschaften verteilen, die erst nach 1958 mit der Gewinnverteilung beginnen. Jede Gewinnerzielung dieser Firmen wird dann 1960/61 automatisch im geplanten Sektor erfolgen, ebenda S. 208.

328) Ebenda, S. 208.

329) Siehe Tabelle 19.

330) Siehe Tabelle 16.

331) Oder besser: der ausländische Kreditbedarf des ersten Planbudgets beträgt rund 20 % = 58 Mill. LE.

332) Der detaillierte Plan, a. a. O., S. 215.

333) Z. B. bei einer Beauftragung ausländischer Experten mit der Untersuchung von Einzelprojekten, bei denen sie keinen Überblick über die Lage der Gesamtindustrie erhalten.

334) Siehe Tabelle 19.

335) Um die Zurückhaltung privater Investoren gegenüber den modernen Projekten zu mildern, versucht man seit kurzer Zeit einen neuen Weg. Industriefirmen werden zunächst ausschließlich mit Regierungskapital gegründet und in Betrieb gebracht. Erst später, wenn das Unternehmen sich gefestigt hat und mit Erfolg für den Markt produziert, bietet man Aktien zur öffentlichen Zeichnung an.

336) Siehe Tabelle 20.

337) U. A. nach ist diese Zuordnung als solche ordnungspolitisch relevant. Z. B. wird in Indien ein großer Teil dieser Betriebe aus Gründen der sozialistischen Ideologie zum Staatssektor gezählt.

338) Siehe Tabelle 17.

339) Siehe Tabelle 17.

340) Wie auch Einzeltabellen für die verschiedenen Sektoren.

341) Da der Zusammenhang zwischen Industrialisierungsmuster und Wirtschaftsordnung in den reineren Ordnungsformen strengere Berücksichtigung fordert als in der "Mixed Economy".

342) Umriß des Wachstumsplanes, a. a. O., S. 135.

343) Angaben siehe Tabelle 13.

344) Das wäre etwa in einer sozialistischen Ordnung der Fall, in welcher für die Landwirtschaft Individual- oder genossenschaftliches Eigentum, für die übrigen Zweige jedoch Gemeineigentum vorgesehen wird.

345) 1937 waren 55 % der arbeitenden Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (Pentzlin, Ägypten, a. a. O., S. 17).

346) Es wird angenommen, daß etwa ein Drittel der zusätzlichen Bevölkerung von 3 Millionen dem Arbeitskräftepotential zuwächst.

347) Die offensichtliche Erhöhung der Arbeit-Land Relation erschwert die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Denn bevor sich die bebaubare Fläche nach Fertigstellung des Assuanstaudammes sprunghaft erhöht, kann der landwirtschaftliche Nettoüberschuß nur steigen, wenn der Pro-Kopf-Ertrag der Arbeitskraft erhöht wird. Gegenwärtig ist die Kombination einer Bodeneinheit mit Arbeitskräften fast absolut begrenzt. Hinzu kommt, daß produktivitätssteigernde Maßnahmen, verbesserte Organisation, Erziehung notwendig auch arbeitssparend wirken. Wesentliche Ertragszu-

wächse wären nur durch Landgewinnung und -verbesserung oder die Abwanderung von Arbeitskräften in andere Zweige möglich. Schon eine Untersuchung von 1947 ergab einen Überschuß an landwirtschaftlichen Arbeitskräften von 46 % (El Gonemy, M. R., Underemployment of Farm Labour in Egypt - A Report to the International Labour Organisation, Kairo 1955). Auch wenn solche Ergebnisse heute mit Vorsicht aufzunehmen sind, dürfte das Bild wirklichkeitsnah sein.

348) Eine genauere Erläuterung findet sich im Anhang auf Seite 173.

349) Jährlich nehmen die Universitäten zunächst etwa 15.000 Studenten auf.

350) Die Furcht vor dieser Lawine gebar Anfang 1961 ein Kuriosum in der Geschichte der Entwicklungshilfe. Man hat die Absicht, zunächst jährlich etwa 2.000 Abiturienten von den sogenannten Industrieoberschulen für 3 Jahre als bloße Arbeiter (nicht Praktikanten) in Industriebetriebe der Bundesrepublik Deutschland zu schicken. Die überschüssige Arbeit wandert zum knappen Kapital!

351) Sicher hebt diese Tatsache die Grundsituation nicht auf, die dadurch gekennzeichnet ist, daß der Staat aus Mangel an privater Initiative vielseitig eingreifen muß. Das ist eine Frage des Maßes und Grades.

352) Siehe genauer im Anhang Seite 173.

353) Nach inoffiziellen Auskünften, die streng geheimgehalten werden, soll der jährliche Bevölkerungszuwachs von 2 - 2,5 auf über 3 % gestiegen sein.

354) Facharbeiter im neuen "schwer"industriellen Raum von Heluan verdienen jetzt schon zwischen 30 und 80 Piaster pro Tag (der ungelernte Arbeiter zwischen 15 und 25). Erstere haben, wie Beobachtungen zeigen, schon den Lebensstandard des schlecht bezahlten ägyptischen Lehrers überflügelt, beginnen sich eine billige Stadtwohnung zu mieten, Kinder auf die höhere Schule zu schicken etc.. Die Ausgabengestaltung ändert sich zwangsläufig.

355) Siehe hierzu: Flemig, Marcus, "External Economies and the Doctrine of Balanced Growth", Juni 1958, Zitat bei Higgins, B., Economic Development, a. a. O., S. 400.

356) So z. B. in der neuen "Befreiungsprovinz" am Rande des Deltagebietes südöstlich von Alexandrien, die den ersten Versuch einer Landgewinnung und Neuansiedlung von Bauern größeren Stils seit der Revolution darstellt. Infolge ihrer Entfernung von den Hauptkonsumorten entstanden hohe Transportkosten für Industrieprojekte (Schuh- und Kleiderfabrik, Zement- und Radiofabrik) sowohl hinsichtlich der Rohmaterialien und Arbeiter als auch der fertigen Produkte zu den Hauptkonsumorten. Das Programm war ein Fehlschlag und es hat den Anschein, daß die meisten Fabriken wieder geschlossen werden mußten (Geheimhaltung).

357) Das gilt trotz der bereits wirksamen Einschränkungen des Marktmechanismus. Von einem Umschlag des Wirtschaftssystems mit all seinen Implikationen kann ja nicht die Rede sein. Jedoch nehmen im Klima der gelenkten Wirtschaft die sich zeigenden Ungleichgewichte in steigendem Maße in Bezug auf die marktwirtschaftliche Ordnung systeminadäquate Formen an, wie sie sich z. B. in der Wirtschaftslage des Landes nach einem Jahr "Comprehensive Plan" nachweisen lassen: versteckte Inflation, Knappheiten statt Preiserhöhungen, wachsende Diskrepanz zwischen dem offiziellen Zwangskurs des LE und dem freien Kurs auf Auslandsmärkten, steigende Verschuldung gegenüber dem Ausland etc..

358) Vgl. Seite 20.

359) Nurkse, Ragnar, Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford, 1953, S. 11 ff., siehe auch: Sheahans, J., Internal Specialisation and the concept of Balanced Growth, Quarterly Journal Economics, 1958, S. 183 ff.

360) Allerdings läßt sich nicht übersehen, inwieweit der theoretisch richtige Ansatz bei den Rohstoffen infolge der zahlreichen sachlichen Schwierigkeiten, mit den modernen Produktionsmethoden fertigzuwerden, wirklich zu rentabler Produktion geführt hat.

361) Industry after the Revolutions, a. a. O., S. 162.

362) Karl C. Thalheim, Wirtschaftssystem und wirtschaftliches Wachstum, a. a. O., S. 376.

363) Rahman, Ibrahim H. A.: Allgemeine Prinzipien der Wirtschaftsplanung, Präsidentschaft der Republik, Amt für Wirtschaftsplanung, Briefe der Wirtschaftsplanung Nr. 5 (arabisch) S. 9 ff.

364) Otto Schiller kommt zu dem Schluß, daß in Ländern mit einer Agrarbevölkerung, die größtenteils des Lesens und Schreibens unkundig ist, die genossenschaftliche Selbsthilfe von vornherein in starkem Maße durch die Staatshilfe ergänzt werden müsse. Im Anfangsstadium (z. B. Neusiedlung ehemaliger Landarbeiter, was in der Befreiungsprovinz der Fall ist) könne sogar die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft zweckmäßig sein (Otto Schiller, Die Genossenschaft als Leitbild zwischen Ost und West, Moderne Welt, Köln, Nr. 3, 1960/61).

365) Der Siedler erhält ein Haus und eine Kuh. Die Bezahlung für den Boden erfolgt über eine Zeit von 40 Jahren in Raten mit 1 1/2 % Zinsen (Egyptian Gazette, 8. 5. 61).

366) Man experimentiert jetzt sogar mit einer stark gestückelten Kleinaktie, die auch für "Arbeiter und Angestellte" erschwinglich sein soll, bei welcher die bundesdeutsche Volksaktie Pate stand. In arabischen Zeitungen erscheinen allgemeinverständliche Artikel über die Vorteile und Grundsätze des Aktiensparens. Ins Gewicht fallen bis jetzt verständlicherweise nur die Zeichnungen der Mittelschichten, die man auch für die Finanzierung größerer Projekte zu gewinnen sucht.

367) Auf der Suche nach ägyptischen Pioniergründungen in der Industrie wird man immer wieder überrascht, in welch mannigfaltiger Weise Ausländer mit Kapital und Erfahrung dahinterstecken.

368) Siehe hierzu die Bemerkungen über die Konstituierung der Wachstumsziele aus den Problemen des sozialen Systems im Sinne der Kategorien von Talcott Parsons, S. 10.

369) 1959/60 hatten nach den offiziellen Angaben die ordentlichen Staatseinnahmen fast 25 % des Volkseinkommens erreicht.

370) Die Tendenz zur Verlagerung von Produktionsgewinnen in die Staatseinnahmenrechnung (wirtschaftliche Eigenbetätigung des Staates), streng genommen keine echtes Regierungssparen, deckt die Grenzen der ordentlichen Einnahmeerhöhung auf und weist auf die Versuchung, die Profitmobilisation zu verstaatlichen (siehe Comprehensive Plan S. 155.).

371) So ist das Urteil der Börse trotz starker Interventionen des Staates (Stützungskäufe) noch ein solches Element. Z. B. konnten die Aktien des Heluaner Stahlwerkes bis heute das Vertrauen des Publikums nicht erringen, der Kurs liegt unter dem Ausgabewert (145 von 200). Dagegen stehen die Papiere ertragreicher Werke in der Textilindustrie (z. B. Kafre ElDawar: 1.450, Filature Mire: 1.434) oder anderen Branchen (z. B. Bière Pyramides 1.116, Siegwart Baumaterialien 804) hoch im Kurs. Notierung der Kairoer Börse vom 9. 5. 61.

372) Angaben über Verluste oder verlorene staatliche "Entwicklungszuschüsse" sind streng geheim.

373) Dem Verfasser kommen Äußerungen eines ägyptischen Kleinindustriellen in den Sinn, der zugab, daß der chancenreiche Aufstieg seiner Werkstatt zur Möbelfabrik an seiner typischen ägyptischen Mentalität scheiterte: Es sei unmöglich, Familien- und Geschäftsangelegenheiten zu trennen. Der moralische Zwang, zahlreiche Verwandte zu unterstützen, verhindere die rationale Geschäftsführung. Ebenso hindere ihn der Brauch, mit Kunden persönlich verkehren zu müssen, daran, sachliche Zahlungs- und Kreditbedingungen einzuführen. Gegenüber säumigen Schuldnern sei er nahezu machtlos. Würde er es wagen, einen Zahlungsbrief loszulassen, müsse er mit der Untergrabung seines Rufes als Geschäftsmann rechnen. So wird im Betrieb fortgewurstelt. Nie komme man dazu, günstige Geschäftszeiten zur notwendigen Reservenbildung auszunützen. Der Durchschnittsägypter sei nicht gewöhnt, Geld festzuhalten, es sei denn, er gehört zur wohlhabenden Oberschicht, bei welcher selbst hohe Luxusausgaben die Kapitalakkumulation nicht behindern.

Dieser Mann, der selbst ein Jahr in Europa verbracht hatte, kennzeichnete den Unterschied so: Es habe ihn überrascht, in welch sorgfältiger Weise der Europäer gewöhnt sei, Vorbereitungen für ein zeitlich weit vorausliegendes Ereignis zu treffen, z.

B. für die Urlaubsreise im nächsten Jahr. Die Atmosphäre, in welcher der Einzelne so handele, erleichtere und honoriere jedoch diese Haltung. Das sei im Orient undenkbar. Man ergebe sich in sein Schicksal und lasse in der Regel die Dinge an sich herankommen, gehe aber nicht zielbewußt auf sie zu. Daher fehle auch den meisten Ägyptern die Energie, sich außergewöhnliche Ziele zu stellen, sie energisch und entschlossen gegen viele Widerstände zu verfolgen. Daher ziehe es der Ägypter vor, in vorgezeichneten Routinebahnen zu leben, die ihm nicht viel Initiative, Verantwortung und Originalität abverlangen.

374) Siehe: "Der detaillierte Plan" ..., a. a. O., S. 206.

375) 1947: 81 % (Statistical Pocket Year-Book 1955, Statistical Department, Kairo 1956, S. 12)

376) Das erste Programm sah die Gründung von 350 Schulen jährlich für 10 Jahre vor. Schlagwort des Erziehungsministeriums: In Ägypten entsteht täglich eine neue Schule (Education in Egypt (UAR) in the 20th century, Ministry of Education, 1960, S. 59).

377) Arthur W. Lewis, Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, a. a. O., S. 201.

378) Nichts ist schließlich leichter als der Nachweis, daß man sich in einem Entwicklungsland, auf welchem Gebiet auch immer, zu "viel" vornehme.

379) Es gibt heute bereits 14 solcher Institute und ein Höheres Gewerbelehrerinstitut.

380) Erst in jüngster Zeit zeigen sich z. B. in Deutschland Ansätze auch zu einer Werkstattausbildung in der Schule. Hier greift jedoch die gewerbliche Erziehungspraxis auf soviel Erfahrung, Fachkräfte und lebendigen Kontakt zur Praxis zurück, daß man die Aufgaben und Bedürfnisse der Praxis sozusagen lückenlos zu kopieren in der Lage ist und der Absolvent für die Berufsausübung fertig ist.

381) Das Land hat, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, z. B. nicht weniger Hochschulingenieure als die Bundesrepublik, ein wegen der industriellen Rückständigkeit im Grunde höherer Satz (Auskunft von H. Dieterich, Experte der UNESCO in Ägypten für das gewerbliche Erziehungswesen).

382) Etwa zwei Drittel der Dozenten hat nur eine mittlere Schulausbildung, die weit unter vergleichbarem europäischem Niveau liegt. Fast niemand hatte betriebliche Erfahrungen, technische Qualifikationen wurden höchstens in den untauglichen Industrieschulen erworben. Die Meisten haben ein allgemeines 3-jähriges Lehrerseminar abgeschlossen. Nur wenige Ingenieure oder Universitätsabsolventen konnten berufen werden, die, soweit sie dazu in der Lage gewesen wären, jedoch nicht gegen den Strom schwimmen konnten. Sie werden in der Regel von den unter ihrem Niveau stehenden Kollegen mit Mißtrauen betrachtet, weil diese fürchten, sie möch-

ten allmählich wegen ihrer Untauglichkeit für die Aufgabe abgebaut werden und ihre neue Standeswürde verlieren. Die informalen Gruppen dieser Hierarchie, die sich zur Verteidigung ihrer Interessen bilden, sind ein Bremsklotz für sachliche Arbeit und Reformen.

383) Z. B. erörtert Lewis die Vorteile der Halbbildung in einem Stadium, in welchem es besser erscheint, die Zahl der Lehrer, Fachleute etc. zu Lasten ihrer Qualität schneller zu vermehren. Einmal seien für höchste Ansprüche viel Geld und Zeit nötig und andererseits könnten die meisten anfallenden Arbeiten durch Halbausgebildete ebenso gut wie durch Vollausgebildete ausgeführt werden (Arthur W. Lewis, a. a. O., S. 204).

384) Dabei hat man sich längst daran gewöhnt, die Begriffe halb- und vollausgebildet auf das Land zu beziehen und weiß von vornherein, daß ägyptische Diplome, Titel, Berufsbezeichnungen nicht mit europäischen verglichen werden können.

385) In Kairo wurde eine zweite große Universität (Ain Shams) errichtet und die Universitäten in Alexandrien und Asiut wurden erweitert. Eine weitere Universität ist für Mansura im Deltagebiet geplant.

386) Das erwies sich als nötig, obwohl die Studenten jetzt schon vor dem Deutschlandaufenthalt die deutsche Sprache als Pflichtfach haben. Der Umstand, daß alle fahren können, soweit sie den Mindestanforderungen des Faches genügen, wirkt sich sehr leistungsmindernd aus. Die Notwendigkeit, die Sprache vorher gründlich zu lernen, leuchtet nur einem kleinen Teil wirklich ein.

387) Nur am Höheren Gewerbelehrerinstitut Heluan waren zwei Berater aus dem deutschen Berufsschulwesen für zwei Jahre tätig.

388) Die folgenden Auszüge sind entnommen der "Ergänzung zum Zwischenbericht über den Verlauf des Regierungsprogrammes", (III. Jahrgang ägyptischer Gewerbelehrer- und Ingenieurpraktikanten, Carl Duisberg Gesellschaft, September 1959).

389) Zwischenbericht über den Verlauf ..., a. a. O., S. 20.

390) Die Bedrohung marktwirtschaftlicher Ordnungen in Industrieländern kam oft von der Verdrängung privater Initiative, die ihre "kumulativen" Wirkungen zeitigte.

391) Wenn dieser Aspekt naiv erscheinen mag, so sei bedacht, daß es zunächst um eine theoretische Fundierung geht, die erst in der Praxis des Wirtschaftens verifiziert werden kann. Im reifen Industrieland ist man zu sehr daran gewöhnt, allein die Interventionsnatur wachsender öffentlicher Wirtschaftsformen zu sehen, die in Ägypten von geringerer Bedeutung ist. Bekanntlich bediente sich der vordringende, ideologisch bestimmte Kollektivismus selten gemischtwirtschaftlicher Formen (das ist z. B. aus Ostdeutschland bekannt geworden, wo der Staat sich Kommanditistenbeteiligungen an noch bestehenden Privatbetrieben erzwungen hat), son-

dern erklärte grundsätzlich ganze Industriezweige für sozialisierungsreif (Labour in England und Skandinavien). Die Frage ist, ob diese sehr zweckmäßigen Formen, die der Struktur angepaßt sind, sich in der Praxis des Ordnungsgefüges bewähren können.

392) z. B. beträgt der öffentliche Anteil an dem Eisen- und Stahlwerk Heluan heute nur 45 %, dagegen an der SEMAF (Fabrik für Eisenbahnmaterial), die viel weniger kapitalintensiv ist, 76 %. Einleuchtend ist andererseits der völlig öffentliche Charakter der neugegründeten Erzförderungsgesellschaften.

393) Es wäre heute sehr nützlich, das diesbezügliche europäische Erbe unter der Fragestellung einmal systematisch zu durchforschen. Z. B. haftet den meisten standesgebundenen Theorien aristokratischer, monarchischer oder patriarchalischer Herkunft etwas davon an. Für Platon "entspricht ein Staat dann seiner Natur", wenn in ihm "jeder das Seine tut", das also, wozu er durch Anlage und Ausbildung fähig ist. "Ziel des Staates ist es für Aristoteles, den Menschen zur vollen Entfaltung seiner selbst zu bringen" (Staat und Politik, Das Fischer Lexikon, Frankfurt am Main, 1957, S. 278 ff.). Der Gedanke klingt bei Kant an, wenn er die Revolution ablehnt und Erziehung und Bildung für die wichtigsten Mittel hält, mit denen erreicht werden kann, daß eine Staatsform dem "Geist der Freiheitsgesetze entspricht" (ebenda, S. 287). Oder schauen wir gar auf die Entwicklung des allgemeinen Wahlrechts im Liberalismus. Joachim H. Knoll wies darauf hin, daß die verschiedenen Klassenwahlrechte nicht einfach als "Rettungsversuche des sinkenden Einflusses der eigenen Schicht" abgetan werden können, wenn in ihnen das Stimmgewicht nach der sozialen, ökonomischen und bildungsmäßigen Position abgestuft war (Joachim H. Knoll, Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957, S. 67).

394) Im halbkapitalistischen Rußland begann man mit dem "Sozialismus", der Kommunismus soll dagegen erst mit dem Massenwohlstand beginnen. Auch der Panarabist Dr. Saidun Hamari, dessen Schrift "Wir und der Kommunismus in der gegenwärtigen Krise" (aus der Reihe "Der Arabische Denker", Beirut 1959) mit offizieller Förderung in Ägypten vertrieben wurde, setzt hier kritisch an, indem er feststellt, daß der Kommunismus eine Antwort auf die Verhältnisse der europäischen Industriegesellschaft gewesen sei, nun aber auch der ganzen Welt und besonders den rückständigen Regionen eine "vollständige Lösung ihrer Probleme" bieten wolle, ohne sich z. B. elastisch und anpassungsfähig auf die Wirklichkeit der arabischen Nation einzustellen.

395) Sie kann zwar die Regierungspolitik nicht angreifen. Jedoch existiert keine umfassende geistige Kontrolle, die eine einheitliche Auffassung zu allen Fragen vorschreibt.

396) Allein bei Aufenthalten in Ostblockländern trifft die Regierung Vorsichtsmaßregeln, damit die Ägypter dort nur eine fachliche Qualifikation, nicht aber ein doktrinäres politisches Weltbild mit nach Hause bringen.

397) Der Verfasser hat sich hiervon mannigfaltig überzeugen können.

398) Nasser war zu Beginn der Revolution über die Teilnahmslosigkeit der Volksmassen tief bestürzt (siehe hierzu: Gamal Abd El Nasser, "Die Philosophie der Revolution", Kairo, Mondiale Press, S. 20 ff.) und sich darüber klar, daß, sollten neue Antriebe und Haltungen nicht Wurzel schlagen, die Verwirklichung der Revolutionsziele unmöglich werde.

399) Wenn möglich, werden einzelne Komitees für Spezialfragen gegründet, in denen Fachleute aus der näheren Umgebung mitwirken. Über die Rolle der Nationalunion auf dem Lande siehe: Georges Vaucher, Gamal Abdel Nasser et son Equipe, Paris 1960, 335 - 363.

400) Kein Problem ist geeignet, die Bedeutung und Notwendigkeit des Staates so zu demonstrieren wie die von der Nilregulierung abhängige Bewässerung. In der Erziehungsoffensive auf dem Dorfe spielt der Hochstaudamm eine schon symbolische Rolle.

401) In den Plänen für den Aufbau einer neuen Fabrik, Schule, Krankenhaus etc. ist meistens auch eine kleine Moschee oder ein Gebetsraum eingeschlossen.

402) Das bedeutet nicht, daß das Regime ohne innere Opposition, ohne Unzufriedene und Gegner ist. Es gibt jedoch keine Alternative zu Nasser, keine zugkräftige Kritik. Dabei überwiegt bezeichnenderweise bei den Gebildeten die Skepsis über die übersteigerten außenpolitischen Experimente und Engagements.

403) Wie es z. B. in der jüngsten politischen Krise zwischen Kairo und Moskau, im Juni 1961, sichtbar wurde.

404) Thalheim versteht unter Strukturbedingtheit die Art und Weise, wie ein wirtschaftlicher Vorgang durch die Eigenart der Struktur einer Volkswirtschaft beeinflußt wird (Thalheim, K. C., Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, a. a. O., S. 502).

405) "Da das So-Sein der Strukturelemente von einer bestimmten Verfassung der strukturbestimmenden Faktoren abhängt, müssen offenbar also die Strukturwandlungen ihrerseits durch Wandlungen in den strukturbestimmenden Faktoren ausgelöst werden" (Thalheim, K. C., Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, a. a. O., S. 507).

406) Unter Strukturgesetzlichkeit versteht Thalheim die zwingenden Regeln für das wirtschaftliche Verhalten, die sich aus der Eigenart der Struktur einer Volkswirtschaft ergeben (Thalheim, ebenda, S. 502).

407) Dieser Leistung haftet jenseits eines Systemgedankens etwas Elementares an, der Konkurrenzmarkt verwirklicht sich zuerst einmal in der primitiven Gesellschaft.

408) Bezeichnenderweise liegen für die praktische Planung solche Probleme heute völlig am Rande, ja sie werden nicht einmal beachtet,

d. h. für die intensive jetzige Wachstumsphase sind Effizienzprobleme der Lenkung irrelevant.

409) Dieser Vorgang spielt sich noch im Vorhof dessen ab, was im Industrieland der Konsument an dem Preisklima dienlichen Vergleichen von Preisen und Qualitäten vornehmen sollte. Nur in größeren Kaufhäusern konnte man früher ohne langes Verhandeln mit Sicherheit annehmen, den "Marktpreis" bezahlt zu haben.

410) Wobei hier gleichgültig ist, in welcher Marktform sich der Preis gebildet hat und wie lange er der Marktlage entspricht.

411) Noch heute wird der wirtschaftliche Alltag oft von der Vermengung mit anderen gesellschaftlichen Rollen der Beteiligten - aus Familie, Stand, Beruf etc. - belastet. Die orientalische Form des Preiskampfes ist nur ein Symptom des Widerstandes gegen die unsympatischen objektiven Gesetze des Marktes.

412) Das gilt nicht nur für die arme Masse, die erst sehr langsam als Käuferschicht (Textilien etc.) interessant wird, sondern für alle jene, die im Klima der Industrialisierung zusätzliche Kaufkraft erhalten, auf deren dynamische Wirkungen es für das Wachstum der neuen Industrien mit ankommt. Zwar werden die gehobenen traditionellen Käufergruppen, bei denen der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel relativ gering ist, ihre Lebenshaltung nicht deshalb einschränken, jedoch besteht bei ihnen dann die Wahrscheinlichkeit stärkeren Entsparens, ebenfalls kein wünschbarer Effekt.

413) Der jetzige Lebensstandard der breiten Massen könnte nicht mehr gesenkt werden, weil dann der Volkskörper gesundheitlich gefährlich geschwächt und zu größeren Anstrengungen unfähig wäre.

414) Die Mobilität der ägyptischen Arbeitskraft ist äußerst gering. Im Gegensatz zu vielen anderen Mittelmeervölkern hat es niemals eine erwähnenswerte ägyptische Auswanderung oder Übersiedlung gegeben. Vorgeschlagene Siedlungsprogramme in menschenleere Teile des arabischen Raumes (z. B. in den Irak) scheitern nicht nur an den politischen Hindernissen, sondern an der unglaublichen Bodenständigkeit des Volkes im Niltal. Selbst einem Ausgleich durch Binnenwanderung in Ägypten, von Provinz zu Provinz, stehen unendliche Schwierigkeiten im Wege.

415) Obwohl sich auch Schwarzmärkte für besonders begehrte Artikel aus dem Ausland, für welche nur beschränkte Einfuhren freigegeben werden, bilden.

416) Bei den im Orient begehrten Genußmitteln wie Tee und Kaffee half man sich damit, nur mindere und billige Qualitäten zur Einfuhr zuzulassen.

417) Al Ahram, 17. 6. 1959.

418) Interview mit Dr. Jehia Mulla vom 17. 5. 1960

419) Tatsächlich stellen die in manchen ägyptischen Branchen typischen Unterausnützungen von Produktionskapazitäten nur eine relativ geringfügige Reserve dar.

420) Wenn auch die Preissenkung nur ein Glied in der Kette der industrialisierungsfördernden Maßnahmen ist.

421) Der inländische Endpreis überstieg ja die Bestandteile Importpreis c.i.f. Ägypten + Zolltarif überproportional, indem die Handelsspannen der Importeure, Groß- und Kleinhändler nicht auf der Basis des Importpreises, sondern natürlich aus dem Betrag Importpreis + Zoll kalkuliert wurden.

422) Hier sei ein Beispiel aus der pharmazeutischen Industrie angeführt. Auf die Frage, inwiefern die Preissenkung und Tarifikation des Industrieministeriums für die CID (Chemical Industrial Development, SAE) profitabel sei, führte der Präsident des Verwaltungsrates, Dr. Abdou Sallam, folgendes aus (Interview vom 26. 11.60 in Kairo): Die CID war Ende der vierziger Jahre nach mehreren Fehlschlägen aus dem Importhandel mit Arzeneimitteln entstanden, die man selbst herstellen wollte. Die ausländische Konkurrenz habe nur Produkte auf den Markt gebracht, die hohe Stückgewinne brachten und war in der Lage, die Kunden über die Ärzte und Apotheker zu beeinflussen, die wenig Vertrauen in einheimische Erzeugnisse hatten. Außerdem hat man oft Dumpingkonkurrenz gespürt. In der Zeit des "Rates" konnte man von Zollsenkungen für Rohmaterialien, die zu über 80 % aus dem Ausland kamen, profitieren, und zum ersten Mal konnte die Firma durch Kapazitätserweiterung (Kapitalerhöhung) eine steile Steigerung von Produktion und Absatz erreichen. 1959 brachte die Tarifikation (und Preissenkung) auf Empfehlung des Ministeriums ausgeschüttete Gewinne in Höhe von 10 %. Sie war außerdem vorteilhaft, weil aus der Öffentlichkeit keine Vorwürfe wegen zu hoher Preise mehr kamen. Das Produkt der Firma erhielt ein Ansehen, das es im Wettbewerb mit ausländischen Produkten stärkte.

423) Sicher ist dieses Verfahren mit erheblichen Mängeln belastet und eine ständige Quelle gegenseitigen Mißtrauens zwischen der Wirtschaft und den Planungsstellen. Der Privatunternehmer sucht natürlich Kostenunterlagen vorzulegen, die zu seinen Gunsten - für höhere Preise - zeugen, und ab und zu kommen dann solche Manipulationen ans Tageslicht.

424) Aus einem Interview mit Dr. Abdel Raouf, Amt für Wirtschaftsplanung, vom Mai 1959.

425) Dem Verfasser sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen im Gefühl sicherer Absatzchancen zu hoch kalkuliert wurde. Man muß bedenken, daß eine Reihe der neuen "Pionierprodukte" wie Radiotransistoren, Eisschränke, Klimaanlagen nur zur Deckung gehobenen Bedarfs dient. Wenn irgend möglich sucht der ägyptische Käufer durch Beziehungen, Gebrauchtkäufe bei wegziehenden Ausländern und bei eigenen Auslandsaufenthalten das bewährte ausländische Produkt, auch wenn es erheblich teurer ist, zu erstehen. Zum ersten Male wurde an Butangasherden und Ventilatoren, die sich inzwischen durchgesetzt haben, demonstriert, daß man gegen den

Schutzzollpreis mit einem beträchtlichen Preisunterschied konkurrieren kann und daß bei steigendem Absatz die Produktion rentabel wird. Im Falle des von einer ägyptischen Privatfirma hergestellten Personenwagens "Ramses" ist das allerdings bis heute noch nicht der Fall. Er war ein Fehlschlag beim Publikum und auch nach bedeutender Preissenkung mußte vor allem die Regierung als Hauptkäufer eintreten. (Der Verfasser erfuhr aus Kreisen dieser Firma, daß die Preissenkung bezeichnenderweise möglich war, weil der erste Angebotspreis mit Rücksicht auf das Risiko von vornherein mit übertriebenen Kosten angesetzt wurde.)

426) Z. B. kann jetzt die ägyptische Frau, die in den letzten 10 Jahren erst aus ihrem gesellschaftlichen und sozialen Schattendasein außerhalb der reichen Oberschicht erwacht, als wichtige direkte und indirekte Antriebskraft für die Industrialisierung angesehen werden. Viele junge Mädchen und Frauen dringen allmählich in das moderne Leben, in die Geschäfte, Büros, Schulen und Universitäten ein (seltener in die Ministerien und das Gaststättengewerbe, das noch fast ausschließlich von Männern "beherrscht" wird. Kürzlich wurde der erste Fall eines weiblichen Taxifahrers in den arabischen Zeitungen gefeiert.). Man kann in Kairo, aber auch schon in der Provinz beobachten, wie in ihnen eine wichtige, leicht ansprechbare Käuferschicht gerade für die zuletztgenannten Industrien heranwächst. Die Spekulation auf die Eitelkeit schafft sehr schnell neue Maßstäbe und gründet sich auf die konsumpsychologische Einsicht, daß für die Umstellung auf moderne europäische Kleidung, durch welche man schon äußerlich in der sozialen Rangordnung steigt, am ehesten Sparopfer gebracht werden, wenn die begehrten Gegenstände preislich in Reichweite kommen. Daß diese neue Schicht oft (im Gegensatz zur Oberschicht) nur kitschige und geschmacklose Artikel bevorzugt, spielt zunächst keine Rolle, da die relative Wirkung entscheidet. Festigen sich diese Bedürfnisse als erreichbar und werden sie von den Konventionen sanktioniert, werden auch die ägyptischen Männer in ihren Anstrengungen nach höheren Einkommen angespornt. Ein lehrreiches Beispiel, wie sich im Industrialisierungsprozeß rein wirtschaftliche Phänomena - hier der Preis, der den erreichbaren Begehrskreis erweitert - mit den gesellschaftlichen, haltungsmäßigen Seiten verflechten und zeigen, daß dynamisches Wachstum und gesellschaftlicher Umwandlungsprozeß möglich ist.

427) Das Verb "durchsetzen" betont den pragmatischen Aspekt dieses Vorgangs.

428) Das dürfte selbst dann der Fall sein, wenn gegenüber der Richtigkeit der offiziellen Dokumentation starke Bedenken bestehen.

429) So wieder in: Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, Aufsätze herausgegeben von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich, 1961, Aufsatz: Die unentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem, S. 11 ff.

430) Wie soll schnelles wirtschaftliches Wachstum in marktwirtschaftlicher Form entstehen, wenn "es an dem geistig-soziologischen Humus, dem im Westen Unternehmungsgeist, Bürgerlichkeit, Verantwortungssinn, Werktreue, Verläßlichkeit, Pünktlichkeit, Spartrieb und Schaffensdrang entsprossen sind, fehlt" (Wilhelm Röpke, ebenda, S. 25).

431) Die kostentreibende Tendenz wäre ja auch von dem jungen rohstofferzeugenden und -verarbeitenden Sektor, der steigende Preise für die importierten Kapitalgüter zu zahlen hat, auf seine Abnehmer in der Konsumgüterindustrie fortgepflanzt worden.

432) Sonst würde sich die Nachfrage nach Importgütern zuerst auf die knappen Devisen richten und den Kurs schnell herauftreiben.

433) Rudolf Stucken, Ost und West auf dem ägyptischen Markt, Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, Berlin 1960, S. 365 ff.

434) Der Verfasser hat es immer wieder erlebt, daß ägyptische Unternehmen nur aus Mangel an DM ihre Aufträge nicht in der Bundesrepublik plazieren konnten, obwohl sie sich darum mühten.

435) Ebenda, S. 366.

436) Den Binnenabsatz ägyptischer Baumwolle konnte er ohne weiteres erzwingen, weil er die Konkurrenz billigerer Baumwolle einfach auszuschalten vermag.

437) Solche unerlaubten Switchgeschäfte, durch welche die ägyptische Baumwolle sich sozusagen selbst Konkurrenz macht, haben die Ägypter bereits sehr verärgert. Die Verbotsklauseln hatten jedoch mangels Kontrollmöglichkeiten nur geringfügige Erfolge.

438) S. Econ. Bulletin, Vol. XIII, 1960, No. 2, S. 135. Auch aus einer kürzlich vom Industrieministerium veröffentlichten Statistik geht hervor, daß von der Gesamtzahl und -summe vom Ausland finanzierter Industrieprojekte etwa 2/3 von westlichen Ländern finanziert werden. Das Verhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland beträgt fast 1 : 10 zugunsten der Bundesrepublik! (s. Arab Observer, Kairo April 1961).

439) Z. B. konnte der Verfasser auf dem Markt für sanitäre Anlagen, die aus der Tschechoslowakei und Rotchina geliefert wurden, feststellen, daß keinerlei Möglichkeiten zur Mängelrüge etc. in den Lieferverträgen bestanden.

440) Befragungen des Verfassers in der "Autoindustrie" ergaben, daß tatsächlich nur ganz wenige Karosserieteile in Ägypten hergestellt werden können.

441) "Da wir nicht nach marxistischen, sondern privatwirtschaftlichen Prinzipien arbeiten", erklärte man dem Verfasser in der EDO (Interview mit Dr. Jusri vom 15. 1. 61), mußten die von uns betreuten Unternehmungen dem Privatsektor zugeordnet werden.

442) Äußerungen aus der Zeit nach dem Inkrafttreten des "Comprehensive Plan": z. B. Wirtschaftsminister Kaissuni vor der Universität Alexandrien über "Prinzipien unserer Wirtschaftspolitik" (Goumhuria vom 23. 1.. 1960), Mohammed H. Murad, Unsere Wirtschaft zwischen Freiheit und Lenkung, "Die Wirtschaft" vom 15. 3. 1961, Moh. Jehia Aulis, "Der moderne Staat und die Wirtschaftslenkung", "Die Wirtschaft" 1. 4. 1961, Gamal S. Eldin, in "Algumhouria" vom 5. 2. 1961.

443) Batras B. Namaly, "Das geforderte Gleichgewicht zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor", "Die Wirtschaft", 15. 2. 1961.

444) G. S. Eldin, in "Elgumhuria" vom 5. 2. 1961.

445) Die im folgenden behandelten Verstaatlichungen fallen in die Zeit vom Februar 1960 bis Juni 1961. Sie wurden durch von Präsident Nasser verfügte Gesetze rechtskräftig, beruhen jedoch sämtlich auf dem Grundsatz der Entschädigung der ehemaligen Eigentümer.

446) Der Konversionspreis entsprach dem Kurs an der Kairoer Börse am Tage der Gesetzesverkündung.

447) Egyptian Economic and Political Review, März 1960, S. 18.

448) Ebenda, April 1960, S. 16.

449) Ebenda, S. 16.

450) Die Nationalunion kontrolliert und überwacht alle Presseerzeugnisse. Nach dem Gesetzestext bedürfen die Besitzer aller anderen Verlage (ausgenommen Verlage für wissenschaftliche Arbeiten) einer Lizenz, die von der Nationalunion ausgestellt wird. Das gleiche gilt für die Journalisten.

451) Um bei dem Beispiel zu bleiben: Wer in Kairo Verkehrsmittel benutzt, wird keine Unterschiede in der Betriebsführung, z. B. was orientalische Pünktlichkeit, Sauberkeit, Einhaltung der Nutzlasten und Verkehrsvorschriften anbelangt, zwischen den Privatgesellschaften und der öffentlichen Konkurrenz (Eisenbahn, Metro) feststellen können. Auch nach der Verstaatlichung hat sich hier nicht viel geändert. Warum sollten die betreffenden Unternehmer geldgieriger und korrupter sein als andere und ihrem Wagenpark Ersatzteile und Pflege entziehen, damit sie schneller aus dem Verkehr gezogen werden und ihnen weniger Erträge bringen? Wahrscheinlich ist, daß gerade die wie ein Damoklesschwert über den Betrieben schwebende Enteignungsgefahr die Ursache für das kritisierte Verhalten war. Wer hat unter den Umständen noch Interesse, größere Beträge zu investieren? Eine objektive Prüfung wird schon dadurch erschwert, daß die kommunale Gesellschaft, in der Gewährung von Lizenzen privilegiert, leicht ihre Überlegenheit über den ehemaligen Privatbetrieb demonstrieren kann.

452) Siehe: Kairos Baumwolldebakel, Die Zeit, 7. 7. 1961.

453) S. Egyptian Economic and Political Review, August 1960, S. 21.

454) Nach Ägypten sind Tausende von Griechen etc. auch als Arbeiter und Angestellte gekommen, die teilweise seit Generationen im Land ansässig sind.

455) Albert Hunold, Freies Bauerntum als Programm für unentwickelte Länder, aus: Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, Zürich 1961, S. 126.

456) Schiller meint, indem er von steigenden Grenzkosten als dem ökonomisch-theoretischen Ausdruck für den technischen Begriff des Engpasses ausgeht: "Die Kostenkurve kann so steil werden, daß auf kurze Sicht eine Nachfrageerhöhung zu solchen Preissteigerungen führt, die gleichsam marktwirtschaftlich nicht mehr verdaut werden können" (Schiller, K.: Vollbeschäftigung und Kreditpolitik in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, NF. Die Problematik der Vollbeschäftigung, S. 113.).

457) Muthesius, V., In: Die Problematik der Vollbeschäftigung, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 4, S. 143.

458) Siehe hierzu: Salomon, Richard: Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe, Kieler Studien, Kiel 1954, S. 93 ff.

459) Hierunter fallen viele Roh- und Grundstoffe (z. B. Erze, chemische Stoffe, Pharmazeutika, das "schwerindustrielle" Programm und die Zwischenprodukte der metallverarbeitenden Industrie, der Gummiindustrie usw.).

460) Eine Alternative, in einem Wirtschaftszweig aus Gründen der Wettbewerbspolitik zwischen einem Großbetrieb und mehreren mittleren Einheiten zu wählen, liege der pragmatisch orientierten Planung fern. Wenn überhaupt, dann riefen die Zusammenhänge zwischen Betriebsgröße, Kosten und Absatz zufällig eine diesem Aspekt günstige Verteilung hervor. (Interview mit Dr. Mulla, Staatssekretär im Industrieministerium vom Mai 1960.).

461) Von den negativen Zügen der früheren ägyptischen Wirtschaftsordnung beeindruckt, entdeckte man das Wort "Kooperation" wieder, das auch in dem Ordnungskonzept herausgestellt wird. Unter Planung stellt man sich in diesem Sinne die Kooperation aller Schichten, Berufe und Wirtschaftszweige vor, von Regierung und Individuen. Nur in ägyptischen Verhältnissen mag dieser Pleonasmus für die umfassende Kooperation in der Marktwirtschaft Sinn erhalten.

462) Nach G. E. M. Said hat die ägyptische Industrie in den Jahren 1927 - 1952 jährlich knapp 7.000 Arbeiter aufgenommen (G. E. M. Said, Problems of Industrialisation, a. a. O., S. 6).

463) Über die Schwierigkeiten, das damalige Volumen der industriellen Investitionen zu ermitteln, siehe Seite 112.

464) Vergleiche die Tabellen 14 und 15.

465) Gespräche mit H. Dieterich, Experte der UNESCO in Ägypten für das gewerbliche Ausbildungswesen.

466) Al Ahram vom 4. August 1961.

467) M. H. Heikal, "Über die Beziehungen zwischen der "Treibenden Revolutionären Kraft" und den "Gebildeten Klassen", A. Ahram vom 30. 6. 1961.

468) Ebenda

469) Ebenda

470) Siehe Al Achbar vom 29. 6. 1961.

471) M. H. Heikal "Wir und der Kommunismus", Al Ahram v. 4. 8. 61.

472) M. Auda, "Was sagen die Kapitalisten und Feudalisten und was sagt der Sozialismus", Al Gumhurija, 5. 8. 61.

473) Um das Gesetz über die Begrenzung der Verwaltungsratsposten zu umgehen, habe man z. B. Deckbezeichnungen wie Berater gewählt.

474) Moh. H. Heikal, "Wir und der Kommunismus", a. a. O.

475) Ebenda

476) Genaue statistische Angaben über das Verhältnis der Sektoren sind vorläufig nicht erhältlich.

477) Nach Angaben von Wirtschaftsminister Kaissuni haben die Verstaatlichungen den Anteil des Privatsektors am Planbudget des zweiten Jahres nur von 20 auf 15 % gesenkt (Al Achbar, 9. 1. 61).

478) M. H. Heikal in Al Ahram vom 11. 8. 61.

479) Nach Beendigung der Eigentumsübertragungen wurden die Börsen von Kairo und Alexandrien Mitte September wieder eröffnet.

480) Quellen: "La Mission de la Bourse des Valeurs dans le Cadre Socialiste", La Bourse Egyptienne, 20. 9. 1961, "Die Börse in der sozialistischen Gesellschaft", Al Achbar, 2. 9. 61, "Die Wertpapierbörsen werden wieder geöffnet", Al Ahram vom 20. 9. 61.

Literaturverzeichnis

AMIN, Samir	Le Financement des Investissements dans la Province Egyptienne de la Rau, L'Egypte Contemporaine, Kairo Juli 1959
ANIS, Mahmoud	National Income of Egypt, L'Egypte Contemporaine, 1950
ATIJAH, Edward	The Arabs, Edinburgh 1955
AULIS, M. J.	Der moderne Staat und die Wirtschaftslenkung. In: Die Wirtschaft vom 1. 4. 1961 (arabisch)
AYOUB, Salah E.	Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik in Ägypten, Münchener Dissertation 1956
BARAWY, R. E.	Der Auftakt, Kairo 1953 (arabisch)
BAUER, P. T.	Economic Analysis and Policy in Unterdeveloped Countries, London 1957
BAUER, P. T.	West African Trade. A Study of Competition, Oligopoli and Monopoli, in a changing Economy, Cambridge 1954
BEHRENDT, Richard F.	Eine freiheitliche Entwicklungspolitik für materiell zurückgebliebene Länder, in: Ordo Bd. 8, 1956, S. 67 - 122
BERGER, Morroe	Les Regimes Militaires du Moyen Orient, Congrès pour la Liberté de la Culture, Paris, Conférence Internationale 1960
BERGER, Morroe	Bureaucracy and Society in Modern Egypt, Princeton 1957
BILLERBECK, Klaus	Struktur und Entwicklung der ägyptischen Wirtschaft. Erarbeitet und herausgegeben vom Hamburgischen Weltwirtschaftsarchiv, Hamburg 1956
BILLERBECK, Klaus	Die Industrialisierung Ägyptens und ihre Finanzierung, Dissertation, Hamburg 1956
BÖHM, Franz	Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung, Tübingen 1950
BÖHM, Franz	Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, Ordnung der Wirtschaft, Schriftenreihe, Heft 1, Stuttgart 1937
BOETTCHER, Erik	Phasentheorie der wirtschaftlichen Entwicklung. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Festgabe für Eduard Heimann, Tübingen 1959

BOGHDADY, A.	The Comprehensive Five-Year Plan for the Economic and Social Development of the UAR 1960 - 1965, Middle East Publications, Kairo, ohne Jahresangabe.
BOLUS, E. J.	The Influence of Islam, A Study of the Effect of Islam upon the Psychology and Civilisation of the Races which profess it, London 1943
BONNÉ, Alfred	State and Economics in the Middle East, A Society in Transition, London 1955
BRESCIANI-TURRONI, Constantino	Einführung in die Wirtschaftspolitik, Bern 1948
BRYCE, Murray D.	Industrial Development, New York 1960
CALVERLEY, Edwin E.	The Fundamental Structure of Islam, Reprinted from the "Journal of the Royal Central Asian Society, London, Vol. XXVI, April 1939
CLARK, Colin	The Conditions of Economic Progress, London 1951
CROMER, E. B., 1st Earl	Modern Egypt, 2 vols., London 1908
CROUCHLEY, A. E.	The Economic Development of Modern Egypt, London 1938
CROUCHLEY, A. E.	A Century of Economic Development, 1837 - 1937, L'Egypte Contemporaine, 1939
DEIF, Z. A.	Beziehungen zwischen Planung, volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung und Volkseinkommen, Präsidentschaft der Republik, Amt für Wirtschaftsplanung, Briefe der Wirtschaftsplanung Nr. 7 (arabisch)
DOBB, Maurice	An Essay on Economic Growth and Planning, London 1960
DORRA, Albert J.	L'Industrie Egyptienne et ses possibilités de développement, L'Egypte Contemporaine, 1943
ECONOMIDES, J.	Du Sous-Développement à l'Expansion, L'Egypte Contemporaine, Juli 1960
EL GONEMY, M. R.	Underemployment of Farm Labour in Egypt - A Report to the International Labour Organisation, Kairo 1955
EUCKEN, Walter	Grundsätze der Wirtschaftspolitik Bern-Tübingen 1952
FAHMY, Hussein	The Technique of Central Banking in Egypt, Middle East Economic Papers, Beirut 1954

FAHMY, Moustafa	La Revolution de L'Industrie en Egypte et ses Conséquences Sociales au 19ième Siècle, Leiden 1954
FYFE, H. Hamilton	The New Spirit in Egypt, London 1911
GADDI, L. u. LEVI, I.	G. Le nouveau tarif dounier, L'Egypte Contemporaine, 1932
GALT, Russel	The Effect of Centralisation on Education in Modern Egypt, Kairo 1936
GIBB, Hamilton A. R. u. BOWEN, H.	Islamic Society and the West, A Study of the Impact of Western Civilisation in Moslem Culture in the Near East, 2 Bde., London 1951
GOOD, P. J.	The Transit of Egypt, London 1928
GRITLY, A. A. I.	The Structure of Modern Industry in Egypt, L'Egypte Contemporaine, Kairo 1947
GRITLY, A. A. I.	Die Entwicklung der Währungsordnung in Ägypten. In: Festschrift zur Fünfzigjahrfeier der Ägyptischen Gesellschaft für Wirtschaft, Politik und Statistik, Kairo 1960 (arabisch).
GRUNEBAUM, Gustave E.	Islamic Literature: Arabic, aus: Eastern Culture and Society, A Symposium on the Meeting of East and West, Princeton University Press, 1951
GUILLAUME, Alfred	Islam, Edinbourgh 1954
HABERLER, Gottfried	The Theory of International Trade, London 1950
HAGEN, Everett, E.	Economics and Economic Development, in: Economics and the Policy Maker, Washington 1959
HALM, George H.	Wirtschaftssysteme, Eine vergleichende Darstellung, Berlin 1960
HAMARI, Saidun	Wir und der Kommunismus in der gegenwärtigen Krise, Beirut 1959 (arabisch)
HARBINSON, Frederick H.	Human Resources for Egyptian Enterprise, New York 1958
HEIMANN, Eduard	Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, Frankfurt 1949
HEIMANN, Eduard	Wirtschaftssysteme und Gesellschaftssysteme, Veröffentlichung der Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg, Tübingen 1954

HENSEL, Paul	Strukturgegensätze oder Ausgleichstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von West und Ost? in: Ordo, Bd. 12, 1960/61
HIGGINS, Benjamin	Economic Development. Principles, Problems and Policies, New York 1959
HIRSCHMAN, Albert O.	The Strategy of Economic Development, Yale University Press, 1958
HOFFMANN, Walther	Stadien und Typen der Industrialisierung, Jena 1931
HOSELITZ, Bert F.	Economic Policy and Economic Development, aus: Aitken, Hugh G. J., The State and Economic Growth, New York 1959
HOSNY, A.	The Economic Structure of Egypt, Kairo 1959
HSU, Francis L. K.	Cultural Factors, aus: Economic Development, Sammelband, herausgegeben von H. F. Williamson und J. A. Buttrick, Englewood Cliffs, N. Y. 1954
IBRAHIM, M. M.	Wirtschaftsplanung in Ägypten und Indien, Präsidentschaft der Republik, Amt für Wirtschaftsplanung, Briefe der Wirtschaftsplanung Nr. 6 (arabisch)
IBRAHIM, A. A.	Organisation der Industrieunternehmungen, Kairo 1959 (arabisch)
ISSAWI, Charles	Egypt at Mid-Century, An Economic Survey, London 1954
JUSRI, Mostafa A.	Die Economic Development Organisation - Erfolgreicher Versuch des wirtschaftlichen Wachstums in der VAR, Erster Arabischer Studienkreis, Kairo 1961 (arabisch)
KAISSOUNI, M.	Prinzipien unserer Wirtschaftspolitik, in: "Al Gumhuria" vom 23. 11. 1960 (arabisch)
KERWIN, Robert W.	Etatism in Turkey. In: G. J. Aitken, The State and Economic Growth, New York 1959
KLATT, Sigurd	Zur Theorie der Industrialisierung, Köln und Opladen 1959
KLOTEN, Norbert	Zur Typenlehre der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 7, 1955, S. 123 - 144
KNOLL, Joachim H.	Führungsauslese in Liberalismus und Demokratie, Stuttgart 1957

KRAEMER, Hans	Die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftsstruktur und Außenhandel, Dissertation, Leipzig 1938
KÜNG, Emil	Der Interventionismus, Volkswirtschaftliche Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik, Bern 1941
KURIHARA, Kenneth K.	The Keynesian Theory of Economic Development, London 1959
LABIB, Gad	Die Struktur der ägyptischen Wirtschaft und die Wirtschafts- und Finanbeziehungen zwischen Ägypten und England, Kairo 1952 (arabisch)
LACOUTURE, Jean et Simonne	L'Egypte en Mouvement, Paris 1956
LEIBENSTEIN, Harvey	Economic Backwardness and Economic Growth. Studies in the Theory of Economic Development, New York 1957
LETICHE, John M.	Balance of Payments and Economic Growth, New York 1959
LEVI, I.	Le Commerce Exterieur et L'Industrialisation de L'Egypte, L'Egypte Contemporaine, Kairo 1939
LEVY, Clement	The Stock Exchange Year-Book of Egypt, Kairo 1953
LEWIS, A. W.	Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Übersetzung aus dem Englischen, Tübingen 1956
MANDELBAUM, K.	The Industrialisation of Backward Areas, Oxford 1955
MASON, Edward S.	Economic Planning in Underdeveloped Areas, Government and Business, Fordham 1958
MEADE, James E.	Probleme nationaler und internationaler Wirtschaftsordnung A. Planung und Preismechanismus, Tübingen 1960
MEIER, G. M. u. BALDWIN, R. E.	Economic Development, New York 1957
MEYER, Fritz W.	Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung, in: Ordo Bd. 12, 1960/61, S. 279 - 303
MICHAELIS, Alfred	Wirtschaftliche Entwicklungsprobleme des Mittleren Ostens (Kieler Studien), Kiel 1960
MINISTRY OF INDUSTRY	Industry after the Revolution and the Five Year Plan, Ministry of Industry, Kairo 1957

MURAD, Mohammed H.	Unsere Wirtschaft zwischen Freiheit und Lenkung. In:"Die Wirtschaft" vom 15. 3. 1961 (arabisch)
MYRDAL, Gunnar	Economic Theory and Underdeveloped Regions, London 1957
MYRDAL, Gunnar	An International Economy, New York 1956
NAMALY, Batras B.	Das geforderte Gleichgewicht zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor. In: Die Wirtschaft vom 15. 2. 1961 (arabisch)
NASSER, Gamal Abdel	Speeches Press Interviews, Kairo 1959
NASSER, Gamal Abdel	Egypt's Liberation, The Philosophy of the Revolution, Public Affairs Press, Washington 1955
NURKSE, Ragnar	Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1953
NURKSE, Ragnar	Patterns of Trade and Development, Wicksell Lectures, Stockholm 1959
OKYAR, Osman	Economic Framework for Industrialisation, Middle Eastern Affairs, New York 1958
PENTZLIN, Heinz	Ägypten. Eine Analyse der Entwicklungsprojekte. Schriften zur Außenhandelsförderung der Bundesstelle für Außenhandelsinformation. Berlin 1957
PFISTER, Bernhard	Probleme der Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung in Entwicklungsländern, in: Ordo Bd. 12, 1960/61, S. 253 - 278
RADWAN, A. Al. Futuh	Old and New Forces in Egyptian Education, Columbia University 1951
RAHMAN, Ibrahim H. A.	Allgemeine Prinzipien der Wirtschaftsplanung, Präsidentschaft der Republik, Amt für Wirtschaftsplanung, Briefe der Wirtschaftsplanung Nr. 5 (arabisch)
RICCI, U.	Le Budget de L'Etat Egyptien, L'Egypte Contemporaine, 1932
RITSCHL, Hans	Die Grundlagen der Wirtschaftsordnungen, Gesammelte Aufsätze zur Lehre von der Wirtschaftsordnung, Veröffentlichung der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, Tübingen 1960
RIYAD, Fawzi	Fünfjahrplan für Ägypten. In: Wirtschaft und Rechnungsführung, Kairo, Oktober 1952 und November 1952 (arabisch)

ROEPKE, Wilhelm	Unentwickelte Länder, in: Ordo Bd. 5, 1953, S. 63 - 114
ROSTOW, W. W.	Stadien wirtschaftlichen Wachstums (aus dem Englischen: The Stages of Economic Growth), Göttingen 1960
SABIT, Adel M.	The new Socialism, Economic and Political Review, Kairo, Januar 1958
SAID, G. D.	Die allgemeine Theorie von Keynes und die Sozialphilosophie in der VAR, "Wirtschaft" Nr. 132, Februar 1961 (arabisch)
SAID, G. M. E.	Some Aspects and Problems of Industrialisation in Egypt with Special Reference to Problems of Finance, in: Economic and Business Review, Kairo, Vol. I, Jan. 1959
SAID, G. M. E.	Economics of Egypt, Kairo 1951
SALOMON, Richard	Begriff und Problematik der wirtschaftlichen Engpässe, Kieler Studien, Kiel 1954
SERAPHIM, Hans-Jürgen	Theorie der allgemeinen Volkswirtschaftspolitik, Göttingen 1955
SHEAHANS, J.	International Specialisation and the Concept of Balanced Growth, Quarterly Journal of Economics, 1958, S. 183 ff.
SUVIRANTA, Br. Th. D.	The Viability of the Competitive Market, National Bank of Egypt, Commemoration Lectures, Kairo 1956
SCHILLER, K.	Vollbeschäftigung und Kreditpolitik, in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Bd. 4, Die Problematik der Vollbeschäftigung
SCHILLER, Otto	Die Genossenschaft als Leitbild zwischen Ost und West, in: Moderne Welt, Köln 1960/61, Nr. 3
STUCKEN, Rudolf	Ost und West auf dem ägyptischen Markt. In: Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag. Herausgegeben von Otto Stammer und Karl C. Thalheim, Berlin 1960
STUCKEN, Rudolf	Ägypten und Syrien - Entwicklungsbedingungen und Entwicklungschancen, aus: Untersuchungen einzelner Entwicklungsländer. Herausgegeben von Rudolf Stucken, Berlin 1960
THALHEIM, Karl C.	Aufriß einer volkswirtschaftlichen Strukturlehre, in: Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften Bd. 99, 1939, S. 464 - 516

THALHEIM, Karl C.	Über die Beziehungen zwischen Wirtschaftssystem und wirtschaftlichem Wachstum. In: Festgabe für Friedrich Bülow zum 70. Geburtstag, Berlin 1960
UNITED NATIONS	Processes and Problems of Industrialisation in Underdeveloped Countries, New York 1955
VAKIL, C. N. u. BRAHMANAND, P. R.	Planning for an Expanding Economy. Accumulation, Employment and Technical Progress in Underdeveloped Countries, Bombay 1956
VAUCHER, Georges	Gamal Abdel Nasser et son Equipe, Paris 1960
WHEELOCK, Keith	Nassers New Egypt, University of Pennsylvania, The Foreign Policy Research Institute, 1960
ZIOCK, Hermann	Ägypten, Bonn 1958
.....	Credit Banking Developments in 1958, National Bank of Egypt, Kairo 1959
.....	Credit Banking Developments in 1959, National Bank of Egypt, Kairo 1960
.....	Der Ständige Rat für die Entwicklung der nationalen Produktion, Republik Ägypten, Kairo 1955 (arabisch)
.....	Der Zweite Fünfjahrplan für die Industrie, VAR, Südprovinz (Ägypten), Zentrales Industrieministerium, Kairo 1960 (arabisch)
.....	Economic Consequences of the Size of Nations. Proceedings of a Conference held by the International Economic Association, Edited by E. A. G. Robinson, London 1960
.....	Education in Egypt (UAR) in the 20th century, Ministry of Education, Kairo 1960
.....	Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, Aufsätze herausgegeben von Albert Hunold, Erlenbach Zürich 1961
.....	Estimating the Labor Force of Egypt by Sampling, 1958/59, Central Statistical Commitee, Kairo 1959
.....	Evolution du Credit Industriel en Egypte, La Banque Industriéle, Kairo 1956
.....	Grundzüge des Allgemeinen Wirtschaftlichen und Sozialen Wachstumsplans 1960/65, VAR, Planungsamt, Kairo 1960 (arabisch)

..... Staat und Politik, Das Fischer Lexikon, Frankfurt am Main 1957

..... Statistical Pocket Year-Books

..... The Economic Development Organisation (EDO), Kairo 1958 und zweite Auflage, Kairo 1960

..... The new Socialism, Economic and Political Review, Kairo, Januar 1960

..... The Permanent Council for Public Welfare Services, The Republic of Egypt, Kairo 1955

..... Untersuchungen zur 50-Jahrfeier der ägyptischen Gesellschaft für Wirtschaft, Politik, Statistik und Gesetzgebung, Kairo 1960 (arabisch)

Periodische Veröffentlichungen

Al Ahram (arabisch), Kairo

Algumhuria (arabisch), Kairo

Annuaire de la Federation de L'Industrie, Kairo

Annuaire Statistique, ab 1948, Department Statistique, Ministry of Finance and Economy, Kairo

Arab Observer, Kairo

Die Wirtschaft (arabisch), Kairo

Die Zeit

Economic Bulletin of Bank Misr, Kairo

Economic Bulletin of the National Bank of Egypt, Kairo

Egyptian Economic and Political Review, Kairo

Journal du Commerce et de la Marine, Alexandrien

Journal Officiel de la RAU (Gesetzgebung), Kairo

L'Egypte Contemporaine, Kairo

L'Egypte Industrielle, Publication de la Federation de L'Industrie, Kairo

L'Observateur, Kairo

Middle East Economic Papers, Beirut

Neue Zürcher Zeitung

Statistical Pocket Year-Books ff., Kairo

UAR - The Year Book - Department of Information, Kairo, ab 1959

Wirtschaft und Rechnungsführung (Zeitschrift, in arabisch), Kairo

Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Handel, Handelsfakultät Kairo (arabisch)

Lebenslauf

Ich, Alfred Günter Johne, wurde am 11.6.1929 in Dresden geboren und legte dort die Reifeprüfung ab. Von 1953 - 1958 studierte ich an der Freien Universität Berlin Volkswirtschaft und Orientalistik und schloß das Studium mit der Prüfung für den Grad eines Diplomvolkswirtes ab.

Seit Ende 1958 bin ich Mitglied der Zweigstelle Kairo des Goetheinstitutes zur Pflege der Deutschen Sprache im Ausland, e.V..